

Karsten Roeser

*8., vollständig neubearbeitete Auflage*

*Abschlussprüfung für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte*

# Training Fachkunde

Fälle und Lösungen zum Verfahrens-, Gebührens- und Zwangsvollstreckungsrecht







Prüfungsbuch

Roeser · Training Fachkunde

## Abschlussprüfung für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte

Die Bücher der Reihe Abschlussprüfung für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte richten sich an auszubildende Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte, die sich auf die Prüfung vorbereiten. Die Bücher helfen Verständnislücken auf prüfungsrelevanten Gebieten zu schließen, bieten eigene Kontrollmöglichkeiten an und geben somit die erforderliche Sicherheit für das erfolgreiche Bestehen der Prüfung.

Bisher sind in der Reihe erschienen:

**Fachkunde**
von Karsten Roeser

**Training Fachkunde**
von Karsten Roeser

**Wirtschafts- und Sozialkunde**
von Werner Hau

**Rechnungswesen**
von Werner Hau

**Notariatskunde**
von Lena Dannenberg-Mletzko

**Die RVG-Prüfung**
von Jürgen Berners

Karsten Roeser

# Training Fachkunde

## Fälle und Lösungen zum Verfahrens-, Gebührens- und Zwangsvollstreckungsrecht

8., vollständig neubearbeitete Auflage



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage 1987
2., neubearbeitete Auflage 1992
3., neubearbeitete Auflage 1996
4., überarbeitete Auflage 2000
5., überarbeitete Auflage November 2000
6., überarbeitete Auflage Januar 2002
7., vollständig überarbeitete Auflage Mai 2003
8., vollständig neubearbeitete Auflage Juni 2006



Lektorat: Dr. Riccardo Mosena
Korrektorat: Beate Rabe

Der Gabler Verlag ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.gabler.de






Umschlaggestaltung: Ulrike Weigel, www.CorporateDesignGroup.de
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Wilhelm & Adam, Heusenstamm
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN-10 3-8349-0058-3
ISBN-13 978-3-8349-0058-6

# Vorwort

Welche Position Sie nach der Ausbildung erhalten werden, richtet sich maßgeblich nach dem Prüfungsergebnis. Und Fachkunde, also das Verfahrens-, Gebühren- und Zwangsvollstreckungsrecht, ist das wichtigste Fach, sowohl für das Büro (das brauchen Sie in der Praxis wirklich!) als auch für die Prüfung (Sie schreiben dort gleich zwei Arbeiten in Fachkunde, nämlich im Gebührenrecht und im Verfahrensrecht incl. Vollstreckungsrecht, demgemäß hat Fachkunde den größten prozentualen Anteil).

In der Schule besteht so ein Stoffdruck, dass manche Themen oft nur überwiegend theoretisch behandelt werden können. So entstand bei vielen Schülerinnen und Schülern das Bedürfnis, wesentlich mehr zu üben und die Ergebnisse mit der Musterlösung zu vergleichen. Auch sollten es verschiedene Varianten sein, von leicht bis Prüfungsniveau. Damit man auch mal richtig trainieren kann für den Ernstfall.

In der Tat, die Idee zu diesem Buch stammt nicht von mir. Sie stammt von meinen Schülerinnen und Schülern. Bei ihnen allen möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken. Immer wieder haben sie mich gedrängt, zum jeweils durchgenommenen Teilgebiet ein paar Übungsaufgaben zu formulieren. Und so machte ich mit ihnen zusammen die Hausaufgaben (welcher Lehrer kann das schon von sich behaupten?). Klar, dass nur die Themen geübt wurden, die auch für die Praxis und Prüfung von Bedeutung sind. Diese, auf jahrelangem Unterricht basierenden Aufgaben, liegen Ihnen nun vor. Mit Musterlösung.

***Wozu kann dieses Buch Ihnen nützen – wie arbeiten Sie mit diesem Buch?***

1. Das Buch setzt voraus, dass Sie sich bereits mit den Themen beschäftigt haben, die durch die jeweiligen Aufgaben abgedeckt werden. Sie sollten also die einschlägigen Kapitel erst üben, wenn die Themen vorher im Unterricht behandelt wurden oder nachdem Sie sie durchgearbeitet haben. Das Buch geht jedoch davon aus, wie es bei jedem Training der Fall ist, dass Sie in den entsprechenden Gebieten noch nicht richtig fit sind. Dann aber haben Sie die Möglichkeit, die hier behandelten Gebiete zu trainieren, das vorhandene Wissen zu festigen, zu vertiefen und noch eventuell vorhandene Unsicherheiten zu beseitigen. Überhaupt hat man unter lerntheoretischen Gesichtspunkten ein Gebiet erst dann richtig verstanden, wenn man es auch anwenden kann. Wie die Kostenrechnung beim Teilanerkenntnis lautet, haben Sie erst dann wirklich gelernt, wenn Sie hierzu auch die Kostenrechnung schreiben können.

2. Es ist durchaus kein unzulässiger Selbstbetrug, wenn Sie beim Training eines Kapitels auch Ihre eigenen Aufzeichnungen aus der Schule oder der Kanzlei heranziehen beziehungsweise ein geeignetes Lehrbuch. Ihnen steht dann bei der Lösung der Aufgaben wieder der ganze Gesamtzusammenhang vor Augen. Um Ihnen hierbei eine Hilfe zu geben, verweise ich deshalb in diesem Trainingsbuch immer wieder auf die passenden Kapitel

meines Buches *„Abschlussprüfung für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte. Fachkunde. Prüfungsfragen und Fälle mit Lösungen" (Gabler Verlag, Wiesbaden)* und nenne es der Kürze halber *„Fachkundebuch"*. Steht beispielsweise in diesem Buch der Hinweis *„vgl. Fachkundebuch, Kapitel 17.1"*, so heißt das, dass Sie dieses Stoffgebiet in dem genannten Fachkundebuch, Kapitel 17.1 („Die Einigungsgebühr") systematisch dargestellt finden, versehen mit Beispielen und zugehörigen Prüfungsfragen. Halten Sie es für erforderlich, lesen Sie zunächst dieses Kapitel einmal durch!

3. Das vorliegende Buch ist, im Gegensatz zu dem mehr systematischen Fachkundebuch, „organisch" und praxisbezogen aufgebaut, das heißt, in der Praxis zusammengehörige Gebiete werden auch grundsätzlich zusammengehörig geübt. Nach dem Klageverfahren kommen die Regelgebühren des Klageverfahrens, nach dem Urkundenverfahren die Gebühren hierzu usw. Natürlich sind manche, insbesondere gebührenrechtlichen Themen so schwierig, dass sie eigener Kapitel bedürfen, wie Sie am Inhaltsverzeichnis sehen.

   Wegen der Praxisbezogenheit, die übrigens auch Maßstab und Orientierung für die Prüfung ist, werden keine reinen „Wissensfragen" gestellt, wie dies im Fachkundebuch überwiegend der Fall ist, sondern es werden stets spezielle Fälle zur Lösung angeboten. Solche finden Sie ja schließlich auch bei der täglichen Arbeit im Büro und in der schriftlichen Abschlussprüfung vor. Es soll nicht mehr nur Ihr (abstraktes) Wissen, sondern zugleich anhand von Fällen die Fähigkeit trainiert werden, dieses Wissen auch korrekt anzuwenden.

4. Sie können das Buch von der ersten Ausbildungsphase an benutzen, nämlich von dem Augenblick an, an dem die ersten Themen behandelt werden, zu denen Sie die Aufgaben in diesem Buch finden. Sie werden feststellen, dass die Fälle in jedem Kapitel zunächst leicht sind, dann aber im Schwierigkeitsgrad immer mehr ansteigen, bis sie schließlich wahrhaft verzwickt sind und Prüfungscharakter haben.

5. Es kommt außerdem immer wieder vor, dass Aufgaben gestellt werden, bei deren Lösung man auch über Kenntnisse zu anderen Themenkreisen verfügen muss. Das ist notwendig, sonst wären die Aufgaben praxis- und prüfungsfern. Gleichzeitig stellt dieses Themengebiet eine weitere Wiederholung für Sie dar. Haben Sie es noch nicht durchgenommen, so markieren Sie sich diese Aufgabe und wenden Sie sich ihr später zu!

   Mit den schwierigen Fällen können Sie sich auf die Klassenarbeiten und die schriftliche Prüfung vorbereiten (für die mündliche Prüfung vgl. die Prüfungsfragen im Fachkundebuch). Schlagen Sie die Lösung erst nach, wenn Sie die Aufgabe vollständig gelöst haben.

6. Schaffen Sie einen Fall nicht, weil er für Sie zu schwierig ist, so ziehen Sie verstärkt Ihre Unterlagen (Schul- oder Kursaufzeichnungen) heran, und schauen Sie sich noch einmal gründlich das entsprechende Kapitel im Fachkundebuch an. Versuchen Sie es noch einmal, und sehen Sie sich dann erst die Musterlösungen an!

7. Weil das vorliegende Buch alle Schwierigkeitsstufen abdeckt, ist es natürlich auch besonders für diejenigen geeignet, die nach einer längeren Pause wieder in den Beruf möchten und sich deshalb „fit machen“ wollen, sowie für diejenigen, die unabhängig von der Schule die so genannte „Externenprüfung“ ablegen wollen.
8. Die nun vorliegende achte Auflage berücksichtigt die bis zum 1. Juli 2006 in Kraft getretenen zahlreichen Änderungen. Die wichtigste Änderung fand natürlich durch das *Kostenrechtsmodernisierungsgesetz* statt, das die BRAGO gänzlich abschaffte und an dessen Stelle das RVG mit dem Vergütungsverzeichnis setzte. Das führte dazu, dass das Buch vollkommen neu geschrieben und strukturiert werden musste. Nur beispielhaft seien genannt das *1. Justizmodernisierungsgesetz*, das *Anhörungsrügengesetz*, das *Justizkommunikationsgesetz*, die wichtige verfahrens- und gebührenrechtliche Änderungen einführten. Eine weitere Änderung ist auch inhaltlicher Art: So wurde nahezu jede Lösung mit kurzen Hinweisen und Erläuterungen versehen.
9. Am 19.05.2006 hat der Bundestag die Anhebung der Umsatzsteuer auf 19 % beschlossen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung stand die Zustimmung des Bundesrates zwar noch aus, doch gilt sie als sicher. Aus diesem Grunde geht das Buch von der beschlossenen Umsatzsteuer in Höhe von 19 % aus.
10. Das Buch enthält zahlreiche Prüfungsfälle. Sie sind in der Regel durch eine Schattierung besonders hervorgehoben. Sie sollten diese Fälle sorgfältig üben, falls die Prüfung für Sie noch ein Thema ist ...
11. Zum Schluss sei noch auf meine Einleitung zum Fachkundebuch verwiesen. Lesen Sie dort noch einmal die Absätze zur Arbeitsmethodik und zur Prüfung durch!

Ach ja, und dann muss ich Ihnen noch von Schnüffel, dem Igel, erzählen. Plötzlich war er da, sprang auf die Tastatur meines Computers, stachelte mich buchstäblich einmal kurz an, biss mir in den Finger, setzte sich artig hin und guckte mich erwartungsvoll an. Tja, und seitdem ist Schnüffel immer dabei. Allerdings knurrt er mich oft an, so gut er es halt kann, und fletscht die Zähne, so dass ich mehr als einmal vorsichtshalber schnell aufgehört habe mit dem Tippen. Überhaupt bin ich der Meinung, dass er mehr auf Ihrer Seite steht als auf meiner (dabei bin ich doch auch auf Ihrer Seite, oder etwa nicht??), schauen Sie sich doch bloß einmal die Bilder und seine frechen Sprüche an! Vielen Dank, lieber Felix Henn, Sie haben ihn wunderbar getroffen, genauso sieht er aus!

**Aktualisierungs-Service**

Zahlreiche Gesetzesnovellen machten immer wieder eine Neuauflage erforderlich, damit ein Mindestmaß an Aktualität gewahrt wird. Um meinen Leserinnen und Lesern eine noch größere Aktualität zu sichern, trage ich auf meiner Homepage (s. u.) auf der Seite Aktualisierung die Neuerungen zu den Themen zusammen, die in meinen Bücher behandelt werden. Vielleicht finden Sie auch dort den einen oder anderen Kommentar, der in dieser Form in meinen Büchern nicht wiederzufinden sein wird.

**Homepage**

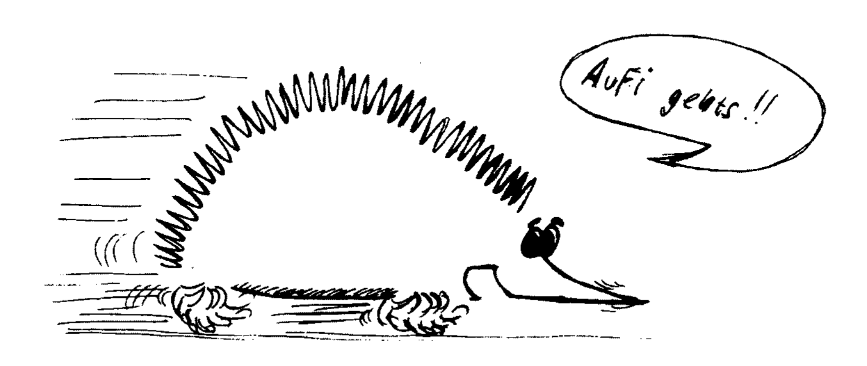
**E-Mail**

Besuchen Sie mich auf meiner Homepage, stöbern Sie auf der Download-Seite und schauen Sie auch auf der Seite Aktualisierung vorbei: http://www.karsten-roeser.de

Sie wollen mir einen konstruktiven Hinweis geben? Mailen Sie mir: autor@karsten-roeser.de

Vielleicht treffen auch Sie auf wichtige gesetzliche Änderungen oder Auswirkungen geänderter Praxis? Dann mailen Sie mir! Dankbar bin ich auch über weiterführende Hinweise und konstruktive Kritik. Hier muss ich neben vielen anderen insbesondere Michaela Heyn lobend hervorheben, die mit großer Gründlichkeit diese Auflage einer gnadenlosen Kontrolle unterzogen hat. Vielen Dank! Jeder verwertbare Hinweis ist ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich das Buch noch besser und für Sie noch nutzbarer zu machen!

Jetzt kann ich Ihnen nur wünschen: viel Erfolg und ...




Düsseldorf, im Juni 2006

*Karsten Roeser*

# Inhaltsverzeichnis

# Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| **Abs.** | Absatz |
| **AG** | Aktiengesellschaft |
| **AG** | Amtsgericht |
| **AktG** | Aktiengesetz |
| **ArbGG** | Arbeitsgerichtsgesetz |
| **AVAG** | Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz |
| | |
| **BAG** | Bundesarbeitsgericht |
| **BBiG** | Berufsbildungsgesetz |
| **BerHG** | Beratungshilfegesetz |
| **BFH** | Bundesfinanzhof |
| **BGB** | Bürgerliches Gesetzbuch |
| **BGBl** | Bundesgesetzblatt |
| **BGH** | Bundesgerichtshof |
| **BNotO** | Bundesnotarordnung |
| **BORA** | Berufsordnung für Rechtsanwälte |
| **BRAGO** | Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung |
| **BRAO** | Bundesrechtsanwaltsordnung |
| **BSG** | Bundessozialgericht |
| **BVerfG** | Bundesverfassungsgericht |
| **BVerwG** | Bundesverwaltungsgericht |
| | |
| **d. J.** | dieses Jahres, des Jahres |
| **DRiG** | Deutsches Richtergesetz |
| | |
| **EB** | Empfangsbekenntnis |
| **EGBGB** | Einführungsgesetz zum BGB |
| **EGZPO** | Einführungsgesetz zur ZPO |
| **e. V.** | Eingetragener Verein |
| | |
| **FGG** | Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit |
| **FGO** | Finanzgerichtsordnung |
| **FinG** | Finanzgericht |
| | |
| **GbmG** | Gebrauchsmustergesetz |
| **GBO** | Grundbuchordnung |
| **GbR** | BGB-Gesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts |
| **GG** | Grundgesetz |
| **GKG** | Gerichtskostengesetz |
| **GmbHG** | Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung |

| | |
|---|---|
| **GmbH** | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| **GV** | Gerichtsvollzieher |
| **GVG** | Gerichtsverfassungsgesetz |
| **GvKostG** | Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (Gerichtsvollzieherkostengesetz) |
| **GVGA** | Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher |
| **GW** | Gegenstandswert |
| **HGB** | Handelsgesetzbuch |
| **HinterlO** | Hinterlegungsordnung |
| **HS.** | Halbsatz |
| **i. d. R.** | in der Regel |
| **i. e. S.** | im engeren Sinne |
| **InsO** | Insolvenzordnung |
| **i. w. S.** | im weiteren Sinne |
| **JBeitrO** | Justizbeitreibungsordnung |
| **JGG** | Jugendgerichtsgesetz |
| **JVEG** | Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz |
| **JVKostO** | Gesetz über Kosten im Bereich der Justizverwaltung |
| **KFB** | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| **KfH** | Kammer für Handelssachen |
| **KG** | Kommanditgesellschaft |
| **KostO** | Kostenordnung |
| **KV** | Kostenverzeichnis |
| **LG** | Landgericht |
| **LSG** | Landessozialgericht |
| **MarkenG** | Markengesetz |
| **MB** | Mahnbescheid |
| **NJW** | Neue Juristische Wochenschrift |
| **OHG** | Offene Handelsgesellschaft |
| **OLG** | Oberlandesgericht |
| **OVG** | Oberverwaltungsgericht |
| **OWiG** | Gesetz über die Ordnungswidrigkeiten |
| **PartGG** | Partnerschaftsgesellschaftsgesetz |
| **PatG** | Patentgesetz |
| **PfÜB** | Pfändungs- und Überweisungsbeschluss |
| **PKH** | Prozesskostenhilfe |

| | |
|---|---|
| **PZU** | Postzustellungsurkunde |
| | |
| **RA** | Rechtsanwalt |
| **RAK** | Rechtsanwaltskammer |
| **RPflG** | Rechtspflegergesetz |
| **RVG** | Rechtsanwaltsvergütungsgesetz |
| | |
| **S.** | Satz; Seite |
| **ScheckG** | Scheckgesetz |
| **SG** | Sozialgericht |
| **SGB** | Sozialgesetzbuch |
| **SGG** | Sozialgerichtsgesetz |
| **StGB** | Strafgesetzbuch |
| **SigG** | Signaturgesetz |
| **s. o.** | siehe oben |
| **StPO** | Strafprozessordnung |
| **s. u.** | siehe unten |
| | |
| **UStG** | Umsatzsteuergesetz |
| | |
| **VA** | Vollstreckungsauftrag |
| **VB** | Vollstreckungsbescheid |
| **vgl.** | vergleiche |
| **VG** | Verwaltungsgericht |
| **VO** | Verordnung |
| **Vorbem.** | Vorbemerkung |
| **VU** | Versäumnisurteil |
| **VV** | Vergütungsverzeichnis |
| **VwGO** | Verwaltungsgerichtsordnung |
| | |
| **WG** | Wechselgesetz |
| | |
| **ZPO** | Zivilprozessordnung |
| **ZU** | Zustellungsurkunde |
| **ZVG** | Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung |

# 1 Die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts

*(Zu den verfahrensrechtlichen Fragen vgl. Fachkundebuch, Kapitel 3, zu dem gebührenrechtlichen Teil Kapitel 16.)*

**Die Tätigkeit des Rechtsanwalts ist nicht nur forensisch, d. h. sie beschränkt sich nicht nur auf seinen Einsatz bei Gericht. Der Rechtsanwalt ist unabhängiges Organ der Rechtspflege (§ 1 BRAO, § 1 BORA). Rechtspflege findet jedoch auch außerhalb des Gerichts statt – ein guter Anwalt kann im erheblichen Maße durch sein außerprozessuales Wirken die Justiz entlasten. Das wird auch vom Gesetzgeber durch das Gebührenrecht zunehmend honoriert. Fangen wir also mit dem Bemühen des Rechtsanwalts an, entweder einen Prozess zu vermeiden, oder aber auch den Prozess außergerichtlich vorzubereiten. Und Sie werden nicht geschont: Beginnen wir gleich mit einem „heißen Eisen", nämlich mit einer Aufgabe, die in vielen Büros falsch gelöst wird – zum Nachteil des Mandanten. Dies führt dazu, dass Zinsen verschenkt werden, weil sie zu einem späteren Zeitpunkt verlangt werden.**

## 1.1 Erste Aufgaben

*Eine Verzugsfolge ist zum Beispiel, Schadensersatz leisten zu müssen. Aber ab wann?*

### FALL 1 – DER VERZUG:

Ist in den nachfolgenden Fällen der Käufer in Verzug gesetzt worden? Wenn ja, ab wann können Verzugszinsen berechnet werden?

K bestellt bei V Waren zu 2.000,00 €.

a) Käufer K (Unternehmer) erhält die Ware vom Kaufmann V mit Rechnung am 10. Oktober.

b) Wie lautet die Antwort, wenn K Verbraucher ist?

c) Der Käufer (Verbraucher) erhält die Ware am 1. Februar. Vertraglich ist die Ware „zahlbar zum 10. Februar."

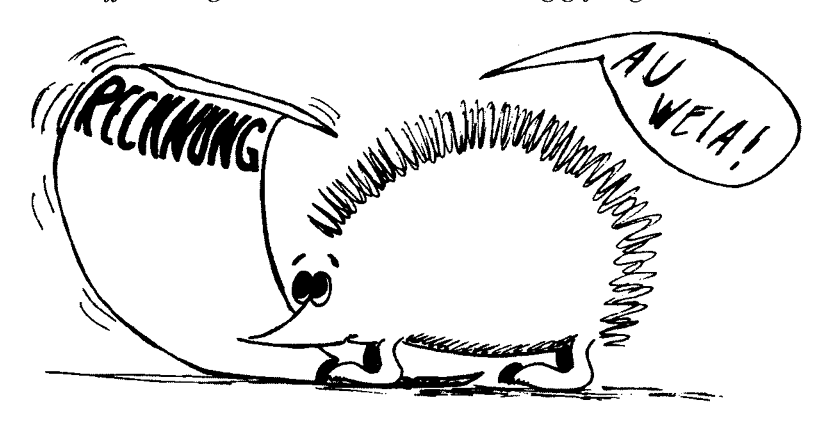
d) Die Ware wird geliefert am 17. September. Die Rechnung trifft am 20. September bei dem Käufer ein. In ihr wird der Betrag von 2.000,00 € als „zahlbar sofort ohne Abzug" ausgewiesen. Der Käufer ist Kaufmann.

*Sollten Sie den nachfolgenden Fall einmal selbst erleben – nun, dann sind Sie gewappnet:*

## FALL 2 – DIE KLAGE OHNE VERZUG:

Die volljährige Rechtsanwaltsfachangestellte Sybille hat im Versandhandel für 300,00 € eine Handtasche bestellt und geliefert erhalten, ohne dass jedoch der Sendung eine Rechnung beilag. Als sie nicht zahlt, wird ihr eine Klage zugestellt, in der beantragt wird, sie zur Zahlung des Kaufpreises und der Kosten zu verurteilen. Sybille ist ja bereit, den Kaufpreis zu bezahlen, doch möchte sie gerne die Gerichts- und Anwaltskosten auf den Gegner abwälzen. Sehen Sie einen Weg?

*Das erste Aufforderungsschreiben mit Kostenrechnung gefällig? Bitte sehr!*




## FALL 3 – DAS ANWALTLICHE AUFFORDERUNGSSCHREIBEN *OHNE* KLAGEAUFTRAG:

In der Kanzlei von Rechtsanwältin Dr. Rita Rasche erscheint als Mandant der eingetragene Kaufmann (e. K.) Manfred Merkert, Tannenweg 10, (PLZ) A-Stadt, und übergibt folgende Unterlagen:

1. Kaufvertrag vom 12.09.20 . . . zwischen dem Mandanten und dem kaufmännischen Angestellten Franz Schmidtchen, Kosakenweg 47, (PLZ) B-Stadt, über ein Fernsehgerät zu 800,00 €
2. Kopie des Lieferscheins vom 15.09.20 . . .
3. Kopie der Rechnung vom gleichen Tage Nr. 1357 über 800,00 €, Zugang am 15.09.20 . . .

Es wurde bis heute noch nicht gezahlt. Der Kaufpreis sollte vereinbarungsgemäß bis zum 20.09.20 . . . bezahlt werden. Der Mandant hat Rechtsanwältin Dr. Rasche beauftragt, noch keine gerichtlichen Schritte zu unternehmen. Im Übrigen ist die Sache von mittlerer Schwierigkeit. Sie werden gebeten, ein anwaltliches Aufforderungsschreiben unter dem 25.09.20 . . . mit Fristsetzung zum 05.10.20 . . . einschließlich Kostenrechnung zu entwerfen.

*Und nun das Gegenstück dazu:*

### FALL 4 – DAS ANWALTLICHE AUFFORDERUNGSSCHREIBEN *MIT* KLAGEAUFTRAG:

In der Kanzlei von Rechtsanwalt R erscheint als Mandant der eingetragene Kaufmann Fritz Meier, X-Stadt, und übergibt folgende Unterlagen:

1. Bestellschein und Lieferungsauftrag vom 10. Januar 20 . . des unter der Firma „Leder - Discount Fritz Clemens" handelnden Kaufmanns Fritz Clemens, Y-Stadt; Lieferumfang: 50 Handtaschen, Modell „Kroko"
2. Kopie der Auftragsbestätigung des Mandanten vom 20. Januar 20 . .
3. Kopie des Lieferscheins vom 15. Februar 20 . .
4. Kopie der Rechnung vom 26. Februar 20 . . Nr. 1357 über 7.880,00 €, Zugang am 01.03. 20 . . .

Es wurde bis heute noch nicht gezahlt. Sie werden gebeten, ein anwaltliches Aufforderungsschreiben unter dem 10.03.20. . . mit Fristsetzung zum 20.03.20 . . . zu entwerfen. Berechnen Sie auf diesem Schreiben auch die Kosten. Der Mandant hat Rechtsanwalt R beauftragt, notfalls gerichtliche Schritte zu unternehmen.

*Das Salz in der Suppe ist natürlich das Gebührenrecht:*

## 1.2 Die Geschäftsgebühr und das nachfolgende gerichtliche Verfahren

### FALL 5 – DIE AUSSERGERICHTLICHE ERÖRTERUNG DES RA:

Der Rechtsanwalt wird in einer durchschnittlichen Angelegenheit tätig. Nach einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und einem ergebnislosen Gespräch mit dem Gegner erteilt der Mandant Klageauftrag.

Es folgen im Zivilprozess ein Gütetermin, eine streitige mündliche Verhandlung und eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung. Schließlich ergeht ein Urteil. - Gegenstandswert: 2.000,00 €. Kostenrechnung?

*Die Schwierigkeit nimmt etwas zu im nachfolgenden Fall:*

### FALL 6 – DIE AUSSERGERICHTLICHE ERÖRTERUNG UND DER BEWEISTERMIN:

RA Rasche wird für Martens gegen Bertram außergerichtlich tätig. Nach einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und einem ergebnislosen Gespräch mit Bertram reicht RA Rasche auftragsgemäß Klage ein. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war. Gegenstandswert: 5.000,00 €. Welche Kosten kann Rechtsanwalt Rasche in Rechnung stellen?

*Jetzt kommt ein Fall mit einem geringeren Gegenstandswert für die außergerichtliche Tätigkeit:*

## FALL 7 – UNTERSCHIEDLICHE STREITWERTE (1):

Der Rechtsanwalt wird in einer durchschnittlichen Sache in Höhe von 36.900,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig. Der Gegner findet sich jedoch nicht zur Zahlung bereit.

Daraufhin erhebt der Rechtsanwalt Klage auf Zahlung von 49.200,00 €. Nach einem erfolglosen Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

Erstellen Sie für den Rechtsanwalt die Kostenrechnung über alle entstandenen außergerichtlichen und gerichtlichen Gebühren und Auslagen!

*Kommen wir nun zur umgekehrten Variante: Der außergerichtliche Gegenstandswert ist höher als der im Zivilprozess:*

## FALL 8 – UNTERSCHIEDLICHE STREITWERTE (2):

Der Rechtsanwalt wird in einer durchschnittlichen Sache in Höhe von 12.000,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig. Anschließend erhebt er Klage über 4.800,00 €. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil. Kostenrechnung über alle entstandenen außergerichtlichen und gerichtlichen Gebühren und Auslagen!

*Ein Fall zur Entspannung ...*

## FALL 9 – EINE LEICHTE VARIANTE:

Der Rechtsanwalt wird außergerichtlich tätig. Nach einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und einem ergebnislosen Gespräch mit dem Gegner erteilt der Mandant Klageauftrag. Im Gütetermin findet sich der Gegner ebenfalls nicht vergleichsbereit. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 1,0 auszugehen, weil die Sache weder umfangreich noch schwierig war. Der Gegenstandswert beträgt 15.000,00 €.

*Im nachfolgenden Fall erfolgt keine Vorwarnung. Die einzelnen Besonderheiten hatten Sie bereits geübt:*

## FALL 10 – ZUM GUTEN SCHLUSS:

Der Rechtsanwalt wird gegen Bertram in Höhe von 45.000,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig. Bertram zahlt eine Teilforderung von 9.000,00 €. Anschließend erhebt der Rechtsanwalt für den Mandanten Klage gegen Bertram auf Zahlung von 36.000,00 €. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war.

*Sie haben das Kapitel geschafft! Herzlichen Glückwunsch!*

## 1.3 Lösungen

### FALL 1:

a) Der Käufer *(Unternehmer)* befindet sich gem. § 286 III 1 BGB automatisch 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung im Verzug, also ab 10. November. Der erste Tag des Zugangs wird nicht mitgerechnet, da diese Frist eine Ereignisfrist ist, § 187 BGB.

b) Ist K *Verbraucher*, so gilt die 30-Tage-Regelung nur, wenn er in der Rechnung oder gleichwertigen Zahlungsaufstellung auf diese Regelung besonders hingewiesen worden ist (§ 286 III 1 BGB). Sollte das nicht der Fall gewesen sein, ist eine Mahnung erforderlich.

c) Verzug und damit Zinsansprüche ab 11. Februar. Eine Mahnung ist entbehrlich, weil der Zahltermin kalendermäßig bestimmt ist (§ 286 II 1 BGB). - Diese Regelung gilt für Verbraucher *und* Kaufleute.

d) Verzug tritt kraft Gesetzes (§ 286 III 1 BGB, s. o. a) 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung ein, also ab 21. Oktober, da kein Kalendertag für die Zahlung genannt wurde. Ggf. muss gemahnt werden, wenn der Käufer eher in Verzug gesetzt werden soll.

### FALL 2:

Sybille muss den Kaufpreis sofort anerkennen und alsbald bezahlen, dann hat sie gemäß § 93 ZPO keine Veranlassung zur Klage gegeben, und der Kläger muss, wenn sie den entsprechenden Antrag stellt, die Kosten des Rechtsstreits trotz vorliegenden Anerkenntnisses tragen. Bloßes Nichtzahlen bedeutet noch keine Veranlassung zur Klageerhebung.

## FALL 3:

**Rechtsanwältin Dr. Rita Rasche**
**Straße Nr., (PLZ) A-Stadt**
**☎ (01 23) 45 67 89-0**
**Bankverbindung: Stadtsparkasse A-Stadt, Konto-Nr. 123456, BLZ . . .**

Herrn
Franz Schmidtchen
Kosakenweg 47
(PLZ) B-Stadt

Düsseldorf, den 25.09.20 . . .

Sehr geehrter Herr Schmidtchen,

**Bestellung**

Herr e. K. Manfred Merkert, Tannenweg 10, (PLZ) A-Stadt, hat mich mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

**Sachverhalt**

Sie kauften am 12.09.20 . . bei meinem Mandanten ein Fernsehgerät zu 800,00 €. Dieses Gerät erhielten Sie ordnungsgemäß am 15.09.20 . . . ausgehändigt. Sie hatten vereinbart, den Kaufpreis bis zum 20.09.20 . . an meinen Mandanten zu überweisen. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen.

**Zahlungsaufforderung mit Fristsetzung**

Ich fordere Sie deshalb auf, den Kaufpreis in Höhe von 800,00 € sowie die unten aufgeführten Kosten meiner Inanspruchnahme bis zum

**05.10.20 . . .**

auf das o. a. Konto zu überweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist werde ich meinem Mandanten empfehlen, unverzüglich Klage zu erheben.

**Kostenrechnung**

**Kostenrechnung:**
Gegenstandswert: 800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 84,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 16,90 € |
| Zwischensumme netto | 101,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 19,27 € |
| Summe brutto: | 120,67 € |

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rasche
Rechtsanwältin

**auf Unterschrift achten!**

## FALL 4:

Rechtsanwalt R 10.03.20. . .
(Anschrift, Bankverbindung)

Leder-Discount Fritz Clemens
(Anschrift)

Sehr geehrter Herr Clemens,

der eingetragene Kaufmann Fritz Meier, X-Stadt, hat mich mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

Mit Bestellschein und Lieferauftrag vom 10.01.20 . . haben Sie bei meinem Mandanten 50 Handtaschen, Modell „Kroko“, zu insgesamt 7.880,00 € bestellt. Ihre Bestellung wurde durch Schreiben vom 20.01.20 . . bestätigt. Am 15.02.20 . . wurde die Ware ordnungsgemäß ausgeliefert und durch Schreiben vom 26.02.20 . . (Nr. 1357), zugegangen am 01.03.20 . ., berechnet. Der Kaufpreis ist bis heute noch nicht beglichen.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Betrag in Höhe von 7.880,00 € sowie die unten spezifizierten Kosten, die Sie bei Verzug zu tragen haben, bis zum

***20.03.20 . . .***

auf eines meiner o. a. Konten zu überweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist werden wir unverzüglich Klage erheben.

**Kostenrechnung:**

Gegenstandswert: 7.880,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 329,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 349,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 66,42 € |
| Summe brutto | 416,02 € |

Hochachtungsvoll
(Rechtsanwalt)

*Anmerkung: Da Klageauftrag vorlag, entsteht beim anwaltlichen Aufforderungsschreiben eine 0,8 Verfahrensgebühr nach Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG und keine 0,5 bis 2,5 Geschäftsgebühr nach Nr. 2300 VV RVG.*

## FALL 5:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 2.000,00 € | | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 172,90 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 192,90 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 36,65 € |
| Summe brutto: | | 229,55 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 2.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 172,90 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 86,45 € | |
| Restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 86,45 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 159,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 266,05 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 50,55 € |
| Summe brutto: | | 316,60 € |

*Fall 5 ist ein einfacher Grundfall zur Geschäftsgebühr mit anschließendem Zivilprozess ohne weitere Besonderheiten: Die Geschäftsgebühr darf nur zur Hälfte, höchstens aber zu 0,75, gemäß Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG auf die Verfahrensgebühr angerechnet werden.*

*Im nachfolgenden Fall darf die Deckelung auf 0,75 nicht vergessen werden:*

## FALL 6:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 5.000,00 € | | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 752,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 772,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 146,78 € |
| Summe brutto: | | 919,28 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 5.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 391,30 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 225,75 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 165,55 € |

| | | |
|---|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 361,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 546,75 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 103,88 € |
| Summe brutto: | | 650,63 € |

## FALL 7

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 36.900,00 € | | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 1.172,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.192,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 226,59 € |
| Summe brutto: | | 1.419,19 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € | |
| Gegenstandswert: 49.200,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 586,30 € | |
| Gegenstandswert: 36.900,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 773,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.255,20 € |
| Gegenstandswert: 49.200,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.048,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 389,25 € |
| Summe brutto: | | 2.437,95 € |

*Die Geschäftsgebühr ist nur über einen Gegenstandswert von 36.900,00 € entstanden, also kann sie auch nur insoweit auf die Verfahrensgebühr angerechnet werden!*

## FALL 8:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 683,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 703,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 133,72 € |
| Summe brutto: | | 837,52 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 4.800,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 391,30 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 195,65 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 195,65 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 361,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 576,85 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 109,60 € |
| Summe brutto: | | 686,45 € |

*Hier ist die Geschäftsgebühr über 12.000,00 € und die Verfahrensgebühr über 4.800,00 € entstanden. In solch einem Fall darf der Gegenstandswert der Geschäftsgebühr, der auf die Verfahrensgebühr angerechnet wird, nicht höher sein als der Gegenstandswert der Verfahrensgebühr! Es wird also angerechnet eine 0,65 Geschäftsgebühr lediglich über 4.800,00 €.*

## FALL 9:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 15.000,00 € | |
|---|---|
| 1,0 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 566,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 586,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 111,34 € |
| Summe brutto: | 697,34 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 15.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 283,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 452,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.152,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 218,88 € |
| Summe brutto: | | 1.370,88 € |

## FALL 10:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 45.000,00 € | | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 2.435,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.455,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 466,45 € |
| Summe brutto: | | 2.921,45 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 676,50 € | |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 496,10 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.598,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 303,72 € |
| Summe brutto: | | 1.902,22 € |

*Eine Geschäftsgebühr darf zwar zur Hälfte, höchstens jedoch mit einem Gebührensatz von 0,75 auf die Verfahrensgebühr angerechnet werden (Vorbemerkung 3 Absatz 4 VV RVG). Der Gegenstandswert für die anzurechnende Geschäftsgebühr beträgt nicht 45.000,00 €, sondern 36.000,00 €, da nur über diesen niedrigeren Streitwert ein gerichtliches Verfahren rechtshängig war.*

# 2 Das Klageverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kap. 5 zum Verfahren und Kap. 15 zu den Gebühren)*

**Im Klageverfahren sollte man eigentlich fit sein. Hier sind Sie gefragt und hier werden Sie gefragt. – Es geht mit grundlegenden Fällen los:**

## 2.1 Verfahrensrecht einschließlich Zuständigkeit

### FALL 1 – ZUSTÄNDIGKEIT DES GERICHTS BEI DER KLAGE:

Welches Gericht ist in den nachfolgenden Fällen für die Klage sachlich zuständig?

a) Kaufmann A klagt gegen Kaufmann B eine Geschäftsforderung in Höhe von 27.200,00 € ein.

b) Die Rechtsanwaltsfachangestellte C macht gegen Kaufmann D gerichtlich Mängelansprüche von 2.700,00 € geltend.

c) Versandhaus E (= handelsrechtlicher Kaufmann) klagt gegen Studienrat F auf Zahlung des Kaufpreises für eine Warenlieferung von 4.800,00 €.

d) Kaufmann G klagt gegen den Monteur H den Kaufpreis für die Lieferung von Schmuck für die Ehefrau ein (16.600,00 €).

e) Bäckermeister I verkauft an die Rechtsanwaltsfachangestellte J einen Privatwagen für 18.000,00 € und erhält einen Scheck, der jedoch nicht ausgezahlt wird.

f) Autohändler K verkauft an Privatmann L einen Pkw zu 20.000,00 €. L bezahlt mit einem Scheck, der jedoch ebenfalls zu Protest geht.

g) Großhändler M verkauft an Händler N Waren zu 4.600,00 €. N gibt dafür einen Wechsel hin, ist also Akzeptant bzw. Bezogener. Der Wechsel geht zu Protest.

### FALL 2 – WIEDERHOLTE KLAGE/BERUFUNG:

Kreuzen Sie die Fälle an, in denen ein weiteres Mal zulässigerweise Klage/Berufung eingereicht werden kann!

☐ a) A klagt gegen B in München eine Schadensersatzforderung ein. Als B nach Regensburg verreist, will er dort sicherheitshalber noch einmal Klage erheben.

☐ b) C reicht gegen D Klage beim Amtsgericht Köln ein. C bekommt Bedenken, ob das angerufene Gericht wirklich örtlich zuständig ist. Kurzerhand nimmt er nach Überprüfung der Rechtslage die

Klage zurück und reicht sie nunmehr beim Amtsgericht Mönchengladbach ein.

☐ c) E reicht gegen F Klage beim Amtsgericht Dortmund ein. E bekommt Bedenken, ob das angerufene Gericht überhaupt sachlich zuständig ist. Also nimmt er die Klage zurück und reicht sie nunmehr beim Landgericht Dortmund ein.

☐ d) G erhebt Klage gegen H, die erstinstanzlich abgewiesen wird, da ihm zu Beweiszwecken Urkunden fehlen. Das Urteil wird rechtskräftig. Durch Zufall findet G die Dokumente wieder. Er möchte deshalb noch einmal Klage einreichen bzw. in die Berufung gehen.

☐ e) I geht gegen ein Urteil, das J erstritten hat, in die Berufung, überlegt es sich dann jedoch anders und nimmt die Berufung ohne Begründung zurück. Schließlich möchte er dann doch wieder Berufung einlegen, da er die Anschrift eines Zeugen erhält und die Berufungsfrist noch nicht verstrichen ist.

## 2.2 Die Klageschrift

*Jetzt wird es ernst! Die Anfertigung von Klageschriften wird häufig bei Klassenarbeiten und Prüfungen verlangt! – Fangen wir aber zunächst einmal leicht an:*

### FALL 3 – KLAGE UNTER KAUFLEUTEN:

In Ihrer Kanzlei erscheint als Mandant der Kaufmann Ernst Müller, 41066 Mönchengladbach, Piepersweg 3, mit folgenden Unterlagen:

1. Bestellschein und Lieferungsauftrag vom 12. Februar 20.. des Kaufmanns Friedrich Fuchs, 41238 Mönchengladbach, Ingenfeldstr. 256, über drei Laserdrucker, Marke „Black Rapid", zu je 1.200,00 €;
2. Kopie der Auftragsbestätigung Ihres Mandanten vom 20. Februar 20..;
3. Kopie des Lieferscheins vom 10. März 20..;
4. Kopie der Rechnung des Mandanten ebenfalls vom 10. März 20.. Nr. 2090 über einen Betrag incl. USt. in Höhe von 3.600,00 €. Die Rechnung wurde mit dem Lieferschein am 10. März 20.. ausgehändigt.

Bis heute wurde nicht gezahlt. Fertigen Sie eine unterschriftsreife Klageschrift! In Mönchengladbach befinden sich sowohl ein Amts- als auch ein Landgericht.

*Ziehen wir im Schwierigkeitsgrad ein bisschen an:*

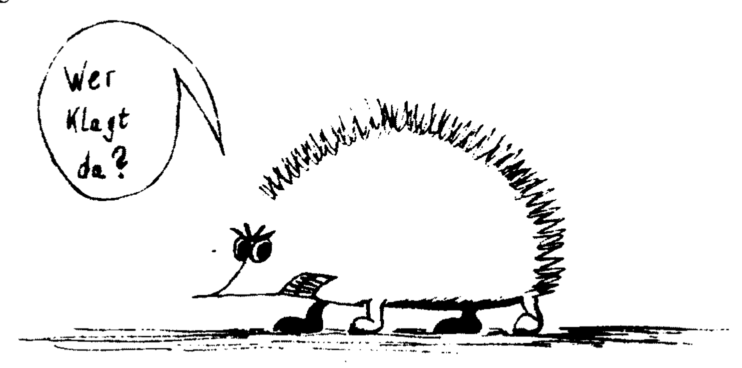
## FALL 4 – KLAGE GmbH ./. GmbH:

Fertigen Sie eine Klageschrift zu nachfolgendem Fall:

In einer Kanzlei in Düsseldorf erscheint der Geschäftsführer der „Modewaren GmbH“, Kaufmann Heinz Bertram, 40213 Düsseldorf, Altstadt 13, und übergibt folgende Unterlagen:

1. Bestellschein und Lieferungsauftrag vom 10. Januar 20.. der „Textil GmbH“, Geschäftsführer Fritz Claasen, 40213 Düsseldorf, Hafenstr. 7. Lieferumfang: 500 Kleider, Modell „Frühlingswind“, zu je 80,00 €
2. Kopie der Auftragsbestätigung Ihrer Mandantin vom 15. Januar 20..
3. Kopie des Lieferscheins vom 18. Januar 20.., zugegangen am 20. Januar 20..
4. Kopie der Rechnung Nr. 1357 vom 18. Januar 20.., ebenfalls am 20. Januar 20.. zugegangen über einen Betrag incl. USt. in Höhe von 40.000,00 €

Nach der mündlichen Information des Geschäftsführers Ihrer Mandantin wurde nicht gezahlt.




*Und eine weitere Klage mit „beliebten“ (hoffentlich nicht gefürchteten?) Varianten:*

## FALL 5 – KLAGE GmbH ./. KG MIT TEILZAHLUNG:

In Ihrer Kanzlei erscheint der Geschäftsführer der „Büromöbel GmbH“, Kaufmann Herbert Hermann, 40213 Düsseldorf, Neustraße 17, und übergibt folgende Unterlagen:

1. Bestellschein und Lieferungsauftrag vom 15. April 20.. der „Büro Meier KG“, persönlich haftender Gesellschafter Manfred Meier, 47798 Krefeld, Gartenweg 201; Lieferumfang: 60 Aktenschränke „Diplomat“ à 290,00 €
2. Kopie der Auftragsbestätigung Ihrer Mandantin vom 20. April 20.. unter Zugrundelegung von beigefügten Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der „Büromöbel GmbH“, die als Gerichtsstandsvereinbarung Düsseldorf enthalten und wonach im Verzugsfall 15 % Zinsen zu zahlen sind
3. Kopie des Lieferscheins vom 27. Mai 20..
4. Kopie der Rechnung Nr. B 1678 vom 8. Juni 20.., zugegangen am 10. Juni

20 . ., über einen Betrag incl. USt. in Höhe von 17.400,00 €

5. Kontoauszug des Geschäftskontos Ihrer Mandantin, der Deutschen Bank AG Düsseldorf, wonach am 15. Juli 20.. ein Teilbetrag von 1.000,00 € auf die Kaufpreisforderung gezahlt wurde

Nach der mündlichen Information des Geschäftsführers Ihrer Mandantin wurde nicht gezahlt. – Wie lautet die Klage?

### FALL 6 – BANKBESTÄTIGUNG:

Wie ist die Klage in Fall 5 zu formulieren, wenn zwar keine Verzugszinsen vereinbart sind, die Mandantin jedoch für laufende Geschäftskredite 12 % Zinsen zu zahlen hat und als Beweis hierfür eine Bestätigung der Deutschen Bank AG Düsseldorf vorlegen kann? Es reicht aus, wenn Sie nur angeben,

1. welche Formulierung in der Klageschrift zu Fall 5 entfällt und
2. wie die neue Formulierung lautet.

## 2.3 Die Regelgebühren in gerichtlichen Verfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 15)*

*Was wäre das Klageverfahren ohne die Kostenrechnung hierzu? Was wäre eine Suppe ohne Salz? - Fangen wir wieder mit einigen leichten Aufgaben an!*

### FALL 7 – EINFACHER GEHT'S NICHT!

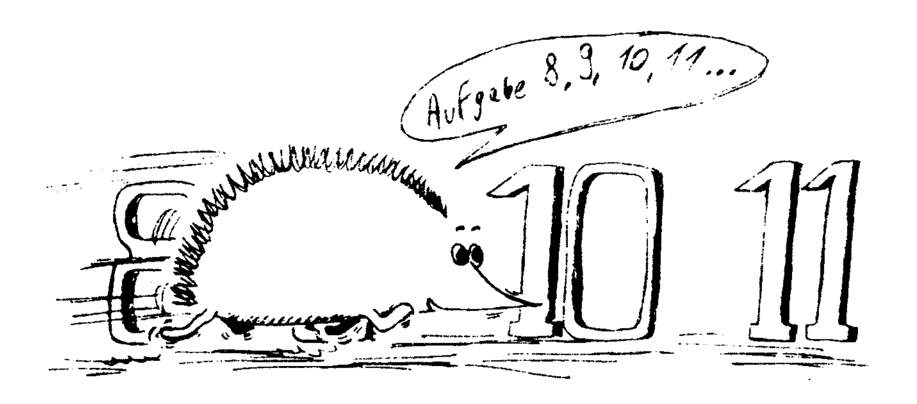
Der Rechtsanwalt erhebt Klage auf Zahlung von 9.900,00 €. Nach einer erfolglosen Güteverhandlung und einer sich anschließenden streitigen mündlichen Verhandlung wird die Klage zurückgenommen. –Kostenrechnung?

### FALL 8 – VERTAGUNG UND STREITIGE VERHANDLUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 19.900,00 €. Nach erfolgloser Erörterung der Sach- und Rechtslage im Gütetermin und anschließender Vertagung im Haupttermin verhandeln die Parteien streitig. Schließlich wird die Klage zurückgenommen. – Kostenrechnung?

### FALL 9 – ANERKENNTNIS:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 2.200,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erkennt der Beklagte die Forderung an und es ergeht ein Anerkenntnisurteil. – Wie lauten die Kostenrechnungen für die Prozessbevollmächtigten des Klägers und des Beklagten ?




## FALL 10 – EINSPRUCH GEGEN EIN VERSÄUMNISURTEIL:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt Klage gegen Bertram auf Zahlung von 12.600,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Beklagten niemand und es ergeht auf Antrag der Rechtsanwältin ein Versäumnisurteil. Für Bertram bestellt sich nun Rechtsanwalt Schmitz, der rechtzeitig gegen das Versäumnisurteil Einspruch einlegt. Im Haupttermin verhandeln die Parteien streitig zur Hauptsache und es ergeht ein Urteil.

## FALL 11 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG:

Mandant M beauftragt Rechtsanwalt R mit einer Klageerhebung gegen B über 1.400,00 €. Nach Prüfung der Rechtslage und Einholung von Informationen ruft M bei Rechtsanwalt R an und teilt ihm mit, dass die Forderung soeben gezahlt worden sei. M vertritt die Meinung, Rechtsanwalt R stehe keine Kostenrechnung zu, da es ja gar nicht zu einer Klageeinreichung gekommen sei.

## FALL 12 – EIN EINFACHER FALL ZUR BERUFUNGSINSTANZ:

Der Rechtsanwalt geht über 7.500,00 € in die Berufung. Nach zwei streitigen mündlichen Verhandlungen ergeht ein Urteil.

## FALL 13 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG IN DER BERUFUNGSINSTANZ:

Der Mandant beauftragt den Rechtsanwalt, gegen ein Urteil in die Berufung zu gehen. Die Beschwerdesumme beträgt 6.200,00 €. Es kommt jedoch nicht zur Einlegung der Berufung, weil der RA nach Prüfung der Sach- und Rechtslage davon abrät und keine Berufungsschrift einreicht.

## FALL 14– DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG IN DER REVISIONSINSTANZ:

Mandant M beauftragt RA R, gegen ein Urteil in die Revision zu gehen. Die Beschwerdesumme beträgt 85.000,00 €. Es kommt jedoch nicht zur Einlegung der Revision, weil RA R nach Prüfung der Sach- und Rechtslage davon abrät.




## FALL 15 – ANWALTSWECHSEL:

RA Rauter erhebt für Martens Klage gegen Bertram auf Zahlung von 12.000,00 €. Nach Zustellung der Klage wechselt Martens zu RA Schmitz. Dieser meldet sich schriftsätzlich bei Gericht als neuer Prozessbevollmächtigter. Nach zwei streitigen mündlichen Verhandlungen ergeht ein Urteil. Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte?

*Üben wir nun einmal den Instanzenaufbau:*

## FALL 16 – EINFACHSTER GRUNDFALL ZUM INSTANZENZUG:

RA Rasche erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 160.000,00 €. Nach einem Gütetermin, zwei streitigen mündlichen Verhandlungen und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung wird der Klage stattgegeben.

Hiergegen legt der gegnerische RA durch RA Senger Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

Für Martens geht nun RA Tito in die Revision. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

Kostenrechnungen für alle Instanzen!

## FALL 17 – INSTANZENZUG MIT ZWEI STREITWERTEN:

RA R erhebt für M Klage gegen B über 150.000,00 €. Nach einem Gütetermin, zwei streitigen mündlichen Verhandlungen und einer Beweisaufnahme wird die Klage in Höhe von 50.000,00 € abgewiesen.

Hiergegen legt RA R Berufung ein. Nach zwei streitigen mündlichen Verhandlungen ergeht ein zurückweisendes Urteil.

Für M geht nun RA S in die Revision. Nach Erörterung der Sach- und Rechtslage nimmt S die Revision zurück. - Kostenrechnungen für alle Instanzen!

## FALL 18 – INSTANZENZUG MIT DREI STREITWERTEN:

Rechtsanwalt R erhebt für M Klage gegen B über 360.000,00 €. Nach einem Gütetermin, zwei streitigen mündlichen Verhandlungen und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung wird der Beklagte verurteilt, an den Kläger 120.000,00 € zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Wegen der Verurteilung zur Zahlung legt der Beklagte Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Klage auch wegen der 120.000,00 € abgewiesen.

Für M geht nun RA S in die Revision über einen Gegenstandswert von 90.000,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil. - Kostenrechnungen für alle drei Instanzen!

*Zum Schluss noch ein leichter, aber veritabler Fall aus der Abschlussprüfung:*

## FALL 19 – PRÜFUNGSFALL - DIE AUSSERGERICHTLICHE BESPRECHUNG:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram auf Zahlung von 6.800,00 €. In einem außergerichtlichen Gespräch teilt die Rechtsanwältin Bertram ihre Auffassung von der Rechtslage mit. Daraufhin zahlt Bertram die Forderung auf ein Konto von Martens und die Parteien erklären den Rechtsstreit schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt.

## 2.4 Der Gegenstandswert bei Erhöhung und Ermäßigung

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 15.7)*

**Es kann im laufenden Zivilprozess vorkommen, dass der Kläger weitere Ansprüche geltend macht (z. B. zusätzliche Schadensersatzansprüche). Er kann dann die Klage insoweit „erhöhen“. Es kann aber auch der Beklagte nach Klageeinreichung einen Teilbetrag zahlen. Die Parteien erklären dann in Höhe dieses Teilbetrages den Rechtsstreit für erledigt. Der Prozess ist dann nur noch über die restliche Klageforderung rechtshängig, d. h. der Kläger hat seine Klageforderung um den bereits gezahlten Betrag „ermäßigt“. In beiden genannten Fällen ist genau zu überprüfen, über welchen Gegenstandswert die jeweilige Gebühr berechnet werden kann!**

### FALL 20 – ERHÖHUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 15.000,00 €. Nach einem erfolglosen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht der Kläger die Klage um 6.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

*Der Schwierigkeitsgrad nimmt zu:*

### FALL 21 – ERHÖHUNG UND ERMÄSSIGUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 16.000,00 €. Es folgen ein Gütetermin und eine streitige mündliche Verhandlung. Im Anschluss erhöht der Kläger die Klage um 4.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Beklagte auf die Klageforderung 6.000,00 €, und insoweit erklären die Parteien übereinstimmend den Rechtsstreit für erledigt. Nach einer Beweisaufnahme und einer streitigen mündlichen Verhandlung über den Rest ergeht ein Urteil.

### FALL 22 – ERLEDIGUNGSERKLÄRUNG UND ERHÖHUNG:

Der RA erhebt Klage über 4.000,00 €. Es folgen ein Gütetermin und eine streitige mündliche Verhandlung. Schließlich zahlt der Beklagte auf die Klageforderung 1.600,00 €, und insoweit erklären die Parteien in einem zweiten Termin übereinstimmend den Rechtsstreit für erledigt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung über den Rest folgen eine Beweisaufnahme und eine Weiterverhandlung. Hier erhöht der Kläger unter dem Eindruck des Ergebnisses

der Beweisaufnahme die Klage um 2.400,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer weiteren Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

*Die nachfolgenden Fälle sind zwar alle nicht ganz ohne, aber den nächsten Fall gab es in der Zwischenprüfung:*

## FALL 23 – ERMÄSSIGUNG, ERHÖHUNG, BERUFUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 90.000,00 €. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Beklagte auf die Klageforderung 18.000,00 €, und insoweit erklären die Parteien in einem zweiten Termin übereinstimmend den Rechtsstreit für erledigt. Es folgen eine streitige mündliche Verhandlung über den Rest und eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Beweisaufnahme erhöht der Kläger die Klage um 27.000,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil, in dem der Beklagte zur Zahlung von 14.400,00 € verurteilt wird.

Der Beklagte geht wegen dieses Betrages in die Berufung. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil. - Kostenrechnungen für die erste und zweite Instanz!

*Unterschätzen Sie den nachfolgenden Fall nicht:*

## FALL 24 – VARIANTE:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 20.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 5.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt. Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung folgt eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Beweisaufnahme erhöht der Kläger die Klageforderung um 7.500,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

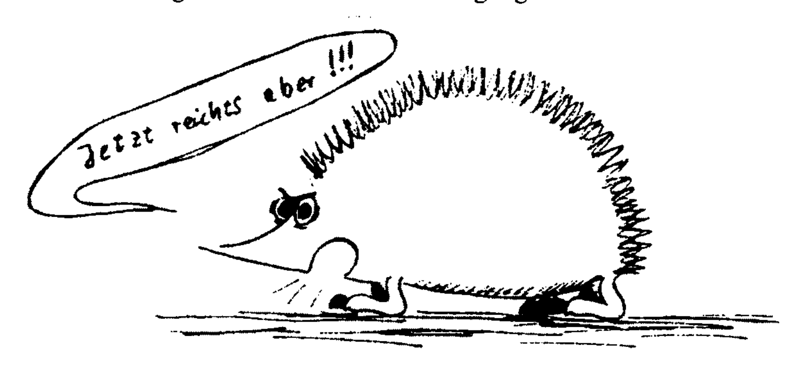
*Der nachfolgende Fall ist ähnlich wie der vorherige Fall, nur dass die Zahlung mit nachfolgender Erledigungserklärung nach einem Gespräch mit dem Gegner stattfindet:*

## FALL 25 – VARIANTE:

Rechtsanwalt Rasche erhebt Klage über 150.000,00 €. Nach Zustellung der Klage findet zwischen RA Rasche und der Prozessbevollmächtigten der Beklagten ein außergerichtliches, unverbindliches Gespräch mit dem Ziel einer Einigung oder zumindest teilweisen Erledigung statt. Eine Einigung erfolgt zwar nicht, doch die Gegnerin wird doch nachdenklich und überweist schließlich vor dem Haupttermin einen Teilbetrag von 37.500,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt.

Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung folgt eine Be-

weisaufnahme mit Weiterverhandlung. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Beweisaufnahme erhöht der Kläger die Klageforderung um 56.250,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.




*Richtig, Schnüffel. Wir sind ja bald fertig. Eine letzte „kleine" Aufgabe fehlt noch. Aber sollten Sie noch weitere Beispiele üben wollen, so schauen Sie sich doch einmal die Aufgaben im Kapitel 18.2 an!*

**FALL 26 – DER LETZTE FALL:**

Der Rechtsanwalt erhebt auftragsgemäß Klage über 80.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 20.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt. Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht der Kläger die Klage um 30.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

## 2.5 Lösungen

### 2.5.1 Lösungen zum Verfahrensrecht

**FALL 1:**

a) Landgericht, Kammer für Handelssachen

b) Amtsgericht

c) Amtsgericht (Gegenstandswert unter 5.000,00 €)

d) Landgericht. Die Kammer für Handelssachen wäre nur zuständig gewesen, wenn H auch als Kaufmann aufgetreten wäre, d. h. wenn es sich um ein gegenseitiges Handelsgeschäft gehandelt hätte (§ 95 I 1 GVG). Das ist hier aber nicht der Fall, H hat hier als Verbraucher gekauft.

e) Landgericht, Kammer für Handelssachen. Zwar sind hier beide Parteien als Verbraucher aufgetreten, doch ist die KfH auch, unabhängig von der

Kaufmannseigenschaft der Parteien, in Wechsel- und Schecksachen zuständig (§ 95 I Nr. 2 und Nr. 3 GVG).

f) Landgericht, Kammer für Handelssachen, § 95 I Nr. 2 und Nr. 3 GVG

g) Amtsgericht; die Kammer für Handelssachen ist deshalb nicht zuständig, weil bei einem Streitwert bis 5.000 € die Zuständigkeit des AG gilt.

### FALL 2:

Eine zweite Klage ist möglich in den Fällen b), c) und d).

In der Alternative d) ist als Sonderform die sog. ***Restitutionsklage*** nach § 580 Nr. 7b ZPO zulässig.

In der Variante e) kann I noch einmal Berufung einlegen! Nach § 516 III ZPO hat die Zurücknahme nur den Verlust des eingelegten Rechtsmittels zur Folge, also nur dieser Berufung, nicht jedoch das Recht der Berufung überhaupt. Dies entspricht der Regelung über die Klagerücknahme. Läuft also die Notfrist noch, kann die Berufung erneuert werden.

### KLAGESCHRIFT ZU FALL 3:

(Name, Anschrift RA) (Datum)

An das Amtsgericht

(PLZ) Mönchengladbach

**Klage**

des Kaufmanns Ernst Müller, 41066 Mönchengladbach, Piepersweg 3,

Klägers,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt XY, (Anschrift),

gegen

den Kaufmann Friedrich Fuchs, 41238 Mönchengladbach, Ingenfeldstr. 256,

Beklagten,

**wegen** Kaufpreisforderung,

**Gegenstandswert:** 3.600,00 €.

Namens und in Vollmacht des Klägers erhebe ich Klage gegen den Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

1. den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 3.600,00 € nebst 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 10. April 20.. zu zahlen,
2. dem Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
3. das Urteil gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, für vorläufig vollstreckbar zu erklären,

4. hilfsweise, dem Kläger nachzulassen, die Zwangsvollstreckung seinerseits gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, abzuwenden.
5. Für den Fall des schriftlichen Vorverfahrens beantrage ich, gegebenenfalls Anerkenntnisurteil (gem. § 307 ZPO) oder Versäumnisurteil (gemäß § 331 Abs. 3 ZPO) zu erlassen.

**Gründe:**

Mit Schreiben vom 12. Februar 20.. bestellte der Beklagte bei dem Kläger 3 Laserdrucker, Marke „Black Rapid“, zu insgesamt 3.600,00 €.

Beweis: Vorlage des Bestellscheins und Lieferungsauftrags des Beklagten vom 12. Februar 20 . ., Kopie anbei

Der Kläger nahm mit Schreiben vom 20. Februar 20.. den Auftrag an.

Beweis: Vorlage der Auftragsbestätigung des Klägers vom 20. Februar 20. ., Kopie anbei

Daraufhin lieferte der Kläger die Maschinen am 10. März 20.. an den Beklagten ordnungsgemäß aus.

Beweis: Vorlage des Lieferscheins vom 10. März 20 . ., Kopie anbei

Mit Rechnung Nr. 2090 vom gleichen Tage berechnete der Kläger incl. Umsatzsteuer 3.600,00 €. Die Rechnung wurde mit dem Lieferschein an diesem Tage ausgehändigt.

Beweis: Vorlage der Rechnung Nr. 2090 vom 10. März .20 . ., Kopie anbei

Die Zinsforderung rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges. Gerichtskosten in Höhe von 315,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)

Rechtsanwalt

*Der Hinweis auf die Rechtsgrundlage (beim Anerkenntnisurteil § 307 ZPO und beim Versäumnisurteil § 331 Abs. 3 ZPO) ist entbehrlich, da der Richter von sich aus die Rechtsgrundlagen kennen muss.*

## KLAGESCHRIFT ZU FALL 4:

(Name, Anschrift RA) (PLZ) Anschrift, (Datum)

Landgericht Düsseldorf
Kammer für Handelssachen
40213 Düsseldorf

**Klage**

der Modewaren GmbH, Altstadt 13, 40213 Düsseldorf, vertreten durch den Geschäftsführer, Kaufmann Heinz Bertram, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt XY (PLZ), Anschrift,

***gegen***

die Textil GmbH, Hafenstr. 7, 40213 Düsseldorf, vertreten durch den Geschäftsführer, Kaufmann Fritz Claasen, ebenda,

Beklagte,

**wegen** Kaufpreisforderung,
**Gegenstandswert**: 40.000,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagte. Im Termin werde ich beantragen:

1. die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 40.000,00 € nebst 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 20. Februar 20.. zu zahlen,,
2. der Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
3. das Urteil gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, für vorläufig vollstreckbar zu erklären,
4. hilfsweise, der Klägerin nachzulassen, die Zwangsvollstreckung ihrerseits gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, abzuwenden.
5. Für den Fall des schriftlichen Vorverfahrens beantrage ich, gegebenenfalls Anerkenntnisurteil oder Versäumnisurteil zu erlassen.

**Gründe:**

Mit Schreiben vom 10. Januar 20.. bestellte die Beklagte bei der Klägerin 500 Kleider, Modell „Frühlingswind", zu insgesamt 40.000,00 €.

Beweis: Vorlage des Bestellscheins und Lieferungsauftrages der Beklagten vom 10. Januar 20.., Kopie anbei

Die Klägerin nahm die Bestellung mit Schreiben vom 15. Januar 20.. an.

Beweis: Vorlage des Bestätigungsschreibens der Klägerin vom 15. Januar 20.., Kopie anbei

Anschließend lieferte die Klägerin die Ware am 20. Januar 20.. an die Beklagte ordnungsgemäß aus.
Beweis: Vorlage des Lieferscheins vom 18. Januar 20.., zugegangen am 20. Januar 20.., Kopie anbei

Mit Rechnung Nr. 1545 vom 18. Januar 20.., zugegangen am 20. Januar 20..., berechnete die Klägerin incl. Umsatzsteuer 40.000,00 €.
Beweis: Vorlage der Rechnung Nr. 1545 vom 18.01.20.., Kopie anbei

Da die Beklagte nicht zahlte, ist Klage geboten.

Die Zinsforderung rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges.

Gerichtskosten in Höhe von 1.194,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)

Rechtsanwalt

Anlagen

*Der Beklagte befand sich bereits gemäß § 286 III BGB 30 Tage nach Zugang der Rechnung im Verzug. Der Tag des Zugangs zählt nicht mit (§ 187 I BGB).*

## KLAGESCHRIFT ZU FALL 5:

(Name, Anschrift des Rechtsanwalts, Datum)

An das
Landgericht Düsseldorf
Kammer für Handelssachen

40213 Düsseldorf

**Klage**

der „Büromöbel GmbH", Neustraße 17, 40213 Düsseldorf, vertreten durch den Geschäftsführer, Kaufmann Herbert Hermann, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt XY, (Anschrift),

***gegen***

1. die „Büro Meier KG", Gartenweg 201, 47789 Krefeld, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Manfred Meier, ebenda,

2. den persönlich haftenden Gesellschafter Manfred Meier, ebenda,

Beklagten,

wegen Kaufpreisforderung,
Gegenstandswert: 16.400,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werde ich beantragen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 16.400,00 € nebst 15 % Zinsen seit dem 11. Juli 20.. zu zahlen,
2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,
3. das Urteil gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, für vorläufig vollstreckbar zu erklären,
4. hilfsweise, der Klägerin nachzulassen, die Zwangsvollstreckung ihrerseits gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, abzuwenden.
5. Für den Fall des schriftlichen Vorverfahrens beantrage ich, gegebenenfalls Anerkenntnisurteil oder Versäumnisurteil zu erlassen.

**Gründe:**

Mit Schreiben vom 15. April 20.. bestellte die Beklagte zu 1) bei der Klägerin 60 Aktenschränke „Diplomat" zu insgesamt 17.400,00 €.

Beweis: Vorlage des Bestellscheins und des Lieferungsauftrages der Beklagten zu 1) vom 15. April 20.., Kopie anbei

Die Klägerin nahm die Bestellung mit Schreiben vom 20. April 20.. an und legte dem Auftrag ihre Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zugrunde, die als Gerichtsstandsvereinbarung Düsseldorf enthalten und nach denen im Falle des Verzuges Zinsen in Höhe von 15 % verlangt werden können.

Beweis: Vorlage der Auftragsbestätigung vom 20. April 20.., Kopie anbei

Anschließend lieferte die Klägerin die Ware am 27. Mai 20.. an die Beklagte zu 1) ordnungsgemäß aus.

Beweis: Vorlage des Lieferscheins vom 27. Mai 20.., Kopie anbei

Mit Rechnung Nr. B 1678 vom 8. Juni 20.., zugegangen am 10. Juni 20.., berechnete die Klägerin incl. Umsatzsteuer 17.400,00 €.

Beweis: Vorlage der Rechnung Nr. B 1678 vom 8. Juni 20.., Kopie anbei

Auf diese Rechnung ging am 15. Juli 20.. eine Teilzahlung von 1.000,00 € ein. Da die Beklagte zu 1) den noch ausstehenden Restbetrag nicht zahlte, ist Klage geboten.

Die Zinsforderung rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges. Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1).

Gerichtskosten in Höhe von 795,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

*Folgende Gesichtspunkte waren bei dieser Klage besonders zu berücksichtigen:*

1. *Eine Klage gegen eine KG ist sowohl gegen die KG, die durch den persönlich haftenden Gesellschafter (Komplementär) vertreten wird, als auch gegen diesen persönlich zu richten!*
2. *Demgemäß lauten die Klageanträge zu 1) und 2) auf gesamtschuldnerische Verurteilung der Beklagten.*
3. *Außerdem wird beiden Beklagten gesondert zugestellt – also entsprechende Durchschriften beifügen!*
4. *Als Gerichtsstand war Düsseldorf vereinbart, also dort und nicht in Krefeld Klage einreichen! Dann müssen Sie die Gerichtsstandsvereinbarung aber auch in der Klageschrift erwähnen.*
5. *Als Verzugszinsen können 15 % verlangt werden, da auch insoweit eine vertragliche Vereinbarung vorliegt. Auch das muss in der Klageschrift vorgetragen und unter Beweis gestellt werden.*
6. *Manchmal wird die Teilzahlung (hier: 1.000,00 €) nicht berücksichtigt...*

## FALL 6:

**Hier sicherheitshalber noch einmal eine vollständige Klageschrift:**

(Name, Anschrift des Rechtsanwalts) (Datum)

An das
Landgericht Düsseldorf
Kammer für Handelssachen
40213 Düsseldorf

**Klage**

der „Büromöbel GmbH", Neustraße 17, 40213 Düsseldorf, vertreten durch den Geschäftsführer, Kaufmann Herbert Hermann, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt XY, (Anschrift),

**gegen**

1. die „Büro Meier KG", Gartenweg 201, 47789 Krefeld, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Manfred Meier, ebenda,
2. den Kaufmann Manfred Meier, ebenda,

Beklagten,

wegen Kaufpreisforderung,
Gegenstandswert: 16.400,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werde ich beantragen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 16.400,00 € nebst 12 % Zinsen seit dem 11. Juni 20.. zu zahlen,

2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen,

3. das Urteil gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, für vorläufig vollstreckbar zu erklären,

4. hilfsweise, der Klägerin nachzulassen, die Zwangsvollstreckung ihrerseits gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, abzuwenden.

5. Für den Fall des schriftlichen Vorverfahrens beantrage ich, gegebenenfalls Anerkenntnisurteil oder Versäumnisurteil zu erlassen.

**Gründe:**

Mit Schreiben vom 15. April 20.. bestellte die Beklagte zu 1) bei der Klägerin 60 Aktenschränke „Diplomat" zu insgesamt 17.400,00 €.

Beweis: Vorlage des Bestellscheins und des Lieferungsauftrages der Beklagten zu 1) vom 15. April 20.., Kopie anbei

Die Klägerin nahm die Bestellung mit Schreiben vom 20. April 20.. an und legte dem Auftrag ihre Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zugrunde, die als Gerichtsstandsvereinbarung Düsseldorf enthalten.

Beweis: Vorlage der Auftragsbestätigung vom 20.04.20.., Kopie anbei

Anschließend lieferte die Klägerin die Ware am 27. Mai 20.. an die Beklagte zu 1) ordnungsgemäß aus.

Beweis: Vorlage des Lieferscheins vom 27. Mai 20.., Kopie anbei

Mit Rechnung Nr. B 1678 vom 8. Juni 20.., zugegangen am 10. Juni 20.., berechnete die Klägerin incl. Umsatzsteuer 17.400,00 €.

Beweis: Vorlage der Rechnung Nr. B 1678 vom 08.06.20.., Kopie anbei

Auf diese Rechnung ging am 15. Juli 20.. eine Teilzahlung von 1.000,00 € ein. Da die Beklagte zu 1) den noch ausstehenden Restbetrag nicht zahlte, ist Klage geboten.

Die Zinsforderung rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges. Die Klägerin nimmt mindestens in Höhe des geltend gemachten Betrages bei der Deutschen Bank AG Düsseldorf einen Bankkredit in Anspruch, für den sie derzeit 12 % Zinsen zahlen muss.

Beweis: Vorlage der Bankbestätigung der Deutschen Bank AG Düsseldorf vom ..., Kopie anbei

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1).

Gerichtskosten in Höhe von 795,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)

Rechtsanwalt

*Im Klageantrag können 12 % Zinsen verlangt werden. Die Zinsvereinbarung fällt weg, dafür muss der Bankkredit mit Beweisantritt vorgetragen werden.*

### 2.5.2 Lösungen zum Gebührenrecht

**FALL 7:**

Gegenstandswert: 9.900,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

**FALL 8:**

Gegenstandswert: 19.900,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 775,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 310,65 € |
| Summe brutto: | 1.945,65 € |

*Die Vertagung ist gebührenrechtlich unerheblich: Die Parteien haben streitig mündlich verhandelt, dafür entsteht die vollständige Terminsgebühr und, neben der Verfahrensgebühr, nichts anderes.*

## FALL 9:

**Kostenrechnung für beide Prozessbevollmächtigten:**

Gegenstandswert: 2.200,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 209,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 193,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 422,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 80,28 € |
| Summe brutto: | 502,78 € |

*Die Terminsgebühr ist schon dem Wortlaut nach umfassender als die frühere Verhandlungs- bzw. Erörterungsgebühr und entsteht für die Verhandlung, die Erörterung oder die Wahrnehmung eines Beweistermins. Es kommt also grundsätzlich nicht mehr auf die Anträge im Termin an, sondern darauf, ob der Rechtsanwalt den Termin wahrnimmt. Und hier sind beide Anwälte im Termin erschienen, also erhalten sie beide die 1,2 Terminsgebühr.*

## FALL 10:

Gegenstandswert: 12.600,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

*Die nach der BRAGO noch komplizierte Berechnung der Gebühren bei einem Einspruch gegen ein Versäumnisurteil wurde mit dem RVG beseitigt. Es wurde prozessiert, dafür gibt es eine Verfahrensgebühr und es sind im Termin beide Parteien erschienen, dafür gibt es eine Terminsgebühr.*

## FALL 11:

*Der Mandant irrt:*

Gegenstandswert: 1.400,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 84,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 16,80 € |
| Zwischensumme netto | 100,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 19,15 € |
| Summe brutto: | 119,95 € |

*Endigt der Auftrag, bevor der Rechtsanwalt die Klage, den ein Verfahren einleitenden Antrag oder einen Schriftsatz, der Sachanträge pp. enthält, eingereicht hat, so erhält der RA doch für seine verfahrensvorbereitende Tätigkeit nach Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG eine 0,8 Verfahrensgebühr.*

**FALL 12:**

Gegenstandswert: 7.500,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 659,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 494,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.173,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 222,98 € |
| Summe brutto | 1.396,58 € |

*Dieser Fall dient wirklich nur der Wiederholung und bedarf eigentlich keiner weiteren Erläuterung.*

**FALL 13:**

Gegenstandswert: 6.200,00 €

| | |
|---|---|
| 1,1 Verfahrensgebühr, Nr. 3201 Nr. 1 VV RVG | 412,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 432,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 82,18 € |
| Summe brutto: | 514,68 € |

*Es liegt kein Beratungsauftrag vor, da nach dem Fall ganz klar der Auftrag erteilt worden ist, Berufung einzulegen.*

**FALL 14:**

Gegenstandswert: 85.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,1 Verfahrensgebühr, Nr. 3207 VV RVG | 1.404,70 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.424,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 270,69 € |
| Summe brutto: | 1.695,39 € |

*Fall und Lösung entsprechen dem vorherigen Fall, nur geht es diesmal um die Revisionsinstanz.*

## FALL 15:

**Kostenrechnungen für RA Rauter:**

| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 703,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 133,72 € |
| Summe brutto: | 837,52 € |

**Kostenrechnungen für RA Schmitz:**

| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

*Beide Rechtsanwälte erhalten je eine Kostenrechnung, RA R bekommt natürlich keine Terminsgebühr.*

## FALL 16:

**1. Instanz**

| Gegenstandswert: 160.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 2.160,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.994,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.175,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 793,25 € |
| Summe brutto: | 4.968,25 € |

**2. Instanz**

| Gegenstandswert: 160.000,00 € | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 2.659,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.994,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.673,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 887,98 € |
| Summe brutto | 5.561,58 € |

**3. Instanz**

| Gegenstandswert: 160.000,00 € | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 3.822,60 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 2.493,00 € |

| | |
|---|---:|
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 6.335,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.203,76 € |
| Summe brutto | 7.539,36 € |

*Ein Fall ohne weitere Besonderheiten, aber trotzdem wichtig. Im Gegensatz zur BRAGO haben die Regelgebühren für jede Instanz nach dem RVG eine neue Nummer erhalten.*

## FALL 17:

**1. Instanz**

| Gegenstandswert: 150.000,00 € | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 2.060,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.902,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.982,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 756,68 € |
| Summe brutto: | 4.739,18 € |

**2. Instanz**

| Gegenstandswert: 50.000,00 € | |
|---|---:|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.673,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.255,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.948,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 560,27 € |
| Summe brutto | 3.509,07 € |

**3. Instanz**

| Gegenstandswert: 50.000,00 € | |
|---|---:|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.405,80 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.569,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.994,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 759,01 € |
| Summe brutto | 4.753,81 € |

*Eine Variante. Hier sind zwei unterschiedliche Streitwerte zu berücksichtigen.*

## FALL 18:

**1. Instanz** - Gegenstandswert: 360.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 3.281,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 3.028,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |

| | |
|---|---|
| Zwischensumme netto | 6.330,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.202,70 € |
| Summe brutto: | 7.532,70 € |

**2. Instanz** - Gegenstandswert: 120.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 2.289,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.717,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.026,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 765,09 € |
| Summe brutto | 4.671,09 € |

**3. Instanz** - Gegenstandswert: 90.000,00 €

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.937,10 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.915,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.872,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 925,79 € |
| Summe brutto | 5.798,39 € |

*Niveau: Unterstufe incl. Zwischenprüfung*

## FALL 19:

Gegenstandswert: 6.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 450,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 957,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 181,93 € |
| Summe brutto: | 1.139,43 € |

*Die Besprechung war zwar außergerichtlich, die Forderung aber durch Klage bereits rechtshängig. Deshalb entsteht eine Verfahrensgebühr (Nr. 3100 VV RVG), nicht etwa eine Geschäftsgebühr (Nr. 2300 VV RVG)!*

*Sie wissen ja: Die Terminsgebühr entsteht auch für die Mitwirkung an Besprechungen, die auf die Vermeidung oder Erledigung des Verfahrens gerichtet sind ohne Beteiligung des Gerichts, sofern diese Besprechungen nicht mit dem Auftraggeber geführt wurden (Vorbemerkung 3 Abs. 3 VV RVG)!*

*Eine Einigungsgebühr wird nicht berechnet. Nach dem Fall ist eine verbindliche Einigung ja gar nicht getroffen worden!*

**FALL 20:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 21.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 775,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 310,65 € |
| Summe brutto: | 1.945,65 € |

*Der Fall ist leicht und sicherlich selbsterklärend.*

**FALL 21:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 20.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 775,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 310,65 € |
| Summe brutto: | 1.945,65 € |

*Es wurde über Ansprüche von insgesamt 20.000,00 € prozessiert und terminiert.*

**FALL 22:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 6.400,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 450,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 957,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 181,93 € |
| Summe brutto: | 1.139,43 € |

*Ist eine Gebühr in einer bestimmten Höhe einmal entstanden, so gilt § 15 IV RVG: Ermäßigungen führen nicht nachträglich zu einer Reduzierung der Rechtsanwaltsgebühren.*

## FALL 23:

**1. Instanz:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 117.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.860,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.717,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.597,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 683,53 € |
| Summe brutto: | 4.281,03 € |

**2. Instanz**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 14.400,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 905,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.604,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 304,91 € |
| Summe brutto | 1.909,71 € |

*Wegen der Ermäßigung vgl. die Anmerkung zum vorherigen Fall. Im Übrigen gilt weiterhin: Jeder in das Verfahren oder den Termin eingeführte Gegenstandswert geht auch in die Verfahrens- oder Terminsgebühr ein. Um den Gegenstandswert für die Berufungsinstanz zu ermitteln, muss genau berechnet werden, um wie viel es den Parteien dann überhaupt noch geht.*

## FALL 24:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| Gegenstandswert: 27.500,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Gegenstandswert: 22.500,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.828,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 347,43 € |
| Summe brutto: | 2.176,03 € |

*Die Ermäßigung fand vor dem Termin statt, diese Forderung war also nicht mehr Gegenstand des Termins und konnte nicht mehr in die Terminsgebühr eingehen.*

## FALL 25:

Gegenstandswert: 206.250,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 2.514,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 2.320,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.855,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 922,45 € |
| Summe brutto: | 5.777,45 € |

*Wie bereits erwähnt, entsteht nach Vorbemerkung 3 Abs. 3 VV RVG die Terminsgebühr auch für die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts, nämlich für die Mitwirkung an Besprechungen, die auf die Vermeidung oder Erledigung des Verfahrens gerichtet sind ohne Beteiligung des Gerichts (sofern diese Besprechungen nicht mit dem Auftraggeber geführt wurden). Die gezahlten und erledigten 37.500,00 € sind also auch für die Terminsgebühr nicht von dem Gegenstandswert abzuziehen!*

## FALL 26:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.760,20 € |
| Gegenstandswert: 110.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.532,40 € |
| Gegenstandswert: 90.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.312,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 629,39 € |
| Summe brutto: | 3.941,99 € |

*Diesmal ist über die erledigte Teilforderung von 20.000,00 € nicht außergerichtlich mit dem Ziel einer Erledigung gesprochen worden, so dass dieser Betrag von der Terminsgebühr abzuziehen ist.*

# 3 Die Berechnung des Gegenstandswertes

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 14)*

**Eine Kostenrechnung zu erstellen ist ja schön und gut, aber man muss auch wissen, von welchem Gegenstandswert. – Die ersten beiden Aufgaben sind leicht und stellen für Sie sicher kein Problem dar:**

## 3.1 Aufgaben

### FALL 1 – NEBENFORDERUNGEN:

Der Rechtsanwalt erhebt für M Klage auf Zahlung von

a) 10.000,00 € nebst 12,5 % Zinsen seit dem 1. März bis 30. Oktober und

b) 5.000,00 € Schadensersatzforderung.

Der Gegenstandswert beträgt: ____________________

### FALL 2 – HERAUSGABEANSPRÜCHE:

Eine Klage, die sich auf Herausgabe einer Brosche mit einem Wert von 1.500,00 € richtet, hat einen Gegenstandswert von

____________________

*Bei den nachfolgenden Fällen sollten Sie aber auch sattelfest sein!*

### FALL 3 – RÄUMUNGSKLAGE:

Rechtsanwalt R erhebt gegen einen Mieter eine Räumungsklage. Der Mietzins (= die Miete) beträgt monatlich 800,00 € zuzüglich 100,00 € Nebenkosten für anteilige Abgaben, Fahrstuhl usw. – Der Gegenstandswert für die Klage

beträgt ____________________

### FALL 4 – RÄUMUNGSKLAGE UND TEILFORDERUNG:

Der Rechtsanwalt reicht Räumungsklage ein und begehrt gleichzeitig Zahlung von 3.000,00 € rückständige Miete. Die monatliche Miete beträgt 700,00 €.

Gegenstandswert: ____________________

*Achtung, jetzt wird es schwierig:*

## FALL 5 – RENTENANSPRÜCHE FÜR DIE ZUKUNFT:

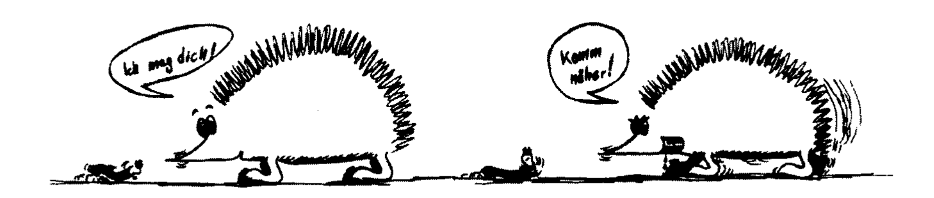
Diesmal wird Klage erhoben wegen Rentenansprüchen aus unerlaubter Handlung in Höhe von 900,00 € monatlich.

Gegenstandswert: ____________________

## FALL 6 – ZUKÜNFTIGE UND RÜCKSTÄNDIGE RENTENANSPRÜCHE:

Klage auf Zahlung von Rentenansprüchen aus unerlaubter Handlung für die kommenden zweieinhalb Jahre zuzüglich rückständiger Rentenansprüche für die vergangenen zwei Jahre (je monatlich 900,00 €).

Gegenstandswert: ____________________




## FALL 7 – GESETZLICHE UNTERHALTSANSPRÜCHE:

Rechtsanwalt R erhebt Klage auf Zahlung von gesetzlichen Unterhaltsansprüchen in Höhe von 900,00 € monatlich. In einem solchen Falle beträgt der

Gegenstandswert: ____________________

## FALL 8 – ZUKÜNFTIGE UND RÜCKSTÄNDIGE GESETZLICHE UNTERHALTSANSPRÜCHE:

Wie beziffert sich der Gegenstandswert, wenn Rechtsanwalt R in derselben Klage begehrt:

- gesetzliche Unterhaltsansprüche für die kommenden acht Monate zuzüglich
- bisher aufgelaufene Unterhaltsansprüche für die vergangenen zwei Jahre von je monatlich 900,00 €.

Der Gegenstandswert beträgt hierfür: ______________________________

### FALL 9 – WIDERKLAGE:

Rechtsanwalt R klagt eine Kaufpreisforderung in Höhe von 6.000,00 € ein. Der Beklagte erhebt Widerklage auf Zahlung von 3.000,00 € Schadensersatz.

Der Gegenstandswert für den Rechtsstreit beträgt: ______________________

## 3.2 Lösungen

### FALL 1:

15.000,00 €. Die Hauptansprüche werden addiert (§ 39 I GKG), Nebenforderungen wie Zinsen bleiben unberücksichtigt (§ 43 I GKG).

### FALL 2:

1.500,00 €

### FALL 3:

12 x 800,00 € = 9.600,00 €

Die Nebenkosten zählen grundsätzlich nicht hinzu, § 41 I S. 1 GKG. Sind Nebenkosten als Pauschale vereinbart, werden sie allerdings hinzugerechnet (§ 41 I S. 2 GKG).

### FALL 4:

12 x 700,00 € + 3.000,00 € = 11.400,00 €; siehe auch die Anm. zu Fall 3

### FALL 5:

5 x 12 x 900,00 € = 54.000,00 €, § 42 II GKG

### FALL 6:

30 x 900,00 € + 24 x 900,00 € = 48.600,00 €

Hier werden nach § 42 II zukünftige und nach § 42 V GKG vergangene Rentenansprüche aus unerlaubter Handlung geltend gemacht.

### FALL 7:

12 x 900,00 € = 10.800,00 €, § 42 I GKG

## FALL 8:

Die Gegenstandswerte betragen zusammen

| | |
|---|---:|
| a) 8 x 900,00 € (§ 42 I GKG) | 7.200,00 € |
| b) und 24 x 900,00 € (§ 42 V GKG) | 21.600,00 € |
| Gegenstandswert | 28.800,00 € |

## FALL 9:

9.000,00 € (§ 45 I GKG)

# 4 Das Mahnverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 4 und 20)*

**Sollte es wirklich richtig sein, dass das Mahnverfahren im Büro zum täglichen Brot gehört? Und dass es da Klassenarbeiten ...?**

## 4.1 Aufgaben

### FALL 1 – AUFFORDERUNGSSCHREIBEN – MAHNBESCHEID:

Ihr ausbildender Rechtsanwalt legt Ihnen ein Schreiben eines neuen Mandanten auf den Tisch mit folgendem Inhalt:

Peter Arndt — Düsseldorf, den 4. November 20 . . .
Textilgroßhändler
Düsselstraße 80
40219 Düsseldorf

Herrn Rechtsanwalt (Name und Anschrift)

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

ich wende mich an Sie in einer Angelegenheit, die für mich sehr dringlich ist.
Am 13. Mai 20 . . . schloss ich mit dem Kaufmann
Fritz Bertram
Ostwall 50
47798 Krefeld

einen schriftlichen Kaufvertrag über die Lieferung von 50 Mänteln, Modell „Elegantia“, zu je 120,00 €, also zu einem Gesamtpreis von 6.000,00 €. Am 11. Juni 20 . . . lieferte ich die Ware mit Rechnung und Lieferschein aus. Das kann ich nachweisen, da der Lieferschein von Bertram unterschrieben wurde.

Mehrere Erinnerungen blieben erfolglos. Als ich Bertram vorige Woche telefonisch an die Zahlung erinnerte, teilte er mir unwirsch mit, er habe noch wichtigere Rechnungen zu begleichen als meine lächerlichen 6.000,00 €.

Ich bin jedoch auf die Zahlung des Kaufpreises dringend angewiesen, da ich meinerseits Bankkredite in Anspruch nehme und mir im Übrigen ein solches Geschäftsgebaren nicht bieten lassen möchte.

Bitte unternehmen Sie schnell etwas, damit ich bald zu meinem Geld komme!

Mit freundlichen Grüßen
(Unterschrift Arndt)

*Hinweis:*

In einer Notiz Ihres Ausbildenden werden Sie gebeten, „das Notwendige" vorzubereiten. Der schriftliche Kaufvertrag und die Rechnung befinden sich in der Anlage, jedoch ist noch keine Prozessvollmacht unterschrieben.

a) Welche Möglichkeiten kommen neben einem Mahnbescheid noch in Betracht?

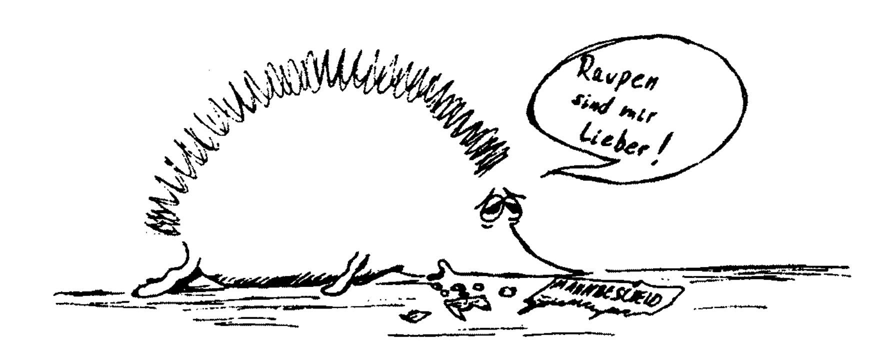
b) Warum wird man zur Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens raten?

*Was wären wir ohne unsere Kostenrechnungen:*

## FALL 2 – DER ANTRAG AUF ERLASS EINES MAHNBESCHEIDS:

Rechtsanwalt Rauter stellt für seinen Mandanten Mertens einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids über 1.000 €. Nach Zustellung des Mahnbescheids zahlt der Antragsgegner.

*Einfacher ging ist doch nicht, oder? Es geht aber weiter:*




## FALL 3 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG:

Auf Antrag des Mandanten bereitet Rechtsanwalt Rauter einen Mahnbescheid vor. Vor Einreichung bei Gericht wird der Betrag jedoch bezahlt. Der Gegenstandswert beträgt 2.500 €.

*Jetzt geht es vom Mahnverfahren in das streitige Verfahren:*

## FALL 4 – MB, WIDERSPRUCH, STREITIGES VERFAHREN:

Rechtsanwalt Rauter reicht für Mertens bei dem zuständigen Amtsgericht einen Mahnbescheid über 120.000,00 € ein. Hiergegen reicht der Gegner, vertreten durch Rechtsanwalt Schmitz, Widerspruch ein. Nach einem Gütetermin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Es folgen eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung und ein Urteil.

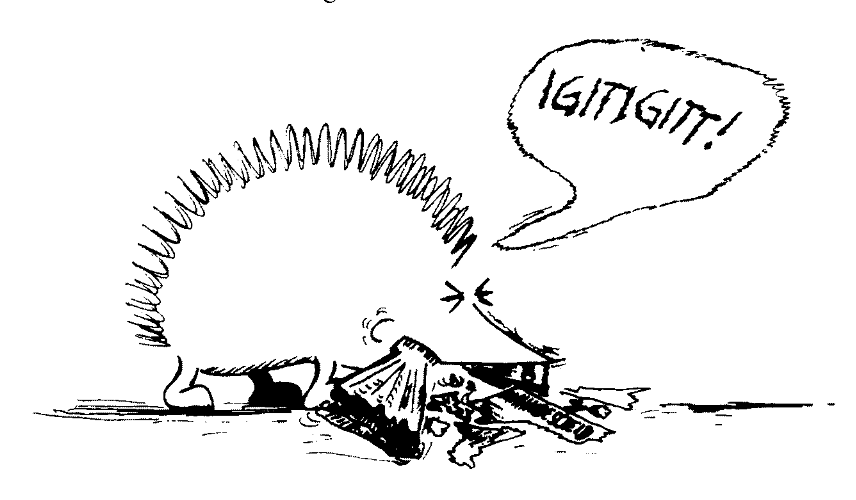
Wie lauten die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte?



## FALL 5 – MB, WIDERSPRUCH, RÜCKNAHME:

Rechtsanwalt Rauter reicht für seinen Mandanten einen Mahnbescheid über 25.000,00 € ein. Der Gegner, vertreten durch Rechtsanwalt Sanders, legt hiergegen Widerspruch ein. Zu diesem Zeitpunkt ist noch kein Vollstreckungsbescheid verfügt worden. Nach Zustellung des Widerspruchs nimmt Rechtsanwalt Rauter den Mahnbescheid zurück.

Wie lauten die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte?




## FALL 6 – MB, VB, EINSPRUCH, GERICHTLICHES VERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rauter reicht für seinen Mandanten Mertens auftragsgemäß einen Mahnbescheid über 40.000,00 € beim Amtsgericht ein. Da der Gegner keinen Widerspruch einlegt, beantragt Rechtsanwalt Rauter den Erlass eines Vollstreckungsbescheids. Hiergegen reicht der Gegner, vertreten durch Rechtsanwalt Schmitz, fristgerecht Einspruch ein. Im streitigen Verfahren kommt es zu einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung, einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung und zu einem Urteil.

Wie lauten die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte?

*Jetzt werden Teilforderungen bezahlt und der Rest geht ins gerichtliche Verfahren:*

### FALL 7 – MB, TEILZAHLUNG, VB, EINSPRUCH, GERICHTLICHES VERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):



Rechtsanwältin Rasche reicht für ihren Mandanten Mertens auftragsgemäß einen Mahnbescheid über 18.000,00 € beim Amtsgericht ein. Nach Zustellung des Mahnbescheids zahlt der Gegner eine Teilforderung von 6.000,00 €. Über die Restforderung stellt Rechtsanwältin Rasche einen Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids. Hiergegen legt der Gegner, vertreten durch Rechtsanwalt Schmitz, fristgerecht Einspruch ein.

Vor dem zuständigen Landgericht verhandeln die Parteien streitig zur Sache und es ergeht ein Urteil.

Wie lauten die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte?

*Ich weiß, das sind insgesamt vier Kostenrechnungen (!), aber dafür haben Sie dieses Kapitel ja gleich geschafft! Es gibt nur noch drei Fälle, jedoch mit einer wichtigen Frage: Kann eigentlich im Mahnverfahren auch eine Terminsgebühr entstehen?*

### FALL 8 – MB-AUFTRAG, EINIGUNGSVERSUCH, MB:

Rechtsanwalt Rasche wird von Mertens beauftragt, gegen Bertram einen Mahnbescheid zu beantragen, vorher jedoch noch zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Es geht um eine Forderung von 5.000,00 €. Nach Einarbeitung bespricht Rechtsanwalt Rasche die Sach- und Rechtslage mit dem Gegner, ohne jedoch eine Einigung herbeiführen zu können. Daraufhin reicht Rechtsanwalt Rasche einen entsprechenden Mahnbescheid bei Gericht ein.

*Im nachfolgenden Prüfungsfall haben Sie eine weiterführende Variante:*

### FALL 9 – AUFFORDERUNGSSCHREIBEN, EINIGUNGSVERSUCH, MAHNBESCHEID (PRÜFUNGSFALL):



Rechtsanwältin Rita Rasche schreibt für Mertens gegen Bertram ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag. Es handelt sich um eine durchschnittliche Angelegenheit. Da Bertram nicht zur Zahlung bereit ist, erteilt Mertens der Rechtsanwältin den Auftrag, einen entsprechenden Mahnbescheid zu beantragen. Diese führt jedoch zunächst vereinbarungsgemäß ein Gespräch mit dem Ziel, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen.

Erst als sich Bertram in diesem Gespräch immer noch nicht zur Zahlung bereit findet, beantragt Rechtsanwältin Rasche einen Mahnbescheid über 32.000,00 €. Kostenrechnung?

### FALL 10 – EINIGUNGSGESPRÄCH, MB, WIDERSPRUCH, STREITIGES VERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rauter wird von Martens beauftragt, gegen Bertram einen Mahnbescheid in Höhe von 15.000,00 € zu beantragen. Zuvor setzt sich Rechtsanwalt Rauter jedoch noch einmal mit Bertram in Verbindung, um eine Vermeidung des gerichtlichen Mahnverfahrens zu erreichen. Eine Einigung kommt jedoch nicht zu Stande. Gegen den daraufhin von Rechtsanwalt Rauter erwirkten Mahnbescheid legt der nunmehr von Bertram beauftragte Rechtsanwalt Schmitz fristgerecht Widerspruch ein.

Im streitigen Verfahren vor dem zuständigen Landgericht kommt es nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme zu einem Urteil. - Kostenrechnungen für die beteiligten Rechtsanwälte?



## 4.2 Lösungen

### FALL 1:

Die Bevollmächtigung des Rechtsanwalts ist bereits mündlich wirksam, der Anwalt kann also bereits tätig werden. Allerdings sollte unverzüglich die Unterschrift auf der schriftlichen Vollmachtserklärung von Arndt angefordert werden.

1) Statt eines Antrags auf Erlass eines *Mahnbescheids* kommen noch ein *anwaltliches Aufforderungsschreiben* und eine *Klage* in Betracht.

2) Ein ***Aufforderungsschreiben*** ist überflüssig, da der Zweck des anwaltlichen Aufforderungsschreibens, nämlich die Herbeiführung des Verzuges, bereits erreicht ist. Bertram befindet sich nämlich bereits seit dem 12. Juli 20 . . ., d. h. gemäß § 286 III BGB dreißig Tage nach Zugang der Rechnung (11.06.20 . . .), im Verzug. Der Tag der Zustellung selbst wird bei der Fristberechnung nicht hinzugezählt.

   a) Die Einreichung einer ***Klage*** erscheint auch nicht erforderlich, da Bertram keine grundsätzlichen Einwendungen (wie z. B. eine Mängelrüge) gegen die Kaufpreisforderung erhebt. Er wird also wahrscheinlich keinen Widerspruch gegen den Mahnbescheid einreichen und so das Verfahren dann doch noch verlängern.

   b) Demgegenüber ist das ***Mahnverfahren*** hier voraussichtlich billiger (nur die halben Gerichtskosten), schneller (keine gerichtlichen Termine) und einfacher (formularmäßige Beantragung). Eine Vollmacht braucht noch nicht schriftlich vorzuliegen, sie ist auch mündlich wirksam, der Mahnbescheid kann also bereits beantragt werden. Mit gleicher Post an den Mandanten sollte man diesem allerdings das Vollmachtformular zusenden mit der Bitte, es unterschrieben zurückzureichen.

## FALL 2:

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rauter:**

Gegenstandswert: 1.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 85,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 17,00 € |
| Zwischensumme netto | 102,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 19,38 € |
| Summe brutto: | 121,38 € |

*Hatten Sie bei der Lösung berücksichtigt, dass die Pauschale für die Postentgelte unter 20,00 € lag und sie entsprechend mit 20% berechnet?*

## FALL 3:

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rauter:**

Gegenstandswert: 2.500,00 €

| | |
|---|---|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3306 VV RVG | 80,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 16,10 € |
| Zwischensumme netto | 96,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 18,35 € |
| Summe brutto: | 114,95 € |

*Hatten Sie auch hier an die Postentgelte gedacht?*

## Fall 4:

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rauter (RA des Antragstellers):**

**1. Das Mahnverfahren:**

Gegenstandswert: 120.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 1.431,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.451,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 275,69 € |
| Summe brutto: | 1.726,69 € |

**2. Der Zivilprozess:**

Gegenstandswert: 120.000,00 €

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.860,30 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 1.431,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 429,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.717,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.166,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 411,64 € |
| Summe brutto: | | 2.578,14 € |

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Schmitz (RA des Antragsgegners):**

**1. Das Mahnverfahren:**

| Gegenstandswert: 120.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | | 715,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 735,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 139,75 € |
| Summe brutto: | | 875,25 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| Gegenstandswert: 120.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.860,30 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3307 VV RVG: | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | 715,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 1.144,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.717,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.882,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 547,58 € |
| Summe brutto: | | 3.429,58 € |

*Hier ist natürlich die Anrechnung ein Problem. Da für den Mahnbescheid nur eine 1,0 Verfahrensgebühr berechnet wird, im gerichtlichen Verfahren jedoch eine 1,3 Verfahrensgebühr, muss die Anrechnung schon verstanden sein.*

## Fall 5:

Gegenstandswert: 25.000,00 €

**Kostenrechnung für den Antragsteller-Anwalt:**

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 686,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 706,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 134,14 € |
| Summe brutto: | 840,14 € |

**Kostenrechnung für den Antragsgegner-Anwalt:**

| | |
|---|---|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | 343,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 363,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 68,97 € |
| Summe brutto: | 431,97 € |

*Folgt auf die Rücknahme des Mahnbescheids keine gerichtliche Verfügung, so erhält der Rechtsanwalt, der den Widerspruch eingelegt hat, nur eine reduzierte Gebühr.*

## Fall 6:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | | 902,00 € |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3308 VV RVG | | 451,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.373,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 260,87 € |
| Summe brutto: | | 1.633,87 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 902,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 270,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.373,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 260,87 € |
| Summe brutto: | | 1.633,87 € |

*Die 0,5 Verfahrensgebühr nach Nr. 3308 VV RVG für den Antrag auf Vollstreckungsbescheid gehört zur Kostenrechnung des Mahnverfahrens.*

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragsgegners:**
**Der Einspruch mit nachfolgendem Zivilprozess:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 432,25 € |
| Summe brutto: | 2.707,25 € |

*Der Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid stellt bereits einen das Streitverfahren einleitenden Antrag dar und löst damit eine 1,3 Verfahrensgebühr nach Nr. 3100 VV RVG aus.*

## Fall 7:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 606,00 € |
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3308 VV RVG | 263,00 € |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 889,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 168,91 € |
| Summe brutto: | 1.057,91 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 526,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 157,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 809,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 153,71 € |
| Summe brutto: | | 962,71 € |

*Die unterschiedlichen Streitwerte mussten berücksichtigt werden. Der MB-Antrag wurde über 18.000,00 € gestellt, der VB wegen der Teilzahlung jedoch lediglich über 12.000,00 €. Da über diesen Gegenstandswert dann auch nur das streitige Verfahren geführt wurde, darf die 1,0 Verfahrensgebühr nach Nr. 3305 VV RVG für den MB-Antrag auch nicht in der entstandenen Höhe von 18.000,00 €, sondern nur über 12.000,00 € angerechnet werden*

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragsgegners:**
**Der Einspruch mit nachfolgendem Zivilprozess:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

*Rechtsanwalt Schmitz war nur über 12.000 € tätig, in seiner Kostenrechnung gibt es also keine unterschiedlichen Streitwerte. Auch hier gibt es für den RA des Antragsgegners, der Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid eingelegt hat, eine gesonderte Kostenrechnung für das Mahnverfahren. Mit dem*

*Einspruch hat er bereits das streitige Verfahren eingeleitet, so dass er mit diesem Antrag eine 1,3 Verfahrensgebühr nach Nr. 3100 VV RVG ausgelöst hat.*

## Fall 8:

**Kostenrechnung für den Antragsteller-Anwalt:**

| Gegenstandswert: 5.000,00 € | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 301,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | 361,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 682,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 129,62 € |
| Summe brutto: | 811,82 € |

*Nach Vorbemerkung 3.3.2 VV RVG bestimmt sich die Terminsgebühr nach Abschnitt 1. Damit erhält der Rechtsanwalt auch im Mahnverfahren eine Terminsgebühr, wenn er eine Tätigkeit entfaltet, die auf die Vermeidung des Mahnverfahrens gerichtet ist. Es ist dabei nicht erforderlich, dass der Rechtsanwalt bei einem entsprechenden Gespräch auch erfolgreich ist.*

## Fall 9:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 32.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.079,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.099,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 208,81 € |
| Summe brutto: | 1.307,81 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 32.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 830,00 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 539,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | | 290,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | | 996,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.306,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 248,24 € |
| Summe brutto: | | 1.554,74 € |

## Fall 10:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 566,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.265,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 240,39 € |
| Summe brutto: | 1.505,59 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 566,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 169,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 869,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 165,11 € |
| Summe brutto: | | 1.034,11 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragsgegners:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | 283,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 303,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 57,57 € |
| Summe brutto: | 360,57 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3307 VV RVG: | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | 283,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 452,80 € |

| | |
|---|---:|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.152,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 218,88 € |
| Summe brutto: | 1.370,88 € |

***Zu Rechtsanwalt Rasche:*** *Nach der Anrechnungsregelung gemäß Anmerkung zu Nr. 3305 VV RVG wird zwar die Verfahrensgebühr des Mahnverfahrens auf die Verfahrensgebühr des streitigen Verfahrens angerechnet. Eine solche Anrechnungsregelung fehlt jedoch bei der Terminsgebühr des Mahnverfahrens.*

***Rechtsanwalt Schmitz*** *war bei dem außergerichtlichen Einigungsgespräch noch nicht beauftragt, dann entsteht für ihn ohnehin keine Terminsgebühr im Mahnverfahren, die in einem anderen Fall aber grundsätzlich möglich wäre.*

# 5 Der Auslagenersatz

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 18)*

**Ist Ihr Chef für seine Mandanten viel unterwegs? Dafür gibt's noch etwas zusätzlich, aber fragen Sie ihn mal, was er von der Höhe der gesetzlichen Reisekosten und insbesondere des Tage- und Abwesenheitsgeldes hält...**

## 5.1 Aufgaben

### FALL 1 – KURZE BERECHNUNGEN:

Welche Reisekosten kann Rechtsanwältin Dr. Rasche geltend machen? Sie brauchen zunächst keine vollständigen Kostenrechnungen zu erstellen.

a) Rechtsanwältin Dr. Rasche fährt morgens um 8:00 Uhr mit eigenem Pkw zum Beweistermin nach Frankfurt. Die einfache Entfernung beträgt 300 km. Sie kehrt am gleichen Tag um 14:00 Uhr in die Kanzlei zurück.

b) Sie fährt um 10:00 Uhr mit eigenem Pkw zum Beweistermin nach Würzburg. Die einfache Entfernung beträgt 150 km. Sie kehrt am nächsten Tag um 13:00 Uhr zur Kanzlei zurück. Die Übernachtungskosten betragen 75 € netto.

c) Rechtsanwältin Dr. Rasche fährt um 11:00 Uhr mit eigenen Pkw zum Beweistermin nach Brüssel. Sie legt insgesamt 900 km zurück. Erst am übernächsten Tag ist sie um 10:00 Uhr wieder zu Hause. Für die zwei Nächte hat sie an Übernachtungskosten insgesamt 160 € aufgewendet.

*Jetzt geht es weiter mit kompletten Kostenrechnungen:*

### FALL 2 – EINFACHER GRUNDFALL:

Rechtsanwalt Rennen reicht im Auftrag von Martens gegen Bertram eine Klage ein in Höhe von 24.000 €. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Beweisbeschluss, nach der in Dortmund eine Ortsbesichtigung stattfinden soll. Rechtsanwalt Rennen legt die Strecke mit eigenem Pkw zurück (einfache Entfernung 85 km). Er fährt zur Wahrnehmung dieses Beweistermins um 8:00 Uhr von seinem Büro ab und kehrt um 13:00 Uhr wieder zurück. Es waren 180 Fotokopien zur Zustellung oder Mitteilung an den Gegner erforderlich. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 3 – MIT ERMÄSSIGUNG:

Rechtsanwältin Rauter reicht für Martens Klage ein über 6.000 €. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Gegner einen Teilbetrag von 1200 € auf das Konto von Martens. Dieser Betrag wird in einem weiteren Termin übereinstimmend für erledigt erklärt. Über den Rest findet eine Beweisaufnahme in Hamm statt. Rechtsanwältin Rauter legt für diesen Beweistermin insgesamt 220 km zurück. Sie fährt morgens um 10:00 Uhr zu diesen Beweistermin los und kehrt um 17:00 Uhr in ihr Büro zurück. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil. Sie hat 185 Fotokopien zur Zustellung oder Mitteilung an den Gegner angefertigt.

## FALL 4 – ERMÄSSIGUNG UND AUSLANDSREISE:

Diesmal wird für Martens Klage eingereicht von Rechtsanwalt Dr. Raudenkolb über 140.000 €. Nach einem erfolglosen gerichtlichen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Gegner an Martens eine Teilforderung von 28.000 €. Insoweit erklären die Parteien den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt und verhandeln streitig über die Restforderungen. Schließlich findet aufgrund eines Beweisbeschlusses in Lüttich (Liège, Belgien) eine Beweisaufnahme statt. Die einfache Entfernung von der Kanzlei bis zum Beweistermin in Lüttich beträgt 450 km. Rechtsanwalt Dr. Raudenkolb fährt zu dem auswärtigen Beweistermin um 19:00 Uhr los und kehrt am nächsten Tag um 18:00 Uhr in sein Büro zurück.

Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil. Es sind insgesamt 180 Fotokopien zur Zustellung oder Mitteilung an Gegner oder Beteiligte erforderlich gewesen.

## FALL 5 – ERMÄSSIGUNG, AUSLANDSREISE UND SONSTIGE AUSLAGEN:

Rechtsanwältin Dr. Rasche erhebt auftragsgemäß für den Mandanten Martens Klage gegen Bertram über 75.000,00 €. Nach Zustellung der Klage überweist Bertram einen Teilbetrag in Höhe von 15.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien vor dem Termin schriftsätzlich für erledigt. Über den Rest findet ein Haupttermin statt, in dem die Parteien streitige Anträge stellen.

Aufgrund eines entsprechenden Beweisbeschlusses findet eine Beweisaufnahme in Paris statt. Rechtsanwältin Dr. Rasche fährt am 01.02. um 17:00 Uhr von der Kanzlei ab und kehrt am folgenden Tag um 16:00 Uhr in ihr Büro zurück. Sie hat 250 Fotokopien zur Unterrichtung der Parteien angefertigt.

Die Übernachtungskosten betrugen 90,00 €, die Verzehrkosten 100,00 € und die Parkgebühren 15,00 €. Sie hat insgesamt 1500 km mit eigenem Pkw zurückgelegt.

# 5.2 Lösungen

**FALL 1:**

**a)**

| Position | Betrag |
|---|---|
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (600 km à 0,30 €) | 180,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG (Abwesenheit 6 Stunden) | 35,00 € |
| Summe: | 215,00 € |

**b)**

| Position | Betrag |
|---|---|
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (300 km à 0,30 €) | 90,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG (Abwesenheit 2 Tage) | 120,00 € |
| Übernachtungskosten, Nr. 7006 VV RVG | 75,00 € |
| Summe: | 285,00 € |

**c)**

| Position | Betrag |
|---|---|
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (900 km à 0,30 €) | 270,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG (Abwesenheit 3 Tage) | 180,00 € |
| 50 % Auslandszuschlag, Anm. Nr. 7005 | 90,00 € |
| Übernachtungskosten | 160,00 € |
| Summe: | 700,00 € |

*Das waren gewissermaßen nur kurze Nebenberechnungen. Jetzt folgen die vollständigen Kostenrechnungen:*

**FALL 2:**

Gegenstandswert: 24.000,00 €

| Position | Betrag |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG (80 Fotokopien) | 29,50 € |
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (170 km à 0,30 €) | 51,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG (Abwesenheit 5 Stunden) | 35,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.850,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 351,60 € |
| Summe brutto: | .202,10 € |

*Von den 180 Fotokopien dürfen gemäß Nr. 7000 VV RVG nur 80 berechnet werden, da sie gemäß Nr. 1 b) „zur Zustellung oder Mitteilung an Gegner oder Beteiligte und Verfahrensbevollmächtigte aufgrund einer Rechtsvorschrift*

*oder nach Aufforderung durch das Gericht (...) zu fertigen waren." In diesen Fällen sind nämlich 100 Ablichtungen von der Berechnung abzuziehen.*

## FALL 3:

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG | 30,25 € |
| (85 Fotokopien) | |
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (220 km à 0,30 €) | 66,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG | 35,00 € |
| (Abwesenheit 7 Stunden) | |
| Zwischensumme netto | 996,25 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 189,29 € |
| Summe brutto: | 1.185,54 € |

*Die Ermäßigung wirkt sich hier auf die Kostenrechnung überhaupt nicht aus, da zuvor schon über den vollen Gegenstandswert terminiert wurde. Zum Abzug der 100 Ablichtungen bei der Berechnung der Dokumentenpauschale siehe die Anmerkung zum vorigen Fall.*

## FALL 4:

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 140.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.960,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.809,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG | 29,50 € |
| 80 Fotokopien | |
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (900 km à 0,30 €) | 270,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG | 95,00 € |
| (Abwesenheit am ersten Tag 5 Stunden und am zweiten Tag über 8 Stunden) | |
| 50 % Auslandszuschlag, Anm. Nr. 7005 VV RVG | 47,50 € |
| Übernachtungskosten, Nr. 7006 VV RVG | 90,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.322,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 821,18 € |
| Summe brutto: | 5.143,18 € |

*Auch hier wirkt sich wie im vorigen Fall die Ermäßigung nicht aus. Der Auslandszuschlag von 50% auf das Tage- und Abwesenheitsgeld durfte nicht vergessen werden. Am Tage der Abfahrt war der Rechtsanwalt in der Zeit von 19:00 Uhr bis 24:00 Uhr abwesend, am zweiten Tag ab 0:00 Uhr bis 18:00 Uhr.*

**FALL 5:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € |
| Gegenstandswert: 75.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG | 40,00 € |
| (150 Fotokopien) | |
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (1500 km à 0,30 €) | 450,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG (Abwesenheit am ersten Tag 7 Stunden und am zweiten Tag über 8 Stunden) | 95,00 € |
| 50 % Auslandszuschlag, Anm. Nr. 7005 VV RVG | 47,50 € |
| Übernachtungskosten, Nr. 7006 VV RVG | 90,00 € |
| Parkgebühren Nr. 7006 VV RVG | 15,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.665,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 696,37 € |
| Summe brutto: | 4.361,47 € |

*Die Verzehrkosten dürfen nicht zusätzlich dem Mandanten in Rechnung gestellt werden. Diese Kosten werden durch die übrigen Gebühren abgegolten. Die Kosten für einen Parkplatz sind jedoch gemäß Nr. 7006 VV RVG „sonstige Auslagen“ und dürfen in voller Höhe berechnet werden.*

# 6 Das Säumnisverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 6)*

**Im Klageverfahren sollte man eigentlich fit sein. Hier sind Sie gefragt und hier werden Sie gefragt. Das umfasst auch die Sonderfälle einer Säumnis. Das Säumnisverfahren ist eine besondere Verfahrenssituation im Zivilprozess, die einige verfahrensrechtliche und gebührenrechtliche Besonderheiten und manchmal auch Schwierigkeiten aufweist.**

## 6.1 Aufgaben

### FALL 1 – DER QUERULANT:

Rechtsanwalt Rasche erhebt für Martens Klage gegen Quack. Dieser ist sehr verstockt und schimpft: „Ich denke nicht daran, mich vor die Gerichtsschranken zerren zu lassen." Er äußert sich zu der Klage nicht schriftlich, zumal ihm auch das Schreiben nicht die gerade leichteste Übung ist. Allerdings hat er vor, zum Termin zu erscheinen und dem Richter einmal ordentlich die Meinung zu sagen. Der Richter hat keinen „frühen ersten Termin" gemäß § 275 ZPO anberaumt, sondern sich, wie üblich, für das „schriftliche Vorverfahren" (§ 276 ZPO) entschieden.

Welche verfahrensrechtliche Möglichkeit besteht zu Gunsten des Klägers?

### FALL 2 – NUR EINE PARTEI ERSCHEINT:

Rechtsanwalt Rasche reicht bei Gericht für den Mandanten eine Klage ein. Spielen wir nun beide Varianten einmal durch: Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint in der Variante

a) für den Beklagten niemand und in der anderen Variante

b) für den Kläger niemand.

Welche Entscheidung wird das Gericht auf Antrag der erschienenen Partei treffen?

*Weiter geht es mit den eigentlich recht leichten Fragen zum Verfahrensrecht. Nutzen Sie die Möglichkeit, anhand von konkreten Fällen selbst überprüfen zu können, ob Sie das Thema auch wirklich verstanden haben!*

### FALL 3 – WANN IST EINE PARTEI SÄUMIG?

Rechtsanwältin Rennen reicht bei Gericht für M eine Klage ein. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Beklagten niemand. Bei der Ge-

schäftsstelle des Gerichts geht ein Anruf ein, dass der Gegner auf dem Wege zum Gericht in einen Verkehrsunfall verwickelt worden ist und deshalb den Termin nicht wahrnehmen kann. Kann auf Antrag ein Versäumnisurteil ergehen? Welche Entscheidung wird das Gericht treffen?

### FALL 4 – EIN TRICKREICHER ANTRAG:

Der Rechtsanwalt reicht bei Gericht eine Klage ein. Der Gegenstandswert ist sehr hoch und der Kläger befürchtet, dass der Beklagte den Prozess verschleppen wird, weil sein Unternehmen ziemlich am Boden liegt. Er kann es sich aber auch nicht leisten, durch die Prozessverschleppung zum ungewollten Kreditgeber zu werden, weil er ebenfalls scharf kalkulieren muss und auf das ihm zustehende Geld angewiesen ist. Im ersten Termin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Im zweiten Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint wie befürchtet für den Beklagten niemand. Welche Anträge kann der Rechtsanwalt stellen? Zu welchem würden Sie ihm raten?

### FALL 5 – DER FRUSTRIERTE RICHTER:

Im ordnungsgemäß anberaumten ersten Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint nach Aufruf der Sache niemand. Der Richter ist ziemlich frustriert, denn er ist als Einziger da und will selbst von den Parteien eigentlich ja gar nichts. Welche Entscheidungen kann das Gericht treffen?

### FALL 6 – VARIANTE ZU FALL 5:

Im ordnungsgemäß anberaumten Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint nach Aufruf der Sache niemand. In einem vorherigen Termin haben die Parteien streitig zur Sache verhandelt. Welche Entscheidungen kann das Gericht treffen?

### FALL 7 – DIE ANWESENDE UND TROTZDEM SÄUMIGE PARTEI:

Die Rechtsanwältin reicht Klage ein auf Zahlung von 4.500,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung weigert sich der Beklagte, Anträge zu stellen oder sonstige Prozesserklärungen abzugeben. Was kann die Rechtsanwältin tun?

### FALL 8 – VARIANTE ZU FALL 7:

Rechtsanwalt Rasche reicht für Martens Klage ein auf Zahlung von 26.500,00 €. Der Beklagte Bertram wird durch Rechtsanwalt Senger vertreten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheinen für den Kläger Rechtsanwalt Rasche und der Beklagte persönlich. Bertram erklärt, er habe Rechtsanwalt Senger das Mandat entzogen und könne selbst die Anträge stellen. Welchen Antrag wird Rechtsanwalt Rasche stellen?

### FALL 9 – DAS UNVERSCHULDETE VERSÄUMNISURTEIL:

Die Rechtsanwältin erhebt für M Klage gegen B beim Amtsgericht in A-Stadt. Als sie sich auf dem Weg zum mündlichen Verhandlungstermin befindet, erleidet sie einen Verkehrsunfall, so dass sie den Termin nicht wahrnehmen kann. Es ergeht auf Antrag des Beklagten ein Versäumnisurteil. Was wird die Rechtsanwältin unternehmen? Sind Fristen zu beachten?

### FALL 10 – DAS VERSCHULDETE VERSÄUMNISURTEIL:

Der Rechtsanwalt erhebt auftragsgemäß Klage beim Amtsgericht in A-Stadt. Der Rechtsanwalt übersieht den Termin. Es ergeht auf Antrag des Beklagten ein Versäumnisurteil, das zugestellt wird. Kann der Rechtsanwalt da noch etwas unternehmen?

*Zum Schluss des verfahrensrechtlichen Teils noch ein kleiner und, wie ich meine, ziemlich leichter Schriftsatz:*

### FALL 11 – DER EINSPRUCH:

Rechtsanwalt Rasche erhebt für Martens Klage gegen Bertram beim Amtsgericht A-Stadt auf Zahlung von 2.500,00 €. Die Sache erhält bei Gericht das Aktenzeichen 3 C 178/05. Termin zur mündlichen Verhandlung wird auf den 11.05.2006 anberaumt. Durch ein Büroversehen wird dieser Termin übersehen. Es ergeht auf Antrag des Beklagten ein Versäumnisurteil, das am 15.06.2006 zugestellt wird. Bereiten Sie für Rechtsanwalt Rasche den Einspruch vor! Rechtsanwalt Rasche braucht zur Sache selbst nichts Neues mehr vorzutragen.

## 6.2 Lösungen

### FALL 1:

Bestimmt der Vorsitzende keinen frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung, so stellt er dem Beklagten die Klage zu mit der Aufforderung, binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung der Klageschrift dem Gericht schriftlich anzuzeigen, ob er sich gegen die Klage verteidigen wolle (§ 276 Abs. 1 ZPO). Da eine solche ***„Verteidigungsanzeige“*** fehlt, erlässt das Gericht gemäß § 331 Abs. 3 ZPO ein ***Versäumnisurteil***, wenn der Kläger dies beantragt hat. Ein solcher Antrag wird in der Regel sicherheitshalber bereits in der Klage gestellt.

### FALL 2:

a) Rechtsanwalt Rasche wird einen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils stellen, dem entsprochen werden wird. Der Beklagte wird laut Klageantrag verurteilt, wenn die Klage schlüssig ist, sich also aus dem Klagevorbringen der geltend gemachte Anspruch ergibt (§ 331 I und II ZPO).

b) Ist der Kläger selbst im Termin zur mündlichen Verhandlung nicht erschienen, so wird die Klage abgewiesen (§ 330 ZPO).

### FALL 3:

Wenn eine Partei ohne ihr Verschulden am Erscheinen verhindert ist, so liegt keine eigentliche Säumnis vor! Das Gericht vertagt die Verhandlung über den Antrag auf Erlass des Versäumnisurteils oder einer Entscheidung nach Lage der Akten gemäß § 337 ZPO von Amts wegen, also auch ohne einen Vertagungsantrag von Rechtsanwältin Rennen, wenn es der Meinung ist, dass die Einlassungs- oder Ladungsfrist zu kurz bemessen war oder die Partei ohne ihr Verschulden am Erscheinen verhindert ist.

**Eine Partei ist säumig,**

§ 337 ZPO

- wenn sie nicht binnen der Notfrist von zwei Wochen die ***Verteidigungsanzeige*** eingereicht hat (§§ 276 I 1, 331 III ZPO),
- wenn sie ***schuldhaft*** im Termin ***abwesend*** ist (bei unverschuldeter Abwesenheit wird das Gericht die Verhandlung von Amts wegen vertagen),
- im ***Anwaltsprozess*** nicht durch einen zugelassenen RA vertreten ist
- oder wenn sie ***keine Anträge*** stellt (§ 333 ZPO).

### FALL 4:

Der Rechtsanwalt kann

- einen ***Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils*** stellen,
- aber auch einen ***Antrag auf Entscheidung nach Lage der Akten.***

Der trickreiche **Antrag auf Entscheidung nach Lage der Akten** hat den Vorteil, dass das Verfahren so weitergeführt wird, als ob keine Partei säumig gewesen ist, es kann also beispielsweise ein Urteil ergehen oder eine Beweisaufnahme. Der Prozess wird also zügig weitergeführt. Allerdings kann ein Urteil nach Lage der Akten natürlich auch gegen den Antragsteller lauten und z. B. für den erschienenen Kläger ein klageabweisendes Urteil ergehen!

Bei einem ***Versäumnisurteil*** kann der Gegner ohne weiteres innerhalb der Zweiwochenfrist Einspruch einlegen, und schon hat er risikolos eine Verlängerung des Verfahrens herbeigeführt. Das wäre bei einem finanziell Not leidenden Beklagten doch sehr verführerisch.

Für einen ***Vertagungsantrag*** werden in der Regel die Voraussetzungen fehlen. Es wäre zum Beispiel ein zulässiger, also nicht verspäteter neuer Sachvortrag erforderlich.

### FALL 5:

Ist keine Partei erschienen, kann das das Gericht entweder

- einen ***neuen Termin*** anberaumen, wenn Vertagungsgründe vorliegen,

- eine ***Entscheidung nach Lage der Akten*** treffen (§ 251 a I ZPO); ein ***Urteil*** nach Lage der Akten darf nur ergehen, wenn in einem früheren Termin bereits mündlich verhandelt worden ist (§ 251 a II ZPO)
- oder das ***Ruhen des Verfahrens*** anordnen (§ 251 a III ZPO).

## FALL 6:

Zu den Möglichkeiten, einen neuen Termin anzuberaumen und das Ruhen des Verfahrens anzuordnen, kommt noch die Möglichkeit hinzu, eine ***Entscheidung nach Lage der Akten*** zu treffen (§ 251 a ZPO). Da in einem früheren Termin bereits einmal mündlich verhandelt worden ist, kann nicht nur ein Beweisbeschluss, sondern auch ein ***Urteil nach Lage der Akten*** ergehen (§ 251 a II ZPO).

## FALL 7:

Die Rechtsanwältin kann einen Antrag auf Erlass eines ***Versäumnisurteils*** stellen. Als nicht erschienen ist nämlich auch dann eine Partei anzusehen, die in dem Termin zwar erscheint, aber ***nicht verhandelt*** (§ 333 ZPO).

## FALL 8:

Rechtsanwalt Rasche wird ***Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils*** stellen, da bei einem Gegenstandswert von 26.500,00 € das Landgericht sachlich zuständig ist und dort Anwaltszwang herrscht. Anträge kann dort also nur ein zugelassener Rechtsanwalt wirksam stellen.

## FALL 9:

Sie wird gegen das Versäumnisurteil binnen einer ***Notfrist von zwei Wochen*** ab Zustellung ***Einspruch*** einlegen (§§ 338 f. ZPO).

## FALL 10:

Der Rechtsanwalt wird ebenfalls gegen das Versäumnisurteil binnen einer Notfrist von zwei Wochen ab Zustellung des Versäumnisurteils ***Einspruch*** einlegen! Der Einspruch setzt lediglich voraus, dass eine Säumnis vorlag. Ob die Säumnis auf einem Verschulden beruhte, ist dabei unerheblich.

## FALL 11:

Der Einspruch gegen ein Versäumnisurteil:

Rechtsanwalt Rasche (Datum)
(Anschrift)

Amtsgericht A-Stadt
(Straße)
A-Stadt

In dem Rechtsstreit

**M ./. B**
**Aktenzeichen 3 C 178/05**

lege ich gegen das Versäumnisurteil des Amtsgerichts A-Stadt vom 11.05.2006, zugestellt am 15.06.2006,

**Einspruch**

ein.

*(Weitere Ausführungen und Begründungen sind in diesem Fall entbehrlich.)*

(Unterschrift Rechtsanwalt Rasche)

*Und die Gebühren? Die wichtigen, grundlegenden Fälle hierzu werden sie ab Seite 89 finden mit noch weiteren gebührenrechtlichen Besonderheiten ...*

# 7 Die Einigungsgebühr

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 17.1)*

**Die im ersten Teil des Vergütungsverzeichnisses zum RVG geregelten Allgemeinen Gebühren können neben den anderen Gebühren außergerichtlich oder in gerichtlichen Verfahren entstehen. Wir behandeln hier nur die für die Praxis, vor allem aber auch für die Prüfung wichtigsten Gebühren, nämlich die Einigungsgebühr in diesem Kapitel und den Mehrvertretungszuschlag im Kapitel 8.**

## 7.1 Fälle zur Einigungsgebühr

*Zunächst einige (relativ) leichte Grundfälle:*

### FALL 1 – GRUNDFALL (DIE AUSSERGERICHTLICHE EINIGUNG):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhält von Martens den Auftrag, außergerichtlich gegen Bertram wegen einer Forderung in Höhe von 4.500,00 € tätig zu werden. Martens ist zur Vermeidung eines Rechtsstreits zu einer vergleichsweisen Regelung bereit. Nach einer Besprechung zwischen dem Gegner und der Rechtsanwältin schließen die Parteien einen außergerichtlichen Vergleich, in dem sich Bertram verpflichtet, zum Ausgleich der geltend gemachten Ansprüche 3.000,00 € zu zahlen.

*Fügen wir diesem Fall noch zwei Änderungen hinzu:*

### FALL 2 – GRUNDFALL MIT WIDERRUF UND NACHFOLGENDEM GERICHTLICHEN VERFAHREN:

Rechtsanwalt Rasche macht für Martens gegen Bertram in einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag 12.000,00 € zuzüglich Zinsen in einer Angelegenheit geltend, die einen Gebührensatz für die außergerichtliche Tätigkeit von 2,0 rechtfertigt. Nach Verhandlung durch die gegnerischen Anwälte schließen sie außergerichtlich einen Widerrufsvergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung der Forderung 8.000,00 € zu zahlen. Auf Wunsch des Mandanten wird dieser Vergleich widerrufen.

Daraufhin reicht RA R auftragsgemäß Klage über 12.000,00 € ein. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

*Wer noch Schwierigkeiten mit der Geschäftsgebühr hat, kann sich ja hierzu noch einmal die Fälle im 1. Kapitel ansehen.*

## FALL 3 – GRUNDFALL ZUR EINIGUNG ÜBER RECHTSHÄNGIGE ANSPRÜCHE:

Klage durch Rechtsanwalt Rasche für Martens gegen Bertram über 5.000,00 €, nach Zustellung der Klage führt RA Rasche in einem außergerichtlichen Gespräch eine Einigung herbei, nach der Bertram zur Abgeltung der Klageforderung 4.000,00 € an M zahlen soll, was auch alsbald geschieht.

*Leichter geht's wirklich nicht! - Jetzt kommt eine kleine Variante:*




## FALL 4 – PROZESSVERGLEICH UND ERLEDIGUNGSERKLÄRUNG:

Rechtsanwältin Rita Rennen reicht für Martens gegen Bertram Klage ein über 24.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt Bertram an Martens eine Teilforderung von 4.800,00 € und insoweit erklären die Parteien im Termin übereinstimmend den Rechtsstreit für erledigt. Im Übrigen verhandeln die Parteien streitig zur Sache. In einem weiteren Termin einigen sich die Parteien auf einen Vergleich, in dem Bertram 14.400,00 € auf die Restforderung zahlt und die Kosten übernimmt.

*Nehmen wir zur Abwechslung auch einmal die 2. Instanz:*

## FALL 5 – GRUNDFALL ZUR BERUFUNG - EIN PROBLEM?

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb geht für Martens gegen Bertram wegen einer Forderung von 120.000,00 € in die Berufung. Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien nach einer Erörterung der Sach- und Rechtslage einen Vergleich, in dem sich der Berufungsbeklagte verpflichtet, zur Abgeltung der Forderung an Martens 96.000,00 € zu zahlen.

*Es ist aber auch denkbar, dass eine Einigung nur über einen Teil der geltend gemachten Ansprüche erzielt werden kann:*

## FALL 6 – TEILVERGLEICH:

Rechtsanwalt Dr. Rüstig reicht für Martens Klage ein gegen Bertram über 9.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung einigen sich die Parteien nach Besprechung der Sach- und Rechtslage über eine Teilforderung von 3.000,00 € auf einen Vergleich, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zum Ausgleich dieser Forderung 1.800,00 € zu zahlen. Im Übrigen verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

*In festgefahrenen Fällen schlägt das Gericht mitunter vor, die Sache durch einen Vergleich zu befrieden. Da beim Landgericht in der Regel jedoch nur die Rechtsanwälte auftreten und die Parteien für eine Rücksprache oft nicht zur Verfügung stehen, gehen die Anwälte dann auf Nummer Sicher und schließen den Vergleich mit der Möglichkeit des Widerrufs innerhalb einer bestimmten Frist ab, falls der Mandant mit dieser Lösung nicht einverstanden ist:*

## FALL 7 – DER WIDERRUFSVERGLEICH:

Rechtsanwalt Rauter wird von Martens gebeten, gegen Bertram Klage einzureichen in Höhe von 24.000,00 €. Bertram wird durch Rechtsanwalt Schmitz zu vertreten. Im Haupttermin schließen die Parteien nach Erörterung der Sach- und Rechtslage auf Vorschlag des Gerichts einen Widerrufsvergleich, nach dem Bertram zur Abgeltung der Forderung an Martens 16.000,00 € zahlen soll. Der Vergleich wird jedoch von Martens nicht akzeptiert, so dass Rechtsanwalt Rauter ihn fristgerecht widerruft. Nach einer mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

*Eine weitere Gebühr tritt auf, die auch in den nachfolgenden Fällen noch ausführlich geübt werden kann. Damit erreichen die Fälle Prüfungsniveau:*

## FALL 8 – PRÜFUNGSFALL: DER WIDERRUF EINES MEHRVERGLEICHS:

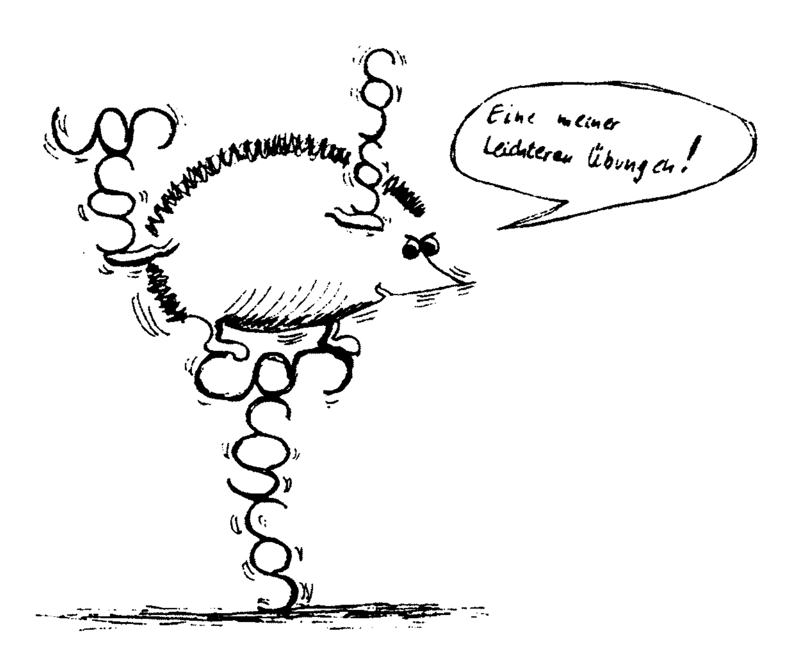
Rechtsanwältin Fidelia reicht auftragsgemäß für Martens Klage ein über 120.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien nach Erörterung der Sach- und Rechtslage einen Widerrufsvergleich über die rechtshängigen Forderungen und eine nicht rechtshängige Forderung von 40.000,00 €, in dem der Gegner verpflichtet wird, zur Abgeltung dieser Ansprüche an Martens insgesamt 140.000,00 € zu zahlen. Der Vergleich wird jedoch von dem Gegner fristgerecht widerrufen. Es kommt zu einer streitigen mündlichen Verhandlung und zu einem Urteil.

*Es geht weiter, schließlich werden Vergleiche ja nicht getroffen, um widerrufen zu werden ...*

## FALL 9 – GRUNDFALL - DER MEHRVERGLEICH:

Rechtsanwältin Fidelia reicht auftragsgemäß für Martens Klage ein über 16.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien über die rechtshängigen Ansprüche und eine nicht rechtshängige Forderung von 4.000,00 € einen Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung aller Ansprüche an Martens 18.000,00 € zu zahlen.

*Wir bleiben jetzt bei den Prüfungsfallen. Versetzen wir einen Fall 9 einmal in die Berufungsinstanz:*




## FALL 10 – PRÜFUNGSFALL - DER MEHRVERGLEICH IN DER BERUFUNG:

Rechtsanwalt Rasche geht für Martens in die Berufung wegen 40.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien nach einer Erörterung einen Vergleich über die rechtshängigen Forderungen und weitere nicht rechtshängige Ansprüche in Höhe von 10.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zur Abgeltung an den Kläger 45.000,00 € zu zahlen.

## FALL 11 – PRÜFUNGSFALL - DER MEHRVERGLEICH ALS TEILVERGLEICH:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 30.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien einen Teilvergleich über rechtshängige 12.000,00 € und eine nicht rechtshängige Forderung von 7.500,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, an den Kläger zum

Ausgleich dieser Forderungen 15.750,00 € zu zahlen und insoweit die Kosten zu übernehmen.

Im Übrigen verhandeln die Parteien streitig. Nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

*Hatten Sie diese letzten beiden Fälle richtig gelöst? Wenn ja, herzlichen Glückwunsch! Wenn nicht: Schauen Sie sich die Lösungen genau an! Wenn Sie weitere Fälle zur Einigungsgebühr benötigen, so finden Sie diese am besten im Stichwortverzeichnis.*

### FALL 12 – PRÜFUNGSFALL - DIE AUSSERGERICHTLICHE EINIGUNG VOR KLAGEERHEBUNG:

Rechtsanwältin Rita Rennen erhält von Martens einen Klageauftrag über 12.000,00 €. Noch vor Einreichung der Klageschrift gelingt es Rechtsanwältin Rennen, mit dem Gegner eine Einigung zu erzielen, nach der dieser zur Abgeltung der geltend gemachten Ansprüche insgesamt 9.600,00 € an Martens zahlen soll und die Kosten übernimmt.

*Überlegen Sie: Wie hoch ist in diesem Fall die Verfahrensgebühr? Entsteht wohl eine Terminsgebühr?*

### FALL 13 – PRÜFUNGSFALL - VARIANTE IM MAHNVERFAHREN:

Rechtsanwältin Rita Rasche schreibt für Martens gegen Bertram ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag wegen einer Forderung von 16.000,00 €. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die nach Umfang und Schwierigkeit einen Gebührensatz von 2,0 rechtfertigt. Da Bertram nicht zahlt, erteilt Martens der Rechtsanwältin den Auftrag, einen entsprechenden Mahnbescheid zu beantragen.

Diese führt jedoch zunächst vereinbarungsgemäß ein Gespräch mit dem Ziel, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen. In diesem Gespräch findet sich Bertram bereit, zur Abgeltung der Forderungen einen Betrag von 12.000,00 € an Martens zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

*Dieser Fall ist er deutlich schwieriger. Wie hoch ist die Anrechnung? Könnte auch im Mahnverfahren eine Terminsgebühr entstehen? - Im nächsten Fall werden Ansprüche aus einem anderen Verfahren mitverglichen:*

### FALL 14 – MEHRVERGLEICH ÜBER ANDERWEITIG RECHTSHÄNGIGE ANSPRÜCHE:

Die Rechtsanwältin erhebt Klage über 25.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien einen Vergleich über

a) die rechtshängigen und
b) weitere, in einem anderen Rechtsstreit anhängige Ansprüche von 5.000,00 €,

in dem sich der Beklagte verpflichtet, an den Kläger zum Ausgleich dieser Forderungen 27.500,00 € zu zahlen und insoweit die Kosten zu übernehmen.

*Im nachfolgenden Fall werden in erster Instanz rechtshängige Ansprüche einer Berufungsinstanz mitverglichen:*

#### FALL 15 – MEHRVERGLEICH ÜBER HÖHERINSTANZLICHE ANSPRÜCHE (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt erhebt Klage wegen 48.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien nach einer Erörterung einen Vergleich über die rechtshängigen Forderungen und weitere, in einem anderen Rechtsstreit zweiter Instanz rechtshängige Ansprüche von 12.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zur Abgeltung an den Kläger 54.000,00 € zu zahlen.

*Ein Tipp: Bei dieser Lösung müssen Sie doch den § 15 III RVG bemühen, ganz im Gegensatz übrigens zur vorherigen Aufgabe.*

## 7.2 Lösungen

#### FALL 1:

Gegenstandswert: 4.500,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 354,90 € |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 409,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 784,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 149,04 € |
| Summe brutto: | 933,44 € |

*Bei diesem leichten Grundfall brauchte man nur zu berücksichtigen, dass eine außergerichtliche Einigung zu einem erhöhten Gebührensatz von 1,5 bei der Einigungsgebühr nach Nummer 1000 VV RVG führt.*

#### FALL 2:

**1. Die außergerichtliche Tätigkeit**

Gegenstandswert: 12.000,00 €

| | |
|---|---|
| 2,0 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.052,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.072,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 203,68 € |
| Summe brutto: | 1.275,68 € |

**2. Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 394,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 289,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 940,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 178,70 € |
| Summe brutto: | | 1.119,20 € |

***Hinweise:***

- *Eine Einigungsgebühr wird nicht berechnet, weil durch den Widerruf eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande gekommen ist.*
- *Die Verhandlung im Hinblick auf den Vergleich wird durch die Geschäftsgebühr abgegolten.*
- *Die Geschäftsgebühr wird nach Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG mit maximal 0,75 angerechnet.*

## FALL 3:

Gegenstandswert : 5.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 391,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 361,20 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 301,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.073,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 203,97 € |
| Summe brutto: | 1.277,47 € |

*Bei diesem Fall ist zu beachten, dass ein gerichtlicher Termin gar nicht stattgefunden hat und trotzdem eine Terminsgebühr nach Nummer 3104 VV RVG berechnet wird. Denn nach Vorbemerkung 3 Absatz 3 VV RVG entsteht die Terminsgebühr für „ die Mitwirkung an auf die Vermeidung oder Erledigung des Verfahrens gerichteten Besprechungen ohne Beteiligung des Gerichts“. Hier war die außergerichtliche Einigung sogar erfolgreich, was für die Entstehung der Terminsgebühr gar nicht erforderlich gewesen wäre.*

## FALL 4:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 775,20 € |
| Gegenstandswert: 19.200,00 € | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 646,00 € |
| Gegenstandswert: 19.200,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.333,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 443,27 € |
| Summe brutto: | 2.776,27 € |

*Bei diesem leichten Fall musste nur verfolgt werden, welcher Streitwert für den Vergleich nach der Erledigungserklärung noch übrig geblieben ist. Sie wissen ja: Maßgeblich für den Gegenstandswert der Einigungsgebühr ist nicht der Betrag, auf den sich die Parteien geeinigt haben (das magere Ergebnis), sondern der Betrag, der durch den Vergleich „vom Tisch kommt".*

## FALL 5:

Gegenstandswert: 120.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 2.289,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.717,20 € |
| 1,3 Einigungsgebühr, Nr. 1004 VV RVG | 1.860,30 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 5.887,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.118,55 € |
| Summe brutto: | 7.005,65 € |

*Auch die Berufungsinstanz darf uns nicht aus dem Konzept bringen.*

## FALL 6:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 583,70 € |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 538,80 € |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 189,00 € |
| Gegenstandswert: 3.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.331,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 252,99 € |
| Summe brutto: | 1.584,49 € |

*Achten Sie immer bei einem Vergleich, also vor allem bei einem Teilvergleich wie in diesem Fall, auf den Betrag, der durch die Einigung erledigt werden soll. Siehe auch den Hinweis zu Fall 4.*

### FALL 7:

Gegenstandswert: 24.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.735,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 329,65 € |
| Summe brutto: | 2.064,65 € |

*Einen Widerrufsvergleich hatten wir schon oben in Fall 2. Die Einigungsgebühr ist eine Ergebnisgebühr. Da der Vergleich nicht zu Stande gekommen ist, darf die Einigungsgebühr auch nicht berechnet werden.*

### FALL 8:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.860,30 € | |
| Gegenstandswert: 120.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 721,60 € | |
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | 2.581,90 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 2.160,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.994,40 € |
| Gegenstandswert: 160.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.175,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 793,25 € |
| Summe brutto: | | 4.968,25 € |

*Das Interessante an dieser Lösung ist, dass zwar eine Einigungsgebühr nicht berechnet wird, da eine Einigung ja nicht zustande gekommen ist, die Differenzverfahrensgebühr jedoch bestehen bleibt. Diese Gebühr ist nämlich keine Ergebnisgebühr wie die Einigungsgebühr. Nach § 15 Absatz 3 VV RVG dürfen die 1,3 Verfahrensgebühr über 120.000 € und die 0,8 Differenzverfahrensgebühr über 40.000 € zusammen nicht mehr betragen als eine 1,3 Gebühr von dem zusammengerechneten Streitwert, also von 160.000 €.*

## FALL 9:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 196,00 € | |
| Gegenstandswert: 4.000,00 € | 931,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 839,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 775,20 € |
| Gegenstandswert: 20.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 566,00 € | |
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 367,50 € | |
| Gegenstandswert: 4.000,00 € | 933,50 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 933,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.568,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 488,02 € |
| Summe brutto: | | 3.056,52 € |

*Fälle dieser Art sind der Humus, auf dem die Prüfungsfälle sprießen... Wie Sie sehen, dürfen sie den § 15 III RVG gleich zweimal prüfen.*

## FALL 10:

| | | |
|---|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.443,20 € | |
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| 1,1 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3201 Nr. 2 VV RVG | 534,60 € | |
| Gegenstandswert: 10.000,00 € | 1.977,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.673,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | | 1.255,20 € |
| Gegenstandswert: 50.000,00 € | | |
| 1,3 Einigungsgebühr, Nr. 1004 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 729,00 € | |
| Gegenstandswert: 10.000,00 € | 1.901,60 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.569,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.517,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 858,38 € |
| Summe brutto: | | 5.376,18 € |

*Dieser Fall entspricht dem vorigen Fall, nur dass er diesmal in der Berufungsinstanz stattfindet. Ansonsten ist der Lösungsweg der gleiche. § 15 III RVG ist*

*gleich zweimal zu prüfen, nur diesmal, im Vergleich zu Fall 9, mit geänderten Gebührensätzen.*

## FALL 11:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € | |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 329,60 € | |
| Gegenstandswert: 7.500,00 € | 1.315,00 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Gegenstandswert: 37.500,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 526,00 € | |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 618,00 € | |
| Gegenstandswert: 7.500,00 € | 1.144,00 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 969,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.244,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 616,36 € |
| Summe brutto: | | 3.860,36 € |

## FALL 12:

Gegenstandswert : 12.000,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 420,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 789,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.861,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 353,59 € |
| Summe brutto: | 2.214,59 € |

*Der Auftrag endete, bevor die Rechtsanwältin die Klage eingereicht hat. Darum entsteht für Sie eine 0,8* ***Verfahrensgebühr*** *nach Nummer 3101 Nr. 1 VV RVG.*

*Die* ***Terminsgebühr*** *entsteht auch, wenn der RA bei einem Gespräch mitgewirkt hat, das auf die Vermeidung oder Erledigung des gerichtlichen Verfahrens gerichtet war. Nach Vorbemerkung 3 Absatz 3 VV RVG werden Ansprüche "vermieden", die nicht rechtshängig sind, für deren Geltendmachung aber eine entsprechende Vollmacht vorliegt. "Erledigt" kann nur ein anhängiges Verfahren werden. Hier liegt also die "Vermeidung" eines gerichtlichen Verfahrens vor.*

**FALL 13:**

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| 2,0 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 1.132,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.152,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 218,88 € |
| Summe brutto: | | 1.370,88 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3306 VV RVG | 283,00 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 283,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3306 VV RVG | | 0,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | | 679,20 € |
| 1,5 Einigungsgebühr Nr. 1000 VV RVG | | 849,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.548,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 294,16 € |
| Summe brutto: | | 1.842,36 € |

*Der Auftrag wurde beendet, bevor Rechtsanwältin Rasche den MB-Antrag bei Gericht eingereicht hat. Aus diesem Grunde fällt eine 0,5 Verfahrensgebühr nach Nummer 3306 VV RVG an. In dieser Höhe darf dann auch nur die Geschäftsgebühr angerechnet werden, da sonst unzulässige Minusgebühren anfallen würden.*

**FALL 14:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € | |
| Gegenstandswert: 25.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr,<br>Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 240,80 € | |
| Gegenstandswert: 5.000,00 € | 1.132,60 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 985,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 909,60 € |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | | 758,00 € |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.673,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 507,87 € |
| Summe brutto: | | 3.180,87 € |

*Auch die mitverglichenen Ansprüche aus dem anderen Prozess sind rechtshängig, so dass die Gegenstandswerte addiert und eine 1,0 Einigungsgebühr nach Nr. 1003 VV RVG vom Gesamtbetrag berechnet werden kann.*

**FALL 15:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € | |
| Gegenstandswert: 48.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 420,80 € | |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | 1.780,60 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.459,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.347,60 € |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 1.046,00 € | |
| Gegenstandswert: 48.000,00 € | | |
| 1,3 Einigungsgebühr, Nr. 1004 VV RVG | 683,80 € | |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | 1.729,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.459,90 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.287,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 814,61 € |
| Summe brutto: | | 5.102,01 € |

*Die 48.000,00 €, über die eine Einigung erzielt wurde, sind Gegenstand der ersten Instanz, also entsteht insoweit eine 1,0 Einigungsgebühr nach Nr. 1003 VV RVG; die 12.000,00 € stammen aus einem anderen Verfahren, das sich in der Berufung befindet, also ist hierfür eine 1,3 Einigungsgebühr nach Nr. 1004 VV RVG anzusetzen. Hier ist natürlich der § 15 III RVG zu berücksichtigen.*

# 8 Der Mehrvertretungszuschlag

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 17.5)*

**Wie Sie wissen, kann es durchaus vorkommen, dass der Rechtsanwalt in derselben Angelegenheit für mehrere Personen (als Vertreter von Klägern oder von Beklagten) tätig wird. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn er von beiden Eheleuten Prozessvollmacht in derselben Angelegenheit erhält. Dem Rechtsanwalt steht dann ein Mehrvertretungszuschlag gemäß Nr. 1008 VV RVG zu. Diese Erhöhung (der Verfahrensgebühr und der Geschäftsgebühr) ist deshalb im Teil 1 des VV RVG geregelt, weil sie wie die anderen allgemeinen Gebühren innerhalb und außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens eintreten kann.**

## 8.1 Aufgaben

*Die Liste der Aufgaben wird diesmal nicht so lang sein, da weitere Fälle bei den anderen Gebühren eingeordnet sind. Sie können sie leicht über das Stichwortverzeichnis herausfinden. - Fangen wir gleich mit den Grundfällen zu den gerichtlichen Verfahren an, und weil wir uns ja nicht schonen, geht es gleich im ersten Fall die Instanzen hindurch:*

### FALL 1 – TRAINING DURCH DIE INSTANZEN:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb vertritt in ihrer Sozietät, in der auch der beim BGH zugelassene Rechtsanwalt Dr. Rauter Seniorpartner ist,

**a) 2 b) 5 c) 9**

Personen in derselben Angelegenheit je in der ersten, zweiten und dritten Instanz mit je einem Erörterungs- und Verhandlungstermin. Der Gegenstandswert beträgt 80.000,00 €. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für alle Instanzen.

*So, dass war gesunde Hausmannskost. Eigentlich dürften auch die nachfolgenden Fällchen kein Problem darstellen:*

### FALL 2 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG DES PROZESSAUFTRAGES:

Erstellen Sie die vollständigen Kostenrechnungen zu den folgenden Fällen:

Rechtsanwalt Rasche erhält Klageauftrag in derselben Sache von

**a)** **2** Mandanten (Gegenstandswert: 1.000,00 € )

**b)** **8** Mandanten (Gegenstandswert: 100.000,00 € )

Noch vor Klageeinreichung wird der Rechtsstreit in den Fällen a) und b) durch Zahlung erledigt.

*Unabhängig von der Anwendung der Nummer 1008 VV RVG sollten Sie natürlich solche im Übrigen leichte Aufgaben ohnehin lösen können. Es handelt sich hier um Grundlagenfälle, die beherrscht werden müssen. Aber das ist bei Ihnen ja der Fall, oder?*




## FALL 3 – DIE AUSSERGERICHTLICHE VERTRETUNG:

Rechtsanwältin Raudenkolb formuliert ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und führt auftragsgemäß ein erfolgloses Gespräch mit dem Gegner über die Sach- und Rechtslage ...

a) für 6 Personen und einem Gegenstandswert von 35.000,00 €,

b) für 18 Personen und einem Gegenstandswert von 350.000,00 €.

Wie lauten die vollständigen Kostenrechnungen, wenn die Sache von mittlerem Umfang und ohne besondere Schwierigkeit ist?

*Auch hier gilt: Lösen können sollten Sie diese Fälle schon, notfalls auch ohne die Nummer 1008 VV RVG.*

*Nehmen wir zum Schluss noch einen Prüfungsfall. Er gehört sicherlich nicht zu den schwersten seiner Art, aber immerhin...*

## FALL 4 - KLAGE-UND BERUFUNGSVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rasche erhebt für acht Mandanten Klage gegen Bertram auf Zahlung von 54.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt Bertram an die Mandanten 6.000,00 €.· Insoweit wird der Rechtsstreit schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt erklärt. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöhen die Kläger die Klageforderung um 9.000,00 €. Nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung wird der Beklagte verurteilt, an den Kläger 38.000,00 € zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Wegen der Klageabweisung legen diesmal nur drei Kläger durch Rechtsanwalt Rasche Berufung ein, weil die restlichen Mandanten der ersten Instanz mit dem Ergebnis des Prozesses zufrieden sind. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird die Berufung zurückgewiesen.

Erstellen Sie die Kostenrechnungen für beide Instanzen.

*Der nachfolgende Prüfungsfall enthält ein spezielles Problem, dass im Zusammenhang mit der Mehrvertretung entstehen kann:*

## FALL 5 - DIESELBE ANGELEGENHEIT? (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für zwei Personen, nämlich die Eheleute Susanne und Siegfried Schmitz, Klage auf Zahlung wegen

a) einer gemeinsamen Forderung über 24.000,00 €,

b) einer Schmerzensgeldforderung der Ehefrau über 6.000,00 € und

c) wegen einer Schmerzensgeldforderung des Ehemannes über 4.000,00 €.

Nach streitiger mündlicher Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

*Wie gesagt: Weitere Fälle zum Mehrvertretungszuschlag finden Sie in den anderen Kapiteln.*

## 8.2 Lösungen

### FALL 1: - VARIANTE A)

Gegenstandswert: 80.000,00 €

| **a) I. Instanz** | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 360,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.380,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 642,20 € |
| Summe brutto | 4.022,20 € |

| **a) II. Instanz** | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.920,00 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 360,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.740,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 710,60 € |
| Summe brutto | 4.450,60 € |

| **a) III. Instanz** | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.760,00 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 360,00 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.800,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.940,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 938,60 € |
| Summe brutto | 5.878,60 € |

### FALL 1: - VARIANTE B)

| **b) I. Instanz** | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € |
| 1,2 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 1.440,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.460,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 847,40 € |
| Summe brutto | 5.307,40 € |

**b) II. Instanz**

| | |
|---|---:|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.920,00 € |
| 1,2 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 1.440,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.820,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 915,80 € |
| Summe brutto | 5.735,80 € |

**b) III. Instanz**

| | |
|---|---:|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.760,00 € |
| 1,2 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 1.440,00 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.800,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 6.020,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.143,80 € |
| Summe brutto | 7.163,80 € |

## FALL 1: - VARIANTE C)

**c) I. Instanz**

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.400,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 5.420,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.029,80 € |
| Summe brutto | 6.449,80 € |

**c) II. Instanz**

| | |
|---|---:|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.920,00 € |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.400,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 5.780,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.098,20 € |
| Summe brutto | 6.878,20 € |

**c) III. Instanz**

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.760,00 € |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.400,00 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.800,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 6.980,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.326,20 € |
| Summe brutto | 8.306,20 € |

*Eine leichte Grundübung zur Berechnung der Erhöhung nach Nummer 1008 VV RVG.*

### FALL 2A:

Gegenstandswert: 1.000,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 68,00 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 25,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 18,70 € |
| Zwischensumme netto | 112,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 21,32 € |
| Summe brutto: | 133,52 € |

### FALL 2B:

Gegenstandswert: 100.000,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 1.083,20 € |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.708,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.811,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 724,13 € |
| Summe brutto: | 4.535,33 € |

*Diese Fälle sind leicht hinsichtlich der Nummer 1008 VV RVG und eine Wiederholung der Nummer 3101 Nr. 1 VV RVG.*

### FALL 3A:

Gegenstandswert: 35.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.079,00 € |
| 1,5 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 1.245,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.344,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 445,36 € |
| Summe brutto: | 2.789,36 € |

## FALL 3B:

| | |
|---|---:|
| Gegenstandswert: 350.000,00 € | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 3.127,80 € |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 4.812,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 7.959,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.512,36 € |
| Summe brutto: | 9.472,16 € |

## FALL 4:

| | |
|---|---:|
| **1. Instanz** – Gegenstandswert: | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € |
| Gegenstandswert: 63.000,00 € | |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.246,00 € |
| Gegenstandswert: 63.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| Gegenstandswert: 57.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 5.073,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 963,97 € |
| Summe brutto: | 6.037,47 € |
| **2. Instanz** – Gegenstandswert: 19.000,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 969,60 € |
| 0,6 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 363,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.080,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 395,28 € |
| Summe brutto | 2.475,68 € |

*Sicherlich, dieser Prüfungsfall gehört zu den leichten seiner Art, aber warum sollte man sie nicht trotzdem einmal durchrechnen?*

### FALL 5:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.079,00 € |
| Gegenstandswert: 34.000,00 € | |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 205,80 € |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 996,00 € |
| Gegenstandswert: 34.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.300,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 437,15 € |
| Summe brutto: | 2.737,95 € |

*Die gemeinsame Forderung der Eheleute beträgt hier nur 24.000,00 €, weil die Schmerzensgeldforderungen nur individuell entweder der Ehefrau oder dem Ehemann zugerechnet werden können.*

# 9 Die Sonderregelung der Nr. 3105 VV RVG

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 19)*

**In diesem Kapitel werden nicht nur Fälle zur Nr. 3105 VV RVG angeboten, sondern auch zu den Rechtsmittelinstanzen (Nr. 3203 und Nr. 3211 VV RVG). In all diesen Fällen nimmt der Rechtsanwalt einen Termin war, in dem eine Partei säumig ist und lediglich ein Antrag auf Versäumnisurteil oder zur Prozess- oder Sachleitung gestellt wird.**

## 9.1 Aufgaben

*Fangen wir ganz leicht an:*

### FALL 1 - GRUNDFALL - KLAGE, VU:

Der Rechtsanwalt erhebt auftragsgemäß Klage über 12.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheinen nur der Rechtsanwalt des Klägers und der Beklagte in Person. Auf Antrag des Klägervertreters ergeht daraufhin ein Versäumnisurteil, das rechtskräftig wird. Gehen Sie davon aus, dass auch der Beklagte anwaltlich vertreten war und erstellen Sie die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte.

*Im nachfolgenden Fall ergeht ein VU im schriftlichen Vorverfahren (§ 276 I ZPO). Dieses muss vom sog. schriftlichen Verfahren unterschieden werden. Das schriftliche Vorverfahren ist eine Alternative zum frühen ersten Termin (§ 275 ZPO).*

### FALL 2 - DAS VU IM SCHRIFTLICHEN VORVERFAHREN:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 2.000,00 €. Im schriftlichen Vorverfahren geht keine fristgemäße Verteidigungsanzeige des Beklagten bei Gericht ein. Für diesen Fall hat der Rechtsanwalt bereits ein Versäumnisurteil beantragt, das auch ergeht.

*Der **Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils muss zurückgewiesen werden**, wenn die Partei unverschuldet fehlt oder nicht ordnungsgemäß (z. B. nicht rechtzeitig) geladen worden ist:*

### FALL 3 - DER ZURÜCKGEWIESENE VU-ANTRAG:

Rechtsanwalt Rennen reicht für Martens Klage ein über 6.500,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Kläger RA Rennen und für den Beklagten niemand. Der Rechtsanwalt beantragt ein Versäumnisurteil. Der Antrag wird jedoch vom Gericht zurückgewiesen, weil der Beklagte nicht ord-

nungsgemäß geladen worden ist. Gehen Sie des Gebührenrechts wegen davon aus, dass auch der Beklagte anwaltlich vertreten war.

*Zunächst einmal Schluss mit dem Versäumnisurteil, nehmen wir diesmal einen Antrag zur* ***Prozess- oder Sachleitung****: Dies sind Anträge, die sich nicht auf die Sache beziehen, sondern lediglich das Verfahren betreffen. Der wichtigste Antrag dürfte wohl der Antrag auf Aufhebung, Verlegung oder Vertagung von Terminen sein (§ 227 ZPO).*

## FALL 4 - VARIANTE ZU FALL 3:

Rechtsanwalt Rauter wird von Martens beauftragt, Klage einzureichen in Höhe von 6.000,00 €. Der Gegner wird von Rechtsanwalt Schmitz vertreten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Beklagten niemand. Ein bei der Geschäftsstelle eingegangener Anruf ergibt, dass Rechtsanwalt Schmitz in einen Verkehrsunfall verwickelt ist und deshalb entschuldigt im Termin fehlt. Daraufhin vertagt das Gericht von sich aus den Termin. Vor dem neuen Termin zahlt der Beklagte und die Parteien erklären schriftsätzlich den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt. - Erstellen Sie die Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte.

*Der nachfolgende Fall dürfte eigentlich nicht schwer sein:*

## FALL 5 - VU NACH GÜTETERMIN:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram auf Zahlung von 14.000,00 €. Bertram wird durch Rechtsanwalt Schmitz vertreten. Im Gütetermin erscheinen beide Parteien und erörtern die Sach- und Rechtslage. Erst im Termin zur mündlichen Verhandlung ist der Gegner säumig und es ergeht auf Antrag von Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb ein Versäumnisurteil. Kostenrechnungen für beide Parteien?

*Auch Fälle wie den nachfolgenden gibt es. Er ist schon ein bisschen prinzipiell.*

## FALL 6 - DIE FLUCHT IN DIE SÄUMNIS:

Rechtsanwalt Rauter erhebt für Martens Klage gegen Bertram auf Zahlung von 3.500,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint Rechtsanwalt Rauter und der gegnerische Rechtsanwalt Schmitz. Rechtsanwalt Rauter überreicht einen neuen Schriftsatz. Daraufhin erklärt Rechtsanwalt Schmitz, er trete nicht auf. Rechtsanwalt Rauter beantragt nun ein Versäumnisurteil, das auch ergeht.

*Der erschienene Rechtsanwalt kann auch eine Entscheidung nach Lage der Akten beantragen, wenn die andere Partei nicht erschienen ist und schon einmal verhandelt worden ist.*

## FALL 7 - DIE ENTSCHEIDUNG NACH LAGE DER AKTEN:

RA R erhebt für M Klage über 9.300,00 € gegen den Beklagten, der durch RA A vertreten wird. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wechselt M zu RA S. Nachdem sich RA S zum Prozessbevollmächtigten des Klägers vor Gericht benannt hat, ergeht im folgenden Termin auf Antrag des allein erschienenen RA S ein Urteil nach Lage der Akten.

Kostenrechnungen für alle beteiligten Rechtsanwälte?

*Wie Sie wissen, gibt es auch ein so genanntes zweites Versäumnisurteil, gegen das nur noch unter bestimmten Voraussetzungen die Berufung zulässig ist. Nehmen wir einmal einen solchen Fall:*

## FALL 8 - DAS ZWEITE VERSÄUMNISURTEIL:

Rechtsanwältin Dr. Rennen reicht Klage ein in Höhe von 12.600,00 € gegen den Beklagten, der durch RA Sanders vertreten wird. Dieser ist im Haupttermin säumig. Die Rechtsanwältin beantragt deshalb ein Versäumnisurteil, das auch ergeht. Der hiergegen vom Beklagtenvertreter eingereichte Einspruch ist zulässig, so dass ein neuer Termin anberaumt wird. Als in diesem Termin der Beklagte schon wieder säumig ist, beantragt und erhält die Rechtsanwältin ein zweites Versäumnisurteil. Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

*Wenn aber das erste Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren ergangen ist? Bestimmten nämlich der Vorsitzende keinen frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung (§ 275 ZPO), so fordert er den Beklagten mit der Zustellung der Klage auf, wenn er sich gegen die Klage verteidigen wolle, dies binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung der Klageschrift dem Gericht schriftlich anzuzeigen (**Verteidigungsanzeige**, § 276 Absatz 1 ZPO). Geht diese Verteidigungsanzeige nicht innerhalb der Notfrist bei Gericht ein, so kann auf Antrag des Klägers ein Versäumnisurteil ergehen.*

## FALL 9 - VARIANTE ZU FALL 8:

Diesmal reicht die Rechtsanwältin Klage ein über 1.800,00 €. Auch der Beklagte wird anwaltlich vertreten. Da der Beklagte nicht rechtzeitig die Verteidigungsanzeige bei Gericht einreicht, ergeht im schriftlichen Vorverfahren ein Versäumnisurteil. Hiergegen legt der Beklagte fristgemäß Einspruch ein. Im Termin ist der Beklagte allerdings schon wieder säumig. Die Rechtsanwältin des Klägers beantragt und erhält ein zweites Versäumnisurteil. Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

*Gehen wir in die nächste Instanz:*

## FALL 10 - BERUFUNGSINSTANZ (VU DURCH DEN BEKLAGTEN):

Der Rechtsanwalt geht in die Berufung wegen 4.800,00 €. Im ersten Termin erscheint nur der Rechtsanwalt des Berufungsbeklagten, der antragsgemäß ein

Versäumnisurteil erwirkt, in dem die Berufung zurückgewiesen wird (§ 539 I ZPO). Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

*Und die Revision?*

### FALL 11 - VARIANTE ZU FALL 10 (REVISIONSINSTANZ):

Der Rechtsanwalt geht wegen 89.000,00 € in die Revision beim BGH. Im ersten Termin erscheint nur der Revisionsbeklagte, der antragsgemäß ein Versäumnisurteil erwirkt, in dem die Revision zurückgewiesen wird (§ 539 I, 565 ZPO). Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

*Anders ist jedoch die Berechnung der Kosten, wenn der Rechtsmittelkläger im Termin ein VU beantragt:*

### FALL 12 - SÄUMNIS DES BERUFUNGSBEKLAGTEN:

Rechtsanwalt Rauter geht für Martens gegen Bertram, der durch Rechtsanwalt Schmitz vertreten wird, wegen 16.000,00 € in die Berufung. Im ersten Termin erscheint nur Rechtsanwalt Rauter, der antragsgemäß ein Versäumnisurteil erwirkt. Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

*Es folgen noch zwei Einspruchsfälle:*

### FALL 13 - DER VERWORFENE EINSPRUCH GEGEN EIN VU:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 9.500,00 €. Natürlich ist auch der Beklagte anwaltlich vertreten. Im ersten Termin bewirkt der Rechtsanwalt des Klägers ein Versäumnisurteil. Der hiergegen eingelegte Einspruch wird nach streitiger mündlicher Verhandlung über den Einspruch durch Urteil verworfen.

### FALL 14 - DER ZUGELASSENE EINSPRUCH GEGEN EIN VU:

Rechtsanwältin Dr. Rita Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 2.800,00 €. Im ersten Termin erscheint für Bertram niemand und es ergeht auf Antrag der Rechtsanwältin ein Versäumnisurteil. Hiergegen legt für Bertram Rechtsanwalt Schmitz, der sich als dessen Prozessbevollmächtigter vorstellt, Einspruch ein.

Der Einspruch wird zugelassen und in einem zweiten Termin verhandeln die Parteien streitig zur Hauptsache. Schließlich ergeht ein Urteil. Wie lauten die Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

## 9.2 Lösungen

### FALL 1:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Klägers:**

| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 263,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 966,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 183,69 € |
| Summe brutto: | 1.150,49 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Beklagten:**

| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 703,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 133,72 € |
| Summe brutto: | 837,52 € |

*Dies ist der Grundfall. Der Rechtsanwalt des Klägers hat einen Termin wahrgenommen, in dem eine Partei nicht ordnungsgemäß vertreten ist. Da er lediglich einen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils gestellt hat, ist dies der klassische Fall für eine 0,5 Terminsgebühr nach Nr. 3105 VV RVG.*

### FALL 2:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Klägers:**

| Gegenstandswert: 2.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 172,90 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 66,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 259,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 49,29 € |
| Summe brutto: | 308,69 € |

*Bei dem (üblichen) schriftlichen Vorverfahren fordert der Vorsitzende den Beklagten mit der Zustellung der Klage auf, gegebenenfalls binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach Zustellung der Klageschrift die Verteidigungsbereitschaft schriftlich anzuzeigen (§ 276 I ZPO). Hat der Beklagte nicht rechtzeitig angezeigt, dass er sich gegen die Klage verteidigen wolle, so kann gegen ihn auf Antrag des Klägers ein Versäumnisurteil gemäß § 331 Absatz 3 ZPO ergehen. Diese verfahrensrechtliche Regelung berücksichtigt das Gebührenrecht in*

*der Nr. 3105 Anmerkung 1 Nr. 2. In solch einem Fall entsteht also ebenfalls eine 0,5 Terminsgebühr nach Nr. 3105 VV RVG.*

### FALL 3:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Klägers:**

| Gegenstandswert: 6.500,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 187,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 695,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 132,05 € |
| Summe brutto: | 827,05 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Beklagten:**

| Gegenstandswert: 6.500,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 507,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 96,43 € |
| Summe brutto: | 603,93 € |

*Auch bei einer **Abweisung** des Antrages auf Erlass eines Versäumnisurteils bleibt es dabei: Der Rechtsanwalt des Klägers hat gemäß Nr. 3105 VV RVG einen Termin wahrgenommen, in dem die andere Partei nicht erschienen oder nicht ordnungsgemäß vertreten war. Der säumige Rechtsanwalt des Beklagten erhält natürlich keine Terminsgebühr.*

### FALL 4:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Klägers:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 169,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 628,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 119,40 € |
| Summe brutto: | 747,80 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Beklagten:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 459,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 87,29 € |
| Summe brutto: | 546,69 € |

*Der **Antrag zur Prozess- oder Sachleitung** ist ein eindeutiger Anwendungsfall der Nr. 3105 VV RVG. Hierunter fällt aber auch der Fall, dass nur ein Rechtsanwalt im Termin erschienen ist und eine Vertagung **von Amts wegen** gemäß § 337 ZPO ergeht.*

## FALL 5:

**Kostenrechnungen für beide Parteien:**

| Gegenstandswert: 14.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Sie sehen, die Vertreter beider Parteien erhalten dieselbe Kostenrechnung. Beide haben das Verfahren betrieben und beiden steht eine Terminsgebühr zu. Eine 0,5 Terminsgebühr nach Nr. 3105 VV RVG bekommt die Vertreterin des Klägers nicht, weil es in Nr. 3105 VVG wirklich heißt: "Wahrnehmung nur **eines** Termins ...". Hier hat die Rechtsanwältin aber noch einen weiteren Termin, nämlich den Gütetermin, wahrgenommen.*

## FALL 6:

**Kostenrechnung für beide Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 3.500,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 282,10 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 260,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 562,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 106,88 € |
| Summe brutto: | 669,38 € |

*Hier hat der erschienene Rechtsanwalt Rauter zwar einen Antrag auf Versäumnisurteil gestellt, doch setzt die Nr. 3105 VV RVG voraus, dass eine Partei nicht erschienen ist, hier sind aber beide Parteien im Termin anwesend. Es kann also die ungekürzte 1,2 Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG berechnet werden. Zwar steht in § 333 ZPO, dass als nicht erschienen auch die Partei anzusehen ist, die in dem Termin zwar erscheint, aber nicht verhandelt. Diese Vorschrift ist jedoch im Gebührenrecht nicht heranzuziehen, wie sich aus der Anmerkung Absatz 3 zu Nr. 3105 VV RVG ergibt.*

## FALL 7:

**Kostenrechnung für alle beteiligten Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 9.300,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

*Alle Rechtsanwälte erhalten eine ungekürzte Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG. Das gilt auch für Rechtsanwalt Schmitz. Dieser ist zwar in dem für ihn einzigen Termin in dieser Sache allein erschienen, doch wird man ihm bei einem solchen Antrag auf Entscheidung nach Lage der Akten ebenfalls eine ungekürzte Terminsgebühr zubilligen müssen (Umkehrschluss aus Nr. 3105 VV RVG). Der erschienene Rechtsanwalt hat einen Termin wahrgenommen und nicht nur ein Versäumnisurteil beantragt. Bei einer Entscheidung nach Lage der Akten gemäß § 331a ZPO soll der gesamte Vortrag beider Parteien berücksichtigt werden, als ob sie im Termin erschienen wären.*

## FALL 8:

**Kostenrechnung für die Klägervertreterin (RA' Dr. Rennen):**

| Gegenstandswert: 12.600,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

**Kostenrechnung für den Beklagtenvertreter (RA Sanders):**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 703,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 133,72 € |
| Summe brutto: | 837,52 € |

*Die Terminsgebühr wird nicht nach Nr. 3105 VV RVG auf 0,5 reduziert, da RA' Dr. Rennen nicht nur* ***einen*** *Termin wahrgenommen hat. Weil die Rechtsanwältin gemäß § 15 Abs. 2 RVG die Gebühren in derselben Sache nur einmal fordern darf, ist die Terminsgebühr auch nur einmal zu berechnen. Der Beklagtenvertreter bekommt jedoch keine Terminsgebühr, er war ja in beiden Terminen säumig.*

## FALL 9:

**Kostenrechnung für die Klägervertreterin:**

Gegenstandswert: 1.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 172,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 159,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 352,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 66,98 € |
| Summe brutto: | 419,48 € |

## FALL 10:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Berufungsbeklagten:**

Gegenstandswert: 4.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 481,60 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3203 VV RVG | 150,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 652,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 123,90 € |
| Summe brutto: | 776,00 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Berufungsklägers:**

Gegenstandswert: 4.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 481,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 501,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 95,30 € |
| Summe brutto: | 596,90 € |

*Für die Terminsgebühr ist statt der Nr. 3105 VV RVG in der Berufungsinstanz die Nr. 3203 VV RVG einschlägig.*

## FALL 11:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Revisionsbeklagten:**

Gegenstandswert: 89.000,00 €

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.937,10 € |
| 0,8 Terminsgebühr, Nr. 3211 VV RVG | 1.021,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.978,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 755,95 € |
| Summe brutto: | 4.734,65 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Revisionsklägers:**

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 2.937,10 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.957,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 561,85 € |
| Summe brutto: | 3.518,95 € |

*Was dem Vergütungsverzeichnis die Nr. 3105 in der ersten Instanz ist, das ist in der zweiten Instanz die Nr. 3203 und in der Revision die Nr. 3211 VV RVG.*

## FALL 12:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Berufungsklägers (Rechtsanwalt Rauter):**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 905,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.604,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 304,91 € |
| Summe brutto: | 1.909,71 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Berufungsbeklagten (Rechtsanwalt Schmitz):**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 905,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 925,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 175,86 € |
| Summe brutto: | 1.101,46 € |

*In Nr. 3203 VV RVG ist nur aufgeführt, dass der erschienene Rechtsanwalt eine halbe Gebühr bekommt, wenn der Berufungskläger nicht erschienen ist. Daraus folgt: Ist der Berufungskläger im Termin erschienen und stellt er einen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils oder zur Prozess- oder Sachleitung oder zeigt er sich überhaupt nur verhandlungsbereit, so erhält er hierfür die Terminsgebühr nach Nr. 3202 VV RVG.*

## FALL 13:

**Kostenrechnung für beide Rechtsanwälte:**

Gegenstandswert: 9.500,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

*Die Kostenrechnung enthält keine Besonderheiten. Die Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG verdrängt eine möglicherweise zunächst entstandene 0,5 Terminsgebühr nach Nr. 3105 VV RVG.*

## FALL 14:

**Kostenrechnung für beide beteiligten Rechtsanwälte:**

Gegenstandswert: 2.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 245,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 226,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 492,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 93,58 € |
| Summe brutto: | 586,08 € |

*Im Gegensatz zur früher geltenden BRAGO gibt es im RVG keine besonderen gebührenrechtlichen Regelungen über einen zugelassenen oder nicht zugelassenen Einspruch gegen ein VU. Es bleibt also bei der Verfahrens- und Terminsgebühr.*

# 10 Der Instanzenzug im Zivilprozess

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 7 und 8)*

**Nach all den Gebühren jetzt wieder mal ein wenig Verfahrensrecht – gewissermaßen zum Ausruhen (oder nicht?). Hier geht es nur um Rechtsmittel und Fristen. Wer sich mehr für das Gebührenrecht interessiert, wird im Kapitel 2 fündig.**

## 10.1 Aufgaben

### FALL 1 – NOTFRISTEN:

In den nachfolgenden Fällen kommt es wegen eines drohenden Fristablaufs darauf an, ob für einen der genannten Rechtsbehelfe eine Notfrist läuft. In welchen?

Die Frist zur Einlegung...

a) des Widerspruchs gegen einen Mahnbescheid

b) des Einspruchs gegen einen Vollstreckungsbescheid

c) der Berufungsschrift

d) der Berufungsbegründungsschrift

e) der Revisionsschrift

f) der Revisionsbegründungsschrift

g) der Erinnerung gegen einen Kostenfestsetzungsbeschluss

h) der einfachen Beschwerde

i) der sofortigen Beschwerde

*Es bleibt so leicht:*

## FALL 2 – GESETZLICHE FRISTEN

Kreuzen Sie in der nachfolgenden Tabelle an, wenn die aufgeführte gesetzliche Frist eine Notfrist ist und tragen Sie die Dauer der Frist ein:

| | gesetzliche Frist | Notfrist? | Dauer |
|---|---|---|---|
| a) | die sofortige Beschwerde | ☐ | |
| b) | die Klageerwiderung | ☐ | |
| c) | die Frist zur Verteidigungsanzeige bei Zustellung der Klageschrift an den Beklagten | ☐ | |
| d) | die Berufungsfrist | ☐ | |
| e) | die Berufungsbegründungsfrist | ☐ | |
| f) | die Revisionsfrist | ☐ | |
| g) | die Revisionsbegründungsfrist | ☐ | |
| h) | die Einlassungsfrist zwischen der Zustellung der Klageschrift und dem Termin zur mündlichen Verhandlung | ☐ | |
| i) | Ladungsfristen in Anwaltsprozessen | ☐ | |
| j) | die Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil | ☐ | |

## FALL 3 – BERUFUNGSFRIST:

Mit Ablauf welchen Datums (um 24:00 Uhr) läuft jeweils die Frist für die Einlegung der Berufung ab, wenn das anzufechtende Urteil in den nachfolgenden Fällen zugestellt wurde am

1. 15. Januar
2. 31. Januar
3. 29. Januar
4. 28. Februar?

## FALL 4 – RECHTSMITTELFRIST GEGEN EIN NICHT ZUGESTELLTES URTEIL:

In der Sache Meyer ./. Müller ergeht ein Urteil, das am 10. Februar verkündet wird. Das Urteil ist noch nicht zugestellt worden. Kann Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb, die das Urteil,

1. mit der Berufung
2. mit der Revision

anfechten möchte, am 5. August noch das jeweilige Rechtsmittel einlegen?

## FALL 5 – BERUFUNG DES GEGNERS NACH FRISTABLAUF?

Rechtsanwalt Rasche erhebt Klage gegen B auf Zahlung von 10.000,00 €. Die Instanz schließt mit einem Urteil ab, in dem der Beklagte verurteilt wird, an M 8.500,00 € zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Hiergegen legt der Beklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Senger, fristgerecht Berufung ein. Am 20. März wird dem Kläger/Berufungsbeklagten die Berufungsschrift zugestellt und nach Zustellung der Berufungsbegründungsschrift eine Frist zur Berufungserwiderung zum 25. Juli gesetzt. Am 25. Mai, also nach Ablauf der Berufungsfrist, sieht Rechtsanwalt Rasche nach Prüfung der Rechtslage doch noch eine gute Chance, die abgewiesenen 1.500,00 € zweitinstanzlich zugesprochen zu bekommen.

Kann Rechtsanwalt R jetzt noch die Anschlussberufung einlegen?

*Die Berufungsschriften kommen!!*

## FALL 6 – EINLEGUNG DER BERUFUNG:

Rechtsanwalt Dr. Rennen erhebt für den Professor Dr. Friedrich Müller, Ackerstr. 20, (PLZ) X-Stadt, Klage gegen den Kaufmann Erwin Engste, Ingenfeldstr. 12, (PLZ) X-Stadt, auf Zahlung von 4.700,00 € beim Amtsgericht X-Stadt. Das Verfahren erhält das Aktenzeichen 5 C 700/05. Der Beklagte wird vertreten durch Rechtsanwalt Senger. Die Klage wird abgewiesen. Das Urteil wird am 13.03.2006 verkündet und am 20.04.2006 in vollständiger Form zugestellt.

Am 20.05.2006 möchte Rechtsanwalt Dr. Rennen gegen das Urteil noch Berufung einlegen. Es bleibt weder für Anträge noch für eine Begründung der Berufung Zeit.

a) Ist die Berufung überhaupt noch fristgerecht und ohne Begründung und Anträge zulässig?
b) Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Berufungsschrift! In X-Stadt gibt es auch ein Landgericht.

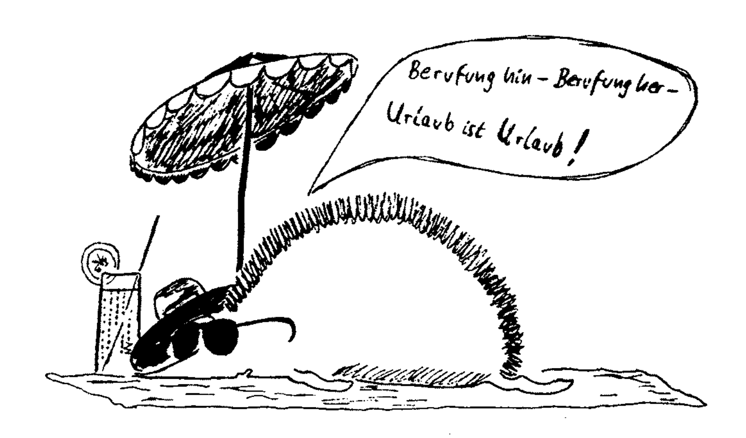
## FALL 7 – EINE WEITERE BERUFUNGSSCHRIFT:

Rechtsanwalt Dr. Rennen war erstinstanzlich Prozessbevollmächtigter des Kaufmanns Friedrich Flink, Ackerstr. 20, (PLZ) X-Stadt, der von dem Kauf-

mann Erwin Engste, Industriestr. 12, (PLZ) X-Stadt, auf Zahlung einer Geschäftsforderung in Höhe von 4.700,00 € beim Amtsgericht X-Stadt verklagt worden ist. Das Verfahren erhielt das Aktenzeichen 3 C 500/05. Der Kläger wurde von Rechtsanwalt Schmitz vertreten. Der Beklagte wurde entsprechend dem Klageantrag zur Zahlung verurteilt.

Das Urteil wird am 26.06.2006 verkündet und am 17.07.2006 in vollständiger Form zugestellt. Am 17.08.2006 möchte Rechtsanwalt Dr. Rennen gegen das Urteil noch Berufung einlegen. Es bleibt weder für Anträge noch für eine Begründung der Berufung Zeit.

Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Berufungsschrift! In X-Stadt gibt es auch ein Landgericht.




## 10.2 Lösungen

### FALL 1:

Notfristen sind die Fristen zu b), c), e), g), i).

## FALL 2:

| | gesetzliche Frist | Notfrist? | Dauer |
|---|---|---|---|
| a) | die sofortige Beschwerde | ☒ | zwei Wochen ab Zustellung der Entscheidung oder fünf Monate nach Verkündung des Beschlusses, § 569 I ZPO |
| b) | die Klageerwiderung | ☐ | Mindestfrist von zwei Wochen, § 277 III ZPO |
| c) | die Frist zur Verteidigungsanzeige bei Zustellung der Klageschrift an den Beklagten | ☒ | zwei Wochen ab Klagezustellung, § 276 I ZPO |
| d) | die Berufungsfrist | ☒ | Notfrist von einem Monat ab Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils bzw. 5 Monate nach Verkündung, § 517 |
| e) | die Berufungsbegründungsfrist | ☐ | zwei Monate ab Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Verkündung, § 520 II ZPO |
| f) | die Revisionsfrist | ☒ | Notfrist von einem Monat ab Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Berufungsurteils bzw. fünf Monate nach Verkündung, § 548 ZPO |
| g) | die Revisionsbegründungsfrist | ☐ | zwei Monate ab Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach Verkündung, § 551 II ZPO |
| h) | die Einlassungsfrist zwischen der Zustellung der Klageschrift und dem Haupttermin | ☐ | Mindestfrist von zwei Wochen, § 274 III ZPO |
| i) | Ladungsfristen in Anwaltsprozessen | ☐ | Mindestfrist von einer Woche, § 217 ZPO |
| j) | die Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil | ☒ | Notfrist von zwei Wochen, § 339 I ZPO |

*Die §§ sind zu Ihrer eigenen Information abgedruckt, in Prüfungen brauchen sie natürlich nicht auswendig genannt zu werden!*

## FALL 3:

Die Frist zur Einlegung der Berufung läuft ab in den Fällen:

1. am 15. Februar (wie immer: 24:00 Uhr, an diesem Tage kann also noch Berufung eingereicht werden); Monats- und längere Fristen enden mit Ablauf des entsprechenden Monatsdatums;
2. am 28. Februar, sofern kein Schaltjahr, sonst am 29. Februar; fehlt der maßgebliche Tag im Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Monatsdatums;
3. am 28. bzw. 29. Februar, siehe auch b);
4. am 28. März; wenn die Frist am letzten Tag eines Monats anfängt zu laufen, so bedeutet das noch lange nicht, dass sie auch am letzten Tag des folgenden Monats endet.

## FALL 4:

In beiden Fällen ja!

1. Wird das Urteil (zunächst) nicht zugestellt, so beginnt gemäß § 517 ZPO die Berufungsfrist erst mit dem Ablauf von fünf Monaten ab Verkündung des Urteils zu laufen. Es kommt dann also noch die Monatsfrist der Berufung selbst hinzu, so dass in einem solchen Falle sechs (!) Monate Zeit für die Einlegung des Rechtsmittels bleibt.
2. Dasselbe gilt gemäß § 548 ZPO für die Einlegung der Revision entsprechend.

## FALL 5:

Ja! Nach § 524 II ZPO ist die Anschließung zulässig bis zum Ablauf der dem Berufungsbeklagten gesetzten Frist zur Berufungserwiderung. Diese Frist (25. Juli) ist jedoch noch nicht abgelaufen. Es ist jedoch zu beachten, dass nach § 524 Abs. 3 ZPO die Anschlussberufung in der Anschlussschrift begründet werden muss.

## FALL 6:

a) Berufung kann noch eingelegt werden, da die ***Berufungsfrist*** einen Monat ab Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils beträgt (§ 517 ZPO) und erst am 20.05.2006 um 24:00 Uhr abläuft. Der Schriftsatz müsste also sogleich unterschrieben und bei Gericht eingeworfen werden. Es werden oft die Anträge erst in der Berufungsbegründungsschrift formuliert. Die ***Frist für die Berufungsbegründung*** beträgt zwei Monate und beginnt mit der Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung, Ablauf dieser Frist in unserem Fall am 20.06.2006.

b) **Berufungsschrift:**

Rechtsanwalt Dr. Rennen (Datum)
(Anschrift des Rechtsanwalts)

Landgericht X-Stadt
(PLZ) X-Stadt

**In dem Rechtsstreit**

des Professors Dr. Friedrich Müller, Ackerstr. 20, (PLZ) X-Stadt,
Klägers und Berufungsklägers,
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Rennen, (Anschrift),

***gegen***

den Kaufmann Erwin Engste, Industriestr. 12, (PLZ) X-Stadt,
Beklagten und Berufungsbeklagten,
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt S, (Anschrift),

lege ich namens und in Vollmacht des Klägers und Berufungsklägers gegen das Urteil des Amtsgerichts X-Stadt vom 13.03.2006, Aktenzeichen 5 C 700/05, zugestellt in vollständiger Form am 20.04.2006,

**Berufung**

ein.

Die Begründung wird nachgereicht.

Eine Urteilsausfertigung und zwei Abschriften für die Gegenseite sind beigefügt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

## FALL 7:

**Die Berufungsschrift:**

Rechtsanwalt Dr. Rennen (Datum)
(Anschrift des Rechtsanwalts)

Landgericht X-Stadt
Kammer für Handelssachen
(PLZ) X-Stadt

**In dem Rechtsstreit**

des Kaufmanns Friedrich Flink, Ackerstr. 20, (PLZ) X-Stadt,
Beklagten und Berufungsklägers,
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Rennen, (Anschrift),

***gegen***

den Kaufmann Erwin Engste, Industriestr. 2, (PLZ) X-Stadt,
Kläger und Berufungsbeklagten,
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Schmitz, (Anschrift),

lege ich namens und in Vollmacht des Beklagten und Berufungsklägers gegen das Urteil des Amtsgerichts X-Stadt vom 26.06.2006, Aktenzeichen 3 C 500/05, in vollständiger Form zugestellt am 17.07.2005,

**Berufung**

ein. Die Begründung wird nachgereicht.
Eine Urteilsausfertigung und zwei Abschriften für die Gegenseite sind beigefügt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

*Anmerkung: Beim Landgericht ist die Kammer für Handelssachen zuständig, wenn es sich wie hier um ein Zivilverfahren von Kaufleuten wegen einer Geschäftsforderung handelt.*

# 11 Die Gebühren bei der Verweisung (Abgabe) und Zurückverweisung

**Es ist denkbar, dass im gerichtlichen Verfahren Klage bei einem unzuständigen Gericht erhoben und der Rechtsstreit erst auf Antrag an das zuständige Gericht derselben Instanz verwiesen wird (Horizontalverweisung) oder von einem Rechtsmittelgericht an ein Gericht eines niedrigeren Rechtszuges (Diagonalverweisung). Auch kann das Rechtsmittelgericht das Verfahren an das untergeordnete Gericht zurückverweisen (Vertikalverweisung).**

## 11.1 Aufgaben

*Fangen wir zunächst mit der Horizontalverweisung an:*

### FALL 1 – GRUNDFALL ZUR HORIZONTALVERWEISUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 12.500,00 € bei der Zivilkammer des Landgerichts. Der Beklagte rügt die funktionelle Zuständigkeit der Kammer. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung über die Zuständigkeit verweist die Zivilkammer die Sache an die Kammer für Handelssachen desselben Landgerichts. Dort verhandeln die Parteien streitig zur Sache und es ergeht nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ein Urteil.

Welche Gebühren stehen dem klägerischen Rechtsanwalt zu? Wie viele Kostenrechnungen sind zu erstellen?

*Der folgende Fall sieht aus wie eine leichte Variante von Fall 1, doch hat er es faustdick hinter den Ohren. Ein Tipp: Es besteht ein Streitwertproblem!*

### FALL 2 – VARIANTE (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt erhebt Klage auf Feststellung, dass ein Arbeitsverhältnis noch besteht, vor dem Landgericht. Der Mandant erhält ein monatliches Einkommen von brutto 3.000,00 €. Nach Verweisung der Sache und mündliche Verhandlung an das zuständige Arbeitsgericht folgen dort ein Gütetermin, eine streitige mündliche Verhandlung und ein Urteil.

*Eine weitere Variante:*

### FALL 3 – VERWEISUNG MIT VU:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 16.000,00 € bei der Zivilkammer des Landgerichts. Die Parteien verhandeln

streitig über die Zuständigkeit der Kammer, und das Gericht verweist den Rechtsstreit an die Kammer für Handelssachen desselben Landgerichts. Dort erscheint im ersten Termin für Bertram niemand, und es ergeht antragsgemäß ein Versäumnisurteil.

Hiergegen legt Bertram Einspruch ein. In einem zweiten Termin wird über den Einspruch und nach Zulassung über die Hauptsache streitig mündlich verhandelt. Schließlich ergeht ein Urteil.

*Wir kommen zum § 20 Satz 2 RVG:*

### FALL 4 – DIE DIAGONALVERWEISUNG:

Rechtsanwalt Rauter wird von Martens beauftragt, Klage gegen Bertram in Höhe von 15.000,00 € beim Landgericht A-Stadt zu erheben. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

Hiergegen reicht Rechtsanwalt Schmitz im Auftrag von Bertram Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird die Sache in einem Urteil an das Landgericht B-Stadt verwiesen.

Dort verhandeln die Parteien noch einmal streitig zur Sache und nach einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für den Rechtsanwalt des Klägers in beiden Instanzen.

*Der nächste Prüfungsfall wartet:*

### FALL 5 – VARIANTE MIT MEHRVERGLEICH (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt reicht diesmal Klage ein über 36.000,00 € beim Landgericht in A-Stadt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

Hiergegen legt der Gegner Berufung ein. Im Termin verhandeln die Parteien streitig. Daraufhin wird die Sache an das Landgericht B-Stadt zur erstinstanzlichen Entscheidung verwiesen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung beim Landgericht schließen die Parteien einen Vergleich über die rechtshängigen Forderungen und eine nicht rechtshängige Forderung von 9.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zum Ausgleich hierfür an den Kläger 40.500,00 € zu zahlen.

*Nehmen wir jetzt einen Fall zur Zurückverweisung an ein untergeordnetes Gericht (Vertikalverweisung):*

### FALL 6 – VERTIKALVERWEISUNG (GRUNDFALL):

RA R erhebt für M Klage gegen B auf Zahlung von 12.000,00 € beim LG. Es folgt ein Gütetermin und im Haupttermin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Nach einer Beweisaufnahme mit anschließender Weiterverhandlung ergeht ein Klage abweisendes Grundurteil.

Hiergegen geht RA R für den Kläger in die Berufung beim OLG. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wird die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen zur Entscheidung über die Höhe des Anspruchs.

Dort wird der Rechtsstreit bezüglich der Anspruchshöhe fortgesetzt. Nach streitiger mündlicher Verhandlung und einer weiteren Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.




*Zum Abschluss nur noch ein weiterer Prüfungsfall:*

## FALL 7 – VERTIKALVERWEISUNG MIT STREITWERTERHÖHUNG (PRÜFUNGSFALL):

RA R erhebt für M Klage gegen B auf Zahlung von 48.000,00 € beim LG. Nach einem erfolglosen Gütetermin verhandeln die Parteien im Haupttermin streitig zur Sache. Nach einer BA mit anschließender Weiterverhandlung ergeht ein Klage abweisendes Grundurteil.

Hiergegen geht RA R für den Kläger in die Berufung beim OLG. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wird die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen zur Entscheidung über die Höhe des Anspruchs.

Dort wird der Rechtsstreit bezüglich der Anspruchshöhe fortgesetzt, die Klage jedoch um 12.000,00 € erweitert. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer weiteren Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

## 11.2 Lösungen

### FALL 1:

Gegenstandswert: 12.500,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

*Die Verfahren vor der Zivilkammer und der Kammer für Handelssachen gelten als ein Rechtszug (§ 20 S. 1 RVG). Es bleibt also bei einer Kostenrechnung.*

### FALL 2:

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 1.760,20 € |
| Gegenstandswert: 108.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 538,80 € |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.319,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 440,61 € |
| Summe brutto: | 2.759,61 € |

*Die Verfahren vor dem verweisenden Landgericht und vor dem übernehmenden Arbeitsgericht gelten als ein Rechtszug (§ 20 S. 1 RVG), auch hier ist also nur eine Kostenrechnung zu erstellen. Wegen der unterschiedlich in Anspruch genommenen Gerichtsbarkeiten ergibt sich jedoch ein Streitwertproblem:*

- *Da bereits beim* **Landgericht** *die Verfahrensgebühr entstanden ist, gilt hier die Streitwertregelung des* **§ 42 Absatz 3 GKG**. *Danach ist der dreifache Jahreswert der wiederkehrenden Leistungen maßgebend!*
- *Für die Wertberechnung bei der* **Arbeitsgerichtsbarkeit** *über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses gilt nach* **§ 42 Absatz 4 GKG** *höchstens das dreifache Monatseinkommen brutto.*

## FALL 3:

Gegenstandswert: 16.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Die Verweisungsproblematik wurde bereits in den vorherigen Fällen kommentiert, weitere Fälle zur Säumnis finden Sie oben im Kapitel 9. Kommen wir nun zur Diagonalverweisung:*

## FALL 4:

Gegenstandswert: 15.000,00 €

| | |
|---|---|
| **Klage beim AG A-Stadt:** | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |
| **Berufung beim LG:** | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 905,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.604,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 304,91 € |
| Summe brutto | 1.909,71 € |
| **Verfahren beim AG B-Stadt:** | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*In diesem Fall wurde die Sache an ein Gericht eines niedrigeren Rechtszuges verwiesen, so dass nicht § 20 Satz 1 RVG einschlägig ist, sondern Satz 2. Nach dieser Regelung gelten alle Verfahren als neue Rechtszüge, so dass insgesamt drei Kostenrechnungen zu erstellen sind.*

## FALL 5:

Gegenstandswert: 36.000,00 €

**Klage beim LG A-Stadt:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 432,25 € |
| Summe brutto: | | 2.707,25 € |
| **Berufung beim OLG:** | | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | | 1.443,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.545,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 483,66 € |
| Summe brutto | | 3.029,26 € |
| **Verfahren beim LG B-Stadt:** | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3101 VV RVG | 359,20 € | |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | 1.531,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.266,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3104 VV RVG | | 1.168,80 € |
| Gegenstandswert: 45.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 902,00 € | |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 673,50 € | |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | 1.575,50 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.461,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.916,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 744,04 € |
| Summe brutto: | | 4.660,04 € |

*Zur Diagonalverweisung gilt das im vorigen Fall Gesagte. Zum Mehrvergleich finden Sie weitere Fälle vor allem im Kapitel 7.*

## FALL 6:

Gegenstandswert: 12.000,00 €

| **I. Grundverfahren - 1. Instanz** | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |
| **Grundverfahren - 2. Instanz** | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 841,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.492,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 283,63 € |
| Summe brutto | 1.776,43 € |
| **II. Höheverfahren - 1. Instanz** | |
| 1,2 Terminsgebühr, § 21 I RVG i. V. m. Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 651,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 123,73 € |
| Summe brutto: | 774,93 € |

*Hier hat das Rechtsmittelgericht die Sache an ein untergeordnetes Gericht zurückverwiesen. Diese Konstellation findet sich in § 21 I RVG. Das Verfahren vor dem untergeordneten Gericht, an das die Sache zurückverwiesen wurde, gilt als neuer Rechtszug mit der Folge, dass dort alle Gebühren noch einmal neu entstehen können. Die bereits entstandene Verfahrensgebühr ist jedoch auf die Verfahrensgebühr des neuen Verfahrens anzurechnen (Vorbemerkung 3 Absatz 6 VV RVG).*

## FALL 7:

Gegenstandswert: 48.000,00 €

| **I. Grundverfahren - 1. Instanz** | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.255,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 500,65 € |
| Summe brutto: | 3.135,65 € |

**Grundverfahren - 2. Instanz**

| | | |
|---|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | | 1.673,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | | 1.255,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.948,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 560,27 € |
| Summe brutto | | 3.509,07 € |

**II. Höheverfahren - 1. Instanz**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr,<br>§ 21, RVG Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € | |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbemerkung 3 Abs. 6 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € | |
| Gegenstandswert: 48.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 100,10 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 21 I RVG i. V. m. Nr. 3104 VV RVG | | 1.347,60 € |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.467,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 278,86 € |
| Summe brutto: | | 1.746,56 € |

*Hier ist bei der Anrechnung der Verfahrensgebühr gemäß Vorbemerkung 3 Absatz 6 VV RVG zu beachten, dass die anzurechnende Gebühr geringer ist als die Gebühr des erstinstanzlichen Höheverfahrens.*

# 12 Einzeltätigkeiten des Rechtsanwalts

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 23)*

**Es ist richtig: Der Hauptbevollmächtigte rechnet mit dem Terminsvertreter oder dem Korrespondenzanwalt häufig vertraglich intern anders und einfacher ab, als der Gesetzgeber es sich gedacht hat. Trotzdem: Der obsiegenden Partei können lediglich die gesetzlichen Kosten erstattet werden. In der schriftlichen Abschlussprüfung will man sowieso nur die gesetzlichen Lösungen wissen. Und die richten sich nach dem vierten Abschnitt im dritten Teil des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.**

## 12.1 Aufgaben

### FALL 1 – MEHRERE HAUPTBEVOLLMÄCHTIGTE?

Ein mit hinreichenden finanziellen Mitteln versehener Mandant fragt Sie, ob er in derselben Sache *drei* Rechtsanwälte als Haupt(!)bevollmächtigte beauftragen dürfe, nach dem Motto, dass sechs Augen mehr sehen als zwei, oder ob das rechtlich nicht zulässig sei. Sollte das zulässig sein, so möchte er wissen, ob der Gegner ihm im Falle des Unterliegens alle drei Rechtsanwälte bezahlen muss oder ob die Rechtsanwälte sich die Kosten teilen müssen. Welche Auskunft werden Sie dem Mandanten geben können, und welche Vorschrift ziehen Sie hierzu heran?

*Jetzt folgen einige Fälle zum Korrespondenzanwalt:*

### FALL 2 – GRUNDFALL ZUM KORRESPONDENZANWALT:

Die ortsansässige Rechtsanwältin Kürten in A-Stadt beauftragt als Verkehrsanwältin Rechtsanwalt Rauter als Hauptbevollmächtigten (Verfahrensbevollmächtigten), für Martens Klage gegen Bertram in B-Stadt zu erheben in Höhe von 18.000,00 €. Nach einer Güteverhandlung und einer sich anschließenden streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil. Wie lauten die Kostenrechnungen für Rechtsanwältin Kürten und Rechtsanwalt Rauter?

*Häufiger wird der Korrespondenzanwalt beziehungsweise die Korrespondenzanwältin wohl in der Berufungsinstanz benötigt:*

### FALL 3 – KORRESPONDENZANWALT IN DER BERUFUNG:

Rechtsanwältin Kürten in A-Stadt wendet sich als Korrespondenzanwältin des Martens an Rechtsanwalt Rauter in B-Stadt, damit dieser für Martens Berufung

bei dem Gericht in B-Stadt in Höhe von 6.000,00 € einreicht. Dies geschieht. Rechtsanwalt Rauter verhandelt nach einem erfolglosen Gütetermin in B-Stadt streitig zur Sache und nimmt an einem Beweistermin mit Weiterverhandlung teil. Schließlich ergeht ein Urteil. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für die Korrespondenzanwältin Kürten und Rechtsanwalt Rauter.

*Und dann gibt es noch den BGH:*

### FALL 4 – BEIM BGH:

Die Korrespondenzanwältin wendet sich an den beim BGH zugelassenen Hauptbevollmächtigten, wegen 250.000,00 € in die Revision zu gehen. Dort ergeht nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ein Urteil.

*Die Sache kann ja schon mal nach Klageauftrag, aber vor Klageeinreichung erledigt werden:*

### FALL 5 – DIE VORZEITIGE ERLEDIGUNG DES PROZESSAUFTRAGES:

Der Verkehrsanwalt will für seinen Mandanten vor einem weit entfernten Gericht ein Verfahren führen. Es geht um einen Gegenstandswert von 14.000,00 €. Zur Beauftragung des Verfahrensbevollmächtigten kommt es jedoch nicht, weil der Gegner vorzeitig zahlt.

*Schluss mit dem Verkehrsanwalt, wenden wir uns jetzt den Gebühren des Terminsvertreters zu:*

### FALL 6 – GRUNDFALL ZUM TERMINSVERTRETER:

Rechtsanwalt Rasche aus A-Stadt erhebt Klage gegen Bertram in Höhe von 24.000,00 € beim LG in B-Stadt. Rechtsanwalt Tanger wird als Terminsvertreter mit der Wahrnehmung des Termins beauftragt. Im Termin verhandelt RA Tanger streitig zur Sache und nimmt auch an einem Beweistermin teil. Anschließend ergeht ein Urteil. Kostenrechnungen für den Verfahrensbevollmächtigten und den Terminsvertreter.

### FALL 7 – MIT EINSPRUCH GEGEN EIN VU:

Rechtsanwalt Rasche in A-Stadt erhebt für seinen Mandanten als Verfahrensbevollmächtigter Klage über 5.000,00 € bei dem Gericht in B-Stadt. Er beauftragt Rechtsanwalt Tanger in B-Stadt mit der Wahrnehmung der Termine. Im Haupttermin erscheint für den Beklagten niemand und Rechtsanwalt Tanger beantragt ein Versäumnisurteil.

Für den Beklagten bestellt sich daraufhin Rechtsanwalt Schmitz, der gegen das Versäumnisurteil fristgemäß Einspruch einlegt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung zur Hauptsache und einer Beweisaufnahme in B-Stadt (die Termine werden für den Kläger wieder von Rechtsanwalt Tanger wahrgenommen), ergeht ein Urteil. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für die Rechtsanwälte Rasche und Tanger!

*Die Lösung sieht anders aus, wenn das VU rechtskräftig wird:*

## FALL 8 – DER TERMINSVERTRETER UND DAS RECHTSKRÄFTIGE VU:

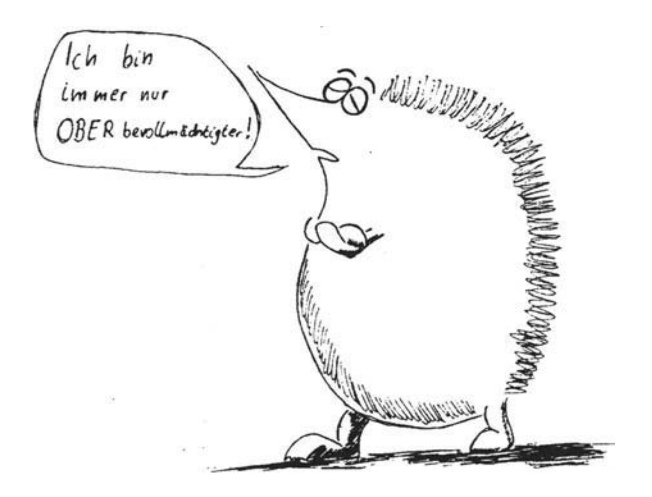
Wie Aufgabe 7, aber:

Gegen das Versäumnisurteil wird nicht Einspruch eingelegt, so dass es rechtskräftig wird. Setzen wir diesmal einem Gegenstandswert von 20.000,00 € an. Erstellen Sie auch hier die Kostenrechnungen für beide Rechtsanwälte.

*Auch hier können natürlich Einigungsgebühren entstehen:*

## FALL 9 – DIE MITWIRKUNG DES TERMINSVERTRETERS BEI EINER EINIGUNG:

Die Verfahrensbevollmächtigte, Rechtsanwältin Rennen in A-Stadt, erhebt auftragsgemäß Klage auf Zahlung von 36.000,00 € beim LG in B-Stadt. Rechtsanwalt Tanger wird mit der Wahrnehmung der Termine beauftragt. Im Haupttermin verhandelt RA Tanger streitig zur Sache und nimmt nach entsprechendem Auftrag an einem Beweistermin teil. Im nachfolgenden Haupttermin in B-Stadt gibt RA Tanger einen Vergleich zu Protokoll, in dem sich B zur Zahlung von 27.000,00 € verpflichtet und die Prozesskosten übernimmt. RA' Rennen hatte diesen Vergleich zuvor mit ihrem Mandanten besprochen und in einem außergerichtlichen Gespräch mit dem Beklagten vorbereitet. Kostenrechnungen für die Verfahrensbevollmächtigte und den Terminsanwalt!




*Noch ein Fall zur Berufungsinstanz:*

## FALL 10 – DER TERMINSVERTRETER IN DER BERUFUNG:

Der Verfahrensbevollmächtigte geht für seinen Mandanten in die Berufung wegen 45.000,00 € bei dem Gericht in B-Stadt. Er beauftragt Rechtsanwalt Tanger in B-Stadt mit der Wahrnehmung der Termine. Im Haupttermin ver-

handeln die Parteien streitig zur Sache. Anschließend ergeht ein Urteil. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für den Verfahrensbevollmächtigten und den Terminsvertreter.

*Jetzt sind Sie reif für einen Prüfungsfall:*

### FALL 11 – MEHRVERTRETUNGSZUSCHLAG UND ERHÖHUNG/ ERMÄSSIGUNG (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rasche aus A-Stadt erhebt für vier Personen Klage gegen Bertram in Höhe von 32.000,00 € beim LG in B-Stadt. Rechtsanwalt Tanger wird als Terminsvertreter mit der Wahrnehmung des Termins beauftragt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht RA Rasche die Klage um 4.000,00 €.

Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 6.000,00 € und insoweit erklären die Parteien den Rechtsstreit für erledigt. Nach einer nochmaligen streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme über den Rest ergeht ein Urteil.

Kostenrechnungen für den Verfahrensbevollmächtigten und den Terminsvertreter.

*Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit den nachfolgenden Lösungen:*

## 12.2 Lösungen

### FALL 1:

Ein Mandant darf durchaus drei Rechtsanwälte in derselben Sache als Hauptbevollmächtigte beauftragen, die sich dann natürlich miteinander abstimmen müssen. Jedem Rechtsanwalt steht dann nach § 6 RVG eine volle Kostenrechnung zu. Da die unterliegende Partei nach § 91 I ZPO nur die Kosten des Rechtsstreits zu tragen hat, soweit sie für den Gegner zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig waren, sind lediglich die Kosten eines Rechtsanwalts erstattungsfähig.

### FALL 2:

**Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten Rechtsanwalt Rauter**

| Gegenstandswert: 18.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.535,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 291,65 € |
| Summe brutto: | 1.826,65 € |

**Kostenrechnung für die Verkehrsanwältin Kürten**

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3400, 3100 VV RVG | 606,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 626,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 118,94 € |
| Summe brutto: | 744,94 € |

Nach Nr. 3400 VV RVG erhält die Verkehrsanwältin für ihre Tätigkeit eine Verfahrensgebühr in Höhe der dem Verfahrensbevollmächtigten zustehenden Verfahrensgebühr, höchstens jedoch 1,0.

## FALL 3:

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rauter (Verfahrensbevollmächtigter)**

Gegenstandswert: 6.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 540,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 966,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 183,62 € |
| Summe brutto: | 1.150,02 € |

**Kostenrechnung für Rechtsanwältin Kürten (Korrespondenzanwältin)**

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3400, 3200 VV RVG | 338,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 358,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 68,02 € |
| Summe brutto: | 426,02 € |

*Auch in der Berufungsinstanz bleibt es für die Korrespondenzanwältin bei einer 1,0 Verfahrensgebühr nach Nr. 3400 VV RVG.*

## FALL 4:

**Kostenrechnung für den Hauptbevollmächtigten**

Gegenstandswert: 250.000,00 €

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 4.719,60 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 3.078,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 7.817,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.485,34 € |
| Summe brutto: | 9.302,94 € |

**Kostenrechnung für die Korrespondenzanwältin**

| | |
|---|---:|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3400, 3208 VV RVG | 2.052,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.072,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 393,68 € |
| Summe brutto: | 2.465,68 € |

*Auch die Revisionsinstanz führt nicht zu einer höheren als der 1,0 Verfahrensgebühr für den Korrespondenzanwalt. Der in Nr. 3400 VV RVG festgeschriebener Gebührensatz von 1,0 gilt auch hier.*

## FALL 5:

**Kostenrechnung für den Verkehrsanwalt**

| | |
|---|---:|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3400, 3405 Nr. 1 VV RVG | 283,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 303,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 57,57 € |
| Summe brutto: | 360,57 € |

*Da der Auftrag endete, bevor der Verfahrensbevollmächtigte beauftragt oder der Rechtsanwalt gegenüber dem Verfahrensbevollmächtigten tätig geworden ist, liegt ein Fall der Nr. 3405 Nr. 1 VV RVG vor.*

## FALL 6:

**Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche):**

Gegenstandswert: 24.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 911,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 173,24 € |
| Summe brutto: | 1.085,04 € |

**Kostenrechnung für den Terminsvertreter (RA Tanger):**

Gegenstandswert: 24.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 445,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.289,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 244,93 € |
| Summe brutto: | 1.534,03 € |

*Der Verfahrensbevollmächtigte erhält keine Terminsgebühr, weil er an einem Termin nicht teilgenommen hat. Der Terminsvertreter erhält eine Verfahrens-*

*gebühr in Höhe der Hälfte der Verfahrensgebühr des Verfahrensbevollmächtigten und eine ungekürzte Terminsgebühr nach Nr. 3402 VV RVG.*

## FALL 7:

Gegenstandswert: 5.000,00 €

| **Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche)** | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 391,30 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 411,30 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 78,15 € |
| Summe brutto: | 489,45 € |

| **Kostenrechnung für den Terminsvertreters (Rechtsanwalts Tanger)** | |
|---|---|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 195,65 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 361,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 576,85 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 109,60 € |
| Summe brutto: | 686,45 € |

*Weder das Versäumnisurteil noch der Einspruch führen zu einer gebührenrechtlichen Besonderheit. Der Terminsvertreter hat letztlich an einem streitigen Termin teilgenommen und erhält die ungekürzte Gebühr nach Nr. 3402, 3104 VV RVG.*

## FALL 8:

Gegenstandswert: 20.000,00 €

| **Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche)** | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 859,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 163,36 € |
| Summe brutto: | 1.023,16 € |

| **Kostenrechnung für den Terminsvertreter (Rechtsanwalt Tanger)** | |
|---|---|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3105, 3401 VV RVG | 419,90 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3105 VV RVG | 323,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 762,90 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 144,95 € |
| Summe brutto: | 907,85 € |

*Nach Nr. 3402 VV RVG erhält der Terminsvertreter eine Terminsgebühr in der Höhe, in der sie einem Verfahrensbevollmächtigten zustehen würde. Hier hat der Terminsvertreter lediglich einen Termin wahrgenommen, in dem der Geg-*

*ner nicht erschienen ist, so dass er nur einen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils zu stellen brauchte. Das ist der typische Fall für eine Gebühr nach Nr. 3105 VV RVG.*

## FALL 9:

**Kostenrechnung für die Verfahrensbevollmächtigte (Rechtsanwältin Rennen)**

| Gegenstandswert: 36.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 902,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.177,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 603,63 € |
| Summe brutto: | 3.780,63 € |

**Kostenrechnung für den Terminsvertreter (Rechtsanwalt Tanger)**

| Gegenstandswert: 36.000,00 € | |
|---|---|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 586,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 902,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.590,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 492,23 € |
| Summe brutto: | 3.082,93 € |

*Haben beide Rechtsanwälte an einer Einigung mitgewirkt, erhalten Sie auch beide eine Einigungsgebühr. Der Verfahrensbevollmächtigte erhält eine Terminsgebühr deshalb, weil er nach Vorbemerkung 3 Absatz 3 VV RVG an einer außergerichtlichen Besprechung mitgewirkt hat, die auf die Erledigung des Verfahrens gerichtet war. Die Einigung ist ja sogar zustande gekommen, was für die Entstehung der Terminsgebühr gar nicht wesentlich ist.*

## FALL 10:

Gegenstandswert: 45.000,00 €

**Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.558,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.578,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 299,90 € |
| Summe brutto: | 1.878,30 € |

**Kostenrechnung für den Terminsvertreter**

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3200, 3401 VV RVG | 779,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3202 VV RVG | 1.168,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.968,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 373,92 € |
| Summe brutto: | 2.341,92 € |

*Auch in der Berufungsinstanz erhält der Terminsvertreter die halbe Verfahrensgebühr des Verfahrensbevollmächtigten. Die Terminsgebühr bleibt für den Terminsvertreter in voller Höhe erhalten.*

## FALL 11:

**Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche)**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 0,9 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 811,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.004,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 380,84 € |
| Summe brutto: | 2.385,24 € |

**Kostenrechnung für den Terminsvertreter (RA Tanger)**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | |
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 586,30 € |
| 0,9 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 811,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.500,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 475,10 € |
| Summe brutto: | 2.975,60 € |

*In diesem Prüfungsfall kann man neben den Gebühren des Terminsvertreters auch noch einmal den Mehrvertretungszuschlag (s. o. Kapitel 8) und die Streitwertberechnung bei Erhöhung und Ermäßigung (s. o. Kapitel 2.4) trainieren.*

# 13 Das Urkundenverfahren

**Neben der „normalen“ Klage im Zivilprozess, wie Sie sie sicherlich (??) bereits oben im Kapitel 5.2 geübt haben, ist auch die Klage im Urkundenverfahren ein häufiges Thema für die Abschlussprüfung. Es gelten hier einige Besonderheiten, insbesondere bei den Anträgen. Aber auch die Gebühren haben da so ihre eigenen Tücken.**

## 13.1 Die Klage im Urkundenverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 9)*

### FALL 1 – ZUM URKUNDENPROZESS (ALLGEMEIN):

Rechtsanwaltsfachangestellte Sybille Seidel verursacht einen Autounfall und unterschreibt ein Schuldanerkenntnis über 17.000,00 €. Anschließend, nachdem sie sich einige Tage später wieder gefangen hat, ist sie der Auffassung, das Geld nicht bezahlen zu müssen.

Der Gegner, ein Malermeister, möchte auf schnellem Wege die 17.000,00 € im Urkundenverfahren erzwingen. Ist das überhaupt möglich, und wenn ja, welches Gericht ist dann zuständig?

*Die erste Klage:*

### FALL 2 – WECHSELKLAGE UNTER KAUFLEUTEN (PRÜFUNGSFALL):

Als Mandant erscheint in der Kanzlei von Rechtsanwalt Dr. Rasche der Kaufmann Kurt Klag, Hauptstr. 12, 44369 Dortmund, und erklärt:

Er sei Aussteller und Inhaber, der Kaufmann Bertold Becker, Industriestr. 17, 59077 Hamm, Akzeptant eines am 12.03.20 . . ausgestellten Wechsels über 4.500,00 €. Der Wechsel war am 10.06.20 . . in Hamm fällig und ist mangels Zahlung am 11.06.20 . . bei der Commerzbank in Hamm zu Protest gegangen. Die Protestkosten betrugen 36,00 €. Die Volksbank in Dortmund habe ihn mit Spesen in Höhe von 43,60 € belastet. Hinzu komme noch die Wechselprovision.

Der Mandant legt den Wechsel mit Protesturkunde einschließlich Rückrechnung der Volksbank vor.

Formulieren Sie eine entsprechende Wechselklage!

*Eine andere Variante:*

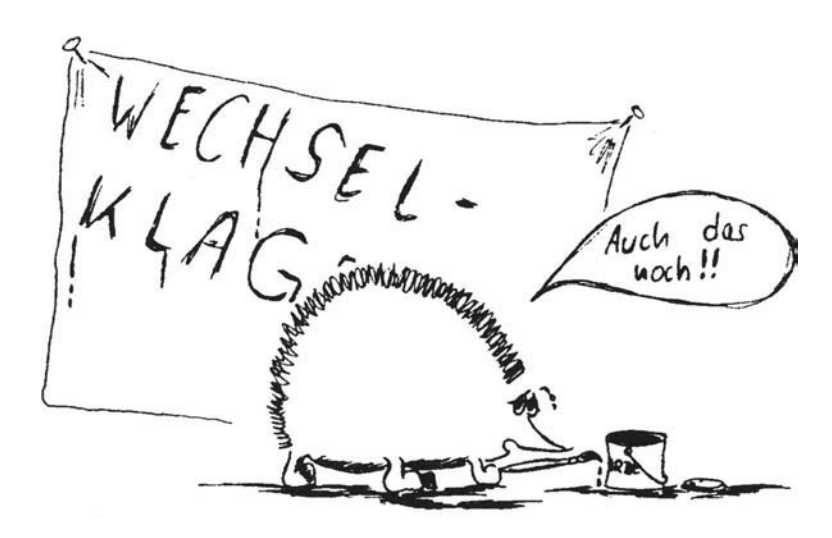
## FALL 3 – WECHSELKLAGE GmbH ./. KG:

Aussteller und Inhaber eines Wechsels ist die Hoch- und Tiefbau GmbH, Düsselstr. 3, 40219 Düsseldorf, Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda.

Bezogene ist die Bertold Behrens KG, Hauptstr. 120, 41236 Mönchengladbach (persönlich haftender Gesellschafter: Berthold Behrens, ebenda).

Der Wechsel wurde in Duisburg am 20.09.20 . . über 18.350,00 € ausgestellt und war fällig am 20.12.20 . . Er ging am 21.12.20 . . zu Protest. Die Wechselkosten und Bankspesen betragen insgesamt 43,70 €. Der Wechsel wurde zahlbar gestellt in Duisburg.

1. Bei welchem(n) sachlich und örtlich zuständigen Gericht(en) kann Rechtsanwalt R Wechselklage einreichen?
2. Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Wechselklage! Sie sind für Rechtsanwalt Rasche in Duisburg tätig. In Mönchengladbach, Duisburg und Düsseldorf gibt es je ein Amtsgericht und ein Landgericht.




*Natürlich gibt es auch Scheckklagen:*

## FALL 4 – VARIANTE ZU FALL 3:

Inhaberin eines Schecks ist die Data-Soft GmbH, Heinrich-Heine-Str. 3, 40213 Düsseldorf, Geschäftsführer Karl Kubitschek, ebenda.

Ausstellerin des Schecks ist die Friedrich Finke KG, Hauptstr. 120, 42439 Wuppertal (pers. haftender Gesellschafter: Friedrich Finke, ebenda).

Der Scheck wurde am 03.02.20 . . in Düsseldorf über 15.700,00 € ausgestellt. Er war auf das Konto Nr. 1234567 des Ausstellers bei der Deutschen Bank AG in Wuppertal gezogen und von dem Inhaber über seine Bank, die Volksbank, Filiale Düsseldorf, am 04.02.20 . . zur Zahlung vorgelegt, jedoch nicht eingelöst, so dass er zu Protest ging.

Gemäß der Scheckrückrechnung der Volksbank Düsseldorf vom 12.02.20 . . sind dem Inhaber Protestkosten und Bankspesen zu insgesamt 58,50 € entstanden. Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Klage im Scheckprozess! Sie sind für Rechtsanwalt R in Düsseldorf tätig.

### FALL 5 – ZUSTÄNDIGKEITSFRAGEN:

Bei welchem Gericht wäre in Fall 4 die Scheckklage einzureichen, wenn:

a) der Aussteller Privatmann, der Inhaber Kaufmann wäre

b) der Aussteller Kaufmann, der Inhaber Privatmann wäre und

c) Aussteller und Inhaber des Schecks Privatleute wären?

*Zum Abschluss des verfahrensrechtlichen Teils noch einmal eine Wechselklage:*

### FALL 6 – WECHSELKLAGE GmbH ./. KG (PRÜFUNGSFALL):

Ausstellerin und Inhaberin eines Wechsels ist die Textil- und Modewaren GmbH, Neusser Str. 35, 40219 Düsseldorf, Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda.

Bezogene ist die Bertold Behrens KG, Hauptstr. 120, 47809 Krefeld (pers. haftender Gesellschafter: Bertold Behrens, ebenda).

Der Wechsel wurde in Mönchengladbach am 15.01.20 . . über 15.100,00 € ausgestellt und war fällig am 15.04.20 . . Er ging am 16.04.20 . . zu Protest. Die Wechselkosten und Bankspesen betragen insgesamt 34,60 €. Der Wechsel war zahlbar bei der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Bei welchem(n) sachlich und örtlich zuständigen Gericht(en) kann Rechtsanwalt R Wechselklage einreichen? In Mönchengladbach, Krefeld und Düsseldorf gibt es je ein Amtsgericht und ein Landgericht.

Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Wechselklage! Sie sind für Rechtsanwalt R in Düsseldorf tätig.

*Das reicht für das Verfahrensrecht. Schließlich gibt es da ja auch noch ein paar Besonderheiten bei den Gebühren...*

## 13.2 Die Gebühren im Urkundenverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 22)*

*Beginnen wir auch hier wieder mit einem leichten Grundfall:*

### FALL 7 – GEBÜHREN ZUR SCHECKKLAGE:

Die Rechtsanwältin reicht Scheckklage ein über 2.800,00 €. Nach streitiger mündlicher Verhandlung ergeht ein Urteil.

*Ein Urkundenverfahren kann nicht nur durch eine Klage im Urkundenprozess, sondern auch durch ein Urkundenmahnverfahren mit anschließendem Widerspruch gegen den Mahnbescheid oder Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid in Gang gesetzt werden:*

### FALL 8 – URKUNDENMAHNVERFAHREN MIT URKUNDENVERFAHREN NACH WIDERSPRUCH:

Der Antragsteller, dem ein Scheck zu Protest gegangen ist, macht durch seinen Anwalt im Urkundenmahnverfahren 80.000,00 € geltend. Der Anwalt des Antragsgegners erhebt Widerspruch. Daraufhin wird das Verfahren als Urkundenprozess fortgesetzt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme über die Echtheit der Unterschrift ergeht ein klageabweisendes Vorbehaltsurteil.

*Jetzt kommt es zu einem Nachverfahren:*

### FALL 9 – GRUNDFALL ZUM NACHVERFAHREN:

Rechtsanwalt Rauter klagt für Martens gegen Bertram auf Zahlung von 18.000,00 € im Wechselprozess. Der Beklagte beantragt Klageabweisung. Weiterhin beantragt er, ihm die Geltendmachung seiner Rechte im Nachverfahren vorzubehalten, da er seine Einwendungen gegen die Forderung nur durch Zeugen und ein Sachverständigengutachten beweisen könne. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird der Beklagte durch Vorbehaltsurteil zur Zahlung verurteilt. Im Nachverfahren stellen die Parteien im Haupttermin streitige Anträge. Es findet eine Beweisaufnahme statt, in der mehrere Zeugen vernommen werden. Nach einem Sachverständigengutachten ergeht ein Urteil.

*Die letzten beiden Fälle sind Prüfungsfälle:*

### FALL 10 – WIDERKLAGE IM NACHVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rauter erhebt für seinen Mandanten Martens gegen Bertram Wechselklage über einen Betrag von 15.000,00 €. Hiergegen beantragt Rechtsanwalt Schmitz als Prozessbevollmächtigter Klageabweisung und kündigt an, dass er die Geltendmachung seiner Rechte im Nachverfahren beantragen werde. Im Termin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Schließlich ergeht ein Vorbehaltsurteil, in dem Bertram zur Zahlung verurteilt wird, ihm jedoch die Ausführung seiner Rechte im Nachverfahren vorbehalten bleibt.

Es wird nunmehr das Nachverfahren eingeleitet. Gleichzeitig erhebt Rechtsanwalt Schmitz für den Beklagten Widerklage in Höhe von 3.000,00 €. Nach einem erfolglosen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung findet eine Beweisaufnahme statt über sämtliche von den Parteien geltend gemachten Ansprüche. Anschließend ergeht ein Urteil.

### FALL 11 – EINSPRUCH GEGEN EIN VU IM NACHVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rauter macht für seinen Mandanten Martens gegen Bertram im Scheckprozess einen Betrag von 4.500,00 € geltend. Im Termin verhandeln die Parteien streitig zur Sache und es ergeht ein Vorbehaltsurteil, in dem Bertram zur Zahlung verurteilt wird, ihm jedoch die Ausführung seiner Rechte im Nachverfahren vorbehalten bleibt.

Es wird nunmehr das Nachverfahren eingeleitet. In der mündlichen Verhandlung erscheint für den Beklagten niemand, und es ergeht auf Antrag von RA Rauter ein Versäumnisurteil. Hiergegen legt Rechtsanwalt Schmitz, der sich nunmehr als Prozessbevollmächtigter des Beklagten bestellt, Einspruch ein. Gleichzeitig erhebt Rechtsanwalt Schmitz für den Beklagten Widerklage in Höhe von 1.500,00 €. Der Einspruch wird zugelassen, und nach einem erfolglosen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung findet eine Beweisaufnahme statt über sämtliche von den Parteien geltend gemachten Ansprüche. Anschließend ergeht ein Urteil.

## 13.3 Lösungen

### FALL 1:

Die ZPO hat für Geldansprüche oder solche Ansprüche, die sich auf vertretbare Sachen oder Wertpapiere beziehen, das beschleunigte Verfahren des Urkundenprozesses bereitgestellt, wenn sich die anspruchsbegründenden Tatsachen aus einer in Händen des Klägers befindlichen Urkunde ergeben.

Eine Klage im Urkundenprozess ist in unserem Fall möglich, da auch ein Schuldanerkenntnis eine Urkunde ist. Sybille muss sich die Geltendmachung ihrer Rechte für das Nachverfahren vorbehalten, wenn sie der Meinung ist, dass sie nicht zu bezahlen braucht.

Zuständig für die Klage ist das Landgericht, in dessen Bezirk Sybille wohnt. Die Kammer für Handelssachen ist deshalb nicht zuständig, weil es sich weder um eine Klage unter Kaufleuten noch um eine Wechsel- oder Scheckklage handelt. In letzterem Falle wäre allerdings die Kammer für Handelssachen zuständig.

## FALL 2: EINE KLAGE IM WECHSELPROZESS:

Rechtsanwalt Dr. Rasche (Datum)
(Anschrift)

Amtsgericht Hamm
(PLZ) Hamm

### Wechselklage

des Kaufmanns Kurt Klag, Hauptstr. 12, 44369 Dortmund,

Klägers,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Rasche, (Anschrift),

gegen

den Kaufmann Bertold Becker, Industriestr. 17, 59077 Hamm

Beklagten,

**wegen** Wechselforderung,
Gegenstandswert: 4.500,00 €.

Namens und in Vollmacht des Klägers erhebe ich Klage gegen den Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

1. den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 4.500,00 € nebst 2 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz, mindestens aber 6 % Zinsen seit dem 10.06.20 . . sowie 36,00 € Protestkosten, 43,60 € Bankspesen und 15,00 € Wechselprovision zu zahlen;
2. dem Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

**Begründung:**
Der Kläger ist Aussteller und Inhaber, der Beklagte Bezogener des in Fotokopie beigefügten Wechsels vom 12.03.20 . . über 4.500,00 €. Der am 10.06.20 . . fällige Wechsel war zahlbar bei der Commerzbank in Hamm, wo er am 11.06.20 . . zu Protest ging.
Wegen der Nichteinlösung des Wechsels wurde der Kläger von der Commerzbank in Hamm mit 36,00 € Protestkosten und von der Volksbank in Dortmund mit 43,60 € Bankspesen belastet. Hinzu kommt noch die Wechselprovision von 15,00 €.
Beweis: Vorlage des Wechsels vom 12.03.20 . . mit Protesturkunde vom 11.06.20 . ., als Anlage in Fotokopie beigefügt.
Die Zinsen rechtfertigen sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges.
Gerichtskosten in Höhe von 339,00 € sind eingezahlt.
Dr. Rasche
Rechtsanwalt

**Anmerkung:**

1. Zuständig ist hier sachlich das Amtsgericht (Gegenstandswert bis 5.000,00 €), örtlich der allgemeine Gerichtsstand, d. h. das Gericht, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Wohnsitz hat, oder das Gericht des Zahlungsortes. Das ist jeweils Hamm.
2. Die Wechselprovision beträgt 1/3% von der Hauptsumme (Art. 48 WG).
3. Ein Urteil im Urkundenverfahren ist kraft Gesetzes – unabhängig vom Gegenstandswert – ohne Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar, so dass der Antrag mit der Bankbürgschaft, wie wir ihn bei der regulären Klage kennen (vgl. Kapitel 2.2), entfällt.

## FALL 3:

1. **Zuständigkeit:** Sachlich ist das Landgericht zuständig, da der Gegenstandswert über 5.000,00 € liegt. Da es sich um eine Klage im Wechselprozess handelt, ist die Klage an die Kammer für Handelssachen zu richten.

   Örtlich sind sowohl die Landgerichte in Mönchengladbach (allgemeiner Gerichtsstand) als auch in Duisburg (Gericht des Zahlungsortes) zuständig. Man wird die Klage beim Landgericht – Kammer für Handelssachen – in Duisburg einreichen, weil Rechtsanwalt Rasche dort seine Kanzlei hat.

2. **Die Wechselklage:**

Rechtsanwalt Rasche (Datum)
(Anschrift)

Landgericht Duisburg
Kammer für Handelssachen
(PLZ) Duisburg

**Wechselklage**

der Hoch- und Tiefbau GmbH, Düsselstraße 3, 40219 Düsseldorf, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Rasche, (Anschrift),

gegen

1. die Bertold Behrens KG, Hauptstraße 120, 41236 Mönchengladbach, gesetzlich vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Bertold Behrens, ebenda,
2. den persönlich haftenden Gesellschafter Bertold Behrens, Hauptstraße 120, 41236 Mönchengladbach,

Beklagten,

**wegen** Wechselforderung,
**Gegenstandswert:** 18.350,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 18.350,00 € nebst 2 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz, mindestens aber 6 % Zinsen seit dem 20.12.20 . . sowie Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 43,70 € und 61,17 € Wechselprovision zu zahlen;
2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

**Begründung:**

Die Klägerin ist Ausstellerin und Inhaberin, die Beklagte zu 1) Bezogene des in Fotokopie beigefügten Wechsels vom 20.09.20 . . über 18.350,00 €. Der am 20.12.20 . . fällige Wechsel war zahlbar bei der Stadtsparkasse in Duisburg, wo er am 21.12.20 . . zu Protest ging.

Beweis: Vorlage des Wechsels vom 20.09.20 . . mit Protesturkunde vom 21.12.20 . ., als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Wegen der Nichteinlösung des Wechsels wurde die Klägerin mit Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 43,70 € belastet.

Beweis: Vorlage der Protesturkunde, als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1). Die Zinsen rechtfertigen sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges.

Gerichtskosten in Höhe von 795,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

*Anmerkung:*

*Bei diesem Prüfungsfall mussten Sie sich insbesondere mit der örtlichen Zuständigkeit bei Wechselklagen auskennen. Ein hier, wie auch in Fall 2, nicht formulierter Antrag auf Erlass eines Anerkenntnis- oder Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren ist wegen des schnellen Verfahrens überflüssig, jedoch nicht schädlich. Der Anspruch auf Zahlung der Wechselprovision von 1/3 Prozent ergibt sich aus Art. 48 I Nr. 4 WG.*

## FALL 4:

### Die Klage im Scheckprozess:

Rechtsanwalt R (Datum)
(Anschrift)

Landgericht Wuppertal
Kammer für Handelssachen
(PLZ) Wuppertal

**Klage im Scheckprozess**

der Data-Soft GmbH, Heinrich-Heine-Straße 3, 40213 Düsseldorf, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Karl Kubitschek, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt R, (Anschrift),

gegen

1. die Friedrich Finke KG, Hauptstraße 120, 42439 Wuppertal, gesetzlich vertreten durch den persönlich haftenden Geschäftsführer Friedrich Finke, ebenda,
2. den persönlich haftenden Gesellschafter Friedrich Finke, Hauptstraße 120, 42349 Wuppertal,

Beklagten,

**wegen** Scheckforderung,
**Gegenstandswert**: 15.700,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

2. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 15.700,00 € nebst 2 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz, mindestens aber 6% Zinsen seit dem 05.02.20 . . sowie Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 58,50 € und 52,33 € Scheckprovision zu zahlen;
3. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
4. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

**Begründung:**

Die Klägerin ist Inhaberin, die Beklagte zu 1) Ausstellerin des in Fotokopie beigefügten Schecks vom 03.02.20 . . über 15.700,00 €. Der Scheck ist auf das Konto Nr. 1234567 der Beklagten zu 1) bei der Deutschen Bank AG in

Wuppertal gezogen. Der am 04.02.20 . . im Auftrag der Klägerin von der Volksbank Düsseldorf vorgelegte Scheck wurde nicht eingelöst, so dass er zu Protest ging.

Beweis: Vorlage des Schecks vom 03.02.20 . . mit Protesturkunde vom 12.02.20 . ., als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Wegen der Nichteinlösung des Schecks wurde die Klägerin mit Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 58,50 € belastet.

Beweis: Vorlage der Protesturkunde, als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1). Die Zinsen rechtfertigen sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges.

Gerichtskosten in Höhe von 726,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

*Anmerkung:*

*Bei einer Klage im Scheckprozess gilt grundsätzlich das, was Sie auch schon im Wechselprozess gelernt haben. Der Anspruch auf Zahlung der Scheckprovision ergibt sich aus Art. 45 Nr. 4 ScheckG.*

## FALL 5:

In allen Alternativen (a, b, c) wäre jeweils die Klage bei dem Landgericht in Wuppertal – Kammer für Handelssachen – einzureichen, da in Wechsel- und Schecksachen immer dann die Kammer für Handelssachen zuständig ist, wenn die Zuständigkeit des Landgerichts überhaupt gegeben ist, also auch bei Privatleuten!

## FALL 6:

**Zur Zuständigkeit:**

Sachlich ist das Landgericht zuständig, da der Gegenstandswert über 5.000,00 € liegt. Da es sich um eine Wechselklage handelt, ist die Klage an die Kammer für Handelssachen zu richten.

Örtlich sind sowohl die Landgerichte in Krefeld (allgemeiner Gerichtsstand) als auch in Düsseldorf (Gericht des Zahlungsortes) zuständig. Man wird die Klage beim Landgericht – Kammer für Handelssachen – in Düsseldorf einreichen, weil Rechtsanwalt R dort seine Kanzlei hat.

**Die Wechselklage:**

Rechtsanwalt R (Datum)
(Anschrift)

Landgericht
Kammer für Handelssachen
(PLZ) Düsseldorf

**Wechselklage**

der Textil- und Modewaren GmbH, Neusser Straße 35, 47809 Düsseldorf, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt R, (Anschrift),

**gegen**

1. die Bertold Behrens KG, Hauptstraße 120, 47809 Krefeld, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Bertold Behrens, ebenda,
2. den Geschäftsführer Bertold Behrens, Hauptstraße 120, 40219 Krefeld,

Beklagten,

wegen Wechselforderung,
Gegenstandswert: 15.100,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 15.100,00 € nebst 2 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz, mindestens aber 6 % Zinsen seit dem 15.04.20 . . sowie Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 34,60 € und 50,33 € Wechselprovision zu zahlen;
2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

**Begründung:**

Die Klägerin ist Ausstellerin und Inhaberin, die Beklagte zu 1) Bezogene des in Fotokopie beigefügten Wechsels vom 15.01.20 . . über 15.100,00 €. Der am 15.04.20 . . fällige Wechsel war zahlbar bei der Stadtsparkasse in 40219 Düsseldorf, wo er am 16.04.20 . . zu Protest ging.

Beweis: Vorlage des Wechsels vom 15.01.20 . . mit Protesturkunde vom 16.04.20 . ., als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Wegen der Nichteinlösung des Wechsels wurde die Klägerin mit Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 34,60 € belastet.

Beweis: Vorlage der Protesturkunde, als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1). Die Zinsen rechtfertigen sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges.

Gerichtskosten in Höhe von 726,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

## FALL 7:

| **Urkundenverfahren: Gegenstandswert:** 2.800,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 245,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 226,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 492,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 93,58 € |
| Summe brutto: | 586,08 € |

*Da ein Nachverfahren fehlt, liegen hier gebührenrechtlich keine weiteren Besonderheiten vor. Die Gebühren des Urkundenverfahrens richten sich nach Teil 3 des Vergütungsverzeichnisses.*

## FALL 8:

**1. Urkundenmahnverfahren:**

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 1.200,00 € |
| Gegenstandswert: 80.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.220,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 231,80 € |
| Summe brutto: | 1.451,80 € |

**2. Urkundenverfahren (Scheckprozess)**

| Gegenstandswert: 80.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 1.200,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 360,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.820,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 345,80 € |
| Summe brutto: | | 2.165,80 € |

*Nach Anmerkung zu Nummer 3305 VV RVG wird die Verfahrensgebühr des Mahnverfahrens auf die sich anschließende Verfahrensgebühr des nachfolgenden Rechtsstreits angerechnet. Wer weitere Aufgaben zu den Gebühren im Mahnverfahren bearbeiten möchte, wird oben im Kapitel 4 fündig.*

## FALL 9:

**1. Urkundenverfahren i. e. S.:** Gegenstandswert: 18.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.535,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 291,65 € |
| Summe brutto: | 1.826,65 € |

**2. Nachverfahren:** Gegenstandswert: 18.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 747,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 141,97 € |
| Summe brutto: | 889,17 € |

*Nach der Anrechnung zu Nummer 3100 Absatz 2 VV RVG wird die Verfahrensgebühr des Urkunden- oder Wechselprozesses nach dem Vorbehaltsurteil auf die Verfahrensgebühr für das ordentliche Verfahren angerechnet. Das führt in diesem Fall dazu, dass die Verfahrensgebühr im Nachverfahren gänzlich entfällt.*

## FALL 10:

**1. Urkundenverfahren (Wechselprozess):**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 272,65 € |
| Summe brutto: | | 1.707,65 € |

**2. Nachverfahren:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € | |
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3100 Abs. 2 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 52,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 727,20 € |
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 799,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 151,85 € |
| Summe brutto: | | 951,05 € |

*Hier bleibt nach der Anrechnung noch ein Restbetrag der Verfahrensgebühr des Nachverfahrens übrig, da die Verfahrensgebühr des Urkundenverfahrens kleiner als die des Nachverfahrens ist.*

# 14 Die Gebühren in der Arbeitsgerichtsbarkeit

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 27)*

**Die Kostenrechnungen sind hier eigentlich nicht schwer, da Teil 3 des Vergütungsverzeichnisses auch für die Arbeitsgerichtsbarkeit gilt. Einige Besonderheiten gibt es allerdings vor allem bei der Berechnung des Gegenstandswertes.**

## 14.1 Aufgaben

*Fangen wir wieder mit einem leichten Grundfall an:*

### FALL 1 – EIN EINFACHER GRUNDFALL:

Rechtsanwalt Rasche vertritt den Kläger Martens, dem fristlos gekündigt worden ist, vor dem Arbeitsgericht. Es geht in dem Prozess darum, ob die Kündigung gerechtfertigt war und das Arbeitsverhältnis noch weitere 4 Monate fortbesteht. Der Kläger verdient monatlich 3.200,00 € brutto. Nach erfolgloser Güteverhandlung und einer streitigen mündlichen Verhandlung findet eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung statt. Schließlich ergeht ein Urteil.

*Das Besondere bei den Kostenrechnungen ist die Ermittlung des Gegenstandswertes. Hier haben Sie einen weiteren Fall:*

### FALL 2 – STREITWERTPROBLEME, EINIGUNG:

Arendt war bei seinem Arbeitgeber für monatlich 4.200,00 € angestellt. Da sich der Betrieb in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, erhielt Arendt lange Zeit immer nur 1.600,00 € monatlich Gehalt. Schließlich wird Arendt fristlos gekündigt.

- Rechtsanwältin Rennen klagt für Arendt zwischenzeitlich aufgelaufene 20.800,00 € ein.
- Außerdem klagt sie auf Erteilung eines ordnungsgemäßen Arbeitszeugnisses und auf
- die Feststellung, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt war und demgemäß das Arbeitsverhältnis noch zwei Monate weiter fortbesteht.

In der Güteverhandlung erörtern die Parteien die Sach- und Rechtslage und vergleichen sich dahingehend, dass Arendt mit sofortiger Wirkung aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wird, der Arbeitgeber jedoch an den Kläger eine Abfindung von 24.000,00 € zahlt und die Kosten des Verfahrens übernimmt.

*Auch in Arbeitssachen kann für die außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts eine Geschäftsgebühr entstehen:*

### FALL 3 – GESCHÄFTSGEBÜHR UND GERICHTLICHES VERFAHREN:

Die Rechtsanwältin wird für ihren Mandanten zunächst außergerichtlich tätig. Es geht um die Kündigung der Frau Arendt und eine Sache mit durchschnittlicher Schwierigkeit. Nach einem außergerichtlichen Aufforderungsschreiben kommt es zu einer Kündigungsschutzklage.

Es folgen im Arbeitsgerichtsprozess ein Gütetermin, eine streitige mündliche Verhandlung und eine Beweisaufnahme. Schließlich ergeht ein Urteil. Frau Arendt bezog ein Gehalt von brutto 2.000,00 € im Monat.

*Jetzt sind sie reif für einen Prüfungsfall:*

### FALL 4 – AUSSERGERICHTLICHE UND GERICHTLICHE TÄTIGKEIT (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rasche vertritt die Arbeitnehmerin Martens außergerichtlich nach einer Abmahnung und drohenden fristlosen Kündigung. Ein Gespräch mit dem Arbeitgeber Bertram bleibt erfolglos. Die Angelegenheit ist so schwierig, dass von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen ist. Martens verdient ein monatliches Gehalt von 2.500,00 € brutto.

Nach einer fristlosen Kündigung vertritt RA Rasche Martens auch im gerichtlichen Kündigungsschutzverfahren, beantragt jedoch gleichzeitig die Zahlung von 4 Monatsgehältern. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

*Und wie lautet die Kostenrechnung, wenn ein Prozessauftrag vorlag, die Sache jedoch vorzeitig beendet wird?*

### FALL 5 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG:

Der Angestellte Arendt bittet RA Rasche Klage auf Zahlung von 4.000,00 € gegen den Arbeitgeber zu erheben. Dieser hatte ihm den Betrag wegen einer angeblich mutwilligen Beschädigung von seinem Arbeitsentgelt abgezogen. Nach einem Gespräch des Arendt mit seinem Chef wurde der einbehaltene Betrag wieder zurückvergütet.

*Nach dem Kapitel über die Einigungsgebühr (s. o. Seite 67) bereitet Ihnen der Widerrufsvergleich sicherlich keine Probleme mehr:*

### FALL 6 – WIDERRUFSVERGLEICH, STREITWERTPROBLEME (PRÜFUNGSFALL):

Eine Angestellte erhielt von ihrem Arbeitgeber monatlich 1.800,00 € als Arbeitsentgelt. Der Arbeitgeber kündigt fristlos den Vertrag.

- Rechtsanwalt Rasche klagt für die Angestellte auf die Feststellung, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt war.
- Außerdem klagt er für seine Mandantin zwischenzeitlich aufgelaufene 3.600,00 € ein.
- Die Klägerin begehrt weiterhin ein ordnungsgemäßes Zeugnis.

In der Güteverhandlung vergleichen sich die Parteien dahingehend, dass die Klägerin mit sofortiger Wirkung aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wird, der Arbeitgeber jedoch an sie einen einmaligen Betrag von 4.500,00 € zahlt und die Kosten des Verfahrens übernimmt. Der Vergleich kann binnen 2 Wochen widerrufen werden. Rechtzeitig geht ein Widerruf des Beklagten bei Gericht ein, und es kommt nach einer streitigen mündlichen Verhandlung zu einem Urteil.

*Zum Widerrufsvergleich siehe das Kapitel über die Einigungsgebühr. - Auch der nachfolgende Fall ist ein Prüfungsfall, dürfte für Sie allerdings jetzt kein Problem mehr darstellen:*

## FALL 7 – EINSPRUCH GEGEN EIN VU (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Rennen reicht für ihre Mandantin gegen den Arbeitgeber Kündigungsschutzklage ein. Der Monatslohn der Mandantin betrug 2.800,00 € brutto. Weiterhin klagt sie auf Zahlung von Schadensersatz im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis in Höhe von 5.000,00 €.

Im Gütetermin erscheint für den Beklagten niemand und die Rechtsanwältin beantragt den Erlass eines Versäumnisurteils, das auch ergeht. Hiergegen lässt der Beklagte durch Rechtsanwalt Schmitz fristgerecht Einspruch einlegen. Der Einspruch wird zugelassen und nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

*Ein weiterer Prüfungsfall. Aufgaben zum Mehrvergleich finden Sie auch in dem Kapitel über die Einigungsgebühr (Seite 67).*

## FALL 8 – DER MEHRVERGLEICH (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Rennen klagt für den Arbeitnehmer Martens wegen:

a) einer fristlosen Kündigung, die Martens für ungerechtfertigt hält,
b) Zeugniserteilung und
c) eines Lohnrückstandes in Höhe von 8.000,00 €.

Im Gütetermin erörtern die Parteien die Rechtslage und schließen einen Vergleich über den rechtshängigen Lohnrückstand von 8.000,00 € und weitere nicht rechtshängige 6.000,00 € Lohnforderungen, in dem sich der Beklagte verpflichtet, hierfür 11.000,00 € zu zahlen. Über den Rest verhandeln die Parteien streitig. Nach einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil. Der Monatslohn des Martens betrug 2.900,00 € brutto.

*Wenigstens eine Aufgabe zum Instanzenzug muss sein:*

### FALL 9 – INSTANZENZUG DER ARBEITSGERICHTSBARKEIT:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Arendt wegen einer fristlosen Kündigung eine Kündigungsschutzklage. Arendt bekam einen Monatslohn von brutto 4.800,00 €. Weiterhin klagt die Rechtsanwältin auf Zahlung eines rückständigen Lohns in Höhe von 19.200,00 € und wegen der Erteilung eines ordnungsgemäßen Arbeitszeugnisses. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung wird der Klage stattgegeben.

Hiergegen legt die Gegenseite durch Rechtsanwalt Schmitz Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

In der darauf eingelegten Revision wird nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ein Urteil verkündet.

*Zum Abschluss wieder ein Prüfungsfall:*

### FALL 10 – TAU, KLAGEERWEITERUNG (PRÜFUNGSFALL):

Frau Arendt war bei Bertram für monatlich brutto 3.200,00 € angestellt. Bertram kündigt der Arendt fristlos das Arbeitsverhältnis. Rechtsanwalt Rasche klagt für Arendt gegen Bertram zwischenzeitlich aufgelaufene 6.400,00 € ein. Außerdem klagt der Rechtsanwalt auf die Feststellung, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt war und demgemäß das Arbeitsverhältnis noch 6 Monate fortbesteht. Die Klägerin begehrt weiterhin ein ordnungsgemäßes Zeugnis. In der Güteverhandlung erkennt Bertram die Forderung von 6.400,00 € an, so dass insoweit ein Teilanerkenntnisurteil ergeht. Der Termin bleibt im Übrigen erfolglos. Im Termin zur mündlichen Verhandlung fordert RA Rasche jedoch weitere, inzwischen aufgelaufene 16.000,00 € ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung über alle zur Zeit noch rechtshängigen Ansprüche ergeht ein Urteil.

## 14.2 Lösungen

### FALL 1:

Gegenstandswert: 9.600,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

*Der Gegenstandswert ergibt sich aus § 23 Abs. 1 RVG i. V. m. § 42 Abs. 4 GKG: Maßgeblich ist in unserem Fall also das Arbeitsentgelt eines Vierteljahres maximal, auch wenn ein längerer Zeitraum streitig ist.*

## FALL 2:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutz: | 8.400,00 € |
| Gehaltsforderung: | 20.800,00 € |
| Zeugniserteilung: | 4.200,00 € |
| Gegenstandswert: | 33.400,00 € |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.079,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 996,00 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 830,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.925,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 555,75 € |
| Summe brutto: | 3.480,75 € |

*Für die Berechnung des Gegenstandswertes gilt wieder § 42 Absatz 4 GKG. Die Dauer eines Vierteljahres ist in Kündigungsschutzklagen jedoch die maximale Obergrenze. Geht es wie in unserem Fall um einen geringeren Zeitraum (2 Monate), so gilt natürlich dieser. Und die Abfindung? Sie wird nicht hinzugezählt (§ 42 Absatz 4 S. 1 GKG).*

## FALL 3:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

Gegenstandswert: 6.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 439,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 459,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 87,29 € |
| Summe brutto: | 546,69 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

Gegenstandswert: 2.000,00 €

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 219,70 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 219,70 € |

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 645,30 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 122,61 € |
| Summe brutto: | 767,91 € |

*Weitere Fälle zur Geschäftsgebühr mit nachfolgendem gerichtlichen Verfahren erhalten Sie oben im Kapitel 1. Der Gegenstandswert ergibt sich wieder aus § 23 Abs. 1 RVG i. V. m. § 42 Abs. 4 GKG: Maßgeblich ist in unserem Fall also das Arbeitsentgelt eines Vierteljahres.*

### FALL 4:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 7.500,00 € | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.030,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.050,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 199,50 € |
| Summe brutto: | 1.249,50 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € | |
| Gegenstandswert: 17.500,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 309,00 € | |
| Gegenstandswert: 7.500,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 478,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.226,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 232,94 € |
| Summe brutto: | | 1.458,94 € |

*Die Gegenstandswertsrechnung ergibt sich nach § 23 Abs. 1 RVG i. V. m. § 42 Abs. 4 GKG. Hier kommen noch die mit Einreichung der Klage fällig gewordenen Beträge (§ 42 Abs. 5 GKG) hinzu. Zur Anrechnung der Geschäftsgebühr gemäß Vorbemerkung 3 Absatz 4 VV RVG siehe wiederum das Kap. 1.*

## FALL 5:

Gegenstandswert: 4.000,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 196,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 216,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 41,04 € |
| Summe brutto: | 257,04 € |

*Wie bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit richten sich die Gebühren des Rechtsanwalts in arbeitsgerichtlichen Verfahren nach dem 3. Teil des Vergütungsverzeichnisses. Zur vorzeitigen Beendigung des Prozessauftrages siehe auch das Kap. 1 und das Kap. 2.*

## FALL 6:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutz: | 5.400,00 € |
| Gehaltsforderung | 3.600,00 € |
| Zeugniserteilung | 1.800,00 € |
| Gegenstandswert: | 10.800,00 € |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

*Zum Widerrufsvergleich siehe das Kapitel über die Einigungsgebühr.*

## FALL 7:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutz: | 8.400,00 € |
| Schadensersatz: | 5.000,00 € |
| Gegenstandswert: | 13.400,00 € |

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Lassen Sie sich nicht durch ein Versäumnisurteil, gegen das Einspruch eingelegt wird, irritieren. Wichtig ist nur, dass in dieser Sache bei Anwesenheit beider Parteien ein Termin stattgefunden hat.*

**FALL 8:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € | |
| Gegenstandswert: 19.600,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 VV RVG | 270,40 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | 1.110,20 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 985,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 909,60 € |
| Gegenstandswert: 25.600,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 412,00 € | |
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 507,00 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | 919,00 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 849,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.764,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 525,16 € |
| Summe brutto: | | 3.289,16 € |

*Hier sei wieder auf das Kapitel über die Einigungsgebühr verwiesen, falls Sie zu dieser Gebühr noch weitere Beispiele benötigen.*

**FALL 9:**

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutzklage: | 14.400,00 € |
| Lohnrückstände: | 19.200,00 € |
| Arbeitszeugnis: | 4.800,00 € |
| Summe Gegenstandswert: | 38.400,00 € |

**Kostenrechnung 1. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 432,25 € |
| Summe brutto: | 2.707,25 € |

**2. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.443,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.545,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 483,66 € |
| Summe brutto | 3.029,26 € |

**3. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3206 VV RVG | 1.443,20 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.353,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.816,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 535,08 € |
| Summe brutto | 3.351,28 € |

*Da die Gebühren der Arbeitsgerichtsbarkeit wie die Gebühren der ordentlichen Gerichtsbarkeit dem 3. Teil des Vergütungsverzeichnisses entnommen werden, sind die Kostenrechnungen nahezu identisch. Aber nur beinahe. In der Revisionsinstanz ist zu berücksichtigen, dass hier lediglich eine 1,6 Verfahrensgebühr nach Nr. 3206 VV RVG entsteht. Die 2,3 Verfahrensgebühr nach Nr. 3208 VV RVG gilt nur für den beim BGH zugelassenen Rechtsanwalt.*

## FALL 10:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutz: | 9.600,00 € |
| Gehaltsforderung | 22.400,00 € |
| Zeugniserteilung | 3.200,00 € |
| Gegenstandswert: | 35.200,00 € |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 432,25 € |
| Summe brutto: | 2.707,25 € |

*Zur Streitwertproblematik vergleiche die Anmerkungen zu den Lösungen der Fälle 1 und 2. Das Teilanerkenntnisurteil führt nicht zu einer Veränderung der Terminsgebühr, da ja auch insoweit terminiert wurde. Die nachträgliche Klageerweiterung führt zu einer Erhöhung des Gegenstandswertes für die Verfahrensgebühr und die Terminsgebühr.*

# 15 Das selbstständige Beweisverfahren

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 10 und 24)*

**Das selbstständige Beweisverfahren dient der Feststellung und Sicherung beweiserheblicher Tatsachen und bereitet damit die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen vor bzw. unterstützt diese. Da gibt es natürlich einige Besonderheiten...**

## 15.1 Aufgaben

*Zunächst einige verfahrensrechtliche Fälle:*

### FALL 1 – ZULÄSSIGKEIT:

In welchen der nachfolgenden Fällen ist ein selbstständiges Beweisverfahren zulässig?

a) A hat einen Autounfall erlitten und möchte seinen Wagen reparieren lassen. Er befürchtet jedoch, dass der Gegner zumindest die Höhe des Schadens bestreiten wird. A hat noch nicht Klage erhoben.

b) Wie a), aber: A hat bereits Klage erhoben, will jetzt aber das Fahrzeug im reparierten Zustand benutzen und nicht länger warten, bis der Richter von sich aus einen Beweisbeschluss erlässt.

c) B möchte Ansprüche aus Mängelhaftung geltend machen, weil das Garagendach einen fehlerhaften Neigungswinkel hat. Der Rechtsstreit ist rechtshängig, B ärgert sich über den schleppenden Prozess und möchte auf diese Weise eine schnellere Beweisaufnahme und damit einen schnelleren Verfahrensablauf erreichen.

d) Wie c), aber: Der Gegner stimmt dem Antrag zu.

e) E bekommt für seine Fabrik eine fehlerhafte Maschine geliefert, die ihm erheblichen Schaden verursacht. Er möchte sich jedoch eventuell außergerichtlich mit dem Gegner einigen. Um hierfür eine sachliche Grundlage zu erhalten, überlegt er, ob er das selbstständige Beweisverfahren einleiten und die Erstellung eines Sachverständigengutachtens beantragen lassen kann, das als Basis für eine außergerichtliche Einigung dienen könnte.

## FALL 2 – ZUSTÄNDIGKEIT:

Welches Gericht ist in den beiden nachfolgenden Fällen sachlich und örtlich für ein selbstständiges Beweisverfahren zuständig? In allen erwähnten Städten gibt es sowohl ein Amts- als auch ein Landgericht.

a) A aus A-Stadt hat durch B aus B-Stadt bei einem Autounfall einen Schaden in Höhe von 17.000,00 € erlitten und stellt nun einen entsprechenden Beweissicherungsantrag zur Feststellung des Schadens. Der Wagen steht zur Besichtigung in A-Stadt. A hat noch nicht Klage erhoben.

b) Wie a), aber: A hat bereits Klage beim Landgericht in B-Stadt erhoben.

*Das müsste für das Prozessrecht eigentlich reichen. Darum jetzt etwas Gebührenrecht Beginnen wir mit dem denkbar leichtesten Fall:*

## FALL 3 – SELBSTSTÄNDIGES BEWEISVERFAHREN OHNE TERMIN (GRUNDFALL):

Der Rechtsanwalt leitet wegen 4.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Das Sachverständigengutachten wird ohne Anberaumung eines Termins erstellt. Daraufhin zahlt der Gegner.

*Sie können sich denken, welche Gebühr beim nächsten Fall noch hinzukommt:*

## FALL 4 – BEWEISVERFAHREN MIT TERMIN:

Der Rechtsanwalt leitet wegen eines Verkehrsunfallschadens von 10.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein und nimmt an einem von dem gerichtlich bestellten Sachverständigen anberaumten Termin teil. Im Anschluss an den Termin zahlt der Gegner.

*Ein Beweisverfahren ist oft der Vorbote eines nachfolgenden Zivilprozesses:*

## FALL 5 – BEWEISVERFAHREN MIT NACHFOLGENDEM RECHTSSTREIT:

RA Rasche leitet für Martens wegen eines Verkehrsunfallschadens von 12.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin reicht RA Rasche über diesen Betrag Klage ein. Im Hauptverfahren werden die Ansprüche erörtert, streitig verhandelt und die Zeugenaussagen im Beweisaufnahmetermin für den Prozess verwertet. Schließlich ergeht ein Urteil.

*Auch das kommt vor:*

## FALL 6 – DIE VORZEITIGE BEENDIGUNG DES BEWEISVERFAHRENS:

Während der Rechtsanwalt auftragsgemäß einen Antrag auf Einleitung des selbstständigen Beweisverfahrens diktiert, ruft der Mandant an und teilt ihm

freudestrahlend mit, dass der Gegner zwischenzeitlich überwiesen habe und ein weiteres Prozessieren entbehrlich sei. Gegenstandswert: 3.000,00 €.

*Steigern wir uns: Prüfungsfälle kommen!*

### FALL 7 - DAS BEWEISVERFAHREN ÜBER EINEN NIEDRIGEREN BETRAG ALS DER NACHFOLGENDE RECHTSSTREIT (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche leitet für Martens wegen eines Verkehrsunfallschadens von 6.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin reicht RA Rasche über 8.000,00 € Klage ein. Im Hauptverfahren werden die Ansprüche erörtert, streitig verhandelt und die Ergebnisse des selbstständigen Beweisverfahrens für den Prozess verwertet. Schließlich ergeht ein Urteil.

*Die umgekehrte Variante:*

### FALL 8 - DAS BEWEISVERFAHREN ÜBER EINEN HÖHEREN BETRAG ALS DER NACHFOLGENDE RECHTSSTREIT (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche leitet für Martens wegen eines Verkehrsunfallschadens von 15.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin reicht RA Rasche über 10.000,00 € Klage ein.

Im Hauptverfahren werden die Ansprüche erörtert, streitig verhandelt und die Ergebnisse des selbstständigen Beweisverfahrens für den Prozess verwertet. Schließlich ergeht ein Urteil.

*Man einigt sich:*

### FALL 9 - DIE EINIGUNG IM BEWEISVERFAHREN:

Rechtsanwältin Rennen leitet für Martens gegen Bertram wegen 18.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin schließen die Parteien unter dem Eindruck der Beweisaufnahme einen Vergleich, in dem sich Bertram verpflichtet, zur Abgeltung der Ansprüche 15.000,00 € zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

*Eine Variante:*

### FALL 10 - DIE EINIGUNG IM RECHTSSTREIT:

Der Rechtsanwalt leitet wegen 40.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren über Baumängel ein. Der Rechtsanwalt nimmt an einem von dem gerichtlich bestellten Sachverständigen anberaumten Termin teil.

Anschließend reicht er Klage ein. Im Hauptverfahren wird das Ergebnis des selbstständigen Beweisverfahrens erörtert und die Parteien schließen einen

Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung der Ansprüche 30.000,00 € zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

*Zwei - für dieses Kapitel - neue Kombinationen:*

## FALL 11 - EINIGUNG UND MEHRVERTRETUNGSZUSCHLAG:

Die Rechtsanwältin leitet im Auftrag von zwei Mandanten über Baumängel in Höhe von 60.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Die Rechtsanwältin nimmt an einem von dem gerichtlich bestellten Sachverständigen anberaumten Termin teil.

Anschließend reicht sie Klage ein. Im Hauptverfahren wird das Ergebnis des selbstständigen Beweisverfahrens erörtert und die Parteien schließen einen Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung der Ansprüche 45.000,00 € zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

*Ein weiterer Prüfungsfall, speziell für Freunde der Einigungsgebühr:*

## FALL 12 - DER MEHRVERGLEICH IM BEWEISVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb beantragt für Martens im selbstständigen Beweisverfahren die Erstellung eines Sachverständigengutachtens. Der Gegenstandswert beträgt 48.000,00 €. Das Gutachten wird erstellt und die Sach- und Rechtslage besprochen. Schließlich erwähnt die Rechtsanwältin im Termin eine weitere, nicht anhängige Schmerzensgeldforderung von 12.000,00 €. Daraufhin erklären die Parteien zu Protokoll des Gerichts einen Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zum Ausgleich aller geltend gemachten Ansprüche einschließlich der nicht rechtshängigen Forderung 54.000,00 € zu zahlen.

*Dem Beweisverfahren kann ja auch eine außergerichtliche Tätigkeit des Rechtsanwalts vorgeschaltet sein:*

## FALL 13 - AUSSERGERICHTLICHE TÄTIGKEIT, BEWEISVERFAHREN, HAUPTSACHEVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Die Rechtsanwältin wird außergerichtlich tätig wegen behaupteter Baumängel in Höhe von 50.000,00 €. Sie fertigt ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und führt ein ergebnisloses Gespräch mit dem Gegner. Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war.

Schließlich leitet die Rechtsanwältin zur Feststellung der Baumängel das selbstständige Beweisverfahren ein. Das Gutachten wird erstellt und in einem vom Sachverständigen anberaumten Termin, an dem auch die Rechtsanwältin teilnimmt, besprochen.

Im Hauptsacheverfahren wird nach einem Verhandlungstermin das Ergebnis der Beweisaufnahme verwertet.

*Jetzt gibt es noch unterschiedliche Streitwerte:*

### FALL 14 - AUSSERGERICHTLICHE TÄTIGKEIT, BEWEISVERFAHREN, HAUPTSACHEVERFAHREN MIT VERSCHIEDENEN STREITWERTEN (PRÜFUNGSFALL):

Die Rechtsanwältin wird außergerichtlich tätig wegen behaupteter Baumängel in Höhe von 60.000,00 €. Sie fertigt ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und führt ein Gespräch mit den Gegner, aufgrund dessen dieser einen Teil von 20.000,00 € zahlt. Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,0 auszugehen, weil die Sache umfangreich und schwierig war.

Schließlich leitet die Rechtsanwältin zur Feststellung der Baumängel das selbstständige Beweisverfahren wegen der restlichen 40.000,00 € ein. Das Gutachten wird erstellt und in einem vom Sachverständigen anberaumten Termin, an dem auch die Rechtsanwältin teilnimmt, besprochen.

Die Rechtsanwältin erhebt nun Klage über diese 40.000,00 € und weitere, inzwischen hinzugekommene 15.000,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

*Mit diesen Fällen haben Sie wirklich nicht nur die Gebühren beim selbstständigen Beweisverfahren trainiert!*

## 15.2 Lösungen

### FALL 1:

Außer im Fall c) ist jeweils ein Beweissicherungsantrag zulässig.

Bei c) liegen nicht die Voraussetzungen für den Antrag vor, nämlich

- die Zustimmung des Gegners,
- die Befürchtung, dass das Beweismittel verloren geht oder
- dessen Benutzung erschwert wird (§ 485 I ZPO).

Im Fall e) ist das selbstständige Beweisverfahren zulässig, weil E ein rechtliches Interesse an der Feststellung des Schadens hat. Ist der Rechtsstreit noch nicht rechtshängig, wird ein solches rechtliches Interesse für ein Sachverständigengutachten auch dann anzunehmen sein, wenn hierdurch ein Rechtsstreit vermieden werden kann (§ 485 II 2 ZPO).

### FALL 2:

In den beiden Fallvarianten a) und b) ist jeweils das Prozessgericht zuständig (§ 486 ZPO). Dies ist das Landgericht in B-Stadt (allgemeiner Gerichtsstand

des Beklagten, §§ 12, 13 ZPO) oder das Landgericht, in dessen Bezirk sich der Unfall ereignet hat (besonderer Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, § 32 ZPO).

Nur in Fällen dringender Gefahr ist das AG zuständig, in dessen Bezirk sich das Auto befindet (§ 486 III ZPO).

### FALL 3:

Gegenstandswert: 4.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 318,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 338,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 64,32 € |
| Summe brutto: | 402,82 € |

*In Verfahren über Anträge auf Sicherung des Beweises erhält der Rechtsanwalt die im Teil 3 VV RVG bestimmten Gebühren. Eine Terminsgebühr entfällt natürlich, weil der Rechtsanwalt an keinem Termin teilgenommen hat.*

### FALL 4:

Gegenstandswert: 10.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

*Im Gegensatz zum vorherigen Fall kann hier eine Terminsgebühr berechnet werden.*

### FALL 5:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

Gegenstandswert: 12.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 651,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 123,73 € |
| Summe brutto: | 774,93 € |

*Nach Vorbemerkung 3 Absatz 5 VV RVG wird die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens auf die Verfahrensgebühr des Rechtszugs angerechnet, wenn der Gegenstand in beiden Verfahren derselbe ist. Für jedes Verfahren kann eine eigene Kostenrechnung erstellt werden.*

## FALL 6:

Gegenstandswert: 3.000,00 €

| | |
|---|---|
| 0,8 Terminsgebühr, Nr. 3101 VV RVG | 151,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 171,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 32,53 € |
| Summe brutto: | 203,73 € |

*Was wir im Kap. 2 über die Gebühren bei der vorzeitigen Beendigung des Prozessauftrages geübt hatten, gilt auch für das selbstständige Beweisverfahren.*

## FALL 7:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

Gegenstandswert: 6.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 865,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 164,35 € |
| Summe brutto: | 1.029,35 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 535,60 € | |
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | | |
| restliche Verfahrensgebühr: | | 96,20 € |

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 494,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 610,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 116,01 € |
| Summe brutto: | 726,61 € |

*Die Verfahrensgebühr im Beweisverfahren ist niedriger als die des Zivilprozesses. Also kann sie auch nur mit diesem niedrigeren Gegenstandswert angerechnet werden.*

## FALL 8:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € | |
| Gegenstandswert: 10.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € | |
| Gegenstandswert: 10.000,00 € | | |
| restliche Verfahrensgebühr: | | 0,00 |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 603,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 114,61 € |
| Summe brutto: | | 717,81 € |

*Der Gegenstandswert der Verfahrensgebühr des Beweisverfahrens darf natürlich nicht höher sein als der Gegenstandswert der Verfahrensgebühr im Zivilprozess, weil sonst der Mandant noch Geld herausbekäme!*

## FALL 9:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 909,00 € |

| | |
|---|---:|
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.444,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 464,36 € |
| Summe brutto: | 2.908,36 € |

*Die Einigungsgebühr beträgt auch dann 1,5, wenn die Einigung im Beweisverfahren erzielt wurde.*

## FALL 10:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---:|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 432,25 € |
| Summe brutto: | 2.707,25 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | |
|---|---:|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 902,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.004,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 380,84 € |
| Summe brutto: | 2.385,24 € |

*Hier beträgt die Einigungsgebühr 1,0, weil die Einigung im Zivilprozess erzielt wurde.*

## FALL 11:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---:|
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 336,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.164,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 601,24 € |
| Summe brutto: | 3.765,64 € |

**Gebühren im Hauptsacheverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 336,90 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 1.123,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.827,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 537,23 € |
| Summe brutto: | 3.364,73 € |

*Die Regelung nach Nr. 1008 VV RVG über den Mehrvertretungszuschlag gilt sowohl im selbstständigen Beweisverfahren als auch im Hauptsacheverfahren.*

**FALL 12:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € | |
| Gegenstandswert: 48.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr,<br>Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 420,80 € | |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | 1.780,60 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.459,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.347,60 € |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | | 1.684,50 € |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.512,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 857,28 € |
| Summe brutto: | | 5.369,28 € |

*Zu den Gebühren beim Mehrvergleich siehe oben das Kapitel über die Einigungsgebühr (Seite 67 ff.). Zusätzlich zur 1,3 Verfahrensgebühr entsteht noch eine 0,8 Differenzverfahrensgebühr über den verglichenen, aber nicht rechtshängigen Gegenstandswert. Beide Verfahrensgebühren dürfen nach § 15 Abs. 3 RVG zusammen nicht mehr betragen als eine 1,3 Gebühr vom zusammengerechneten Gegenstandswert (60.000,00 €).*

*Wird im selbstständigen Beweisverfahren ein Vergleich geschlossen, der auch noch nicht in diesem Verfahren anhängige Ansprüche umfasst, so entsteht für die anhängigen und nicht anhängigen Ansprüche eine 1,5 Einigungsgebühr nach Nr. 1000 VV RVG. Denn nach Nr. 1003 VV RVG gilt die Reduzierung der Einigungsgebühr auf den Gebührensatz von 1,0 nicht für das selbstständige Beweisverfahren.*

## FALL 13:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 50.000,00 € | | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 2.615,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 500,65 € |
| Summe brutto: | | 3.135,65 € |

**Das selbstständige Beweisverfahren**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 50.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.359,80 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 784,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 575,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.255,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.850,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 351,60 € |
| Summe brutto: | | 2.202,10 € |

**Gebühren im Hauptsacheverfahren**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 50.000,00 € | | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.255,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.275,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 242,29 € |
| Summe brutto: | | 1.517,49 € |

*Die Geschäftsgebühr wird auf die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens angerechnet (Vorbem. 3 Absatz 4 VV RVG). Siehe hierzu das 1. Kapitel. Die Verfahrensgebühr des Beweisverfahrens wird auf die Verfahrensgebühr im Hauptsacheverfahren angerechnet, so dass die Verfahrensgebühr im Hauptsacheverfahren nach Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG entfällt.*

## FALL 14:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | |
| 2,0 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 2.246,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.266,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 430,54 € |
| Summe brutto: | 2.696,54 € |

**Das selbstständige Beweisverfahren**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 676,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 496,10 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.598,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 303,72 € |
| Summe brutto: | | 1.902,22 € |

**Gebühren im Hauptsacheverfahren**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € | |
| Gegenstandswert: 55.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € | |
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 287,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.389,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 264,04 € |
| Summe brutto: | | 1.653,74 € |

*Die Geschäftsgebühr wird auf die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens angerechnet (Vorbem. 3 Absatz 4 VV RVG), jedoch nur über maximal den Gegenstandswert, der auch Gegenstand des Beweisverfahrens ist. Im Hauptsacheverfahren ist zu berücksichtigen, dass die Verfahrensgebühr über 55.000,00 € zu berechnen ist, die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens jedoch nur über einen Gegenstandswert von 40.000,00 € gemäß Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG anzurechnen ist, da dies ja der Wert des Beweisverfahrens war .*

# 16 Die Kostenfestsetzung und die Kostenausgleichung

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 12 und 25)*

**Wann ist eine Kostenfestsetzung nach § 11 RVG, wann eine Gebührenklage bzw. ein Gebührenmahnbescheid der richtige Weg, die Kosten des Rechtsanwalts tituliert zu bekommen? Auch kann es ja mal vorkommen, dass nicht der Gegner, sondern der eigene Mandant die Rechtsanwaltsgebühren nicht bezahlen will.**

## 16.1 Aufgaben

### FALL 1 – DIE GELTENDMACHUNG VON GEBÜHREN (ALLGEMEIN):

Ein Rechtsanwalt muss gegen seinen Mandanten die Gebühren zwangsweise durchsetzen. Welche Möglichkeiten stehen ihm zur Verfügung?

Hat der Rechtsanwalt die freie Wahl, welche der Möglichkeiten er zur Durchsetzung seiner Ansprüche einsetzt?

### FALL 2 – KOSTENFESTSETZUNG ODER GEBÜHRENKLAGE?

Rechtsanwalt Rasche ist für Martens tätig gewesen, jedoch erfolglos. Daraufhin weigert sich Martens, die Rechtsanwaltsgebühren zu bezahlen. In welchen der nachfolgenden Fälle wird RA Rasche die Kosten nach § 11 RVG festsetzen, in welchen wird er Gebührenklage erheben bzw. einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids stellen?

a) Der Rechtsanwalt ist in zwei Instanzen tätig gewesen und will die Regelgebühren (neben USt. und Postentgelten) abrechnen.
b) Der Rechtsanwalt ist außergerichtlich tätig gewesen und will eine 1,3 Geschäftsgebühr gemäß Nummer 2300 VV RVG in Rechnung stellen.
c) Die Kostenrechnung soll eine gerichtliche Tätigkeit abgelten, beruht jedoch auf einer insoweit getroffenen Honorarvereinbarung.

### FALL 3 – GEBÜHRENKLAGE TROTZ MÖGLICHER KOSTENFESTSETZUNG?

Rechtsanwalt R möchte in einem speziellen Fall, in dem er erfolglos gerichtlich für seinen Mandanten tätig gewesen ist, Gebührenklage einreichen, obwohl eine Kostenfestsetzung nach § 11 RVG zulässig ist.

Wie wird das Gericht entscheiden, und wie wird es seine Entscheidung begründen?

*Nun aber einige Fälle zur Kostenausgleichung:*

## FALL 4 – GRUNDFÄLLE:

Erstellen Sie die Kostenausgleichung in den nachfolgenden Fällen! Zu wessen Gunsten ergeht ein Kostenfestsetzungsbeschluss und in welcher Höhe?

*a) Ein einfacher Grundfall:*

In einem Rechtsstreit enthält das Urteil folgende Kostenentscheidung:

| | |
|---|---|
| Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu | 1/3 |
| und dem Beklagten zu | 2/3 |
| auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten werden vom | |
| Kläger mit | 5.200,00 € |
| und vom Beklagten mit | 4.900,00 € |
| zur gerichtlichen Ausgleichung angemeldet. | |
| Die gesamten entstandenen Gerichtskosten betragen | 1.100,00 € |
| Auf diese Gerichtskosten hat der Kläger im Laufe | |
| des Verfahrens einen Vorschuss gezahlt in Höhe von | 600,00 € |

*b) Und noch einmal – zur Übung:*

Ein Urteil enthält folgende Kostenentscheidung:

| | |
|---|---|
| Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu | 1/6 |
| und dem Beklagten zu | 5/6 |
| auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten werden vom | |
| Kläger mit | 4.900,00 € |
| und vom Beklagten mit | 4.500,00 € |
| zur gerichtlichen Ausgleichung angemeldet. | |
| Die gesamten entstandenen Gerichtskosten betragen | 2.300,00 € |
| Auf diese Gerichtskosten hat der Kläger im Laufe | |
| des Verfahrens einen Vorschuss gezahlt in Höhe von | 2.070,00 € |

Zu wessen Gunsten ergeht ein Kostenfestsetzungsbeschluss und in welcher Höhe?

*c) Eine Variante, die aber einen kleinen „Haken" hat:*

Ein Urteil enthält folgende Kostenentscheidung:

| | |
|---|---|
| Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu | 2/5 |
| und dem Beklagten zu | 3/5 |
| auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten werden vom | |
| Kläger mit | 4.700,00 € |
| und vom Beklagten mit | 4.300,00 € |
| zur gerichtlichen Ausgleichung angemeldet. | |
| Die gesamten entstandenen Gerichtskosten betragen | 3.900,00 € |
| Auf diese Gerichtskosten hat der Kläger im Laufe | |
| des Verfahrens einen Vorschuss gezahlt in Höhe von | 1.500,00 € |

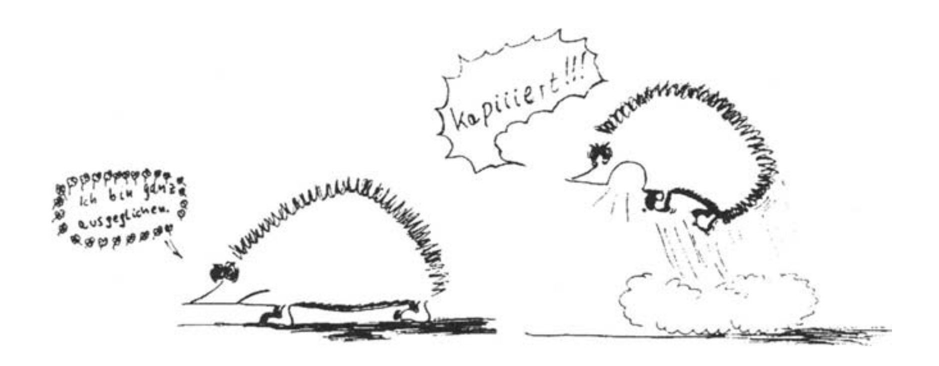
*d) Jetzt ist jemand anderes „dran"!*

| | |
|---|---|
| Ein Urteil enthält folgende Kostenentscheidung: | |
| Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu | 4/5 |
| und dem Beklagten zu | 1/5 |
| auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten werden vom | |
| Kläger mit | 4.400,00 € |
| und vom Beklagten mit | 4.000,00 € |
| zur gerichtlichen Ausgleichung angemeldet. | |
| Die gesamten entstandenen Gerichtskosten betragen | 2.900,00 € |
| Auf diese Gerichtskosten hat der Kläger im Laufe | |
| des Verfahrens einen Vorschuss gezahlt in Höhe von | 2.600,00 € |

*e) Eine Variante hierzu, kombiniert mit einer, die Sie schon gelöst haben:*

| | |
|---|---|
| Ein Urteil enthält folgende Kostenentscheidung: | |
| Die Kosten des Rechtsstreits werden dem Kläger zu | 7/8 |
| und dem Beklagten zu | 1/8 |
| auferlegt. Die außergerichtlichen Kosten werden vom | |
| Kläger mit | 10.200,00 € |
| und vom Beklagten mit | 9.300,00 € |
| zur gerichtlichen Ausgleichung angemeldet. | |
| Die gesamten entstandenen Gerichtskosten betragen | 6.120,00 € |
| Auf diese Gerichtskosten hat der Kläger im Laufe | |
| des Verfahrens einen Vorschuss gezahlt in Höhe von | 5.200,00 € |

*Und noch eine weitere Übung:*




## FALL 5 – VARIANTE ZU FALL 4:

Erstellen Sie die Kostenausgleichung in den nachfolgenden Fällen! Zu wessen Gunsten ergeht ein Kostenfestsetzungsbeschluss und in welcher Höhe?

| | |
|---|---|
| Die Gerichtskosten betragen insgesamt | 1.700,00 € |
| Die Kosten des Klägers: | 6.000,00 € |
| + bezahlter Gerichtskostenvorschuss | 900,00 € |
| Die Kosten des Beklagten betragen: | 5.800,00 € |

Die vom Kläger/Beklagten zu tragende Quote beträgt:

a) 1/6 (Kläger) – 5/6 (Beklagter)

b) Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

c) Die Parteien tragen die Kosten zu je 1/2.

*Der Kostenfestsetzungsantrag selbst ist gebührenfrei, das ist bekannt. Aber wenn Rechtsbehelfe eingelegt werden?*

### FALL 6 – DIE ERINNERUNG GEGEN EINEN KFB:

Der Rechtsanwalt stellt Kostenfestsetzungsantrag über 4.800,00 €. Die Kosten werden jedoch lediglich auf 4.660,00 € durch Kostenfestsetzungsbeschluss festgesetzt. Der hiergegen vom Rechtsanwalt eingelegten Erinnerung wird stattgegeben: Der Rechtspfleger hilft ab. - Kostenrechnung?

## 16.2 Lösungen

### FALL 1:

Je nach Anspruchsgrundlage kann der Rechtsanwalt

- die ***Gebührenklage*** (bzw. Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids) oder
- die ***Kostenfestsetzung*** gemäß § 11 RVG

einreichen.

**Die Kostenfestsetzung nach § 11 RVG ist gegen die eigene Partei zulässig,**

- wenn der Rechtsanwalt eine gesetzliche Vergütung geltend macht (Gegensatz: Honorarvereinbarung) oder eine (in Straf- und Bußgeldsachen) nach § 42 RVG festgestellte Pauschgebühr,
- es sich bei den Kosten um solche eines gerichtlichen Verfahrens handelt,
- wenn die Vergütung fällig ist
- und wenn keine Rahmengebühr berechnet wird, es sei denn, es wird lediglich die Mindestgebühr geltend gemacht.

In diesen Fällen ist dann auch nicht „wahlweise" eine Gebührenklage oder ein Mahnbescheid zulässig, weil das Rechtsschutzbedürfnis hierfür fehlen würde: Die Kostenfestsetzung gemäß § 11 RVG ist der leichtere und schnellere Weg, dem Antragsteller zu seinem Recht (und einem Titel) zu verhelfen.

Die Gebührenklage bzw. der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids ist nur dann zulässig, wenn eine Kostenfestsetzung gemäß § 11 RVG nicht möglich ist.

### FALL 2:

Eine Kostenfestsetzung nach § 11 RVG ist lediglich bei der Alternative a) zulässig, im Übrigen muss Gebührenklage (bzw. Antrag auf Erlass eines MB) eingereicht werden. Zur Erläuterung vgl. auch die Lösung zu Fall 1.

## FALL 3:

Das Gericht wird die Klage als unzulässig abweisen, weil für ein Klageverfahren das Rechtsschutzinteresse fehlt. Die Kostenfestsetzung nach § 11 RVG ist der einfachere und billigere Weg.

## FALL 4:

**a)**

| **Berechnung aus der Sicht des Klägers:** | |
|---|---|
| **I. Gerichtskosten:** | |
| gesamt | 1.100,00 € |
| Vorschuss des Klägers: | 600,00 € |
| Vom Kläger zu tragen: | 366,67 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 233,33 € |
| **II. Rechtsanwaltskosten** | |
| Gesamtkosten: | 10.100,00 € |
| Kosten des Klägers: | 5.200,00 € |
| Kläger hat zu tragen: | 3.366,67 € |
| Vom Kläger zu viel getragene RA-Kosten: | 1.833,33 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 233,33 € |
| | 2.066,66 € |

**Es ergeht also ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 2.066,66 € zugunsten des Klägers.**

**b)**

| **Berechnung aus der Sicht des Klägers:** | |
|---|---|
| **I. Gerichtskosten:** | |
| gesamt | 2.300,00 € |
| Vorschuss des Klägers: | 2.070,00 € |
| Vom Kläger zu tragen: | 383,33 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 1.686,67 € |
| **II. Rechtsanwaltskosten** | |
| Gesamtkosten: | 9.400,00 € |
| Kosten des Klägers: | 4.900,00 € |
| Kläger hat zu tragen: | 1.566,67 € |
| Vom Kläger zu viel getragene RA-Kosten: | 3.333,33 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 1.686,67 € |
| | 5.020,00 € |

**Es ergeht also ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 5.020,00 € zugunsten des Klägers.**

**c)**

| **Berechnung aus der Sicht des Klägers:** | |
|---|---|
| **I. Gerichtskosten:** | |
| gesamt | 3.900,00 € |
| Vorschuss des Klägers: | 1.500,00 € |
| Vom Kläger zu tragen: | 1.560,00 € |
| Kläger hat zu wenig Gerichtskosten gezahlt! | |
| **II. Rechtsanwaltskosten** | |
| Gesamtkosten: | 9.000,00 € |
| Kosten des Klägers: | 4.700,00 € |
| Kläger hat zu tragen: | 3.600,00 € |
| Vom Kläger zu viel getragene RA-Kosten: | 1.100,00 € |

**Es ergeht also ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 1.100,00 € zugunsten des Klägers.**

*Der Kläger hat zu wenig Gerichtskosten gezahlt, also keine Verrechnung! Diese Kosten werden vom Gericht selbst eingetrieben. Es ist nicht Aufgabe einer Partei, in einem KFB die Kosten für das Gericht titulieren zu lassen.*

Bisher hatten wir die Kostenausgleichung immer aus der Sicht des Klägers berechnet. Machen wir einmal die Gegenprobe:

| **Gegenprobe aus der Sicht des Beklagten:** | |
|---|---|
| **I. Gerichtskosten:** | |
| Gerichtskosten insgesamt: | 3.900,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 2.340,00 € |
| **II. Rechtsanwaltskosten:** | |
| Summe der Rechtsanwaltskosten: | 9.000,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 5.400,00 € |
| Beklagter trägt: | 4.300,00 € |
| Das sind zu wenig: | -1.100,00 € |

**Es ergeht ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 1.100,00 € zugunsten des Klägers.**

**d):**

| **Berechnung aus der Sicht des Klägers:** | |
|---|---|
| **I. Gerichtskosten:** | |
| gesamt | 2.900,00 € |
| Vorschuss des Klägers: | 2.600,00 € |
| Vom Kläger zu tragen: | 2.320,00 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 280,00 € |

**II. Rechtsanwaltskosten**

| | |
|---|---|
| Gesamtkosten: | 8.400,00 € |
| Kosten des Klägers: | 4.400,00 € |
| Kläger hat zu tragen: | 6.720,00 € |
| Vom Kläger zu wenig getragene RA-Kosten: | -2.320,00 € |
| Vom Kläger zu viel gezahlte Gerichtskosten: | 280,00 € |
| | -2.040,00 € |

*Die zu viel gezahlten Gerichtskosten hat der Beklagte zu tragen und werden auf diesem Wegen verrechnet.*

**Es ergeht also ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 2.040,00 € zugunsten des Beklagten.** – Gegenprobe gefällig?

**Gegenprobe aus der Sicht des Beklagten:**

**I. Gerichtskosten:**

| | |
|---|---|
| Gerichtskosten insgesamt: | 2.900,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 580,00 € |
| abzüglich vom Kläger zu viel gezahlter Gerichtskosten: | 280,00 € |

*Dieser Betrag ist dem Kläger vom Beklagten unmittelbar zu erstatten.*

**II. Rechtsanwaltskosten:**

| | |
|---|---|
| Summe der Rechtsanwaltskosten: | 8.400,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 1.680,00 € |
| Beklagter trägt: | 4.000,00 € |
| Das sind zu viel: | 2.320,00 € |
| **Es ergeht ein KFB zugunsten des Beklagten in Höhe von:** | 2.040,00 € |

**e):**

**Berechnung aus der Sicht des Klägers:**

**I. Gerichtskosten:**

| | |
|---|---|
| gesamt | 6.120,00 € |
| Vorschuss des Klägers: | 5.200,00 € |
| Vom Kläger zu tragen: | 5.355,00 € |

Kläger hat zu wenig Gerichtskosten gezahlt!

**II. Rechtsanwaltskosten**

| | |
|---|---|
| Gesamtkosten: | 19.500,00 € |
| Kosten des Klägers: | 10.200,00 € |
| Kläger hat zu tragen: | 17.062,50 € |
| Vom Kläger zu wenig getragene RA-Kosten: | -6.862,50 € |

**Es ergeht also ein Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 6.862,50 € zugunsten des Beklagten.**

*Hier noch einmal die Gegenprobe zu Ihrer Orientierung, die allerdings in der Prüfung entbehrlich ist:*

**Gegenprobe aus der Sicht des Beklagten:**

**I. Gerichtskosten:**

| | |
|---|---|
| Gerichtskosten insgesamt: | 6.120,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 765,00 € |
| abzüglich vom Kläger zu viel gezahlter Gerichtskosten: | entfällt! |

**II. Rechtsanwaltskosten:**

| | |
|---|---|
| Summe der Rechtsanwaltskosten: | 19.500,00 € |
| Beklagter hat gem. Quote zu tragen: | 2.437,50 € |
| Beklagter trägt: | 9.300,00 € |
| Vom Beklagten zu viel getragene Rechtsanwaltskosten: | 6.862,50 € |

**Es ergeht ein KFB in Höhe von 6.862,50 € zugunsten des Beklagten.**

**FALL 5:**

| Fall 5 | a) | b) | c) |
|---|---|---|---|
| **Gerichtskosten:** | 1.700,00 € | 1.700,00 € | 1.700,00 € |
| Davon sind vom Kläger zu tragen gemäß Quote: | 283,33 € | 850,00 € | 850,00 € |
| und vom Beklagten: | 1.416,67 € | 850,00 € | 850,00 € |
| Wegen des vom Kläger bereits bezahlten Gerichtskostenvorschusses hat dieser zu viel bezahlt: Dieser Betrag ist zusammen mit den außergerichtlichen Kosten zu erstatten. | 616,67 € | 50,00 € | 50,00 € |

**Ausgleich der Rechtsanwaltskosten:**

| Forts. Fall 5 | a) | b) | c) |
|---|---|---|---|
| Die Kosten des Klägers und des Beklagten betragen insgesamt | 11.800,00 € | Werden die Kosten gegeneinander aufgehoben, trägt jede Partei die außergerichtlichen Kosten selbst! | 11.800,00 € |
| Gem. Quote hat zu tragen | | | |
| – der Kläger: | 1.966,67 € | | 5.900,00 € |
| – der Beklagte: | 9.833,33 € | | 5.900,00 € |
| Die eigenen Kosten des Klägers betragen: | 6.000,00 € | | 6.000,00 € |
| Er selbst hat zu tragen: | 1.966,67 € | | 5.900,00 € |
| Vom Gegner zu erstatten: | 4.033,33 € | | 100,00 € |
| Zuzüglich zu viel gezahlter Gerichtskosten: | 616,67 € | | 50,00 € |
| Zu erstatten also insgesamt: | 4.650,00 € | 50,00 € | 150,00 € |
| In dieser Höhe ergeht also ein KFB zugunsten des: | Klägers | Klägers | Klägers |

**FALL 6:**

Gegenstandwert: 140,00 €

| | |
|---|---:|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3500 VV RVG | 12,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 2,50 € |
| Zwischensumme netto | 15,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 2,85 € |
| Summe brutto: | 17,85 € |

*Auch eine eventuelle sofortige Beschwerde, die allerdings einen Gegenstandswert von über 200 € voraussetzt, würde nach Nr. 3500 VV RVG abgerechnet werden. Maßgeblich für den Gegenstandswert im Erinnerungs- und Beschwerdeverfahren ist das Interesse, das der Erinnerungs- bzw. Beschwerdeführer an der Einlegung hat.*

# 17 Die Zwangsvollstreckung

*(Vgl. Fachkundebuch, Kapitel 26 und 29 ff.)*

**Es ist klar: Die Durchführung der Zwangsvollstreckung ist eines der Spezialgebiete des/der ausgebildeten Rechtsanwaltsfachangestellten. Wahrscheinlich haben Sie sogar während Ihrer Ausbildungszeit mehr oder weniger selbstverantwortlich die Zwangsvollstreckung betreiben müssen. Auch in der Schule und in der Abschlussprüfung werden aus diesem Grunde insoweit immer wieder von Ihnen konkrete Aufgabenstellungen abverlangt. Deshalb finden Sie hier zu den nachfolgenden Aufgaben auch die entsprechenden praxis- und prüfungsbezogenen Lösungen.**

## 17.1 Aufgaben

*Es fängt leicht an:*

### FALL 1 – EINFACHE ZINSBERECHNUNG:

Wie Sie wissen, zählen bei der Zwangsvollstreckung die Zinsen bei der Berechnung des Gegenstandswertes mit. Gehen Sie einmal davon aus, Sie müssten für Rechtsanwalt R in den nachfolgenden Alternativen a) bis e) einen Vollstreckungsauftrag vorbereiten und sind gebeten worden, hierfür die genauen Zinsen auszurechnen. Verwenden Sie hierbei ruhig die kaufmännische Zinsformel, d. h. jeder Monat hat 30 Tage, das Jahr 360.

**Wie hoch belaufen sich die Zinsen bei jeweils wie viel Zinstagen auf eine titulierte Forderung ...**

a) von 22.500,00 € für die Zeit vom 25. Juni bis zum 19. August bei 8 % Zinsen
b) von 16.800,00 € für die Zeit vom 20. April bis zum 14. Dezember bei 8,5 % Zinsen
c) von 110.780,00 € für die Zeit vom 22.09.2003 bis zum 22.07.2005 bei 9 % Zinsen
d) von 223.550,00 € für die Zeit vom 14.09.2003 bis zum 03.04.2005 bei 12,5 % Zinsen
e) von 688.560,00 € für die Zeit vom 03.05.2003 bis zum 22.05.2006 bei 14,25 % Zinsen
f) von 789.000,00 € für die Zeit vom 23.12.2001 bis zum 20.12.2006 bei 9 % Zinsen

*Es ist schön, wenn man weiß, wie man eine Kostenrechnung im Rahmen der Zwangsvollstreckung erstellt. Es ist aber mindestens ebenso schön, wenn man weiß, bei welchen Tätigkeiten der Rechtsanwalt in der Zwangsvollstreckung überhaupt Gebühren liquidieren darf. . .*

## FALL 2 – WANN SIND KOSTENRECHNUNGEN IN DER ZWANGSVOLLSTRECKUNG ZULÄSSIG?

Sie sind im Büro Ihres Rechtsanwalts auch häufig im Rahmen der Zwangsvollstreckung tätig. Für welche der nachfolgenden Tätigkeiten können Sie eine Kostenrechnung erstellen? Bitte ankreuzen!

- ☐ a) Der Rechtsanwalt veranlasst die Zustellung eines Urteils an den Gegner.
- ☐ b) Der Rechtsanwalt beauftragt den Gerichtsvollzieher zum zweiten Male mit der Zwangsvollstreckung an dieselbe Adresse, weil er gehört hat, dass der Schuldner zu neuem Vermögen gekommen sei.
- ☐ c) Der Rechtsanwalt stellt einen Antrag auf Genehmigung der Austauschpfändung.
- ☐ d) Der Rechtsanwalt stellt einen Vollstreckungsschutzantrag.
- ☐ e) Der Rechtsanwalt beantragt die erstmalige Erteilung eines Notfristzeugnisses,
- ☐ f) eines Rechtskraftzeugnisses und
- ☐ g) einer Vollstreckungsklausel.

*Es kann vorkommen, dass der Gerichtsvollzieher bei ein und demselben Schuldner die Zwangsvollstreckung aufgrund von mehreren Titeln (von mehreren Gläubigern) betreiben muss. Dann pfändet der Gerichtsvollzieher entweder im Wege der **gleichzeitigen Pfändung** oder im Wege der **Anschlusspfändung**. Der Unterschied zeigt sich bei der Verteilung des Erlöses nach der Versteigerung der Pfandgegenstände. Nehmen Sie hierzu einmal...*

## FALL 3 – ANSCHLUSSPFÄNDUNG UND GLEICHZEITIGE PFÄNDUNG:

Der Gerichtsvollzieher erhält von drei Gläubigern den Auftrag, bei dem Schuldner S aufgrund von drei Titeln die Zwangsvollstreckung zu betreiben:

| | |
|---|---|
| Titel A lautet über | 50.000,00 € |
| Titel B lautet über | 40.000,00 € |
| und Titel C lautet über | 30.000,00 € |

Die Verwertung ergibt nach Abzug der Kosten 60.000,00 €. – Wie ist dieser Betrag auf die Gläubiger zu verteilen,

- wenn der Gerichtsvollzieher zunächst wegen des Titels A gepfändet und wegen der übrigen Titel eine ***Anschlusspfändung*** vorgenommen hat?

- wenn der Gerichtsvollzieher im Wege der ***gleichzeitigen Pfändung*** die Zwangsvollstreckung betrieben hat?

*Ein Vollstreckungsauftrag:*

## FALL 4 – EIN EINFACHER VOLLSTRECKUNGSAUFTRAG (VA) (KAUFMANN ./. VERBRAUCHER):

Rechtsanwalt Rasche hat für den Kaufmann Egon Meyer, Finkenstr. 13, (PLZ) A-Stadt, gegen die Angestellte Eva Esche, Hammerweg 20, (PLZ) A-Stadt, erwirkt:

1. das rechtskräftige Urteil des AG A-Stadt vom 07.10.2006 (AZ 7 C 154/05) über 4.500,00 € nebst 10,5 % Zinsen seit dem 17.09.2004 und
2. die vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des AG A-Stadt vom 11.12.2006 über 682,50 € nebst 6,22 % Zinsen[1] seit dem 19.11.2006.

**Aufgabe:** Erteilen Sie aus den vorbezeichneten Titeln lediglich einen Vollstreckungsauftrag (ohne Kombi-Auftrag auf Abnahme einer eidesstattlichen Versicherung) unter dem 29.12.2006!

*Legen Sie der Lösung getrost 19 % USt. zugrunde. Schauen wir uns einmal einen Antrag auf Bestimmung eines Termins zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung an. Diesmal wird es jedoch etwas schwieriger: Es liegt eine vorherige (erfolglose) Vollstreckungsmaßnahme vor:*

## FALL 5 – E. V.-ANTRAG FÜR EINEN VERBRAUCHER NACH EINEM VOLLSTRECKUNGSAUFTRAG:

Der Facharbeiter Karl Kranich, Hofstraße 9, (PLZ) A-Stadt, hat gegen den Kaufmann Leopold Leise, Neustraße 5, (PLZ) B-Stadt, Forderungen auf Grund folgender Titel:

1. rechtskräftiges, vollstreckbares Urteil des Landgerichts B-Stadt vom 10.09.2006 (Aktenzeichen 4 O 313/06) über 30.000,00 € nebst 9,5 % Zinsen seit dem 15.03.2005 und
2. vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschluss in derselben Sache vom 21.10.2006 über 3.032,00 € nebst 6,22 % Zinsen[2] seit dem 03.10.2006.

Am 26.12.2006 ist der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen beauftragt worden. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos; die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 33,70 €.

---

[1] Der Kostenfestsetzungsbeschluss ist nach § 104 Abs. 1 S. 2 ZPO mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen. Damit Sie bei der Lösung nicht wegen der Zinsen in Zinstabellen nachsehen müssen und die Aufgabe in zumutbarer Zeit lösbar ist, wird in dem Fall von einem festen Zinssatz ausgegangen.

[2] Zur Zinshöhe beim KFB siehe Fußnote 1.

**Aufgabe:** Stellen Sie unter dem 05.03.2007 gegen den Schuldner einen **Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung**. Berechnen Sie auf dem Formblatt auch die Zinsen und fügen Sie auf einem formlosen Blatt eine Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten bei.

*Legen Sie auch hier bei der Lösung getrost 19 % USt. zugrunde. – Es folgt jetzt ein Prüfungsfall:*

## FALL 6 - PFÜB FÜR EINEN VERBRAUCHER GEGEN EHELEUTE NACH VORHERIGEM VA UND EINER E. V.:

Rechtsanwalt Rasche hat im Auftrage des Angestellten Bertold Benz, wohnhaft Lindenstraße 9, (PLZ) A-Stadt, gegen zwei Schuldner, nämlich die Eheleute Lehrerin Clara und Bürovorsteher Anton Arndt, beide Akazienweg 20, (PLZ) B-Stadt, vor dem LG A-Stadt zu dem Aktenzeichen 4 O 1880/03 erwirkt:

1. rechtskräftiges, vollstreckbares Endurteil vom 21.09.2005 über 25.000,00 € nebst 14 % Zinsen seit dem 21.05.2004 und
2. vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschluss in derselben Sache vom 24.10.2005 über 2.853,76 € nebst 6,22 % Zinsen[3] seit dem 27.09.2005.

Am 08.04.2006 ist der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gegen beide Schuldner beauftragt worden. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos; die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 41,67 €.

Am 15.07.2006 hat RA Rasche einen Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung gestellt. Sie haben hierdurch erfahren, dass die Schuldner bei der Stadtsparkasse B-Stadt, BLZ 11122233, ein gemeinsames Konto Nr. 12345678 führen. Die Gerichtskosten und die Kosten für die Zustellung und weiteren Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers betragen insgesamt 96,20 €.

**Aufgabe:** Stellen Sie gegen beide Schuldner unter dem 19.10.2006 einen Antrag auf Erlass eines entsprechenden **Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses**! Fügen Sie auf einem gesonderten Blatt eine Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten bei!

*Als letzte Aufgabe noch ein Prüfungsfall:*

[3] Zur Zinshöhe beim KFB siehe Fußnote 1, S. 175 (fester statt variabler Zinssatz).

### FALL 7 – FORDERUNGSAUFSTELLUNG GEGEN MEHRERE SCHULDNER NACH PFÜB, VA UND E. V.:

Rechtsanwalt Rasche hat im Auftrage des Angestellten Bertold Benz, wohnhaft Lindenstraße 9, 50674 Köln, gegen zwei Schuldner, nämlich die Eheleute Anton und Clara Arndt, beide Akazienweg 20, (PLZ) A-Stadt, vor dem LG B-Stadt zu dem Aktenzeichen 4 O 1880/04 erwirkt:

1. rechtskräftiges, vollstreckbares Endurteil vom 08.04.2006 über 14.000,00 € nebst 10,5% Zinsen seit dem 20.02.2005;
2. vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschluss in derselben Sache vom 15.06.2006 über 2.354,56 € nebst 6,22 % Zinsen[4] seit dem 27.05.2006.

Am 29.07.2006 ist erfolglos ein gemeinsames Konto der Schuldner gepfändet worden. Die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 24,10 €.

Am 09.10.2006 ist der Gerichtsvollzieher mit der Mobiliarzwangsvollstreckung beauftragt worden. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos; die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 24,80 €.

RA Rasche stellte daraufhin am 22.11.2006 einen Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung. Die Gerichtsvollziehernachnahme, die auch die Gerichts- und Zustellkosten umfasst, betrug 68,60 €.

Schließlich erscheinen die Schuldner am 06.12.2006 und möchten sämtliche bestehenden Forderungen begleichen.

**Aufgabe: Fertigen Sie eine Forderungsaufstellung** unter Berücksichtigung aller Hauptforderungen, Zinsen und Kosten!

*Legen Sie der Lösung getrost 19 % USt. zugrunde.*

## 17.2 Lösungen

### FALL 1:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| a) | 54 | Zinstage, | 270,00 € | Zinsen |
| b) | 234 | Zinstage, | 928,20 € | Zinsen |
| c) | 660 | Zinstage, | 18.278,70 € | Zinsen |
| d) | 559 | Zinstage, | 43.390,43 € | Zinsen |
| e) | 1099 | Zinstage, | 299.537,95 € | Zinsen |
| f) | 1797 | Zinstage, | 354.458,25 € | Zinsen |

*Die korrekte Berechnung der Zinstage ist vor allem in der Ausbildung wichtig. Hier sind zufrieden stellende Lösungen in Klassenarbeiten oder Prüfungen ohne diese Kunst nicht denkbar.*

[4] Zur Zinshöhe beim Kostenfestsetzungsbeschluss siehe Fußnote 1 S. 175.

## FALL 2:

Eine eigene Kostenrechnung entsteht in den Fällen b), c) und d).

## FALL 3:

a) Bei der ***Anschlusspfändung*** entfallen auf Titel A 50.000,00 €, auf Titel B 10.000,00 € und auf Titel C nichts.

b) Bei der ***gleichzeitigen Pfändung*** wird der Erlös quotenmäßig verteilt. Da die Quote hier 60.000,00 : 120.000,00 = 1/2 beträgt, entfallen auf Titel A 25.000,00 €, auf Titel B 20.000,00 € und auf Titel C 15.000,00 €.

## FALL 4:

Vgl. Formblatt „Zwangsvollstreckungsauftrag" (Abb. 1)!

*Der Gläubiger ist als Kaufmann (Großhändler) zum Vorsteuerabzug berechtigt, also darf der für den Kaufmann tätige Rechtsanwalt in dem Vollstreckungsauftrag keine Umsatzsteuer beantragen.*

***RA Rasche***
***(Anschrift)***
***Konto:*** ..............

☒ **Vollstreckungsantrag**
☐ **Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung**

Datum: ***29.12.2005***

Amtsgericht
Gerichtsvollzieherverteilungsstelle
(PLZ) A-Stadt

Bei allen Zuschriften und Zahlungen bitte angeben:
***AZ des RA***

In der Zwangsvollstreckungssache
***des Kaufmanns Egon Meyer, Finkenstr. 13, (PLZ) A-Stadt,***
Gläubigers,

vertreten durch
***RA Rasche (Anschrift),***

gegen

***die Angestellte Eva Esche, Hammerweg 20, (PLZ) A-Stadt,***
Schuldnerin,

wird vollstreckbare Ausfertigung des ***Urteils und KFB des Amts***gerichts in ***A-Stadt*** vom ***07.10.2005 (AZ 7 C 154/04)*** und ***11.12.2005***

überreicht mit dem Antrag, die o. a. Vollstreckungsmaßnahme durchzuführen wegen folgender Forderungen:

| | |
|---|---|
| ***4.500,00 €*** | Hauptforderung |
| ***1.078,88 €*** | ***10,5%*** Zinsen seit dem ***17.09.2004*** auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| ***682,50 €*** | festgesetzte Kosten |
| ***4,72 €*** | 6,22 % Zinsen seit dem ***19.11.2006*** Kosten, § 104 I ZPO |
| | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| ***6.266,10 €*** | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weitere Zinsen.** |

**Rechtsanwaltsgebühren: Kosten des Zwangsvollstreckungsantrages**

| | |
|---|---|
| ***112,50 €*** | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| ***20,00 €*** | Postentgelte - Pauschale – Nr. 7002 VV RVG |
| | Umsatzsteuer |
| ***132,50 €*** | Summe Kosten des Rechtsanwalts |

☒ Der Einziehung der GV-Kosten im Lastschriftverfahren vom o. a. Konto wird zugestimmt.

(Unterschrift Rechtsanwalt)

**Abbildung 1: Zwangsvollstreckungsantrag (Fall 4)**

## FALL 5:

*RA R*
*(Anschrift)*
*Konto: .............*

☐ **Vollstreckungsantrag**
☒ **Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung gem. §§ 807 III,900 ZPO**

Datum: ***05.03.2007***

Amtsgericht
Gerichtsvollzieherverteilungsstelle
(PLZ) B-Stadt

Bei allen Zuschriften und Zahlungen bitte angeben:
***AZ des RA***

In der Zwangsvollstreckungssache
***des Facharbeiters Karl Kranich, Hofstraße 9, (PLZ) A-Stadt,***

Gläubigers,

vertreten durch
***RA (Name, Anschrift),***

gegen

***den Kaufmann Leopold Leise, Neustraße 5, (PLZ) B-Stadt,***

Schuldner,

wird vollstreckbare Ausfertigung des ***Urteils und KFB des Land***gerichts in ***B-Stadt*** vom ***10.09.2006 (Aktenzeichen 4 O 313/05) und 21.10.2006***

überreicht mit dem Antrag, die o. a. Vollstreckungsmaßnahme durchzuführen wegen folgender Forderungen:

| | |
|---|---|
| 30.000,00 € | Hauptforderung |
| 5.620,83 € | 9,5% Zinsen seit dem ***15.03.2005*** auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| 3.032,00 € | festgesetzte Kosten |
| 79,63 € | 6,22 % Zinsen seit dem ***03.10.2006*** auf d. Kosten, § 104 I ZPO |
| 379,51 € | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| **39.111,97 €** | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weiterer Zinsen.** |

**Rechtsanwaltsgebühren: (Höchstwert 1.500,00 € nach § 25 I Nr. 4 RVG)**

| | |
|---|---|
| 31,50 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 6,30 € | Postentgelte - Pauschale - Nr. 7002 VV RVG |
| 37,80 € | Zwischensumme |
| 7,18 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| **44,98 €** | Summe Kosten des Rechtsanwalts |

☒ Der Einziehung der GV-Kosten im Lastschriftverfahren vom o. a. Konto wird zugestimmt.

(Unterschrift Rechtsanwalt)

**Abbildung 2: Die eidesstattliche Versicherung (Fall 5)**

**Fortsetzung Fall 5: Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen (Anlage)**

*Zum Antrag auf Bestimmung eines Termins auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung vom 05.03.2007 vgl. das abgedruckte Formblatt Abb. 2. Hier sind die auf dem gesonderten Blatt zu ermittelnden Kosten des Vollstreckungsauftrags vom 26.12.2006:*

**Anlage: Der Vollstreckungsauftrag vom 26.12.2006**

| | | |
|---|---|---|
| 30.000,00 € | Hauptforderung | |
| 5.074,58 € | 9,5 % Zinsen vom 15.03.2005 bis 26.12.2006 (641 Zinstage) | |
| 3.032,00 € | Kostenfestsetzungsbeschluss | |
| 43,48 € | 6,22 % Zinsen 83 Zinstage | vom 03.10.2006 bis 26.12.2006 |
| **38.150,06 €** | Gesamtsumme (Gegenstandswert für RA R) | |

**Kostenrechnung für den Vollstreckungsauftrag:**

| | |
|---|---|
| 270,60 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 290,60 € | Zwischensumme |
| 55,21 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 345,81 € | Summe brutto (Gebühr des Rechtsanwalts) |
| 33,70 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **379,51 €** | Kosten des Vollstreckungsauftrages |

*Ganz generell gilt: Grundsätzlich reicht es aus, wenn die Zinsen überschlagen werden. Das muss aber so genau geschehen, dass man auch den richtigen Wertrahmen trifft, den man dann für die Kostenrechnung nimmt. Falsch ist es jedoch, die Zinsen gar nicht zu berücksichtigen, weil diese ja zum Gegenstandswert hinzuzuzählen sind – die Kostenrechnung wird u. U. zu niedrig! Vgl. zur Lösung im Übrigen die Abbildung „Antrag auf Bestimmung eines Termins zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung" (= Abb. 2).*

## FALL 6 – DAS FORMBLATT:

**Amtsgericht**
***B-Stadt***

**Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses**

**Es wird beantragt:**
☒ **die Zustellung**
☒ **an den Drittschuldner nach § 840 ZPO**
☒ **Vollstreckungsbelege und Schuldtitel siehe Anlage**
*19.10.2006*
(Unterschrift Rechtsanwalt)

**Amtsgericht** (Ort, Datum)
Geschäftsnummer: ____________ (Anschrift, Telefon)

### Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

In der Zwangsvollstreckungssache
***des Angestellten Bertold Benz, wohnhaft Lindenstraße 9, (PLZ) A-Stadt,***
Gläubiger,

vertreten durch Rechtsanwalt Rasche, (Anschrift)

gegen

***die Eheleute Lehrerin Clara und Bürovorsteher Anton Arndt, beide Akazienweg 20, (PLZ) B-Stadt,***
Schuldner,

stehen dem Gläubiger nach der vollstreckbaren Ausfertigung des ***Urteils*** des ***Land***gerichts in ***A-Stadt*** vom ***21.09.2005***, Az. *4 O 1880/04* und des Kostenfestsetzungsbeschlusses vom ***24.10.2005*** folgende Ansprüche zu:

| | |
|---|---|
| ***25.000,00 €*** | Hauptforderung |
| ***8.438,89 €*** | *14 %* Zinsen seit dem ***21.05.2004*** auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| ***2.853,76 €*** | festgesetzte Kosten |
| ***188,35 €*** | *6,22 %* Zinsen seit dem ***27.09.2005*** aus den Kosten gem. § 104 I ZPO |
| ***868,05 €*** | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| ***37.349,05 €*** | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weitere Zinsen.** |

Wegen dieser Forderungen sowie der durch diesen Beschluss entstandenen Gerichts-, Rechtsanwalts- und Zustellkosten werden die angeblichen Ansprüche der Schuldner gegen die Drittschuldnerin ***Stadtsparkasse B-Stadt, BLZ 11122233, Konto 12345678*** aus: ***Kontoforderung*** gepfändet.

**Rechtsanwaltsgebühren**

| | | |
|---|---|---|
| ***270,60 €*** | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG | |
| ***20,00 €*** | Postentgelte - Pauschale – Nr. 7002 VV RVG | |
| 290,60 € | Zwischensumme netto | |
| ***55,21 €*** | Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | **zuzüglich Gerichtskosten:** |
| ***691,62 €*** | Summe brutto (**2** Schuldner) | 30,00 € Nr. 2110 KV GKG |

**Abbildung 3: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss (Fall 6)**

**Fortsetzung Fall 6: Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen (Anlage)**

Hier sehen Sie die als „Anlage“ zu erstellenden Nebenrechnungen:

**Anlage 1: Der Vollstreckungsauftrag vom 08.04.2006**

| | |
|---|---|
| 25.000,00 € | Hauptforderung |
| | 14 % Zinsen vom 21.05.2004 bis 08.04.2006 |
| 6.581,94 € | (677 Zinstage) |
| 2.853,76 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| | 6,22 % Zinsen vom 27.09.2005 bis 08.04.2006 |
| 94,18 € | ( 191 Zinstage) |
| **34.529,88 €** | Gesamtsumme (Gegenstandswert für RA R) |

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rasche:**

| | |
|---|---|
| 249,00 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 269,00 € | Summe netto |
| 51,11 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 320,11 € | Kosten des Rechtsanwalts |
| **640,22 €** | x 2 (Anzahl der Schuldner) |
| 41,67 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **681,89 €** | Kosten des Vollstreckungsauftrags |

**Anlage 2: Die eidesstattliche Versicherung vom 15.07.2006**

*(Berechnung der Forderungen ist hier entbehrlich, da die Streitwertgrenze ohnehin überschritten ist):*

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rasche:**

Streitwert: 1.500,00 € (§ 25 I Nr. 4 RVG)

| | |
|---|---|
| 31,50 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 6,30 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 37,80 € | Summe netto |
| 7,18 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 44,98 € | Kosten des Rechtsanwalts |
| 89,96 € | x 2 (Anzahl der Schuldner) |
| 96,20 € | zuzüglich Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten |
| **186,16 €** | Kosten der eidesstattlichen Versicherung |

Der Fall hat mehrere Schwierigkeiten:

1. Die Zwangsvollstreckung findet gegen *zwei* Schuldner statt.
2. Bei der Pfändung handelt es sich hier um Forderungen beider Ehegatten, denn beide hatten bei dem gemeinsamen Konto eigene Ansprüche gegen die Bank. Zuständig ist das AG, in dessen Bezirk die Schuldner ihren Sitz haben.
3. Bei der eidesstattlichen Versicherung ist von einem Gegenstandswert von 1.500,00 € auszugehen (§ 25 I Nr. 4 RVG).

**FALL 7:**

*Da die Schuldner ja auch die Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen zu bezahlen haben, sind diese nachträglich zu ermitteln:*

## Anlage 1: Der PfÜb vom 29.07.2006 (2 Schuldner)

| | |
|---|---|
| 14.000,00 € | Hauptforderung |
| 2.119,25 € | 10,5 % Zinsen vom 20.02.2005 bis 29.07.2006 (519 Zinstage) |
| 2.354,56 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 25,22 € | 6,22 % Zinsen vom 27.05.2006 bis 29.07.2006 (62 Zinstage) |
| **18.499,03 €** | Summe (= SW für Kostenrechnung) |

**Kostenrechnung für RA Rasche:**

| | |
|---|---|
| 181,80 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 201,80 € | Summe netto |
| 38,34 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 240,14 € | Summe brutto |
| 480,28 € | x 2 Schuldner |
| 30,00 € | zuzüglich Gerichtskosten |
| 24,10 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| 534,38 € | Kosten des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses |

## Anlage 2: Der VA vom 09.10.2006

| | |
|---|---|
| 14.000,00 € | Hauptforderung |
| 2.405,08 € | 10,5 % Zinsen vom 20.02.2005 bis 09.10.2006 (589 Zinstage) |
| 2.354,56 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 53,70 € | 6,22 % Zinsen vom 27.05.2006 bis 09.10.2006 (132 Zinstage) |
| 534,38 € | Kosten des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses |
| **19.347,72 €** | Gesamtsumme (Gegenstandswert für RA Rasche) |

**Kostenrechnung für RA Rasche:**

| | |
|---|---|
| 193,80 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 213,80 € | Summe netto |
| 40,62 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 245,42 € | Summe brutto |
| 508,48 € | x 2 Schuldner (Gebühr des Rechtsanwalts) |
| 24,80 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **533,64 €** | Kosten des Vollstreckungsauftrages |

## Die e. V. vom 22.11.2006

*Eine Berechnung des Gegenstandswertes ist an dieser Stelle überflüssig, da ohne weiteres erkennbar ist, dass die Streitwerthöchstgrenze gemäß § 25 I Nr. 4 RVG in Höhe von 1.500,00 € überschritten wurde.*

**Kostenrechnung für Rechtsanwalt Rasche:**

| **Streitwert:** | **1.500,00 € § 25 I Nr. 4 RVG** |
|---|---|
| 31,50 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 6,30 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 37,80 € | Summe netto |
| 7,18 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 44,98 € | Summe brutto |
| 89,96 € | x 2 Schuldner (Gebühr des Rechtsanwalts) |
| 68,60 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **158,56 €** | Kosten der e. V. |

*Es folgt nun die eigentliche Aufstellung der Beträge, die der Schuldner begleichen muss, damit der Termin zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung noch abgewendet werden kann:*

## Die Forderungsaufstellung vom 06.12.2006

| | |
|---|---|
| 14.000,00 € | Hauptforderung |
| 2.637,83 € | 10,5 % Zinsen vom 20.02.2005 bis 06.12.2006 (646 Zinstage) |
| 2.354,56 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 76,89 € | 6,22 % Zinsen vom 27.05.2006 bis 06.12.2006 (189 Zinstage) |
| 1.226,58 € | Kosten der früheren Zwangsvollstreckung |
| **20.295,86 €** | Summe |

*Eine umfangreiche Aufgabe, nicht wahr? Aber wem das immer noch nicht reicht: Weitere Fälle finden sie im nachfolgenden Kapitel . . .*

# 18 Test- und Prüfungsaufgaben im Mix

**Wenn Sie das Buch bis zu dieser Stelle durchgearbeitet haben, dann haben Sie wirklich schon eine ganze Menge geschafft. Trotzdem gab es bis jetzt noch einen Nachteil: Die einzelnen Themenkreise und Problemfälle waren schön ordentlich in lauter Kapitel und Bereiche mit voraussehbarem Schwierigkeitsgrad und Problemschwerpunkt eingeteilt. Aber weder in der Prüfung noch in der Praxis gibt es diese übersichtlichen Kapitel, aus denen man gleich ersehen kann, wo nun das Problem zu suchen ist. Deshalb bekommen Sie nun einige Fälle angeboten, die ganz bewusst aus unterschiedlichen Bereichen kommen, ohne dass Sie vorher darauf hingewiesen werden. Auch wird der Schwierigkeitsgrad jetzt nicht mehr ohne weiteres abwägbar sein: Schwierige Prüfungsfälle stehen jetzt neben leichten Übungsfällen.**

## 18.1 Verfahrensrecht

Allerdings habe ich es nicht übers Herz gebracht, auch auf den Hinweis zu verzichten, dass ein Prüfungsfall zu lösen ist. Denn ich weiß, dass viele vor der Prüfung schnell noch einmal gerade diese Fälle durchgehen und die Lösungen wiederholen wollen, um fit zu werden bzw. zu bleiben. Trotzdem: Jetzt ist es Ihre Aufgabe, selbst zu erkennen, wo das spezielle Problem liegt. Diese eigenständige Leistung ist wichtig. Denn manchmal sieht man auch da Probleme, wo gar keine sind. Nun sollen Sie selber erkennen: Ist die Aufgabe nun so leicht oder tut sie nur so . . .

Viel Glück, Pardon, Sachverstand!

*Fertigen Sie eine Klageschrift zu nachfolgendem*

### FALL 1 – KLAGE EINER GmbH ./. EINE KG (PRÜFUNGSFALL):

In der Kanzlei von Rechtsanwalt Rasche aus A-Stadt erscheint der Geschäftsführer der „Bürobedarf GmbH“, Kaufmann Karl Kempgen, Altstadt 23, (PLZ) A-Stadt, und übergibt folgende Unterlagen:

1. Bestellschein und Lieferungsauftrag vom 20.02.20 . . der „Data Meier KG“, persönlich haftender Gesellschafter Manfred Meier, (PLZ) B-Stadt, Ostwall 120

   Lieferumfang: 8 Computer „Intel Power“

2. Kopie der Auftragsbestätigung Ihrer Mandantin vom 25.02.20 . . unter Zugrundelegung von beigefügten Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der „Bürobedarf GmbH", die als Gerichtsstandsvereinbarung A-Stadt enthalten
3. Kopie des Lieferscheins vom 22.03.20 . .
4. Kopie der Rechnung Nr. 2468 vom 21.03.20 . ., zugegangen mit dem Lieferschein am 22.03.20 . ., über einen Betrag incl. USt. in Höhe von 26.020,00 €
5. Eine Bestätigung der Commerzbank A-Stadt vom 24.03.20 . . über einen Geschäftskredit durch die „Bürobedarf GmbH", für den derzeit Zinsen in Höhe von 12,5% gezahlt werden müssen.

Nach der mündlichen Information des Geschäftsführers Ihrer Mandantin wurde nicht gezahlt. Bereiten Sie eine entsprechende Klage unterschriftsreif vor.

*Eine Klage im Wechselprozess:*

### FALL 2 – WECHSELKLAGE GmbH ./. KG (PRÜFUNGSFALL):

Aussteller eines Wechsels ist die Hoch- und Tiefbau GmbH, Düsselstr. 3, 41238 Mönchengladbach, Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda.

Bezogene ist die Bertold Behrens KG, Hauptstr. 120, 42368 Wuppertal (persönlich haftender Gesellschafter Bertold Behrens, ebenda).

Der Wechsel wurde am 20.09.20 . . in Duisburg über 29.350,00 € ausgestellt. Er war fällig am 20.12.20 . . und zahlbar bei der Deutschen Bank AG in 40215 Düsseldorf. Er ging am 21.12.20 . . zu Protest. Die Wechselkosten und Bankspesen betragen insgesamt 53,70 €.

Entwerfen Sie eine unterschriftsreife Wechselklage! Sie sind für Rechtsanwältin Rennen in Düsseldorf tätig.

## 18.2 Gebührenrecht

*Es geht durch alle behandelten gebührenrechtlichen Themen:*

### FALL 3 – INSTANZENZUG (ORDENTLICHE GERICHTSBARKEIT):

Rechtsanwältin Dr. Raubenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 180.000,00 €. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung wird der Beklagte verurteilt, an den Kläger 45.000,00 € zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Wegen der Verurteilung zur Zahlung legt der Beklagte Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Klage auch wegen der 45.000,00 € abgewiesen.

Für Martens geht nun Rechtsanwalt Schmitz in die Revision über einen Gegenstandswert von 30.000,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird ein Urteil verkündet. - Kostenrechnungen für die Rechtsanwälte.

### FALL 4 – INSTANZENZUG (ARBEITSGERICHTSVERFAHREN):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Arendt wegen einer fristlosen Kündigung eine Kündigungsschutzklage. Arendt bekam einen Monatslohn von brutto 2.300,00 €. Weiterhin klagt die Rechtsanwältin auf Zahlung eines rückständigen Lohns in Höhe von 11.500,00 € und wegen der Erteilung eines ordnungsgemäßen Arbeitszeugnisses. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung wird der Klage stattgegeben.

Hiergegen legt die Gegenseite durch Rechtsanwalt Schmitz Berufung ein. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

In der darauf eingelegten Revision wird nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ein Urteil verkündet.

### FALL 5 – VORZEITIGE BEENDIGUNG:

Mandant Martens beauftragt Rechtsanwalt Rasche mit einer Klageerhebung gegen Bertram über 2.600,00 €. Nach Prüfung der Kontoauszüge ruft Martens bei RA Rasche an und teilt ihm freudestrahlend mit, dass die Forderung soeben gezahlt worden sei.

### FALL 6 – VORZEITIGE BEENDIGUNG DER BERUFUNG:

Mandant Martens beauftragt RA Rasche, gegen ein Urteil in die Berufung zu gehen. Die Beschwerdesumme beträgt 4.500,00 €. Es kommt jedoch nicht zur Einlegung der Berufung, weil Martens in einem Gespräch mit dem Gegner eine zufrieden stellende, geschäftlich orientierte Vereinbarung getroffen hat.

### FALL 7 – AUSSERGERICHTLICHES GESPRÄCH (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche erhebt für M Klage gegen Bertram auf Zahlung von 6.800,00 €. In einem außergerichtlichen Gespräch bespricht RA Rasche mit Bertram, der anwaltlich nicht vertreten ist, mit dem Ziel einer gütlichen Einigung die Sach- und Rechtslage. Es gelingt RA Rasche, Bertram von der Aussichtslosigkeit des Klageabweisungsantrags zu überzeugen, so dass er die Klageforderung begleicht. Die Parteien erklären den Rechtsstreit schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt.

## FALL 8 – TERMINSGEBÜHR IM MAHNVERFAHREN?

Der Rechtsanwalt wird beauftragt, gegen Bertram einen Mahnbescheid zu beantragen, vorher jedoch noch zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Es geht um eine Forderung von 3.200,00 €. Nach Einarbeitung bespricht der Rechtsanwalt auch die Sach- und Rechtslage mit dem Gegner, eine Einigung wird jedoch nicht erzielt.

Daraufhin reicht der Rechtsanwalt einen entsprechenden Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids bei Gericht ein.

## FALL 9 – GESCHÄFTSREISE (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche erhebt für Martens Klage gegen Bertram vor dem Landgericht A-Stadt über 8.000,00 €. Nach einem Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung zahlt Bertram einen Teilbetrag von 1.600,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien im folgenden Termin übereinstimmend für erledigt und verhandeln streitig über den Rest. Es ergeht ein Beweisbeschluss, wonach in B-Stadt eine Ortsbesichtigung durchzuführen ist.

Rechtsanwalt Rasche legte mit eigenem Pkw eine Strecke von insgesamt 180 km zurück. Rechtsanwalt R fährt zum auswärtigen Beweistermin morgens um 12:00 Uhr los und kehrt um 19:00 Uhr in sein Büro zurück.

In einem neuen Termin verhandeln die Parteien noch einmal streitig und es ergeht ein Urteil. Es waren insgesamt 220 Fotokopien zur Zustellung oder Mitteilung an den Gegner erforderlich.

## FALL 10 – VERSÄUMNISURTEIL MIT EINSPRUCH:

Rechtsanwalt Rasche erhebt Klage über 6.200,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Beklagten niemand und es ergeht auf Antrag von Rechtsanwalt Rasche ein Versäumnisurteil. Für den Beklagten bestellt sich nun RA Schmitz, der rechtzeitig gegen das VU Einspruch einlegt. Im Haupttermin verhandeln die Parteien streitig zur Sache und es ergeht ein Urteil.

## FALL 11 – ANERKENNTNIS:

Klage über 1.800,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erkennt der Beklagte die Forderung an und es ergeht ein Anerkenntnisurteil.

## FALL 12 – ERLEDIGUNG UND ERHÖHUNG:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 80.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 20.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt. Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung folgt eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Beweisaufnahme

erhöht der Kläger die Klageforderung um 30.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

### FALL 13 – DIAGONALVERWEISUNG MIT MEHRVERGLEICH (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt reicht diesmal Klage ein über 60.000,00 € beim Landgericht in A-Stadt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein stattgebendes Urteil.

Hiergegen legt der Gegner Berufung ein. Im Termin verhandeln die Parteien streitig. Daraufhin wird die Sache an das Landgericht B-Stadt zur erstinstanzlichen Entscheidung verwiesen.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien dort einen Vergleich über die rechtshängigen Forderungen und eine nicht rechtshängige Forderung von 15.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zum Ausgleich hierfür an den Kläger 67.500,00 € zu zahlen.

### FALL 14 – ERMÄSSIGUNG UND ERHÖHUNG:

RA Rasche erhebt für M Klage über 20.000,00 €. Nach Zustellung der Klage findet zwischen RA R und der Prozessbevollmächtigten der Beklagten ein außergerichtliches, unverbindliches Gespräch mit dem Ziel einer Einigung oder zumindest teilweisen Erledigung statt. Eine Einigung erfolgt zwar nicht, doch die Gegnerin wird immerhin nachdenklich und überweist schließlich vor dem Haupttermin einen Teilbetrag von 5.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt. Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung folgt eine Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Beweisaufnahme erhöht der Kläger die Klageforderung um 7.500,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein Urteil.

### FALL 15 – ANWALTL. AUFFORDERUNGSSCHREIBEN UND SELBSTST. BEWEISVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Die Rechtsanwältin wird außergerichtlich tätig wegen Installationsmängeln in Höhe von 8.000,00 €. Sie fertigt ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und führt ein ergebnisloses Gespräch mit dem Gegner.

Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,0 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war.

Schließlich leitet die Rechtsanwältin zur Feststellung der Installationsmängel das selbstständige Beweisverfahren ein. Das Gutachten wird erstellt und in einem vom Sachverständigen anberaumten Termin, an dem auch die Rechtsanwältin teilnimmt, besprochen.

Im Hauptsacheverfahren wird nach einem Verhandlungstermin das Ergebnis der Beweisaufnahme verwertet und es ergeht ein Urteil.

## FALL 16 – ERHÖHUNG UND ERLEDIGUNG:

Klage über 12.000,00 €. Nach einem erfolglosen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht der Kläger die Klage um 3.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Beklagte auf die Klageforderung 4.500,00 €, und insoweit erklären die Parteien übereinstimmend den Rechtsstreit für erledigt. Es folgen eine streitige mündliche Verhandlung über den Rest und schließlich ergeht ein Urteil.

## FALL 17 – ERLEDIGUNG VOR DEM TERMIN:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 20.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 5.000,00 €. Diesen Betrag erklären die Parteien schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt. Nach ergebnisloser Besprechung der Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Restforderung und einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht der Kläger die Klage um 7.500,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

## FALL 18 – ANWALTLICHES AUFFORDERUNGSSCHREIBEN UND KLAGE:

RA Rasche wird für Martens gegen Bertram außergerichtlich tätig. Nach einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag und einem ergebnislosen Gespräch mit Bertram reicht RA Rasche auftragsgemäß Klage ein. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil. Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war. Gegenstandswert: 25.000,00 €. - Kostenrechnung?

## FALL 19 – ANWALTL. AUFFORDERUNGSSCHREIBEN MIT KLAGE ÜBER EINEN HÖHEREN SW (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt wird in einer durchschnittlichen Sache in Höhe von 18.000,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig.

Nach entsprechendem Auftrag reicht der Rechtsanwalt Klage auf Zahlung von 24.000,00 € ein. Es folgen ein Gütetermin, eine streitige mündliche Verhandlung und ein Urteil.

## FALL 20 – ANWALTL. AUFFORDERUNGSSCHREIBEN MIT KLAGE ÜBER EINEN NIEDRIGEREN SW (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt wird in einer durchschnittlichen Sache in Höhe von 36.000,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig.

Anschließend erhebt er auftragsgemäß Klage auf Zahlung von 24.000,00 €. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 21 – VARIANTE VON FALL 19 (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Rennen wird für Martens gegen Bertram in Höhe von 18.000,00 € außergerichtlich ohne Klageauftrag tätig. Bertram zahlt eine Teilforderung von 3.600,00 €. Anschließend erhebt die Rechtsanwältin auftragsgemäß Klage auf Zahlung von 14.400,00 €. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil. Es ist bei der Geschäftsgebühr von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen, weil die Sache sehr umfangreich und schwierig war.

## FALL 22 – MAHNBESCHEID, WIDERSPRUCH, STREITIGES VERFAHREN:

Der Rechtsanwalt reicht auftragsgemäß für seinen Mandanten einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids über 6.000,00 € ein. Der anwaltlich vertretenen Gegner legt hiergegen fristgerecht Widerspruch ein. Die Sache wird an das zuständige Gericht verwiesen und dort nach einem Gütetermin streitig verhandelt. Schließlich ergeht ein Urteil.

## FALL 23 – MB, TEILZAHLUNG, VB, STREITIGES VERFAHREN:

Der Rechtsanwalt stellt einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids über 24.000,00 €. Nach Zustellung zahlt der Antragsgegner eine Teilforderung von 8.000,00 €. Über die Restforderung beantragt der Rechtsanwalt einen Vollstreckungsbescheid.

Hiergegen reicht der Gegner durch seinen Rechtsanwalt Einspruch ein. Im Zivilprozess kommt es zu einem Gütetermin, zu einer streitigen mündlichen Verhandlung und zu einem Urteil. Kostenrechnungen für die Rechtsanwälte des Antragstellers und des Antragsgegners!

## FALL 24 – AUSSERGERICHTLICHE TÄTIGKEIT, KLAGEVERFAHREN, WIDERRUFSVERGLEICH:

Rechtsanwältin Rauter macht für Martens gegen Bertram in einem anwaltlichen Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag 42.000,00 € zuzüglich Zinsen in einer Angelegenheit geltend, die einen Gebührensatz für die außergerichtliche Tätigkeit von 2,5 rechtfertigt. Nach Verhandlung durch die gegnerischen

Anwälte schließen sie außergerichtlich einen Widerrufsvergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, 28.000,00 € zu zahlen. Auf Wunsch der Mandanten wird dieser Vergleich widerrufen.

Daraufhin reicht RA R auftragsgemäß Klage über 42.000,00 € ein. Es folgen ein Gütetermin, eine streitige mündliche Verhandlung und ein Urteil.

## FALL 25 – EIN VERGLEICH IN DER BERUFUNGSINSTANZ:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb geht für Martens gegen Bertram wegen einer Forderung von 8.000,00 € in die Berufung. Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien nach einer Erörterung der Sach- und Rechtslage einen Vergleich, in dem sich der Berufungsbeklagte verpflichtet, zur Abgeltung der Forderung 6.000,00 € zu zahlen.




## FALL 26 – VARIANTE VON FALL 23:

RA Rasche beantragt für Martens einen Mahnbescheid über 16.000,00 € und anschließend einen entsprechenden Vollstreckungsbescheid.

Hiergegen legt RA Schmitz für den Antragsgegner Einspruch ein. Vor dem zuständigen Gericht kommt es zu einem Gütetermin und zu einer streitigen mündlichen Verhandlung. Nach einer Beweisaufnahme erhöht der Kläger die Klage um eine Forderung von 4.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung ergeht ein abweisendes Urteil. – Kostenrechnungen für beide Prozessbevollmächtigten?

## FALL 27 – AUSSERGER. TÄTIGKEIT UND KLAGEVERFAHREN ÜBER EINEN HÖHEREN BETRAG (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rasche vertritt die Arbeitnehmerin Martens außergerichtlich nach einer Abmahnung und drohenden fristlosen Kündigung. Ein Gespräch mit dem Arbeitgeber Bertram bleibt erfolglos. Die Angelegenheit ist so schwierig, dass von einem Gebührensatz von 2,5 auszugehen ist. Martens verdient ein monatliches Gehalt von 3.600,00 € brutto.

Nach einer fristlosen Kündigung vertritt RA Rasche Martens auch im gerichtlichen Kündigungsschutzverfahren, beantragt jedoch gleichzeitig die Zahlung von sechs Monatsgehältern. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme ergeht ein Urteil.

## FALL 28 – EIN TEILVERGLEICH:

Rechtsanwalt Dr. Rüstig reicht für Martens Klage ein gegen Bertram über 27.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung einigen sich die Parteien nach Besprechung der Sach- und Rechtslage über eine Teilforderung von 9.000,00 € auf einen Vergleich, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zum Ausgleich dieser Forderung 5.400,00 € zu zahlen. Im Übrigen verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 29 – DIE EINIGUNG IM BEWEISVERFAHREN:

Die Rechtsanwältin leitet für Martens gegen Bertram wegen 24.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin schließen die Parteien unter dem Eindruck der Beweisaufnahme einen Vergleich, in dem sich Bertram verpflichtet, zur Abgeltung der Ansprüche 20.000,00 € zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

## FALL 30 – DER MEHRVERGLEICH:

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb reicht auftragsgemäß für Martens Klage ein über 28.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien über die rechtshängigen Ansprüche und eine nicht rechtshängige Forderung von 7.000,00 € einen Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung aller Ansprüche an Martens 31.500,00 € zu zahlen.

## FALL 31 – AUFFORDERUNGSSCHREIBEN UND AUSSERGERICHTLICHES GESPRÄCH IM MAHNVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Rauter schreibt für Martens gegen Bertram ein anwaltliches Aufforderungsschreiben ohne Klageauftrag wegen einer Forderung von 8.000,00 €. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die nach Umfang und Schwierigkeit einen Gebührensatz von 2,5 rechtfertigt.

Da Bertram nicht zahlt, erteilt Martens der Rechtsanwältin den Auftrag, einen entsprechenden Mahnbescheid zu beantragen. Diese führt jedoch zunächst vereinbarungsgemäß ein Gespräch mit dem Ziel, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen. In diesem Gespräch findet sich Bertram bereit, zur Abgeltung der Forderungen einen Betrag von 6.000,00 € an Bertram zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

## FALL 32 – DER MEHRVERGLEICH ÜBER ANDERWEITIG RECHTSHÄNGIGE ANSPRÜCHE (PRÜFUNGSFALL):

Die Rechtsanwältin erhebt Klage über 30.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien einen Vergleich über die rechtshängigen und weitere, in einem anderen Rechtsstreit anhängige Ansprüche von 6.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, an den Kläger zum Ausgleich dieser Forderungen 33.000,00 € zu zahlen und insoweit die Kosten zu übernehmen.

## FALL 33 – BEWEISVERFAHREN, MEHRVERTRETUNGS-ZUSCHLAG, EINIGUNG:

Die Rechtsanwältin leitet im Auftrag von vier Mandanten über Baumängel in Höhe von 27.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Die Rechtsanwältin nimmt an einem von dem gerichtlich bestellten Sachverständigen anberaumten Termin teil.

Anschließend reicht sie Klage ein. Im Hauptverfahren wird das Ergebnis des selbstständigen Beweisverfahrens erörtert und die Parteien schließen einen Vergleich, in dem sich der Gegner verpflichtet, zur Abgeltung der Ansprüche 20.250,00 € zu zahlen und die Kosten zu übernehmen.

## FALL 34 – MEHRVERGLEICH AUCH ÜBER ZWEITINSTANZLICHE ANSPRÜCHE (PRÜFUNGSFALL):

Der RA erhebt Klage wegen 56.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung schließen die Parteien nach einer Erörterung einen Vergleich über die rechtshängigen Forderungen und weitere, in einem anderen Rechtsstreit zweiter Instanz rechtshängige Ansprüche von 14.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, zur Abgeltung an den Kläger 63.000,00 € zu zahlen.

## FALL 35 – PROBLEME BEIM MEHRVERTRETUNGSZUSCHLAG (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für zwei Personen, nämlich die Eheleute A und B, Klage auf Zahlung

a) wegen einer gemeinsamen Forderung über 12.000,00 €,

b) wegen einer Schmerzensgeldforderung der A über 3.000,00 € und

c) wegen einer Schmerzensgeldforderung des B über 2.000,00 €.

Nach streitiger mündlicher Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 36 – INSTANZENZUG UND MEHRERE MANDANTEN (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche erhebt für 10 Mandanten Klage gegen B auf Zahlung von 180.000,00 €. Nach Zustellung der Klage zahlt B an die Mandanten 20.000,00 €. Insoweit wird der Rechtsstreit schriftsätzlich übereinstimmend für erledigt erklärt. Nach einem Gütetermin, einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung erhöht der Kläger die Klageforderungen um 30.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung und einer BA mit Weiterverhandlung wird der Beklagte verurteilt, an die Kläger 126.600,00 € zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Wegen der Klageabweisung legen diesmal nur sieben Kläger durch RA Rasche Berufung ein, weil die restlichen Mandanten der ersten Instanz mit dem Ergebnis des Prozesses zufrieden sind. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung wird das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Berufung zurückgewiesen. Erstellen Sie die Kostenrechnungen von RA Rasche für beide Instanzen.

## FALL 37 – ABWEISUNG DES VU-ANTRAGS:

Rechtsanwalt Rennen reicht für Martens Klage ein über 3.000,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint für den Kläger Rechtsanwalt Rennen und für den Beklagten niemand. Der Rechtsanwalt beantragt ein Versäumnisurteil. Der Antrag wird jedoch vom Gericht zurückgewiesen und die Sache von Amts wegen vertagt, weil der Beklagte nicht ordnungsgemäß geladen worden ist. Der Rechtsanwalt des Beklagten äußert sich schriftsätzlich zur Klage und bietet Beweis für seine Ausführungen an. Daraufhin nimmt RA Rennen die Klage zurück.




## FALL 38 – DER TEIL-MEHRVERGLEICH (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 24.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien einen Teilvergleich

über rechtshängige 9.600,00 € und eine nicht rechtshängige Forderung von 6.000,00 €, in dem sich der Beklagte verpflichtet, an den Kläger zum Ausgleich dieser Forderungen 12.600,00 € zu zahlen und insoweit die Kosten zu übernehmen. Im Übrigen verhandeln die Parteien streitig. Nach einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 39 – DIE FLUCHT IN DIE SÄUMNIS:

Rechtsanwalt Rauter erhebt für Martens Klage gegen Bertram auf Zahlung von 2.400,00 €. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erscheint RA Rauter und der gegnerische RA Schmitz. RA Rauter überreicht einen neuen Schriftsatz. Daraufhin erklärt RA Schmitz, er trete nicht auf. RA Rauter beantragt nun ein Versäumnisurteil, das auch ergeht.

## FALL 40 – DAS ZWEITE VERSÄUMNISURTEIL:

Der Rechtsanwalt reicht Klage ein über 3.600,00 €. Auch der Beklagte wird anwaltlich vertreten. Da der Beklagte nicht rechtzeitig die Verteidigungsanzeige bei Gericht einreicht, ergeht im schriftlichen Vorverfahren ein Versäumnisurteil. Hiergegen legt der Beklagte Einspruch ein. Aus diesem Grunde wird neuer Termin anberaumt, in dem der Beklagte allerdings schon wieder säumig ist. Der Rechtsanwalt des Klägers beantragt und erhält ein zweites Versäumnisurteil. Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

## FALL 41 – DIE ENTSCHEIDUNG NACH LAGE DER AKTEN:

Rechtsanwalt A erhebt Klage über 2.600,00 € gegen den Beklagten, der durch RA B vertreten wird. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wechselt M zu RA C. Nachdem sich RA C zum Prozessbevollmächtigten des Klägers vor Gericht benannt hat, ergeht im folgenden Termin auf Antrag des allein erschienenen RA C ein Urteil nach Lage der Akten. Kostenrechnungen für alle Rechtsanwälte?

## FALL 42 – DIE SÄUMNIS DES BERUFUNGSKLÄGERS:

Der Rechtsanwalt geht in die Berufung wegen 10.000,00 €. Im Termin erscheint nur der Rechtsanwalt des Berufungsbeklagten, der antragsgemäß ein Versäumnisurteil erwirkt, in dem die Berufung zurückgewiesen wird (§ 539 I ZPO). Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

## FALL 43 – DIE SÄUMNIS DES BERUFUNGBEKLAGTEN:

Rechtsanwalt Rauter geht für Martens gegen Bertram, der durch Rechtsanwalt Schmitz vertreten wird, wegen 2.200,00 € in die Berufung. Im ersten Termin erscheint nur Rechtsanwalt Rauter, der antragsgemäß ein Versäumnisurteil erwirkt. Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

## FALL 44 – DER WIDERRUF DES MEHRVERGLEICHS (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb reicht auftragsgemäß für Martens Klage ein über 30.000,00 €. Im Gütetermin schließen die Parteien nach Erörterung der Sach- und Rechtslage einen Widerrufsvergleich über die rechtshängigen Forderungen und eine nicht rechtshängige Forderung von 10.000,00 €, in dem der Gegner verpflichtet wird, zur Abgeltung dieser Ansprüche an Martens insgesamt 35.000,00 € zu zahlen. Der Vergleich wird jedoch von dem Gegner fristgerecht widerrufen. Es kommt zu einer streitigen mündlichen Verhandlung und zu einem Urteil.

## FALL 45 – DER VERWORFENE EINSPRUCH GEGEN EIN VU:

Der Rechtsanwalt erhebt Klage über 6.000,00 €. Natürlich ist auch der Beklagte anwaltlich vertreten. Im ersten Termin bewirkt der Rechtsanwalt des Klägers ein Versäumnisurteil. Der hiergegen eingelegte Einspruch wird nach streitiger mündlicher Verhandlung über den Einspruch durch Urteil verworfen.

## FALL 46 – DER ZUGELASSENE EINSPRUCH GEGEN EIN VU:

Rechtsanwältin Dr. Rita Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 4.000,00 €. Im ersten Termin erscheint für Bertram niemand und es ergeht auf Antrag der Rechtsanwältin ein Versäumnisurteil.

Hiergegen legt für Bertram Rechtsanwalt Schmitz, der sich als dessen Prozessbevollmächtigter vorstellt, Einspruch ein. Der Einspruch wird zugelassen und in einem zweiten Termin verhandeln die Parteien streitig zur Hauptsache. Schließlich ergeht ein Urteil. Wie lauten die Kostenrechnungen für beide am Verfahren beteiligten Rechtsanwälte?

## FALL 47 – DIE HORIZONTALVERWEISUNG MIT EINSPRUCH GEGEN EIN VU (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwältin Dr. Raudenkolb erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 10.000,00 € bei der Zivilkammer des Landgerichts. Die Parteien verhandeln streitig über die Zuständigkeit der Kammer, und das Gericht verweist den Rechtsstreit an die Kammer für Handelssachen desselben Landgerichts.

Dort erscheint im ersten Termin für Bertram niemand, und es ergeht antragsgemäß ein Versäumnisurteil. Hiergegen legt Bertram Einspruch ein. In einem zweiten Termin wird über den Einspruch und nach Zulassung über die Hauptsache streitig mündlich verhandelt. Schließlich ergeht ein Urteil.

## FALL 48 – VERTIKALVERWEISUNG UND SW-ERHÖHUNG:

Rechtsanwalt Rasche erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 80.000,00 € beim Landgericht. Es folgen ein Gütetermin und eine streitige mündliche Verhandlung. Nach einer Beweisaufnahme mit anschließender Weiterverhandlung ergeht ein Klage abweisendes Grundurteil.

Hiergegen geht RA Rasche für den Kläger in die Berufung beim OLG. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wird das Grundurteil aufgehoben und die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen zur Entscheidung über die Höhe des Anspruchs.

Dort wird der Rechtsstreit bezüglich der Anspruchshöhe fortgesetzt, die Klage jedoch um 20.000,00 € erweitert. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme mit Weiterverhandlung ergeht ein Urteil.

## FALL 49 – GRUND- UND HÖHEVERFAHREN:

Rechtsanwalt Rasche erhebt für Martens Klage gegen Bertram über 24.000,00 € beim Landgericht. Im Gütetermin schließen die Parteien einen Widerrufsvergleich über die rechtshängige Forderung, in dem sich der Beklagte verpflichtet, hierfür 18.000,00 € an den Kläger zu zahlen. Der Vergleich wird jedoch von Rechtsanwalt Rasche fristgerecht widerrufen. Daraufhin verhandeln die Parteien im Haupttermin streitig zur Sache. Nach einer Beweisaufnahme ergeht ein Klage abweisendes Grundurteil.

Hiergegen geht RA Rasche für den Kläger in die Berufung beim OLG. Nach streitiger mündlicher Verhandlung wird die Sache an die erste Instanz zur Entscheidung über die Höhe des Anspruchs zurückverwiesen.

Dort wird der Rechtsstreit bezüglich der Anspruchshöhe fortgesetzt. Nach streitiger mündlicher Verhandlung und einer BA ergeht ein Urteil.

## FALL 50 – TERMINSVERTRETER:

Der Verfahrensbevollmächtigte geht für seinen Mandanten aus A-Stadt in die Berufung wegen 7.000,00 € bei dem Gericht in B-Stadt. Er beauftragt Rechtsanwalt Tanger in B-Stadt mit der Wahrnehmung der Termine. Im Haupttermin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Anschließend ergeht ein Urteil. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für den Verfahrensbevollmächtigten und den Terminsvertreter.

## FALL 51 – WECHSELPROZESS MIT NACHVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Der Rechtsanwalt erhebt Wechselklage über 25.000,00 €. Hiergegen beantragt der Gegner Klageabweisung und kündigt an, dass er die Geltendmachung seiner Rechte im Nachverfahren beantragen werde. Im Termin verhandeln die Parteien streitig zur Sache. Schließlich ergeht ein Vorbehaltsurteil, in dem der Beklagte zur Zahlung verurteilt wird, ihm jedoch die Ausführung seiner Rechte im Nachverfahren vorbehalten bleibt.

Es wird nunmehr das Nachverfahren eingeleitet. Gleichzeitig erhebt der Beklagten Widerklage in Höhe von 5.000,00 €. Nach einem erfolglosen Gütetermin und einer streitigen mündlichen Verhandlung findet eine Beweisaufnahme statt über sämtliche von den Parteien geltend gemachten Ansprüche. Anschließend ergeht ein Urteil.

## FALL 52 – TERMINSVERTRETER MIT EINSPRUCH GEGEN VU (PRÜFUNGSFALL):

Rechtsanwalt Rasche in A-Stadt erhebt für seinen Mandanten als Verfahrensbevollmächtigter Klage über 10.000,00 € bei dem Gericht in B-Stadt. Er beauftragt Rechtsanwalt Tanger in B-Stadt mit der Wahrnehmung der Termine. Im Haupttermin erscheint für den Beklagten niemand und Rechtsanwalts Tanger beantragt ein Versäumnisurteil.

Für den Beklagten bestellt sich daraufhin RA Schmitz, der gegen das Versäumnisurteil fristgemäß Einspruch einlegt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung zur Hauptsache und einer Beweisaufnahme in B-Stadt ergeht ein Urteil. Die Termine werden für den Kläger wieder von RA Tanger wahrgenommen. Erstellen Sie die Kostenrechnungen für die Rechtsanwälte Rasche und Tanger!

## FALL 53 – TERMINSVERTRETER, ERHÖHUNG/ERMÄSSIGUNG, MEHRVERTRETUNGSZUSCHLAG (PRÜFUNGSFALL):

RA Rasche erhebt in A-Stadt für drei Personen Klage gegen Bertram in Höhe von 48.000,00 € beim LG in B-Stadt. RA Tanger wird als Terminsvertreter mit der Wahrnehmung des Termins beauftragt. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung erhöht RA Rasche die Klage um 6.000,00 €. Nach einer weiteren streitigen mündlichen Verhandlung zahlt der Beklagte einen Teilbetrag von 9.000,00 € und insoweit erklären die Parteien den Rechtsstreit für erledigt. Nach einer nochmaligen streitigen mündlichen Verhandlung und einer Beweisaufnahme über den Rest ergeht ein Urteil. Kostenrechnungen für den Verfahrensbevollmächtigten und den Terminsvertreter.

## FALL 54 – ARBEITSGERICHTSVERFAHREN (PRÜFUNGSFALL):

Arendt war bei seinem Arbeitgeber für monatlich 3.200,00 € angestellt. Da sich der Betrieb in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, erhielt Arendt lange Zeit immer nur 1.200,00 € monatlich Gehalt. Schließlich wird dem Arendt fristlos gekündigt. Rechtsanwältin Rennen klagt für Arendt zwischenzeitlich aufgelaufene 16.000,00 € und ein ordnungsgemäßes Zeugnis ein. Außerdem klagt Rechtsanwältin Rennen auf die Feststellung, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt war und demgemäß das Arbeitsverhältnis noch zwei Monate weiter fortbesteht. In der Güteverhandlung erörtern die Parteien die Sach- und Rechtslage und vergleichen sich dahingehend, dass

Arendt mit sofortiger Wirkung aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wird, der Arbeitgeber jedoch an den Kläger eine Abfindung von 18.000,00 € zahlt und die Kosten des Verfahrens übernimmt.

### FALL 55 – VARIANTE ZU FALL 54 (PRÜFUNGSFALL):

Frau Arendt war bei Bertram für monatlich brutto 2.500,00 € angestellt. Bertram kündigt der Arendt fristlos das Arbeitsverhältnis. Rechtsanwalt Rasche klagt für Arendt gegen Bertram zwischenzeitlich aufgelaufene 10.000,00 € ein. Außerdem klagt der RA auf die Feststellung, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt war und demgemäß das Arbeitsverhältnis noch fortbesteht. Die Klägerin begehrt weiterhin ein ordnungsgemäßes Zeugnis. In der Güteverhandlung erkennt Bertram die Forderung von 10.000,00 € an, so dass insoweit ein Teilanerkenntnisurteil ergeht. Der Termin bleibt im Übrigen erfolglos. Im Termin zur mündlichen Verhandlung erhöht RA Rasche die inzwischen aufgelaufene Restlohnforderung um weitere 20.000,00 €. Nach einer streitigen mündlichen Verhandlung über alle zur Zeit noch rechtshängigen Ansprüche ergeht ein Urteil.

### FALL 56 – SELBSTSTÄNDIGES BEWEISVERFAHREN:

Rechtsanwalt Rasche leitet für Martens wegen eines Verkehrsunfallschadens von 18.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin reicht RA Rasche über diesen Betrag Klage ein. Im Hauptverfahren werden die Ansprüche erörtert, streitig verhandelt und die Zeugenaussagen im Beweisaufnahmetermin für den Prozess verwertet. Schließlich ergeht ein Urteil.

### FALL 57 – SELBSTSTÄNDIGES BEWEISVERFAHREN (VARIANTE):

RA Rasche leitet für Martens wegen eines Verkehrsunfallschadens von 9.000,00 € das selbstständige Beweisverfahren ein. Nach Vernehmung von Zeugen im Beweisaufnahmetermin reicht RA Rasche über 12.000,00 € Klage ein. Im Hauptverfahren werden die Ansprüche erörtert, streitig verhandelt und die Ergebnisse des selbstständigen Beweisverfahrens für den Prozess verwertet. Schließlich ergeht ein Urteil.

## 18.3 Vollstreckungsrecht

*Reichen Ihnen die Vollstreckungsaufgaben im Kapitel 17 immer noch nicht? Hier sind weitere...*

### FALL 58 – ANSCHLUSSPFÄNDUNG UND GLEICHZEITIGE PFÄNDUNG (PRÜFUNGSFALL):

Der Gerichtsvollzieher erhält von drei Gläubigern den Auftrag, bei dem Schuldner S aufgrund von drei Titeln die Zwangsvollstreckung zu betreiben:

- Titel A lautet über 10.000,00 €
- Titel B lautet über 30.000,00 € und
- Titel C lautet über 50.000,00 €.

Die Verwertung ergibt nach Abzug der Kosten 30.000,00 €. – Wie ist dieser Betrag auf die Gläubiger zu verteilen,

1. wenn der Gerichtsvollzieher zunächst wegen des Titels A gepfändet hat und wegen der übrigen Titel eine Anschlusspfändung vorgenommen hat
2. wenn der Gerichtsvollzieher im Wege der gleichzeitigen Pfändung die Sicherungszwangsvollstreckung betrieben hat?

## FALL 59 – EINFACHE ÜBUNG ZUR ZINSBERECHNUNG:

Wie hoch belaufen sich die Zinsen bei jeweils wie viel Zinstagen auf eine titulierte Forderung ...

a) von 5.370,00 € für die Zeit vom 8. Februar bis zum 7. April bei 6% Zinsen
b) von 12.500,00 € für die Zeit vom 17. April bis zum 11. Dezember bei 8% Zinsen
c) von 86.215,00 € für die Zeit vom 26.09.2005 bis zum 22.07.2006 bei 9,5% Zinsen
d) von 258,96 € für die Zeit vom 22.08.2004 bis zum 03.04.2006 bei 11,5% Zinsen
e) von 789.000,00 € für die Zeit vom 23.03.2003 bis zum 22.05.2006 bei 15,25 % Zinsen?

## FALL 60 – VOLLSTRECKUNGSAUFTRAG FÜR KAUFMANN:

Rechtsanwalt Rasche hat für den Kaufmann Egon Meyer, Hauptstr. 13, (PLZ) A-Stadt, gegen die Angestellte Eva Esche, Königstr. 200, (PLZ) B-Stadt, erwirkt:

1. das rechtskräftige Urteil des Landgerichts B-Stadt vom 15. November 2006 (AZ 5 O 970/06) über 22.950,00 € nebst 12 % Zinsen seit dem 21. Oktober 2005 und
2. die vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Landgerichts B-Stadt vom 21. Dezember 2006 über 5.500,00 € nebst 6,22 % Zinsen[5] seit dem 29. November 2006.

**Aufgabe:** Erteilen Sie aus den vorbezeichneten Titeln Vollstreckungsauftrag unter dem 16. Februar 2007! **Legen Sie bei dieser und den kommenden Lösungen, wie schon im Kapitel 17, getrost 19 % USt. zugrunde.**

---

[5] Zur Zinshöhe beim Kostenfestsetzungsbeschluss siehe Fußnote 1 S. 175. Damit die Aufgabe in zumutbarer Zeit lösbar ist, wird in diesen Fällen von einem festen Zinssatz ausgegangen.

## FALL 61 – PFÜB, ZUVOR VA UND E. V.:

Rechtsanwalt Rasche hat für die Angestellte Berta Behrens, Hauptstr. 2, (PLZ) A-Stadt, gegen den Kaufmann Dagobert Doll, Kaiserstraße 10, (PLZ) B-Stadt, erwirkt:

1. rechtskräftiges, vollstreckbares Teilanerkenntnisurteil des Landgerichts in B-Stadt, AZ 7 O 834/05 vom 06.12.2005 über 5.600,00 € nebst 14,5% Zinsen seit dem 08.05.2004,
2. rechtskr., vollstreckbares Endurteil in derselben Sache vom 10.04.2006 über 28.000,00 € nebst 14,5% Zinsen seit dem 08.05.2004 und
3. vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschluss in derselben Sache vom 15.05.2006 über 3.452,80 € nebst 6,22% Zinsen[6] seit dem 20.04.2006.

Am 25.05.2006 ist der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen beauftragt worden. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos; die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 54,00 €.

Am 11.09.2006 hat Rechtsanwalt Rasche einen Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung gestellt. Die Gerichtskosten und die Kosten für die Zustellung und weiteren Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers betragen insgesamt 61,60 €.

Sie haben hierdurch erfahren, dass der Schuldner eine Arbeit als kaufmännischer Angestellter bei der Egon Fritze KG, gesetzlich vertreten durch den pers. haft. Gesellschafter Egon Fritze, Ferdinandstr. 5, (PLZ) B-Stadt, gefunden hat.

**Aufgabe:** Stellen Sie gegen den Schuldner unter dem 04.03.2007 einen Antrag auf Erlass eines entsprechenden ***Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses***! Fügen Sie auf einem gesonderten Blatt eine Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten bei!

## FALL 62 – E. V., ZUVOR VA UND PFÜB:

Rechtsanwalt R hat für zwei Mandanten, nämlich für die Kaufleute Gustav und Gertrude Gerlach, beide wohnhaft Hofgartenstraße 9, (PLZ) A-Stadt, gegen den Nachtclubbesitzer Leopold Leise, Neumarkt 5, (PLZ) B-Stadt, vor dem LG B-Stadt erwirkt:

1. rechtskräftiges, vollstreckbares Teilanerkenntnisurteil vom 29.04.2006 (Aktenzeichen 7 O 834/04) über 7.100,00 € nebst 14,5 % Zinsen seit dem 04.04.2005,
2. rechtskräftiges, vollstreckbares Endurteil in derselben Sache vom 01.09.2006 über 42.600,00 € nebst 14,5% Zinsen seit dem 04.04.2005 und

---

[6] Zur Zinshöhe siehe Fußnote 1 oben S. 175, aber auch z. B. Fußnote 5.

3. vollstreckbaren Kostenfestsetzungsbeschluss in derselben Sache vom 05.11.2006 über 4.351,36 € nebst 6,22 % Zinsen seit dem 22.10.2006.

Am 19.11.2006 ist der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen beauftragt worden. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos; die Gerichtsvollziehernachnahme betrug 56,80 €.

Der Schuldner hatte zwischenzeitlich angeblich eine Arbeit als Oberkellner bei dem Gaststätteninhaber Emil Kunze, Mauerstr.16, 40477 Düsseldorf, gefunden mit einem monatlichen Einkommen von 2.800,00 €. Ein daraufhin am 15.03.2007 gestellter Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses blieb ebenfalls erfolglos, da dem Schuldner kurz nach Arbeitsbeginn fristlos gekündigt wurde. Die Gerichtsvollziehernachnahme für den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss betrug 39,60 €.

**Aufgabe:** Stellen Sie unter dem 03.05.2007 gegen den Schuldner einen ***Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung***. Berechnen Sie die Zinsen auch auf dem Formblatt, und fügen Sie eine Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten bei.

# 18.4 Lösungen

## 18.4.1 Verfahrensrecht

### FALL 1:

**Die Kaufpreisklage:**

Rechtsanwalt Rasche (Datum)

Landgericht A-Stadt
Kammer für Handelssachen
Neubrückstr. 3
(PLZ) A-Stadt

**Klage**

der „Bürobedarf GmbH", Altstadt 23, (PLZ) A-Stadt,
vertreten durch den Geschäftsführer Karl Kempgen, ebenda,

Klägerin,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Rasche, (Anschrift),

gegen

1. die „Data Meier KG", Ostwall 120, (PLZ) B-Stadt, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Manfred Meier, ebenda,
2. den Kaufmann Manfred Meier, Ostwall 120, (PLZ) B-Stadt,

Beklagten,

**wegen:** Kaufpreisforderung,
Gegenstandswert: 26.020,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage gegen die Beklagten mit den Anträgen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 26.020,00 € nebst 12,5% Zinsen seit dem 22.04.20 . . zu zahlen;
2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
3. das Urteil gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, für vorläufig vollstreckbar zu erklären,

4. hilfsweise, der Klägerin nachzulassen, die Zwangsvollstreckung ihrerseits gegen Sicherheitsleistung, die auch durch schriftliche, unwiderrufliche, unbedingte und unbefristete Bürgschaft eines inländischen Kreditinstituts erbracht werden kann, abzuwenden;
5. für den Fall des schriftlichen Vorverfahrens gegebenenfalls Anerkenntnisurteil oder Versäumnisurteil zu erlassen.

**Gründe:**

Mit Schreiben vom 20.02.20 . . bestellte die Beklagte zu 1) bei der Klägerin acht Computer „Intel Power" zu insgesamt 26.020,00 €.

**Beweis:** Vorlage des Bestellscheins und Lieferungsauftrags der Beklagten vom 20.02.20 . .

Die Klägerin nahm den Kaufantrag mit Schreiben vom 25.02.20 . . an und fügte ihre Zahlungs- und Lieferungsbedingungen bei, die als Gerichtsstandsvereinbarung A-Stadt enthalten.

**Beweis:** Vorlage der Auftragsbestätigung der Klägerin vom 25.02.20 . .

Am 22.03.20 . . lieferte die Klägerin die Ware ordnungsgemäß an die Beklagte zu 1) aus.

**Beweis:** Vorlage des Lieferscheins vom 22.03.20 . .

Mit Rechnung Nr. 2468 vom 21.03.20 . ., zugegangen bei Lieferung am 22.03.20 . ., berechnete die Klägerin incl. Umsatzsteuer 26.020,00 €.

**Beweis:** Rechnung Nr. 2468 vom 21.03.20 . .

Da die Beklagte zu 1) nicht zahlte, ist Klage geboten.

Die Zinsforderung rechtfertigt sich unter dem Gesichtspunkt des Verzuges. Die Klägerin nimmt in Höhe des geltend gemachten Betrages bei der Commerzbank A-Stadt einen Bankkredit in Anspruch, für den sie 12,5% Zinsen zahlen muss.

**Beweis:** Vorlage der Bankbestätigung der Commerzbank A-Stadt vom 24.03.20 . .

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1).

Gerichtskosten in Höhe von 1.020,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

## FALL 2:

### Die Wechselklage:

Rechtsanwältin Rennen (Datum)
(Anschrift)

Landgericht Düsseldorf
Kammer für Handelssachen
Neubrückstr. 3
40213 Düsseldorf

**Wechselklage**

der Hoch- und Tiefbau GmbH, Düsselstraße 3, 41238 Mönchengladbach, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Anton Arndt, ebenda,
Klägerin,
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwältin Rennen, (Anschrift),

*gegen*

1. die Bertold Behrens KG, Hauptstraße 120, 42368 Wuppertal, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Bertold Behrens, ebenda,
2. den Geschäftsführer Bertold Behrens, Hauptstr. 120, 42368 Wuppertal,

Beklagten,

**wegen:** Wechselforderung,
Gegenstandswert: 29.350,00 €.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage im Wechselprozess gegen die Beklagten. Im Termin werde ich beantragen:

1. die Beklagten gesamtschuldnerisch zu verurteilen, an die Klägerin 29.350,00 € nebst 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz, mindestens aber 6 % Zinsen seit dem 20.12.20 . . sowie Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 53,70 € zuzüglich 97,83 € Wechselprovision zu zahlen;
2. den Beklagten gesamtschuldnerisch die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

**Begründung:**

Die Klägerin ist Ausstellerin und Inhaberin, die Beklagte zu 1) Bezogene des in Fotokopie beigefügten Wechsels vom 20.09.20 . . über 29.350,00 €. Der am 20.12.20 . . fällige Wechsel war zahlbar bei der Deutschen Bank AG in 40215 Düsseldorf, wo er am 21.12.20 . . zu Protest ging.

**Beweis:** Vorlage des Wechsels vom 20.09.20 . . mit Protesturkunde vom 21.12.20 . ., als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Wegen der Nichteinlösung des Wechsels wurde die Klägerin mit Protestkosten und Bankspesen in Höhe von 53,70 € belastet.

**Beweis:** Vorlage der Protesturkunde, als Anlage in Fotokopie beigefügt.

Der Beklagte zu 2) haftet als persönlich haftender Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Beklagten zu 1). Die Zinsen rechtfertigen sich unter dem Gesichtspunkt des Vorzuges.

Gerichtskosten in Höhe von 1.020,00 € sind eingezahlt.

(Unterschrift)
Rechtsanwalt

*Anmerkung:*

*Bei diesem Prüfungsfall mussten Sie sich insbesondere mit der örtlichen Zuständigkeit bei Wechselklagen auskennen. Die Klage hätte sowohl bei dem Landgericht (Kammer für Handelssachen) in Wuppertal (allgemeiner Gerichtsstand) als auch bei dem Landgericht (KfH) Düsseldorf (Zahlungsort) eingereicht werden können.*

*Der Antrag auf Erlass eines Anerkenntnis- oder Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren ist wegen des schnellen Verfahrens überflüssig, jedoch nicht schädlich.*

## 18.4.2 Gebührenrecht

### FALL 3:

**1. Instanz** – Gegenstandswert: 180.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 2.260,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 2.086,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 4.367,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 829,83 € |
| Summe brutto: | 5.197,33 € |

**2. Instanz** - Gegenstandswert: 45.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.558,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.168,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.747,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 521,97 € |
| Summe brutto | 3.269,17 € |

**3. Instanz** - Gegenstandswert: 30.000,00 €

| | |
|---|---|
| 2,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3208 VV RVG | 1.743,40 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 1.137,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.900,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 551,08 € |
| Summe brutto | 3.451,48 € |

*Solche Aufgaben sind in der Zwischenprüfung gerne gesehen: Es geht durch die Instanzen mit unterschiedlichen Streitwerten.*

## FALL 4:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutzklage | 6.900,00 € |
| Lohnrückstände | 11.500,00 € |
| Arbeitszeugnis | 2.300,00 € |
| Summe Gegenstandswert | 20.700,00 € |

**1. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 775,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.635,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 310,65 € |
| Summe brutto: | 1.945,65 € |

**2. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.033,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 775,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.828,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 347,47 € |
| Summe brutto | 2.176,27 € |

**3. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3206 VV RVG | 1.033,60 € |
| 1,5 Terminsgebühr, Nr. 3210 VV RVG | 969,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.022,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 384,29 € |
| Summe brutto | 2.406,89 € |

*Da die Gebühren der Arbeitsgerichtsbarkeit wie die Gebühren der ordentlichen Gerichtsbarkeit dem 3. Teil des Vergütungsverzeichnisses entnommen werden, sind die Kostenrechnungen nahezu identisch. In der Revisionsinstanz*

*ist allerdings zu berücksichtigen, dass hier lediglich eine 1,6 Verfahrensgebühr nach Nr. 3206 VV RVG entsteht. Wichtig ist in diesem Fall die Berechnung des Gegenstandswertes in der Arbeitsgerichtsbarkeit.*

## FALL 5:

Gegenstandswert: 2.600,00 €

| | |
|---|---:|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 1 VV RVG | 151,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 171,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 32,53 € |
| Summe brutto: | 203,73 € |

*Die 0,8 Verfahrensgebühr entsteht unabhängig von dem bisher geleisteten Arbeitsaufwand: Die Masse führt zum durchschnittlichen Arbeitseinsatz.*

## FALL 6:

Gegenstandswert: 4.500,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,1 Verfahrensgebühr, Nr. 3201 Nr. 1 VV RVG | 300,30 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 320,30 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 60,86 € |
| Summe brutto: | 381,16 € |

*Eine vorzeitige Beendigung des Verfahrens kann auch nach Erteilung des Berufungsauftrages möglich sein.*

## FALL 7:

Gegenstandswert: 6.800,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 450,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 957,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 181,93 € |
| Summe brutto: | 1.139,43 € |

*Nach Vorbemerkung 3 Absatz 3 VV RVG erhält der Rechtsanwalt auch dann eine Terminsgebühr, wenn er bei einem außergerichtlichen Termin mit dem Ziel einer Vermeidung oder (wie in diesem Fall) Erledigung des Verfahrens mitgewirkt hat.*

## FALL 8:

**Kostenrechnung für den Antragsteller-Anwalt:**
Gegenstandswert: 3.200,00 €

| | |
|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 217,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | 260,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 497,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 94,51 € |
| Summe brutto: | 591,91 € |

*Nach Vorbemerkung 3.3.2 VV RVG in Verbindung mit Vorbemerkung 3 Abs. 3 erhält der Rechtsanwalt auch im Mahnverfahren eine Terminsgebühr, wenn er eine Tätigkeit entfaltet, die auf die Vermeidung oder Erledigung des Mahnverfahrens gerichtet ist. Ein Erfolg ist nicht erforderlich.*

## FALL 9:

Gegenstandswert: 8.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 535,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 494,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Dokumentenpauschale, Nr. 7000 VV RVG | 35,50 € |
| 120 Fotokopien | |
| Fahrtkosten, Nr. 7003 VV RVG (180 km à 0,30 €) | 54,00 € |
| Abwesenheitsgeld, Nr. 7005 VV RVG | 35,00 € |
| (Abwesenheit 7 Stunden) | |
| Zwischensumme netto | 1.174,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 223,16 € |
| Summe brutto: | 1.397,66 € |

*Von den gefertigten 220 Ablichtungen sind bei der Berechnung nach Nr. 7000 Nr. 1 b) VV RVG 100 abzuziehen.*

## FALL 10:

Gegenstandswert: 6.200,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 487,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 450,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 957,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 181,93 € |
| Summe brutto: | 1.139,43 € |

*Da in zumindest einem Termin beide Parteien anwesend waren, entsteht eine ungekürzte 1,2 Terminsgebühr.*

## FALL 11:

Kostenrechnungen für beide Prozessbevollmächtigten:
Gegenstandswert: 1.800,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 172,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 159,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 352,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 66,98 € |
| Summe brutto: | 419,48 € |

*Auch wenn in dem Termin lediglich anerkannt wird, entsteht eine ungekürzte Terminsgebühr.*

## FALL 12:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.760,20 € |
| Gegenstandswert: 110.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.532,40 € |
| Gegenstandswert: 90.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.312,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 629,39 € |
| Summe brutto: | 3.941,99 € |

*Die Erledigung fand bereits vor dem Termin statt, so dass diese 20.000,00 € von der Terminsgebühr nicht erfasst wurden.*

## FALL 13:

Gegenstandswert: 60.000,00 €
**Klage beim LG A-Stadt:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.827,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 537,23 € |
| Summe brutto: | 3.364,73 € |

**Berufung beim OLG:**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.796,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.347,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 3.164,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 601,24 € |
| Summe brutto | 3.765,64 € |

**Verfahren beim LG B-Stadt:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € | |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3101 VV RVG | 452,80 € | |
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | 1.912,70 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.560,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 2 RVG, Nr. 3104 VV RVG | | 1.440,00 € |
| Gegenstandswert: 75.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 1.123,00 € | |
| Gegenstandswert: 60.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 849,00 € | |
| Gegenstandswert: 15.000,00 € | 1.972,00 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.800,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.820,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 915,80 € |
| Summe brutto: | | 5.735,80 € |

*Hier wurde die Sache vom OLG an ein Gericht eines niedrigeren Rechtszuges verwiesen (Landgericht B-Stadt), so dass ein Fall der Diagonalverweisung gemäß § 20 Satz 2 RVG vorliegt. Im Gegensatz zur Zurückverweisung (Vertikalverweisung) nach § 21 I RVG entfällt bei der Diagonalverweisung die Verfahrensgebühr nicht. - Haben Sie an die Differenzverfahrensgebühr gedacht und die Kürzungen nach § 15 III RVG berücksichtigt?*

## FALL 14:

Gegenstandswert: 27.500,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 909,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.915,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 363,85 € |
| Summe brutto: | 2.278,85 € |

*Bereits die außergerichtliche Besprechung löst eine Terminsgebühr nach Vorbemerkung 3 Absatz 3 VV RVG aus, da dieses Gespräch auf die Erledigung des Verfahrens gerichtet war.*

## FALL 15:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

Gegenstandswert: 8.000,00 €

| | | |
|---|---|---|
| 2,0 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 824,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 844,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 160,36 € |
| | | 1.004,36 |
| Summe brutto: | | |

**Das selbstständige Beweisverfahren**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 535,60 € | |
| Anrechnung Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 309,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 226,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 494,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 741,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 140,79 € |
| Summe brutto: | | 881,79 € |

**Gebühren im Hauptsacheverfahren**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 494,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 514,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 97,74 € |
| Summe brutto: | 612,14 € |

*Die Geschäftsgebühr wird auf die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens angerechnet (Vorbem. 3 Absatz 4 VV RVG). Siehe hierzu das 1. Kapitel. Die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens wird auf die Verfahrensgebühr im Hauptsacheverfahren angerechnet, so dass die Verfahrensgebühr im Hauptsacheverfahren nach Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG entfällt.*

## FALL 16:

| Gegenstandswert: 15.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Die Erledigung hat auf die Kostenrechnung keinen Einfluss, weil über den erledigten Streitwert die Verfahrens- und Terminsgebühr bereits entstanden ist (§ 15 IV RVG).*

## FALL 17:

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| Gegenstandswert: 27.500,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Gegenstandswert: 22.500,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.828,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 347,43 € |
| Summe brutto: | 2.176,03 € |

*Hier wurde die Erledigungserklärung schriftsätzlich vor dem Termin abgegeben, darüber wurde also nicht mehr terminiert.*

## FALL 18:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 25.000,00 € | |
|---|---|
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.715,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.735,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 329,65 € |
| Summe brutto: | 2.064,65 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| Gegenstandswert: 25.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 514,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 377,30 € |

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.220,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 231,90 € |
| Summe brutto: | 1.452,40 € |

## FALL 19:

**Kostenrechnung für die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 787,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 807,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 153,48 € |
| Summe brutto: | 961,28 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € | |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 393,90 € | |
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 497,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 823,20 € |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.341,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 254,81 € |
| Summe brutto: | | 1.595,91 € |

*Zwar ging es in dem Zivilprozess um 24.000,00 €, doch dürfen von der Geschäftsgebühr nur 0,65 von 18.000,00 € abgezogen werden, da ja nur hierüber die Geschäftsgebühr entstanden ist.*

## FALL 20:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | |
| 1,3 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.172,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.192,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 226,59 € |
| Summe brutto: | 1.419,19 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,65 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 445,90 € | |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 445,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.289,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 244,93 € |
| Summe brutto: | | 1.534,03 € |

*Da jetzt die Klage nur über 24.000,00 € eingereicht wurde, kann auch nur über diesen Gegenstandswert der halbe Gebührensatz der Geschäftsgebühr abgezogen werden.*

## FALL 21:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 18.000,00 € | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.515,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.535,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 291,65 € |
| Summe brutto: | 1.826,65 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Gegenstandswert: 14.400,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 424,50 € | |
| Gegenstandswert: 14.400,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 311,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.010,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 192,00 € |
| Summe brutto: | | 1.202,50 € |

*Hier musste noch berücksichtigt werden, dass nach Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG die Geschäftsgebühr zwar zur Hälfte, jedoch höchstens mit einem Gebührensatz von 0,75 auf die Verfahrensgebühr des gerichtlichen Verfahrens angerechnet werden darf. Die Geschäftsgebühr darf nur mit einem Gegenstandswert von 14.400,00 € angerechnet werden, weil nur dieser Betrag Gegenstand des Prozesses ist.*

## FALL 22:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | | 338,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 358,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 68,02 € |
| Summe brutto: | | 426,02 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 338,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 101,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 527,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 100,13 € |
| Summe brutto: | | 627,13 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragsgegners:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | | 169,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 189,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 35,91 € |
| Summe brutto: | | 224,91 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3307 VV RVG: | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3307 VV RVG | 169,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 270,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 696,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 132,24 € |
| Summe brutto: | | 828,24 € |

*Hier mussten die Anrechnungen gemäß Anmerkungen zu Nr. 3305 und Nr. 3307 VV RVG berücksichtigt werden.*

## FALL 23:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | | 686,00 € |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3308 VV RVG | | 283,00 € |
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 989,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 187,91 € |
| Summe brutto: | | 1.176,91 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 566,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 169,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 869,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 165,11 € |
| Summe brutto: | | 1.034,11 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Antragsgegners:**
**Der Einspruch mit nachfolgendem Zivilprozess:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Wegen der Teilzahlung ist der Streitwert der Verfahrensgebühr für den Antrag auf Erlass des Mahnbescheids größer als der für den Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids. Die Verfahrensgebühr für den Mahnbescheid ist jedoch nicht über den GW von 24.000,00 €, sondern von 16.000,00 € anzurechnen, weil nur hierüber im gerichtlichen Verfahren prozessiert wird.*

## FALL 24:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 42.000,00 € | | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | | 2.435,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.455,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 466,45 € |
| Summe brutto: | | 2.921,45 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 42.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.266,20 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 730,50 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 535,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.168,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.724,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 327,66 € |
| Summe brutto: | | 2.052,16 € |

*Die Einigungsgebühr entfällt wegen des Widerrufs. Die Geschäftsgebühr wird nach Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG mit maximal 0,75 angerechnet.*

## FALL 25:

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 659,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 494,40 € |
| 1,3 Einigungsgebühr, Nr. 1004 VV RVG | 535,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.709,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 324,75 € |
| Summe brutto: | 2.033,95 € |

*Dieser Fall enthält weiter keine Probleme. Ein Vergleich in der Berufungs- oder Revisionsinstanz hat einen Gebührensatz von 1,3.*

## FALL 26:

**Kostenrechnung für den RA des Antragstellers:**

**1. Das Mahnverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 566,00 € |

| | | |
|---|---|---|
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3308 VV RVG | | 283,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 869,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 165,11 € |
| Summe brutto: | | 1.034,11 € |

**2. Der Zivilprozess:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 839,80 € | |
| Gegenstandswert: 20.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3305 VV RVG: | | |
| 1,0 Verfahrensgebühr, Nr. 3305 VV RVG | 566,00 € | |
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 273,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 775,20 € |
| Gegenstandswert: 20.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.069,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 203,11 € |
| Summe brutto: | | 1.272,11 € |

**Kostenrechnung für den RA des Antragsgegners:**
**Der Einspruch mit nachfolgendem Zivilprozess:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 16.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 735,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 679,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.435,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 272,65 € |
| Summe brutto: | 1.707,65 € |

*Auch hier gilt wie in Fall 23: Der Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid stellt bereits einen das Streitverfahren einleitenden Antrag dar und löst damit eine 1,3 Verfahrensgebühr nach Nr. 3100 VV RVG aus. Für das streitige Verfahren muss hier die Erhöhung berücksichtigt werden.*

## FALL 27:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 10.800,00 € | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.315,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.335,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 253,65 € |
| Summe brutto: | 1.588,65 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.079,00 € | |
| Gegenstandswert: 32.400,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,75 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 394,50 € | |
| Gegenstandswert: 10.800,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 684,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 996,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.700,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 323,10 € |
| Summe brutto: | | 2.023,60 € |

*Die Gegenstandswertsrechnung ergibt sich nach § 23 Abs. 1 RVG i. V. m. § 42 Abs. 4 GKG. Hier kommen noch die mit Einreichung der Klage fällig gewordenen Beträge (§ 42 Abs. 5 GKG) hinzu. Zur Anrechnung der Geschäftsgebühr gemäß Vorbemerkung 3 Absatz 4 VV RVG siehe wiederum das Kap. 1.*

**FALL 28:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| Gegenstandswert: 27.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 909,60 € |
| Gegenstandswert: 27.000,00 € | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 449,00 € |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.364,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 449,16 € |
| Summe brutto: | 2.813,16 € |

**FALL 29:**

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 1.029,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.764,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 525,16 € |
| Summe brutto: | 3.289,16 € |

*Die Einigungsgebühr beträgt auch dann 1,5, wenn die Einigung im Beweisverfahren erzielt wurde.*

## FALL 30:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € | |
| Gegenstandswert: 28.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 300,00 € | |
| Gegenstandswert: 7.000,00 € | 1.285,40 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.079,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 996,00 € |
| Gegenstandswert: 35.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 758,00 € | |
| Gegenstandswert: 28.000,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 562,50 € | |
| Gegenstandswert: 7.000,00 € | 1.320,50 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.245,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.340,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 634,60 € |
| Summe brutto: | | 3.974,60 € |

*Haben Sie auch die Differenzverfahrensgebühr nicht vergessen? Sie dürfen den § 15 III RVG nämlich gleich zweimal prüfen.*

## FALL 31:

**Die außergerichtliche Tätigkeit**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | |
| 2,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 1.030,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.050,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 199,50 € |
| Summe brutto: | 1.249,50 € |

**Die gerichtliche Tätigkeit**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 8.000,00 € | | |
| 0,5 Verfahrensgebühr, Nr. 3306 VV RVG | 206,00 € | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG: | | |
| 0,5 Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV RVG | 206,00 € | |
| restl. Verfahrensgebühr, Nr. 3306 VV RVG | | 0,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 i. V. m. Vorbem. 3.3.2 VV RVG | | 494,40 € |
| 1,5 Einigungsgebühr Nr. 1000 VV RVG | | 618,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.132,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 215,16 € |
| Summe brutto: | | 1.347,56 € |

*Der Auftrag wurde beendet, bevor RA' Rauter den MB-Antrag bei Gericht eingereicht hat. Aus diesem Grunde fällt eine 0,5 Verfahrensgebühr nach Nummer 3306 VV RVG an. In dieser Höhe darf dann auch nur die Geschäftsgebühr angerechnet werden.*

## FALL 32:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € | |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 270,40 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | 1.255,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | | 902,00 € |
| Gegenstandswert: 36.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.177,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 603,63 € |
| Summe brutto: | | 3.780,63 € |

*Auch die mitverglichenen Ansprüche aus dem anderen Prozess sind rechtshängig, so dass die Gegenstandswerte addiert und eine 1,0 Einigungsgebühr nach Nr. 1003 VV RVG vom Gesamtbetrag berechnet werden kann. Es wird auch bei einem Vergleich über anderweitig rechtshängige Ansprüche eine Differenzverfahrensgebühr berechnet.*

## FALL 33:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 27.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| 0,9 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 682,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 909,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.597,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 493,47 € |
| Summe brutto: | 3.090,67 € |

**Gebühren im Hauptsacheverfahren:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 27.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 909,60 € |
| 0,9 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 682,20 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 758,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.369,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 450,26 € |
| Summe brutto: | 2.820,06 € |

*Die Regelung nach Nr. 1008 VV RVG über den Mehrvertretungszuschlag gilt sowohl im selbstständigen Beweisverfahren als auch im Hauptsacheverfahren.*

## FALL 34:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € | |
| Gegenstandswert: 56.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 452,80 € | |
| Gegenstandswert: 14.000,00 € | 1.912,70 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.560,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.440,00 € |
| Gegenstandswert: 70.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 1.123,00 € | |
| Gegenstandswert: 56.000,00 € | | |
| 1,3 Einigungsgebühr, Nr. 1004 VV RVG | 735,80 € | |
| Gegenstandswert: 14.000,00 € | 1.858,80 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.560,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 4.580,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 870,20 € |
| Summe brutto: | | 5.450,20 € |

*Die 56.000,00 €, über die eine Einigung erzielt wurde, sind Gegenstand der ersten Instanz, also entsteht insoweit eine 1,0 Einigungsgebühr nach Nr. 1003 VV RVG; die 14.000,00 € stammen aus einem anderen Verfahren, das sich in der Berufung befindet, also ist hierfür eine 1,3 Einigungsgebühr nach Nr. 1004 VV RVG anzusetzen. Hier ist natürlich der § 15 III RVG zu berücksichtigen.*

## FALL 35:

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € |
| Gegenstandswert: 17.000,00 € | |
| 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 157,80 € |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Gegenstandswert: 17.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.692,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 321,63 € |
| Summe brutto: | 2.014,43 € |

*Die gemeinsame Forderung der Eheleute beträgt hier nur 12.000,00 €, weil die Schmerzensgeldforderungen nur individuell entweder der Ehefrau oder dem Ehemann zugerechnet werden können.*

## FALL 36:

**1. Instanz - 10 Mandanten**

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 2.514,20 € |
| Gegenstandswert: 210.000,00 € | |
| 2,0 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 3.868,00 € |
| Gegenstandswert: 210.000,00 € | |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 2.179,20 € |
| Gegenstandswert: 190.000,00 € | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 8.581,40 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 1.630,47 € |
| Summe brutto: | 10.211,87 € |

**2. Instanz - 7 Mandanten**

| | |
|---|---:|
| Gegenstandswert: 63.400,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.796,80 € |
| 1,8 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 2.021,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 1.347,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 5.185,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 985,30 € |
| Summe brutto | 6.171,10 € |

## FALL 37:

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Klägers:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 3.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 245,70 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 94,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 360,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 68,44 € |
| Summe brutto: | 428,64 € |

**Kostenrechnung für den Rechtsanwalt des Beklagten:**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 3.000,00 € | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 245,70 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 265,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 50,48 € |
| Summe brutto: | 316,18 € |

*Auch bei einer Abweisung des Antrages auf Erlass eines Versäumnisurteils bleibt es dabei: Der Rechtsanwalt des Klägers hat gemäß Nr. 3105 VV RVG einen Termin wahrgenommen, in dem die andere Partei nicht erschienen oder nicht ordnungsgemäß vertreten war. Der säumige Rechtsanwalt des Beklagten erhält natürlich keine Terminsgebühr.*

## FALL 38:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € | |
| Gegenstandswert: 24.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 270,40 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | 1.162,20 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 985,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 909,60 € |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 486,00 € | |
| Gegenstandswert: 9.600,00 € | | |
| 1,5 Einigungsgebühr, Nr. 1000 VV RVG | 507,00 € | |
| Gegenstandswert: 6.000,00 € | 993,00 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 849,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.764,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 525,16 € |
| Summe brutto: | | 3.289,16 € |

## FALL 39:

**Kostenrechnung für beide Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 2.400,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 209,30 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 193,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 422,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 80,28 € |
| Summe brutto: | 502,78 € |

*Hier hat der erschienene Rechtsanwalt Rauter zwar einen Antrag auf Versäumnisurteil gestellt, doch setzt die Nr. 3105 VV RVG voraus, dass eine Partei nicht erschienen ist, hier sind aber beide Parteien im Termin anwesend. Es kann also die ungekürzte 1,2 Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG berechnet werden.*

## FALL 40:

**Kostenrechnung für den Klägervertreter:**

| Gegenstandswert: 3.600,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 318,50 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3105 VV RVG | 122,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 461,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 87,59 € |
| Summe brutto: | 548,59 € |

**Kostenrechnung für den Beklagtenvertreter:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 318,50 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 338,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 64,32 € |
| Summe brutto: | 402,82 € |

*Die Terminsgebühr wird nicht nach Nr. 3105 VV RVG auf 0,5 reduziert, da die Rechtsanwältin nicht nur* ***einen*** *Termin wahrgenommen hat. Weil die Rechtsanwältin gemäß § 15 Abs. 2 RVG die Gebühren in derselben Sache nur einmal fordern darf, ist die Terminsgebühr auch nur einmal zu berechnen. Der Beklagtenvertreter bekommt jedoch keine Terminsgebühr, er war ja im Termin säumig.*

## FALL 41:

**Kostenrechnung für alle beteiligten Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 2.600,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 245,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 226,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 492,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 93,58 € |
| Summe brutto: | 586,08 € |

*Alle Rechtsanwälte erhalten eine ungekürzte Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG. Das gilt auch für Rechtsanwalt C. Dieser ist zwar in dem für ihn einzigen Termin in dieser Sache allein erschienen, doch wird man ihm bei einem solchen Antrag auf Entscheidung nach Lage der Akten ebenfalls eine ungekürzte Terminsgebühr zubilligen müssen.*

## FALL 42:

**Kostenrechnung für den RA des Berufungsbeklagten:**

| Gegenstandswert: 10.000,00 € | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 777,60 € |
| 0,5 Terminsgebühr, Nr. 3203 VV RVG | 243,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.040,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 197,71 € |
| Summe brutto: | 1.238,31 € |

**Kostenrechnung für den RA des Berufungskläger:**

| Gegenstandswert: 10.000,00 € | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 777,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 797,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 151,54 € |
| Summe brutto: | 949,14 € |

*Für die Terminsgebühr ist statt der Nr. 3105 VV RVG in der Berufungsinstanz die Nr. 3203 VV RVG einschlägig.*

## FALL 43:

**Kostenrechnung für den RA des Berufungsklägers (RA Rauter):**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 2.200,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 257,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 193,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 470,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 89,45 € |
| Summe brutto: | 560,25 € |

**Kostenrechnung für den RA des Berufungsbeklagten (RA Schmitz):**

| | |
|---|---|
| Gegenstandswert: 2.200,00 € | |
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 257,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 277,60 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 52,74 € |
| Summe brutto: | 330,34 € |

*In Nr. 3203 VV RVG ist nur aufgeführt, dass der erschienene Rechtsanwalt eine halbe Gebühr bekommt, wenn der Berufungskläger nicht erschienen ist. Daraus folgt: Ist der Berufungskläger im Termin erschienen und stellt er einen Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils oder zur Prozess- oder Sachleitung oder zeigt er sich überhaupt nur verhandlungsbereit, so erhält er hierfür die Terminsgebühr nach Nr. 3202 VV RVG.*

## FALL 44:

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € | |
| Gegenstandswert: 30.000,00 € | | |
| 0,8 Differenzverfahrensgebühr, Nr. 3101 Nr. 2 VV RVG | 388,80 € | |
| Gegenstandswert: 10.000,00 € | 1.374,20 € | |
| geprüft nach § 15 III RVG | | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.082,40 € |
| Gegenstandswert: 40.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 432,25 € |
| Summe brutto: | | 2.707,25 € |

*Zwar wird eine Einigungsgebühr nicht berechnet, da eine Einigung ja nicht zustande gekommen ist, die Differenzverfahrensgebühr bleibt jedoch bestehen. Diese Gebühr ist nämlich keine Ergebnisgebühr wie die Einigungsgebühr.*

## FALL 45:

**Kostenrechnung für beide Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 6.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 439,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 405,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 865,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 164,35 € |
| Summe brutto: | 1.029,35 € |

*Die Terminsgebühr nach Nr. 3104 VV RVG verdrängt eine möglicherweise zunächst entstandene 0,5 Terminsgebühr nach Nr. 3105 VV RVG.*

## FALL 46:

**Kostenrechnung für beide beteiligten Rechtsanwälte:**

| Gegenstandswert: 4.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 318,50 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 294,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 632,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 120,18 € |
| Summe brutto: | 752,68 € |

*Es gibt im RVG keine besonderen gebührenrechtliche Regelungen über einen zugelassenen oder nicht zugelassenen Einspruch gegen ein VU. Es bleibt also bei der Verfahrens- und Terminsgebühr.*

## FALL 47:

| Gegenstandswert: 10.000,00 € | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 20 S. 1 RVG, Nr. 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.235,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 234,65 € |
| Summe brutto: | 1.469,65 € |

*Die Verweisungsproblematik wurde bereits in den vorherigen Fällen kommentiert, weitere Fälle zur Säumnis finden Sie oben im Kapitel 9.*

## FALL 48:

Gegenstandswert: 80.000,00 €

**I. Grundverfahren - 1. Instanz**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 1.560,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.020,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 573,80 € |
| Summe brutto: | | 3.593,80 € |

**Grundverfahren - 2. Instanz**

| | | |
|---|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | | 1.920,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | | 1.440,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 3.380,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 642,20 € |
| Summe brutto | | 4.022,20 € |

**II. Höheverfahren - 1. Instanz**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, § 21, RVG, Nr. 3100 VV RVG | 1.760,20 € | |
| Gegenstandswert: 100.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbemerkung 3 Abs. 6 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.560,00 € | |
| Gegenstandswert: 80.000,00 € | | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 200,20 € |
| 1,2 Terminsgebühr, § 21 I RVG i. V. m. Nr. 3104 VV RVG | | 1.624,80 € |
| Gegenstandswert: 100.000,00 € | | |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.845,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 350,55 € |
| Summe brutto: | | 2.195,55 € |

*Hier ist bei der Anrechnung der Verfahrensgebühr gemäß Vorbemerkung 3 Absatz 6 VV RVG zu beachten, dass die anzurechnende Gebühr geringer ist als die Gebühr des erstinstanzlichen Grundverfahrens.*

## FALL 49:

Gegenstandswert: 24.000,00 €

**I. Grundverfahren - 1. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 891,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.735,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 329,65 € |
| Summe brutto: | 2.064,65 € |

**Grundverfahren - 2. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 1.097,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3202 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.940,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 368,75 € |
| Summe brutto | 2.309,55 € |

**II. Höheverfahren - 1. Instanz**

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, § 21 I RVG i. V. m. Nr. 3104 VV RVG | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 843,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 160,21 € |
| | 1.003,41 |
| Summe brutto: | |

## FALL 50:

Gegenstandswert: 7.000,00 €

**Kostenrechnung des Verfahrensbevollmächtigten**

| | |
|---|---|
| 1,6 Verfahrensgebühr, Nr. 3200 VV RVG | 600,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 620,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 117,80 € |
| Summe brutto: | 737,80 € |

**Kostenrechnung des Terminsvertreters**

| | |
|---|---|
| 0,8 Verfahrensgebühr, Nr. 3200, 3401 VV RVG | 300,00 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3202 VV RVG | 450,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 770,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 146,30 € |
| Summe brutto: | 916,30 € |

*Auch in der Berufungsinstanz erhält der Terminsvertreter die halbe Verfahrensgebühr des Verfahrensbevollmächtigten. Die Terminsgebühr bleibt für den Terminsvertreter in voller Höhe erhalten.*

## FALL 51:

**1. Urkundenverfahren (Wechselprozess):**

| | | |
|---|---|---|
| Gegenstandswert: 25.000,00 € | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | | 891,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | | 823,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.735,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 329,65 € |
| Summe brutto: | | 2.064,65 € |

**2. Nachverfahren:**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG<br>Gegenstandswert: 30.000,00 € | 985,40 € | |
| Anrechnung gem. Anm. zu Nr. 3100 Abs. 2 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG<br>Gegenstandswert: 25.000,00 € | 891,80 € | |
| restl. Verfahrensgebühr | | 93,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG<br>Gegenstandswert: 30.000,00 € | | 909,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | | 1.023,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | | 194,41 € |
| Summe brutto: | | 1.217,61 € |

*Hier bleibt nach der Anrechnung noch ein Restbetrag der Verfahrensgebühr des Nachverfahrens übrig, da die Verfahrensgebühr des Urkundenverfahrens kleiner als die des Nachverfahrens ist.*

## FALL 52:

Gegenstandswert: 10.000,00 €

**Kostenrechnung des Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche)**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 631,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 651,80 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 123,84 € |
| Summe brutto: | 775,64 € |

**Kostenrechnung des Terminsvertreters (RA Tanger)**

| | |
|---|---:|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 315,90 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 583,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 919,10 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 174,63 € |
| Summe brutto: | 1.093,73 € |

*Weder das VU noch der Einspruch führen zu einer gebührenrechtlichen Besonderheit. Der Terminsvertreter hat letztlich an einem streitigen Termin teilgenommen und erhält die ungekürzte Gebühr nach Nr. 3402, 3104 VV RVG.*

## FALL 53:

**Kostenrechnung für den Verfahrensbevollmächtigten (RA Rasche)**

Gegenstandswert: 54.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.459,90 € |
| 0,6 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 673,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.153,70 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 409,20 € |
| Summe brutto: | 2.562,90 € |

**Kostenrechnung für den Terminsvertreter (RA Tanger)**

Gegenstandswert: 54.000,00 €

| | |
|---|---:|
| 0,65 Verfahrensgebühr, Nr. 3100, 3401 VV RVG | 729,95 € |
| 0,6 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG | 673,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3402, 3104 VV RVG | 1.347,60 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.771,35 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 526,56 € |
| Summe brutto: | 3.297,91 € |

*In diesem Prüfungsfall kann man neben den Gebühren des Terminsvertreters auch noch einmal den Mehrvertretungszuschlag (s. o. Kapitel 8) und die SW-Berechnung bei Erhöhung und Ermäßigung (s. o. Kapitel 2.4) trainieren.*

## FALL 54:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---:|
| Kündigungsschutz: | 6.400,00 € |
| Gehaltsforderung: | 16.000,00 € |
| Zeugniserteilung: | 3.200,00 € |
| Gegenstandswert: | 25.600,00 € |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 985,40 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 909,60 € |
| 1,0 Einigungsgebühr, Nr. 1003 VV RVG | 758,00 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.673,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 507,87 € |
| Summe brutto: | 3.180,87 € |

*Für die Berechnung des Gegenstandswertes gilt wieder § 42 Absatz 4 GKG. Die Dauer eines Vierteljahres ist in Kündigungsschutzklagen jedoch die maximale Obergrenze. Geht es wie in unserem Fall um einen geringeren Zeitraum (2 Monate), so gilt natürlich dieser. Und die Abfindung? Sie wird nicht hinzugezählt (§ 42 Absatz 4 S. 1 GKG).*

## FALL 55:

**Berechnung des Gegenstandswertes:**

| | |
|---|---|
| Kündigungsschutz: | 7.500,00 € |
| Gehaltsforderung: | 30.000,00 € |
| Zeugniserteilung: | 2.500,00 € |
| Gegenstandswert: | 40.000,00 € |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 1.172,60 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 1.082,40 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 2.275,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 432,25 € |
| Summe brutto: | 2.707,25 € |

*Zur Streitwertproblematik vergleiche die Anmerkungen zu den Lösungen der Fälle 1 und 2. Das Teilanerkenntnisurteil führt nicht zu einer Veränderung der Terminsgebühr, da ja auch insoweit terminiert wurde. Die nachträgliche Klageerweiterung führt zu einer Erhöhung des Gegenstandswertes für die Verfahrensgebühr und die Terminsgebühr.*

## FALL 56:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

Gegenstandswert: 18.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 787,80 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.535,00 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 291,65 € |
| Summe brutto: | 1.826,65 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | |
|---|---|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 727,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 747,20 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 141,97 € |
| Summe brutto: | 889,17 € |

*Nach Vorbemerkung 3 Absatz 5 VV RVG wird die Verfahrensgebühr des selbstständigen Beweisverfahrens auf die Verfahrensgebühr des Rechtszugs angerechnet, wenn der Gegenstand in beiden Verfahren derselbe ist. Für jedes Verfahren kann eine eigene Kostenrechnung erstellt werden.*

## FALL 57:

**Gebühren im selbstständigen Beweisverfahren:**

Gegenstandswert: 9.000,00 €

| | |
|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 583,70 € |
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 538,80 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 1.142,50 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 217,08 € |
| Summe brutto: | 1.359,58 € |

**Gebühren im Zivilprozess (Hauptsache):**

| | | |
|---|---|---|
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 683,80 € | |
| Gegenstandswert: 12.000,00 € | | |
| Anrechnung gem. Vorbem. 3 Abs. 5 VV RVG: | | |
| 1,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3100 VV RVG | 583,70 € | |
| Gegenstandswert: 9.000,00 € | | |
| restliche Verfahrensgebühr | | 100,10 € |

| | |
|---|---:|
| 1,2 Terminsgebühr, Nr. 3104 VV RVG | 631,20 € |
| Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG | 20,00 € |
| Zwischensumme netto | 751,30 € |
| 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG | 142,75 € |
| Summe brutto: | 894,05 € |

*Die Verfahrensgebühr im Beweisverfahren ist niedriger als die des Zivilprozesses. Also kann sie auch nur mit diesem niedrigeren Gegenstandswert angerechnet werden.*

### 18.4.3 Vollstreckungsrecht

**FALL 58:**

- Bei der Anschlusspfändung entfallen auf Titel A 10.000,00 €, auf Titel B 20.000,00 € und auf Titel C wird nichts getilgt.
- Bei der gleichzeitigen Pfändung wird der Erlös quotenmäßig verteilt. Da die Quote hier 30.000,00 : 90.000,00 = 1/3 beträgt, entfallen auf Titel A 3.333,33 €, auf Titel B 10.000,00 € und auf Titel C 16.666,67 €.

*Ein Fall, der mal in der Zwischenprüfung, mal in der Abschlussprüfung gestellt wird.*

**FALL 59:**

| | | | | |
|---|---:|---|---:|---|
| a) | 59 | Zinstage, | 52,81 € | Zinsen |
| b) | 234 | Zinstage, | 650,00 € | Zinsen |
| c) | 296 | Zinstage, | 6.734,35 € | Zinsen |
| d) | 580 | Zinstage, | 48,06 € | Zinsen |
| e) | 1139 | Zinstage, | 380.687,02 € | Zinsen |

## FALL 60:

*RA Rasche*
*(Anschrift)*
*Konto: .............*

☒ **Vollstreckungsantrag**
☐ **Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung gem. §§ 807 III,900 ZPO**

**Datum:** *16.02.2007*

Amtsgericht
Gerichtsvollzieherverteilungsstelle
(PLZ) B-Stadt

Bei allen Zuschriften und Zahlungen bitte angeben:
*AZ des RA*

In der Zwangsvollstreckungssache
***des Kaufmanns Egon Meyer, Hauptstraße 13, (PLZ) A-Stadt,***

Gläubigers,

vertreten durch
***RA R (Anschrift),***

gegen

***die Angestellte Eva Esche, Königstr. 200, (PLZ) B-Stadt,***

Schuldnerin,

wird vollstreckbare Ausfertigung des ***Urteils und KFB des Land***gerichts in ***B-Stadt*** v. ***15.11.2006 (Aktenzeichen 5 O 970/06) und*** v. ***21.12.2006***

überreicht mit dem Antrag, die o. a. Vollstreckungsmaßnahme durchzuführen wegen folgender Forderungen:

| | |
|---|---|
| *22.950,00 €* | Hauptforderung |
| *3.633,75 €* | *12 %* Zinsen seit dem ***21.10.2005*** auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| *5.500,00 €* | festgesetzte Kosten |
| *73,17 €* | 6,22% Zinsen seit d. ***29.11.2006*** aus den Kosten, § 104 I ZPO |
| | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| *32.156,92 €* | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weiterer Zinsen.** |

**Rechtsanwaltsgebühren:**

| | |
|---|---|
| *249,00 €* | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| *20,00 €* | Postentgelte - Pauschale – Nr. 7002 VV RVG |
| | Umsatzsteuer |
| *269,00 €* | Summe Kosten des Rechtsanwalts |

☒ Der Einziehung der GV-Kosten im Lastschriftverfahren vom o. a. Konto wird zugestimmt.

(Unterschrift Rechtsanwalt)

**Abbildung 4: Zwangsvollstreckungsantrag (Fall 60)**

**FALL 61:**

**Amtsgericht**
***B-Stadt***

**Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses**
**Es wird beantragt:**
☒ **die Zustellung**
☒ **an den Drittschuldner nach § 840 ZPO**
☒ **Vollstreckungsbelege und Schuldtitel siehe Anlage**
*4. März 2007*
(Unterschrift Rechtsanwalt)

---

**Amtsgericht**
Geschäftsnummer: ______________

(Ort, Datum)
(Anschrift, Telefon)

## Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

In der Zwangsvollstreckungssache
*der Angestellten Berta Behrens, Hauptstr. 2, (PLZ) A-Stadt,*
Gläubigerin,
vertreten durch *Rechtsanwalt Rasche, (Anschrift)*
gegen
*den Kaufmann Dagobert Doll, Kaiserstraße 10, (PLZ) B-Stadt,*
Schuldner,
stehen dem Gläubiger nach der vollstreckbaren Ausfertigung des ***Urteils und TAU*** des ***Land****gerichts* in ***B-Stadt*** vom ***06.12.2005*** und ***10.04.2006*** AZ. ***7 O 834/05*** und des Kostenfestsetzungsbeschlusses ***vom 15.05.2006*** folgende Ansprüche zu

| | |
|---|---|
| *33.600,00 €* | Hauptforderung |
| *13.749,87 €* | *14,5 %* Zinsen seit dem *08.05.04* auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| *3.452,80 €* | festgesetzte Kosten |
| *187,32 €* | 6,22 % Zinsen seit dem *20.04.06* aus den Kosten gem. § 104 I ZPO |
| *557,80 €* | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| *51.547,79 €* | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weitere Zinsen.** |

Wegen dieser Forderungen sowie der durch diesen Beschluss entstandenen Gerichts-, Rechtsanwalts- und Zustellkosten werden die angeblichen Ansprüche des Schuldners gegen den Drittschuldner: ***Egon Fritze KG, gesetzlich vertreten durch den pers. haft. Gesellschafter Egon Fritze, Ferdinandstr. 5, (PLZ) B-Stadt,***

aus: ***Arbeitslohn, siehe Rückseite***

gepfändet.

**Rechtsanwaltsgebühren**

| | | |
|---|---|---|
| *336,90 €* | Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG | |
| *20,00 €* | Postentgelte - Pauschale – 7002 VV RVG | |
| *356,90 €* | Zwischensumme netto | |
| *67,81 €* | Umsatzsteuer | **Zuzüglich Gerichtskosten:** |
| *424,71 €* | Summe Kosten | 15,00 € Nr. 2110 KV GKG |

**Abbildung 5: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss (Fall 61)**

*Fall 61 entspricht einer Aufgabe aus der schriftlichen Abschlussprüfung für Rechtsanwaltsfachangestellte. Zum Formblatt „Pfändungs- und Überweisungsbeschluss“ vgl. oben. Abb. 5. Auf der Rückseite des Blattes müssen Sie noch die entsprechenden Ansprüche ankreuzen. Als Anlage mussten die Kosten der bisherigen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ermittelt werden. Hierzu gehört insbesondere die Berechnung des jeweiligen Gegenstandswertes für die (dann einfache) Kostenrechnung des Rechtsanwalts.*

*Hier die Nebenrechnungen der Anlagen, aus denen sich die* ***Kosten der bisherigen Zwangsvollstreckung*** *ergeben:*

## Die bisherigen Vollstreckungskosten zu Fall 61:

### Anlage 1: Der VA vom 25.05.2006

| | |
|---:|---|
| 33.600,00 € | Hauptforderung |
| 9.974,07 € | Zinsen 14,5 % vom 08.05.2004 bis 25.05.2006 |
| | Zinstage 737 |
| 3.452,80 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 20,88 € | Zinsen 6,22 % vom 20.04.2006 bis 25.05.2006 |
| | Zinstage 35 |
| **47.047,75 €** | Gesamtsumme (Gegenstandswert für RA Rasche) |

**Kostenrechnung:**

| | |
|---:|---|
| 313,80 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 333,80 € | Summe netto |
| 63,42 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 397,22 € | Summe brutto |
| 54,00 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **451,22 €** | Kosten des Vollstreckungsauftrags |

### Anlage 2: Die e. V. vom 11.09.2006

*Eine Berechnung des Gegenstandswertes ist an dieser Stelle überflüssig, da ohne weiteres erkennbar ist, dass die Streitwerthöchstgrenze gemäß § 25 I Nr. 4 RVG in Höhe von 1.500,00 € überschritten wurde.*

**Kostenrechnung:**

**Streitwert: 1.500,00 €, § 25 I Nr. 4 RVG**

| | |
|---:|---|
| 31,50 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 6,30 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| 37,80 € | Zwischensumme netto |
| 7,18 € | 19 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG |
| 44,98 € | Summe brutto |
| 61,60 € | Kosten für Gericht und Gerichtsvollzieher |
| **106,58 €** | Kosten der eidesstattlichen Versicherung |

## FALL 62:

| | |
|---|---|
| *RA R*<br>*(Anschrift)*<br>*Konto: .............* | ☐ **Vollstreckungsantrag**<br>☒ **Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung gem. §§ 807 III, 900 ZPO**<br><br>Datum: ***03.05.2007*** |
| Amtsgericht<br>Gerichtsvollzieherverteilungsstelle<br>(PLZ) B-Stadt | Bei allen Zuschriften und Zahlungen bitte angeben:<br>***AZ des RA*** |

In der Zwangsvollstreckungssache
***der Kaufleute Gustav und Gertrude Gerlach, beide wohnhaft Hofgartenstraße 9, (PLZ) A-Stadt,***

Gläubiger,

vertreten durch
***RA R (Anschrift),***
gegen
***den Nachtclubbesitzer Leopold Leise, Neumarkt 5, (PLZ) B-Stadt,***

Schuldner,

wird vollstreckbare Ausfertigung des ***TAU, Urteils und KFB des Land***gerichts in ***B-Stadt*** vom ***29.04.2005, 01.09.2006*** und vom ***06.11.2006 (Aktenzeichen 7 O 834/04)***

überreicht mit dem Antrag, die o. a. Vollstreckungsmaßnahme durchzuführen wegen folgender Forderungen:

| | |
|---|---|
| ***49.700,00 €*** | Hauptforderung |
| ***14.993,52 €*** | ***14,5%*** Zinsen seit dem ***04.04.2005*** auf die Hauptforderung |
| | vorgerichtliche Mahnkosten des Gläubigers |
| ***4.351,36 €*** | festgesetzte Kosten |
| ***143,60 €*** | 6,22 %-Punkte[7] ab ***22.10.2006*** auf die Kosten, § 104 I ZPO |
| ***1.591,40 €*** | Kosten früherer Vollstreckungsmaßnahmen gem. Anlage |
| ***70.779,88 €*** | Gesamtsumme **zuzüglich Kosten und weiterer Zinsen.** |

**Rechtsanwaltsgebühren: (Höchstwert 1.500,00 € nach § 25 I Nr. 1 RVG)**

| | |
|---|---|
| ***31,50 €*** | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| ***31,50 €*** | 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG ***(2 Mandanten)*** |
| ***12,60 €*** | Postentgelte - Pauschale – Nr. 7002 VV RVG |
| ______ | Umsatzsteuer ***(entfällt, da Mandant Kaufmann)*** |
| ***75,60 €*** | Summe Kosten des Rechtsanwalts |

☒ Der Einziehung der GV-Kosten im Lastschriftverfahren vom o .a. Konto wird zugestimmt.

(Unterschrift Rechtsanwalt)

**Abbildung 6: Die eidesstattliche Versicherung (Fall 62)**

---

[7] Zur Zinshöhe siehe auch die vorherigen Fußnoten, insbesondere Fußnote 1 S. 175.

*Das ist der letzte Prüfungsfall und unser letzter Fall überhaupt. Zum Formblatt „Antrag auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung" vgl. Abb. 6. Nachfolgend finden Sie die in der Anlage zu ermittelnden Kosten der bisherigen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen:*

## Die bisherigen Vollstreckungskosten zu Fall 62:

### I. Der Vollstreckungsauftrag vom 19.11.2006

| Betrag | Position |
|---:|---|
| 49.700,00 € | Hauptforderung |
| 11.710,56 € | Zinsen 14,5 % vom 04.04.2005 bis 19.11.2006 |
| | Zinstage 585 |
| 4.351,36 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 20,30 € | Zinsen 6,22 % vom 22.10.2006 bis 19.11.2006 |
| | Zinstage 27 |
| **65.782,22 €** | Summe (= SW für Kostenrechnung) |

**Kostenrechnung – 2 Gläubiger:**

| Betrag | Position |
|---:|---|
| 360,00 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 360,00 € | 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| **740,00 €** | Kostenrechnung des Rechtsanwalts |
| 56,80 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| **796,80 €** | Kosten des Vollstreckungsauftrags |

### II. Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 15.03.2007

| Betrag | Position |
|---:|---|
| 49.700,00 € | Hauptforderung |
| 14.032,66 € | Zinsen 14,5 % vom 04.04.2005 bis 15.03.2007 |
| | Zinstage 701 |
| 4.351,36 € | Kostenfestsetzungsbeschluss |
| 107,51 € | Zinsen 6,22 % vom 22.10.2006 bis 15.03.2007 |
| | Zinstage 143 |
| 796,80 € | Kosten bisheriger Zwangsvollstreckung |
| **68.988,33 €** | Gesamtsumme (Gegenstandswert für RA Rasche) |

**Kostenrechnung – 2 Gläubiger**

| Betrag | Position |
|---:|---|
| 360,00 € | 0,3 Verfahrensgebühr, Nr. 3309 VV RVG |
| 360,00 € | 0,3 Erhöhung, Nr. 1008 VV RVG |
| 20,00 € | Postentgelte, Nr. 7002 VV RVG |
| **740,00 €** | Kostenrechnung des Rechtsanwalts |
| 39,60 € | Gerichtsvollziehernachnahme |
| 15,00 € | Gerichtskosten |
| **794,60 €** | **Kosten des PfÜB** |

*Die Schwierigkeit dieses Prüfungsfalles besteht hier darin, dass die vorherigen Kosten der Zwangsvollstreckung erst noch ermittelt werden müssen, weil diese Kosten dem Gegenstandswert für die Kostenrechnung noch hinzuzurechnen sind. Deshalb müssen auch die Zinsen genau ausgerechnet zu werden, weil in der Zwangsvollstreckung diese Nebenforderungen ebenfalls zum Gegenstandswert für die Rechtsanwaltskosten hinzugezählt werden.*

*Als weitere Schwierigkeit ist zu berücksichtigen, dass im Verfahren auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung der Gegenstandswert höchstens 1.500 € beträgt (§ 25 I Nr. 1 RVG), so dass von diesem (geringen) Wert die Gebühren zu berechnen sind.*

So, Sie haben es geschafft. Vielleicht sind Sie auch geschafft. Auf jeden Fall haben Sie viel für die Prüfung, vor der Sie vielleicht stehen, für die Schule, für Ihren Beruf und damit auch für sich getan. Die Fälle, die Sie sich erarbeitet haben, waren zum Teil alles andere als leicht, manche so schwer, dass Sie manchmal schon meisterlich vorgehen mussten, um sie zu lösen. Aber Sie wissen jetzt, wie es geht.

Niemand kann Ihnen einen Erfolg garantieren – das könnte für die Prüfung nur der Prüfer selbst, und selbst der kann es letztlich auch nicht. Aber Sie haben vielleicht mehr getan als andere. Und mit denen müssen Sie sich messen – also haben Sie doch gar nicht so schlechte Karten, oder?

Mir bleibt nur, Ihnen viel Erfolg zu wünschen!!



# Schlagwortverzeichnis

*Um ein gezieltes Arbeiten und Nachschlagen zu ermöglichen, werden als Fundstellen zu den Stichwörtern nicht die Seiten, sondern die Fälle angegeben, in denen das jeweilige Stichwort besonders behandelt wird. Beispiel:* **18**/18-21, 24, 31 bedeutet: Kapitel 18, Fälle 18 bis 21, sowie die Fälle 24 und 31. *Auf diese Weise können anhand des Stichwortverzeichnisses alle in den verschiedenen Kapiteln verstreuten Fälle zu bestimmten Gebieten herausgefunden werden. Vielleicht stellen Sie so Ihr spezielles Trainingsprogramm zusammen?*

## *A*



## *B*



## *D*



## *E*

## *F*



## *G*



## *H*



## *I*



## *K*

## L



## M



## N



## P



## Q



## R



## S



## T

## *U*



## *V*



## *W*



## *Z*